

This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + Refrain from automated querying Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at http://books.google.com/



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

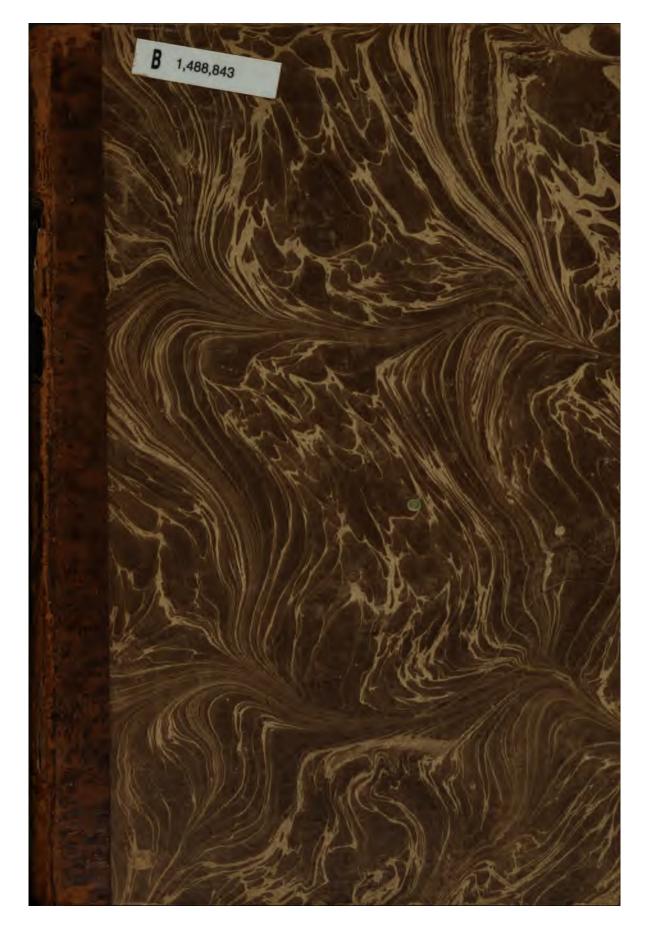
Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

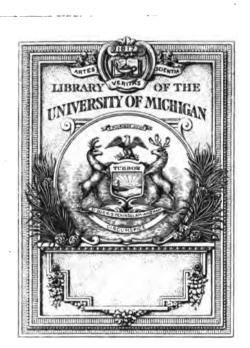
Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + Beibehaltung von Google-Markenelementen Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter http://books.google.com/durchsuchen.





BEQUEST OF ABBY L. SARGENT





protofolle

ber

Deutschen Bundesversammlu

Vierzehnter Band.



Mit hoher Bewilligung.

Gebrudt in ber Bundes: Prafivial: Buchbruderei, und im Bertag ber Andreaifchen Buchhandlung in Frankfurt am Main. 1822.

Protofolle

ber

Deutschen Bundsversammlu

Bierzehnter Band. Erftes Seft.

Mithoher Bewilligung.

Gebruckt in ber Bundes: Prasidial: Buchdruckerei, und im Berlag ber Andredischen Buchhandlung in Frankfurt am Ma 1822. 357 .H6

•

Siebenzehnte Sigung

Beschehen, Frankfurt den 21. Mai 1822.

In Gegenwart

Von Seiten Desterreich &: bes Raiserlich : Koniglichen wirklichen Geheimen Rathe Grafen von Buol: Schauenstein;

. . .

- Bon Seiten Preuffens: bes Koniglichen wirklichen geheimen Staats und (Ministers, herrn Grafen von ber Golg;
- Bon Geiten Baiern 8: bes Roniglichen wirklichen Berrn Staatsrathe, Freiherrn v.
- Bon Geiten Gach fens: bes Roniglichen wirklichen Geheimen Rathe, Berrn von Ca
- Bon Seiten Sannovers: bes Koniglichen Geheimen Rathe, herrn von Samm
- Bon Seiten Burtembergs: bes Koniglichen herrn Staatsministers, Freihe Bangenheim;
- Bon Seiten Badens: bes Großherzoglichen herrn Bundestagsgefandten und berrn, Freiherrn von Blittereborff;
- Bon Seiten Rurheffens: des Rurfurstlichen Geheimen Raths und Rammerherri von Lepel;
- Bon Seiten des Großherzogthums heffen: des Großherzoglichen Geheime herrn von harnier;
- Bon Seiten Danemarts, wegen holftein und Lauenburg: bes Roniglichel geheimen Conferenzraths, herrn Grafen von Enben;
- Bon Seiten ber Riederlande, wegen bes Großherzogthums Luxembu Roniglich-Miederlandischen Generallieutenants, herrn Grafen von Grunn
- Von Seiten der Großberzoglich, und Herzoglich : Sachsischen Hauf Großberzoglich, und Herzoglich : Sachsischen wirklichen Geheimen Rathe, Grafen von Beuft;

- Bon Seiten Braunfdweige und Raffau's: bes Roniglich Sannoverischen Gebeimen Rathe, herrn von hammerftein;
- Bon Seiten von Medlenburg: Schwerin und Medlenburg: Strelig: bes Groß: herzoglich: Medlenburg: Streligischen Staatsministers, herrn von Peng;
- Bon Seiten Holftein: Oldenburge, Anhalte und Schwarzburge: des Herzoglich: Holftein: Oldenburgischen Rammerherrn, herrn von Both;
- Bon Seiten von Hohenzollern, Liechtenstein, Reuß, Schaumburg: Lippe, Lippe und Walded: Des Großherzoglich: heffischen herrn Geheimen Raths, Freiherrn von Leonhardi;
- Bon Seiten ber freien Stadte, Lubed, Frankfurt, Bremen und hamburg: bes herrn Syndicus Dr. Dang;
- und meiner, des Raiferlich: Desterreichischen wirklichen Hofrathe und Canglei Directore, Freiherrn von Sandel.

§. 144.

Bollziehung bes 14. Artifels ber Bunbesacte. (28. Gie. §. 206 p. 3. 1821.)

Der Königlich: Gachsische Berr Gefandte von Carlowiz trägt vor:

Auf den Bortrag der Commission, über die Beschwerden des herrn Franz, Grafen zu Erbach, Besiger der zum größten Theile dem Großherzogthume hessen einverleibten Grafsschaft Erbach, wegen der von der Großherzoglichen Regierung in Bezug auf sein Verhälte niß als mediatisirter vormaliger Reichsstand und nunmehriger Standesherr getrossenen Maastregeln, in der 28. Sigung am 19. Juli 1821 (S. 206 des Bundestags-Protosolls) sen beschlossen worden: « daß diese höchste Regierung durch ihre Bundestagsgesandtschaft zu ersuchen sen, vollständige Ausfunft über die in der von dem herrn Grafen vorgelegten Dentschrift vom 12. Juni 1821 enthaltenen Angaben und Beschwerden desselben zu ertheilen ».

Diese Auskunft sen noch nicht ertheilt worden.

Immittelst habe ber Justigrath Dosch in Erbach eine auf ihn gerichtete Bollmacht bes herrn Grafen zu Betreibung dieser Angelegenheit und formlicher Ueberreichung jener Denksschrift (Num. 69 bes Ginr. Prot. vorigen Jahres) beigebracht; auch habe der herr Graf in einer von ihm selbst unterzeichneten Gingabe (Num. 30 dieses Jahres) angezeigt, daß seit seiner obigen Beschwerde sich der Zustand der Standesherren im Großherzogthume heffen

burch Gesetze, Regulative und Organisationen fortwährend noch sehr verschlimme und baber gebeten, über seine Desiderien nunmehr nach Recht und Verfassung ein beschluß zu fassen.

Das Gutachten bes herrn Referenten gieng babin :

Da ein Endbeschluß nicht gefaßt werden konne, bevor die von der Großher Sessischen Gefandtschaft erbetene Auskunft ertheilt worden sen, lettere aber nun bereits monaten erwartet werde; so sen jest dahin anzutragen, daß die baldigste Ertheilun Auskunft nunmehr angelegentlich in Erinnerung gebracht werde.

Der. Großherzogliche Seffische Berr Bundestagsgefandte auffer er fich in der Rurge im Stande finden werde, Die Ertlarung feines hochsten Sofi Diesen Gegenstand abzugeben.

Worauf einhellig

beschloffen

wurde, daß die Großherzoglich Dessische Bundestagsgesandtschaft ersucht werde, betene Auskunft baldmöglichst beizubringen.

- §. 145.

Vorstellung bes Grafen von Hallberg, ben Genuß einer reichsschluß angewiesenen, auf Die vormalige Abtei Schuffenried radici ewigen, jährlichen Rente in 6,880 fl. betreffend.

(13. Sis. S. 105 b. 3.)

Baben. In der 7. dießjährigen Sigung wurde die Gräflich Hallbergische Rition in erneuerte Erinnerung gebracht, und dabei von der hohen Bundesversammlu Wunsch ausgedrückt, daß der Großherzoglich Babische Hof seine Erklärung über dei bestagsbeschluß vom 12. October 1818 abgeben lassen moge.

Dem zufolge ist die Gesandtschaft angewiesen, sich dahin zu aussern, daß die G zogliche Regierung auf die in Antrag gebrachte authentische Interpretation bes S. 24 des beputations : Hauptschlusses nicht einzugehen vermöge. Sie geht hierbei von der Ansic daß die Competenz der hohen Bundesversammlung in dem vorliegenden Falle überhauf begründet sen. Es gehört nämlich der erwähnte S. 24 des Reichsdeputations : Haupts nicht zu jenen Bestimmungen, über deren Bollzug dieselbe, nach dem Wortlaut de besacte, zu wachen hat. Eben so wenig ist der Fall einer Justizverweigerung vorh vielmehr ist allseitig anerkannt, daß diese reine Justizsache vor den competenten Lande ten Würtembergs verhandelt und in Folge dessen rechtskräftig entschieden worden sen

Da nun aber formelles Recht geleistet worden ist, so kann eine Untersuchung Dob auch materielles Recht vorhanden sen, der hohen Bundesversammlung, ohne einen

baren Eingriff in die Unabhängigkeit der Landesgerichte zu begehen, nicht eingeräumt werden. Ueberdieß wüßte man Großherzoglich Badischer Seits einer nunmehr erst erfolgenden authenstischen Interpretation jenes Paragraphen des Reichsdeputations Sauptschlusses keine ruck wirkende Rraft beizulegen, und demnach wurde auf diesem Wege gegen ein, möglicher Weise vorhandenes, materielles Unrecht keine Ubhülfe gewährt werden konnen.

Auch konnte eine solche Auslegung einer, nicht zur unmittelbaren Competenz ber hoben Bundesversammlung gehörigen, vertragsmäsigen Bestimmung nur mittelst freien Ueberein: kommens unter sammtlichen hoben Bundesgliedern ertheilt werden, und sie mußte deßhalb nothwendiger Beise die Natur eines neuen, für die Contrabenten in ihrer Gesammtheit bindenden Gesetze annehmen.

Bu Ertheilung eines neuen Bundesgesetzes wurden aber Seine Konigliche Hoheit in dem vorliegenden Falle selbst alsdann keine Veranlassung finden, wenn von keiner Seite die Rechtsertigung des angesochtenen Urtheilspruches des Koniglich Wurtembergischen Obers appellations Gerichtshofes, wie bereits von der Krone Burtemberg, dem Großherzogthume Hessen und den Niederlandem geschehen ist, unternommen worden und mithin die Herstels lung der erforderlichen Ginhelligkeit der Stimmen- noch möglich ware. Die Großherzogsliche Regierung glaubt im Uedrigen sich jeder weitern Aeusserung über diesen Gegenstand enthalten zu mussen, indem sie ein in formeller Hinsicht rechtsbeständiges Urtheil über Anssprüche zweier Privaten unter sich eben so wenig in materieller Beziehung widerlegen als rechtsertigen mochte.

§. 146.

Legitimation der zu der Militarcommiffion der deutschen Bundesvere fammlung abgeordneten Generale und Stabsofficiere.

(16. Sig. §. 141 b. 3.)

Danemark, wegen Solftein und Lauenburg. Die dieffeitige Gesandtschaft ist von sammtlichen zur zweiten Division des zehnten Armeecorps gehörenden Regierungen ermächtigt worden, der hohen Versammlung anzuzeigen, daß, nach einer, über den Wechsel der Stimmführung in der hiesigen Militarcommission, zwischen ihnen getroffenen Vereinbarung, von Seiner Majestat dem Konige von Danemark, der Stimmführer für das laufende Jahr in der Person des Obersten und Kammerherrn von Saffner ernannt worden ist.

Hierauf wurde

beschlossen:

ber Militarcommission ber beutschen Bundesversammlung auf herkommliche Urt hievon Nachricht zu geben.

Reclamationen ber Penfionirten bes vormaligen Exjesuiten, und Sc fonds zu Mainz und einiger anderen dasigen Beneficiaten, Gewährung ihrer Penfionsraten.

(13. Sig. §. 81 v. J. 1821)

Der Roniglich: Sachfische Bundestagsgesandte, herr von Carlo balt Bortrag über die Reclamationen der Pensionirten des vormaligen Exjesuiten: Schulfonds zu Mainz und einiger anderen dasigen Beneficiaten, um Gewährung ihrer sionsraten, auf die Eingaben Num. 90, 91 und 93 v. J. 1821, ingl. Num. 1, 5, 52 und 53 v. J. 1822 des Einreichungs: Protofolis, und übergiebt hierüber eine ständliche Relation zu kunftigem ferneren Gebrauche.

Diese Relation umfaßt ben ganzen Gegenstand, welcher seit bem Jahre 1817 | oftmals und in mehrfachen Beziehungen bei der hoben Bundesversammlung zur Berat gekommen ist, und zerfällt in folgende Abschnitte:

- 1) Erjefuiten : und Schulfond zu Maing, Bestimmung beffelben,
- 2) deffen Auflosung.
- 3) Bermogen bes Fonde gur Zeit feiner Auflosung.
 - 4) Penfionirung ber bieberigen Percipienten.
 - 5) Spatere Reclamationen der Pensionirten bei der hohen Bundedversammli wegen Gewährung der ihnen ausgesetzten Pensionstraten. Competenz dieser sammlung.
 - 6) Reclamationen in Bezug auf die Roniglich: Burtembergische Regierung.
 - 7) Reclamationen in Bezug auf die Fürstlichen Saufer Sobenlobe: Ingelfingen Hobenlobe: Neuenstein.
 - 8) Reclamationen in Bezug auf die Ronigliche Preufische Regierung.
 - 9) Reclamationen in Bezug auf Die Rurfurstlich : Beffische Regierung.
 - 10) Reclamationen in Bezug auf die Großherzoglich : Deffifche und herzoglich : fauische Regierung.

Rach ben Untragen des herrn Referenten murbe bierauf einhellig

beschloffen:

Die Bundesversammlung ist nach S. 15 der Bundesacte competent, von den clamationen wegen der auf den Reichsdeputations, Hauptschluß von 1803 gegründeten J Protok. d. d. Bundesvers. XIV. Bd.

ionen Renntniß zu nehmen, mithin auch wegen der eben vorgetragenen, welche in diefe tategorie gehoren.

II) Wegen der Reclamationen der Pensionirten des Erjesuiten, und Schulfonds zu Mainz, in Bezug auf die Fürstlichen Sauser Hohenlohe, Ingelsingen und Hohenlohe, Reuenstein (Num. 91 v. J. 1821 und Num. 1 u. 5 v. J. 1822), ist dem Bevollmäch, igten der Reclamanten, dem Koniglich, Baierischen Registrator Hosmann in Aschaffenburg, u erkennen zu geben, daß ihm obgelegen habe, sich zunächst an die Koniglich, Würtemsergische Regierung zu wenden; indessen bewendet es bei dessen Anzeige, daß die gedachten hürstlichen Sauser ihre Pensionsbeiträge die zum 1. December 1819 bezahlt und zu Besahlung der ferner fälligen sich erklärt haben, wodurch die dießfallsigen Reclamationen ersedigt sind.

III) Begen der Reclamationen eben dieser Penstonirten, in Bezug auf die Königlich; Preussische Regierung (Num. 93 v. J. 1822 und Num. 3 und 5 v. J. 1822), worin zebeten wird, zu vermitteln, daß die, auf die an Preussen gelangten Capitale des Mainzer Erzesuiten, und Schulfonds bei dem Erzesuitensond in Heiligenstadt repartirten, von der vormaligen Bestphälischen Regierung vom 1. November 1806 bis 1. December 1813 ruck tändig gelassenen Pensionsbeiträge, aus Königlich, Preussischen Cassen nachgezahlt werden, st das Gesuch, so viel die noch lebenden funf Interessenten mit ihrer jährlich überhaupt nur 31 fl. 29 fr. betragenden Forderung betrifft, abgesehen von allen rechtlichen Momenten, der allerhöchsten Gnade Seiner Königlichen Majestät von Preussen zu empfehlen.

IV) Begen der Reclamationen derselben Pensionirten und einiger anderen Mainzer Besnesiciaten, in Bezug auf die Kurfürstlich: Hessische Regierung (Num. 90 und 93 v. J. 1821 und Num. 3, 5 und 52 v. J. 1822), worin gebeten wird, zu vermitteln, daß die auf die Mainzer an Kurbessen gelangten Bestyngen repartirten, von der vormaligen Bestydalissichen Regierung vom 1. November 1806 bis 1. December 1813 rückständig gelassenen jedoch sehr unbestimmt und verschieden angegebenen Pensionsbeiträge, aus Kurhessischen Sassen nachgezahlt werden, ist — in der Boraussezung, daß die Fürstlichen Finanzbehörs den sicherer, als es diesseits geschehen kann, zu übersehen vermögen, wer die Individuen sind, welche als Mainzer Sustentanden jetzt aus Kurfürstlichen Sassen, wer die Individuen sionsschlußmässe Pension erhalten, wie viel selbige betrage und welche Rückstände es also eigentlich sind, derer Rachzahlung auf die Bestydälische Bestzeit dermalen erbeten wird?— ohne weitere Rücksicht auf einschlagende Rechtspuncte, Seiner Königlichen Hobeit des Kurssürsten von Hessen allerhöchsten Milde anheim zu stellen, welche der Reclamanten etwa als Unterstützung bedürftig anzusehen und mit Auszahlung der erbetenen, jedenfalls nicht besträchtlichen Rückstände zu begnadigen senn durften?

Endlich sind

- V) die Reclamationen der Pensionirten des Mainzer Exjesuiten, und Schulfon einiger Canonicen der dafigen Stifter, Sct. Stephan, Sct. Gangolf und Sct. Per Bezug auf die Großberzoglich Sessische und Herzoglich Nassauische Regierung (Ni v. J. 1821 und Rum. 2,5 und 53 v. J. 1822), worin die Betheiligten bitten, ih ihren, auf die Orte Cassel und Rostheim gewiesenen, seit dem October 1806 rucktani bliebenen Pensionsraten zu verhelfen,
- 1) an die in der 44. Sigung v. J. 1817 (S. 370) wegen der Forderungen Ruri Staatsglaubiger bestellte Bundestags Commission abzugeben, zugleich aber ift
- 2) die Herzoglich: Nassauische Regierung angelegentlich zu ersuchen, daß sie bei berzoglich: Hessischen die seit dem Jahre 1817 erbetenen actenmasigen Rachrichten n baldigst mittheile, aus welchen letztere erseben kann, welche Individuen als Suste des aufgelosten Erjesuiten: und Schulfonds zu Mainz, oder Canonici der aufgel Stifter Set. Stephan, Set. Gangolf und Set. Peter daselbst, wegen der Orte Cas Rostheim eine reichsbeputationsschlußmäsige Pensionsrate zu bekommen haben, und n solche bei sedem Individuo betrage, damit die von der Großberzoglich: Hessischen Rebeabsichtigte Auszahlung dieser Pensionsraten an die Reclamanten, vom 1. Juli 11 nicht länger behindert werde.

§. 148.

Bitte der Gemeinde Gotthards, Rurheffischen Amtes Sunfeld im berzogthume Fulda, um Ernennung eines unparteiischen Ge zum Bollzug eines rechtsträftigen Erkenntnisses gegen b in das ehemalige Fürstenthum Fulda theilenden Regierungen Berwendung zur gütlichen Beilegung einer veralteten Recht betreffend.

(26. Sig. §. 179 v. 3. 1821.)

Der Roniglich: Burtembergische herr Gefandte, Freiherr von genheim, erstattet Bortrag auf Die neueste Eingabe ber Gemeinbe Gottharde (3.9)

Derfelbe bringt zuerst in Erinnerung, was über diesen Gegenstand bereits in Sigung v. J. 1819, in der 14., 16. und 22. Sigung v. J. 1820, dann 25. Sigung v. zu Protofoll erklart worden ist, desigleichen, was die Gemeinde selbst unterm 4. Octob und neuerlich in eben erwähnter Eingabe vorgetragen hat.

hierauf aufferte derfelbe gutachtlich:

Bon den vier zunächst betheiligten Regierungen hatten zwei — Die Koniglich:B und Großherzoglich:Sachsen:Weimarische — Die Berpflichtung, bei der Befriedigung meinde Gotthards mitzuwirken, bestimmt in Abrede gezogen; die dritte — die Kurfürstlich Seffsche — habe sich über ihre Verpflichtung zu einer Mitwirkung nicht ausgesprochen, habe aber, um der Gemeinde selber willen, den Bunsch geaussert, daß über ihre Befriedigung bei der Ausgleichungs Commission zu Fulda weitere Verhandlung gepflogen werden moge; die vierte — die Koniglich Preussische — habe sich in Beziehung auf die von Baiern und Sachsen Beimar aufgestellte Behauptung noch nicht erklart.

43

Ghe diese Erklarung erfolgt senn werde, lasse sich noch gar nicht beurtheilen, ob diese Regierung — sen es für sich allein, oder in Gemeinschaft mit der Rurbesisschen — die Behauptung jener beiden erstern, daß sie bei dieser Angelegenheit passiv nicht legitis mirt senen, als eine richtige anerkenne oder nicht?

Im lettern Falle werde die Bundedversammlung in Gemäßheit des 30. Artifels der Schlufacte zu verfahren haben, welcher vorschreibe, daß, wenn Forderungen von Pris vatpersonen deßhalb nicht befriedigt werden konnten, weil die Verpflichtung, denselben Ges nüge zu leisten, zwischen mehreren Bundesgliedern zweifelhaft oder bestritten ware, die Bundesversammlung, auf Anrufen der Betheiligten, zuvörderst eine Ausgleichung auf gütlichem Wege zu versuchen und, wenn dieser Versuch ohne Erfolg bliebe und sich die in Anspruch genommenen Bundesglieder nicht in einer zu bestimmenden Frist über ein Compromis vereinigten, die rechtliche Entscheidung der streitigen Vorfrage durch eine Aussträgalinstanz zu veranlassen habe.

Im er ftern Falle aber werde die Bundesversammlung die Gemeinde Gotthards mit ihrer Forderung entweder an die Koniglich Preuffische Rogierung allein, oder, in dem als möglich unterstellten Falle, daß sich Rurhessen mit Preussen in gleicher Lage befände, an die Regierungen dieser beiden Bundesstaaten und eventualiter an deren Landesgerichte zu verweisen haben.

Es scheine daher vor allen Dingen darauf anzukommen, daß sich die Koniglich-Preussische Regierung überhaupt und daß die Kurfürstliche Hessische sich bestimmter erkläre.

Da es notorisch sen, daß die Departemental Ausgleichungs. Commission sich seit geraumer Zeit ausser Thatigkeit befinde, und da der 30. Artikel der Schlußacte das Einschreiten der Bundesversammlung nicht durch den Versuch einer gutlichen Ausgleichung bloß zwischen den betheiligten Regierungen unmittelbar bedinge, sondern vielmehr das Einschreiten der Bundesssammlung, welches darin bestehe, daß sie zuvörderst eine Ausgleichung der Regierungen auf gutlichem Wege versuche, durch das Anrusen der betheiligten Privaten bedingt werde; so wurde der Antrag gerechtfertigt senn, die endliche Erklarung des Koniglich. Preussischen herrn Gesandten und die nahere Erlauterung des Rurhessischen, allenfalls mit hinzusung irgend eines Prajudizes, in Erinnerung zu bringen.

Da aber ber Roniglich: Preusische herr Gesandte erklare, daß die Departementa gleichungs: Commission zu Fulda demnächst wieder zusammentreten werde; da die Rurfü hessische Regierung, im eigenen Interesse der Gemeinde, die Fortsetzung der Berhand vor jener Commission muniche; da diesem Bunsche die Großberzoglich: Sachsen: Beim Regierung beigetreten, und anzunchmen sen, daß sich auch die Roniglich: Baierische Reg den weitern Berhandlungen in jener Commission nicht werde entziehen wollen: so du in Betrachtung aller hier eintretenden Berhaltnisse, für das Interesse der allerhöchste höchsten Regierungen und für das der Gemeinde selber am dienlichsten senn, wei schlossen werden wolle:

- 1) die allerhochsten und hochsten Regierungen von Preussen, Baiern, Rurhesse Sachsen: Beimar durch deren Bundestagsgesandtschaften zur Fortsetzung der handlungen uber die Art und Weise, wie die Gemeinde Gotthards um ihr derungen im Bege der Gute oder des Rechts befriedigt werden solle, mit der hange zu veranlassen, daß, auf weitere documentiete Anzeige der Gemeint der Erfolglosigkeit jener Berhandlungen, der im 30. Artikel der Schlusiact geschriebene Beg sofort werde eingeschlagen werden;
- 2) davon den Anwalt der Gemeinde Gotthards in Kenntniß zu feten.
- Sammtliche Gefandtschaften stimmten bem herrn Referenten bei; baber Befchluß:

daß die allerhöchsten und hochsten Regierungen von Prenffen, Baiern, Rurh und Sachfen : Beimar durch ihre Bundestagsgefandtschaften zur Fortsetzung der Be lungen über die Urt und Beise, wie die Gemeinde Gotthards um ihre Forderungen im der Gute oder des Rechts befriedigt werden solle, mit dem Unfügen zu veranlassen sind auf weitere documentirte Unzeige der Gemeinde von der Erfolglosigkeit jener Berhandlung im 30. Urtikel der Biener Schlußacte vorgeschriebene Beg sofort werde eingeschlagen we

3) Der Unwalt ber reclamirenden Gemeinde ware hievon in Renntniß zu feten.

§. 149.

Bortrag ber am 13. December 1821 erneuerten Reclamatione: Commi über ihre Geschäftsführung.

(33. Się. f. 253. 34. Się. f. 257 v. J. 1821.)

Der Roniglich , Baierische herr Bundestagsgefandte, Freiheri Aretin: verlieft einen Bortrag der am 13. December 1821 (33. Sigung S. 253 wählten Reclamations, Commission über ihre Geschäftsführung, und übergiebt zuglei Berzeichnisse, welche die Uebersicht der vom 9. August bis 31. December vorigen eingekommenen Reclamationen, ber auf Privat: Reclamationen Bezug habenden Erklarungen ber Regierungen, welche ber Commission zugewiesen worden sind, und endlich ber noch uner: ledigten Gegenstände, mit Angabe ber Ursache bes Ruckkandes, gewährt.

Der Bortrag murde fammt feinen Unlagen unter Bahl 19 loco dictaturae bruden gu laffen befchloffen, und die Berfammlung gab den herren Bundestagsgefandten, welche Mitzglieder diefes Ausschuffes waren, ihren verbindlichen Dant für die mit dem Bortrage fammtslicher Reclamationen und diefer Zusammenftellung übernommene Bemühung zu erkennen.

§. 150.

Ginreichung 8: Protofoll.

Nachstehende Eingaben, als:

- Num. 71, eingereicht am 16. Mai laufenden Jahres, von Dr. Euler, als Bevollmächtigs ten des Freiherrn von Wollwarth, Commenthur der Deutsche Ordens Ballei Riedersachsen, die endliche Entscheidung der Pensionsangelegenheit seines Commitstenten betreffend.
- Num. 72, einger. am 16. Mai, von der Megler'schen Buchhandlung zu Stuttgart, Busfammenstellung unter bem Titel:
 - « Die Debatten über ben Buchernachdrud, welche in ber Burtembergifchen
 - « Rammer ber Abgeordneten flatt fanden. Stuttgart 1822. »
- Rum. 73, einger. am 21. Mai, vom Regierungsvirector herquet, Rachtrag zur Denksschrift vom 12. Marz b. J. in Betreff seiner Pensionsverkurzung.

wurden den betreffenden Commissionen zugestellt.

Folgen die Unterschriften.

Adtzehnte Sipung.

Geschehen, Frankfurt ben 30. Mai 1822.

In Gegenwart

aller in der vorigen Gigung Anmesenden.

§. 151.

Reue Bollmacht bes herrn Bundestagsgefandten, Grafen von E fur Sachfen: Gotha.

Der Großherzoglich: und herzoglich: Cachfische Bundestagsgesa herr Graf von Beuft, zeigt an: am 17. Mai fen des herzogs August Emil L von Sachsen: Gotha: Altenburg weiland hochfürstliche Durchlaucht, zur gerechtesten Enis hochstihrer Unterthanen, die in dem Berewigten einen gleich gerechten und Fürsten verehrt und geliebt hatten, mit Tode abgegangen.

In Ermangelung mannlicher Abkommen bes hochsteligen Berzogs, sen hausgesel weiland Seiner Berzoglichen Durchlaucht Sochstderen Durchlauchtigster Berr Bruder zog Friedrich IV., in der Regierung gefolgt, und der Gefandte gebe sich die Ehre, Versammlung die von des nun gnadigst regierenden Berzogs Friedrich zu Sachsen 26 Altenburg Durchlaucht ihm zugegangene hochste Vollmacht hiermit zu übergeben.

hierauf wurde die Bollmacht Gr. Durchlaucht des nunmehr regierenden herzog Sachsen: Gotha und Altenburg, d. d. Gotha ben 22. Mai 1822, verlegen und

beschlossen:

Diefelbe in das Archiv qu hinterlegen und beglaubigte Abschrift hievon bem Berri bestagsgesandten Grafen von Beuft zuzustellen.

§. 152.

Rheinisch : Bestindische Compagnie zu Elberfeld.

Der Konigliche Danische, herzogliche holfteine und Lauenbur Bundestagsgefandte, herr Graf von Enben, erstattet, Namens der Com über die deutschen Sandelsverhaltniffe, nachfolgenden Bortrag:

Un die von der hohen Bundesversammlung erwählte Commission über die deutschen Handelsverhaltnisse ist den 22. April dieses Jahres, unter Num. 56 der diesighrigen Eingasben, eine Anzeige und ein Gesuch der Direction der Rheinisch, Westindischen Compagnie zu Elberfeld, abgegeben worden, in welcher die Errichtung dieser Gesellschaft angezeigt, und die Bitte gestellt wird,

« daß eine hohe deutsche Bundesversammlung von dem Dasenn dieser deutschen Stife « tung Renntniß zu nehmen, und deffen Gemeinnützigkeit durch eine dieselbe billie « gende Entschliessung zu erkennen zu geben geruhen moge ».

Die Commission beeilt sich, der hoben Bundesversammlung Bericht über Diefe Gingabe zu erstatten.

Die Direction führt in ihrer Borstellung an, daß die erkunstelte Stellung, die der beutsche handel durch das Continental, System erhalten habe, von keinem Bestande habe seyn konnen, da sie widernaturlich gewesen sey; sie sey also mit dem System im Jahre 1814 gefallen. Dieses System habe besonders dadurch nachtheilig auf den deutschen handel gewirkt, daß es den Deutschen entwohnt habe, seinen Handel über das Meer selbst zu treiben, einen Handel, der dereinst den merkantilischen Berein der alten deutschen Hanse so hoch gestellt habe, und der auch jest noch die deutsche Industrie auf hohere Stufe erheben konne.

Die Direction theilt die Geschichte der Entstehung dieser Gesellschaft in einer unter Rum. 2 angefügten Beilage mit, aus der furzlich hervorgeht, daß mit Ausbedung der Seesperre im Jahre 1814 ein Elberfelder und zwei hamburgische handelskundige Manner, zufällig von gleichem Gesichtspuncte ausgehend und gleichen patriotischen Zwed verfolgend, sich mit Planen beschäftigt haben, dem Seehandel neues Leben zu verschaffen, und sich darauf vereinigt hatten, ihren Zwed gemeinschaftlich zu befordern.

Diefer Zwed sen: den unmittelbaren deutschen Seehandel, und durch ihn den deutschen Sandel überhaupt und die Industrie zu heben.

Um durch vermehrte Kraft diesen Zwed schneller zu erreichen, sen von ihnen eine Sans belögesellschaft dem Privatunternehmen vorgezogen worden; diese sen zu Stande gekommen, und Gesetze entworfen worden, nach welchen sie ihren Zwed verfolgen und welche zugleich auch den Mitgliedern die möglichste Sicherheit für das einzuschiefsende Capital gewähren könne. Diese Gesetz theilt die Direction in einer Anlage unter Rum. 1 mit.

Die Commission glaubt zu Beurtheilung ber Frage: in wie fern jene Gesetze den vorgeftedten Zwed zu erreichen versprechen burften, folgende SS. der Statuten ausheben zu muffen.

Nach dem S. 1 derselben ist Hauptgrundsatz der Gesellschaft: zur Ausfuhr lediglich auf beutsche Fabrikate, Manufacte und Producte sich zu beschränken. — hierdurch erscheint sie als ein rein deutsches National Inftitut.

In dem S. 2 ist die Dauer der Gesellschaft auf zwanzig aufeinander folgende beschränkt. Nach 17 Jahren soll von ihr bestimmt werden, ob sie länger bestehen Würde jedoch zu irgend einer Zeit bei Ziehung der Bilance es sich ausweisen, da Orittheil des ursprünglichen Capitalwerthes der Actien verloren gegangen, so soll Geschäfte der Compagnie geschlossen und sobald als möglich liquidirt werden.

Der S. 3 bestimmt, bag bas Capital ber Gesellschaft burch Actien, jede zu 500 ! Preufisch Cour., zusammen zu bringen sep, die Zahl ber Actien ist jedoch auf 2000 besch

In dem S. 4 wird bestimmt, daß die Actien mit 4 Proc. jährlich verzinst, die Coupe deren Erhebung auf funf Jahre gleich mit den Actiens Documenten ausgegeben, ausserden noch Empfangscheine hinzugefügt werden sollen, zu Erhebung des bonus oder der Divil wenn bei Ausmittlung der Bilance eine Dividende durch die Mehrheit der Stimmen werden sollte. Zinsen und Dividende konnen, nach Bequemlichkeit der Interessenten, berfeld, Coln, Berlin, Frankfurt, Hamburg, Leipzig, jährlich im Monat April er werden.

Nach bem S. 5 ift kein Theilhaber fur mehr verbindlich, als fur den Nominal seiner Actie.

Nach S. 10 werden die Geschäfte der Gesellschaft durch eine Direction von fünf gliedern, vorläufig unentgeldlich, geleitet, die aus den Besitzern der Actien durch Stir mehrheit erwählt werden und in dem Orte des Hauptcomptoirs wohnen muffen. ! dieser Direction wird aber die Gesellschaft noch repräsentirt durch einen Directorial der aus sieben gewählten Mitgliedern besteht, und dessen Functionen nach

S. 31 barin bestehen, Die Berichte ber Direction zu empfangen und mit ihr bi ternehmungen ber Gesellschaft zu berathen.

Nach S. 37 kann die Gesellschaft auf den Haupthandelsplätzen der fremden Wel eigene Comptoirs halten; das Risco, was bei diesen einzelnen Etablissements ausstehen darf, nach S. 39, einschließlich der garantirten Consignationen und gemachten Vorso ztel des Capitals nicht übersteigen.

Von den Actien, durch welche das Capital der Gesellschaft zusammengebracht n soll, sind, nach der unter Rum. 3 von der Direction beigelegten Liste, 520 abgesetzt, nur in den Königlich. Preussischen Staaten, sondern auch in Sachsen, in Kurhessellscherzogthume Hessen, im Großherzogthume Weimar, in Bremen, Frankfurt und burg, selbst in den Niederlanden und in Holland.

Endlich übergiebt die Direction unter Rum. 4 ein Verzeichniß derzenigen Wawelche im Werthe von 124,000 Rthlr. aus den Rheinprovinzen, Westphalen und Schl Protok. b. b. Bundesvers. XIV. Bb.

tud Sachsen, Sannover, Baiern, Beffen und Bohmen bezogen, und burch ein nach Santi ibgefandtes Schiff bereits ins Ausland verfahren worden find.

Gutachten.

Daß der Handel auf den Wohlstand aller Staaten einen hochst wesentlichen Ginfluß hat; daß dieser um so wohlthatiger senn muß, je mehr burch den Handel zugleich auf die Industrie zurückgewirkt wird; daß gegenwärtig eine hochstnachtheilige Stockung, vorzüglich im deutschen Handel eingetreten ist, der voraussichtlich mit noch größeren Verlusten bedroht, als bereits erlitten find; daß die verschiedenartigsten Ansichten über Beranlassung und Grund dieser Sockung, über Mittel und Wege, sie zu heben, laut geworden sind, ist zu allgemein und dieser hoben Bersammlung zu genau bekannt, als hierüben ein Wort sagen zu muffen.

Je allgemeiner aber Dieses gefühlt wird, besto größere Aufmerksamkeit verdienen Dies jenigen, zu Belebung bes handels gemachten Borschläge und Plane, Die bereits ins Leben übergegangen find, beren Ausführbarkeit mithin eben badurch schon vollkommen erwiesen ift.

Dieses ift der Fall mit der neuen Rheinisch Bestindischen Compagnie, die im Marz 1821 zu Elberfeld gestiftet ist, und schon im Anfange Dieses Jahres, nachdem erst tel der Actien abgeseht war, mit Zutrauen für die Sache und aus Gifer für das allgemeine Beste bereits ihre Unternehmungen begonnen bat.

Wenn hierin schon ein besonderer Grund für die hohe Bundesversammlung liegen durfte, ihre besondere Ausmerksamkeit dieser Gesellschaft zu schenken, so wird sie sich hierzu um so mehr für verbunden erachten, als diese Handelsgesellschaft ihrem allerhöchen Lanz desherrn, Seiner Majestät dem Konige von Preussen, den Zweck und die Gesetze ihrer Berzbindung vorgelegt, solche bestätigt erhalten hat, und daher als eine bereits organisirte und durch die landesherrliche Genehmigung autorisirte Gesellschaft besteht.

Bu Uebergabe ihrer Unzeige und ihres Gesuchs hat sich ber hiefige Dr. Schulin durch eine unter U angelegte Bollmacht auch gehörig legitimirt.

Daß der deutsche Runstfleiß mit andern Europäischen Staaten gleichen Schritt halten kann, in einzelnen Zweigen ihn übertrifft, gehet sowohl aus der früheren, als aus der noch gegenwärtigen Geschichte des Handels hervor. Es bedarf, um selbst das Lettere zu bes weisen, nur eines Blicks auf die, auch in den entferntesten Belttheilen gesuchten, deutschen Wollens und Leinen Baaren. Es bedarf also der deutsche Fabrikant nur einiger Aufmunsterung und Unterstützung, um auch mit andern Staaten Concurrenz halten zu können.

Jeder Fabrifant und Manufacturist wird aber am zwedmasigsten, und ohne ber Opfer von Seiten bes Staates oder der Einzelnen zu bedurfen, unterstützt, wenn ihm Mittel an die hand gegeben werben, seine Producte sicher und rasch absetzen zu tonnen. Wird ber Absah erleichtert und beforbert, kann ber Fabrikant sein Product sogleich vertauschen, ober

wird wenigstens seinem Erwerbe die moglichste Sicherheit geleistet, so werden dem Er und badurch ber Industrie die vorzuglichsten Wege gehahnt.

Mit größerem und schnellerem Erfolge, mit vermehrter Sicherheit werden abe Bege betreten werden tonnen, wenn zu Erreichung Diefes Zwedes Mehrere ihre Ein und ihre Krafte vereinigen.

hierin liegt ein unverkennbarer Borzug der handelsgesellschaften vor den Un mungen der Einzelnen, wenn übrigens nur die Statuten der Gesekschaft auf ri Sicherheit gewährende, Grundsätz gebaut find, der freien Concurrenz Einzelner keine trag thun, und sie für die freien Bewegungen der Gesellschaft nicht mehr Einschrän enthalten, als die Sicherheit des Instituts selbst folche erfordert.

Diese für das allgemeine Beste als nothwendig anerkannten Hauptbedingunger Handelsgesellschaft sinden sich in den Statuten der Rheinisch; Westindischen Com: Vereinigt bringt sie ein Capital herbei, das wenige Einzelne in Deutschland zu Erg eines ganz neuen Handlungsweges wurden verwenden wollen und konnen; sie ist mit Privilegio versehen, welches den Handel der Einzelnen beschränken konne; durch die ist sie verhindert, dem Reit eines moglichen größeren Gewinnes die wesentlichere Sied Ganzen zu opfern, und ihr allein sind, ohne irgend eine Einwirkung, die Leitu Geschäfte, die Wahl der Unternehmungen überlassen.

Wenn ichon in diefer Rudficht, wenn ichon burch ben gefetilich ausgesprochenen ber Gefellichaft, nur dem deutschen Runftfleisse ausgebreiteren Absat zu verschaffen, besondere Murdigung Der hoben Bersammlung zu verdienen scheint; so mochte sie auch vorzuglich badurch noch verdienen, daß fie Die Producte, Fabritate und Ma Deutschlands, ohne fremden Zwischenhandel, in das Ausland verfahrt, und bie P beffelben, wieder ohne Dagwifchenkunft Anderer, nach Deutschland guruchbringt. De theil, ben Deutschland bierdurch bezieht, ift von hohem Werthe und groffen Folgen. gewöhnlicher Berechnung verdient ber Zwischenhandler bei Bersendung ber Waaren fabr 10 Proc., eben fo viel bei der Rudfracht der Baaren des Auslandes. Diefe 31 bandler bes beutschen Sandels find großtentheils nicht Deutsche, sondern Englische, goffiche, Sollandische, felbst Amerikanische Sandelshäuser; es ergiebt fich hieraus, Das Die Mheinifch , Westindische Compagnie auch jene 20 Proc. fur Deutschland gewonnen ! Die bieber fur ben Abfat ber beutschen Producte und der Berbeiführung der Bed Deutschlands, dem Auslande bezahlt werden mußten. Um fo viel wird also bas Betrieb in Deutschland vermehrt; Die bieraus fich ergebenden weiteren Folgen find flar und von Ginfluffe. : ::

Es scheint aber für ben beutschen Fabrikanten noch ber weitere Bortheil aus ber Errichtung dieser Gefellschaft erwachsen zu mussen, daß, da er den directe exportirenden Raufmann nicht erst im Auslande aufsuchen muß, er daher seine Baare sicherer und schneller in andere Baare, oder — will man es trennen — in Metall umsetzen kann, er auch weniger Kosten und geringeres Risico zu tragen haben wird; deshalb kann er auch wohls seiler arbeiten, und hierdurch die für den deutschen Handel so wichtige Concurrenz mit audern Staaten erhalten werden.

Gin Institut, was den Absatz deutscher Producte zu sichern und zu verbreiten sich bemüht, was die Concurrenz der deutschen Fabriken und Manufacturen mit denen des Auslandes zu befördern und zu erhalten sich bestrebt, das zugleich die möglichste Sicherheit den zu diesem Iwede in Umlauf zu bringenden Capital zu leisten, sich besonders angelegen sepn lassen muß und wird, dieses verdient unstreitig die besondere Würdigung von Seiten dieser hohen Versammlung.

Die Commission glaubt baber barauf antragen zu mussen, baß es ber hohen Versammlung gefällig senn moge, ber Direction biefer Gefells schaft ihre lebhafte Theilnahme an ber Errichtung biefes so gemeinnutigen Instituts, und ihre innigsten Wunsche für bas Gebeihen und Fortschreiten ihres patriotischen Zwedes zu erkennen zu geben.

Dierauf wurde, unter allgemeinem Ginverstandniffe mit bem Gutachten ber Commiffion, einhellig

beschlossen:

daß ber Direction ber Rheinisch. Westindischen Compagnie die lebhafte Theilnahme ber hohen Bundesversammlung an der Errichtung dieses so gemeinnutigen Instituts, und ihre innigsten Bunsche fur das Gedeihen und Fortschreiten ihres patriotischen Zweckes zu erkennen zu geben sep.

§. 153.

Den Buchernachdrud betreffend, ,, (12. Sig. §. 91 b. 3.)

Der Koniglich Baierische herr Bundestagsgefandte, Freiherr von Aretin, tragt, unter Bezug auf ben Beschluß vom 28 .Marz b. J. (12. Gig. S. 91), vor:

Die Mehlerische Buchhandlung zu Stuttgart habe unterm 24. Upril und praes. 16. Mai biefes Jahres eine weitere Drudschrift unter folgendem Titel an die hohe Bundesversammlung eingesendet:

«Die Debatten über ben Buchernachbruck, welche in ber Burtembergischen Raaber Abgeordneten statt fanden. Aus der officiellen Actensammlung abgedruckt «Stuttgart bei Wegler 1822».

Diese Schrift begleite die Mettlerische Buchhandlung mit einer, unter Rum. 72 is Protofoll eingetragenen, schriftlichen Eingabe, worin angeführt werde, daß, da Bal und Recht durch mehrseitige Beleuchtung nur gewinnen konnten, es der hoben Bundesverslung vielleicht nicht unangenehm seyn werde, auch alle weiteren, in Beziehung auf Sache in der Burtembergischen Rammer vorgekommenen Berichte, Debatten und Best im Zusammenhange vollständig übersehen zu können, welche zugleich des Dr. Griesinger' lehrte und scharsfünnige, wohl aber größtentheils unpractische und sophistische Grunde Beweise zu widerlegen beitragen mochten.

Die Buchhandlung füge noch bei, daß sie sich glücklich schägen wurde, wenn die 1 reichung dieser Schrift einigen Anlaß geben sollte, taß der angeregte Gegenstand bald def entschieden wurde, und recht bald Deutschlands Schriftsteller und Verleger sich eines meinen, von der hohen Bundesversammlung ausgehenden Gesetzt zum Schutze ihres i sauer erworbenen Eigenthums erfreuen mochten.

Der herr Referent auffert hieruber gutachtlich:

Die Verhandlungen in der Standeversammlung zu Stuttgart über diesen Gegenstand um so größeres Interesse dar, als in dem Commissionsberichte und in den Sigungs-Protol die Sache sehr vielseitig beleuchtet, und die Grunde für und wider die verschiedenen Meint sehr ausschlich entwickelt worden.

Die Aufmerksamkeit der hohen Bundesversammlung auf diese Berhandlungen werde noch darum in besondern Anspruch genommen, weil darin auf ein allgemeines, für Deutschland gultiges Gesetz, unter Beziehung auf die Bundesacte, angetragen, und an E Majestät den König von Würtemberg die Bitte gestellt worden sen, daß Allerhöchstdies geruhen mochten, Sich bei dem Bundestage wegen einer allgemeinen Gesetzgebung über Büchernachdruck zu verwenden.

Bei dieser Beschaffenheit glaube Referent ben Antrag dahin stellen zu sollen, baß, 1 Bezugnahme auf den Beschluß vom 28. Marz dieses Jahres,

- 1) die von der Mehlerischen Buchhandlung in Stuttgart eingesendete Schrift auf g Weise an die Bibliothet ber Bundesversammlung abzugeben fen, und
- 2) die Regierungen ersucht wurden, ihre Aufmerksamkeit auf die darin enthaltenen handlungen erstreden zu wollen.

Sammtliche Gefandtschaften waren mit bem herrn Referenten einverstanden; daber ... Befch lu # :

- 1) daß die von der Meglerischen Buchhandlung zu Stuttgart eingefendete Schrift in Die Bibliothet der Bundeeversammlung abzugeben fen, auch
- bandlungen erfreden zu wollen.

§. 154.

Gesuch bes Gervatius Got, Schaffners bes aufgeloften Beiffrauen, flofters zu Mainz, Penfion betreffenb.

(16. Sis. 5. 124 b. 3.)

Braunschweig und Naffau fur Naffau. Die herzoglich: Rassausche Bundes, tagsgefandtschaft versaumt nicht, die, in Gemäßheit einer ergangenen Aufforderung der hoben Bundesversammlung, noch obliegende Erklarung auf die Eingaben der Gervatius Got, Schaff; ners des aufgelosten Beißfrauenklosters zu Mainz, um Verwilligung einer Pension, in Nach; stehendem zu geben.

Nach S. 76 des Reichsdeputations : Recesses sollen biejenigen Geistlichen und Diener, beren Korperschaften jenseits auf der linken Rheinseite aufgehoben worden, welche jedoch Guter auf der rechten Rheinseite haben, aus denselben, so weit diese Einkunfte reichen, Unterhalt erhalten, wenn solche als diesseits gebohrne von dem franzosischen Gouvernement zu dem Unterhalt ohne Pension auf die rechte Rheinseite verwiesen worden sind.

Diese Bestimmungen fanden auf den Supplicanten beghalb feine Unwendung, weil berfelbe

- a) von der andern Rheinseite geburtig ist und seine Wohnung daselbst beibehalten hat, überdieß
- b) der ganze Bermögenbertrag des Beißfrauenklofters in 60 fl., 13 fr. bestand, de an die zur Pensionirung qualificirten Ronnen zu verabreichende Sustentationssumme aber 270 fl. beträgt, also über 200 fl. mehr, als das diesseitige Aerarium aus diesem Bermögen bezog. Es ist daher bereits, ohne alle Berbindlichkeit, wegen der Bestürfnisse der Nonnen eine größere Last übernommen worden, als der Fundus ertrug, und können weitere Abgaben nicht bewilligt werden.

Der reine Ertrag des gedachten Vermögens vermindert sich nämlich bis zu der Summe von 60 fl. 13 fr., weil die Interessen von einem Passivcapital bei Beinhändler Bohm zu Krankfurt ad 6000 fl. à 3½ Proc. mit 210 fl. davon noch in Abzug zu bringen sind.

Reclamant wurde hieranch ichon mehrmalen auf seine bei Berzoglichem Staatsminifterium übergebenen Borftellungen motivirt abschläglich bedeutet, und tann, nach ber vorliegenden

ganz flaren Bestimmung bes 76. S. bes Reichsbeputatione: Schluffes, feine Forderung biefem Titel an Naffau begrunden.

Uebrigens bezieht derselbe als ehemaliger Reller der Abtei Eberbach von der Hich: Raffauischen Seite eine Penston von 480 fl., die ohne Zweifel seine Sustentation sie Diese Erklärung wurde an die betreffende Commission abzugeben beschlossen.

§. 155.

Bitte des ehemaligen Rheinzollschreibers zu Oberlahnstein, Hofgeri rathe Beister, für sich und mehrere Rheinzolls Pensionisten, Auszahlung rückständiger reichöschlußmäsiger Pensionen. (16. Sis. §. 140 b. 3.)

Preuffen. Go wenig die dieffeitige Bundestagsgefandtschaft, nach den bekannte sinnungen ihres allerhochsten Hofes, beabsichtigen kann, der Anwendung des Artike der Schlusacte, wo dieselbe als begrundet und hinreichend vorbereitet hervorgeht hinderniß in den Weg zu legen; so findet sich dieselbe doch gerade in Beziehung auf solche hinreichend erhellende Begrundung und Vorbereitung bei dem vorlieg Falle veranlaßt, Folgendes noch der allerseitigen Erwägung anheim zu geben.

- 1) Der Beschluß der 16. Sigung benennt acht Bundesstaaten als solche, an n einzeln oder in verschiedenen Complexen, ein Anspruch hierunter bereits gemacht w oder ferner gebenkbar ist.
- 2) Von diesen acht Staaten werden sieben, in zwei verschiedene Complexe zusan gefaßt.
- 3) Von allen acht Staaten hat nun aber am Bundestage, in der Zusam fassung, (als in Ansicht oder Ramens derfelben) sich noch gar keiner, im Ginzel eingehend in die Sache, nur Giner erklart.
- 4) Alles,' was sonft von Sacherdrterung oder Erflarung am Bundestage ! tommen, ruht allein auf der Ausführung der Reclamanten, die zwar, in ihrer Art, sachdienlich und wohl verfaßt ift, jenen Mangel formlicher Meusserung von Seiten d Anspruch genommenen Bundesstaaten aber nicht ersetzen kann.

Bei Erwähung dieser Berhandlungslage brungt sich vielmehr unwillführlich bis merkung auf, daß in diesem Falle das Material zu Anwendung des Artikels 30 t wegs schon so gereift vorliegen kann, um die Aufstellung der streitenden Theile se nicht anders zu begründen, und damit bereits eine Sachstellung anzuordnen, die na folgter mehrerer Erklärung füglich noch anders ausfallen kann; zu geschweigen, daß Sachstellung, indessen sie den Auschein einer Sachbeforderung giebt, ihre bedeutende

widelung fehr bald um fo mehr erkennen lagt, als die Verfolgung diefes ganzen Unordnungsplanes wahrscheinlich zunächst noch eine weitere Verwidelung zur Folge haben murbe.

Dazu tommen noch folgende Bebenten.

Erstlich: Sollen theils die jegigen Rheinuferstaaten, theils die jegigen Besitzer bes vormaligen Großberzogthums Frankfurt, als folche, sich erklaren; so wurde dieses zuwörderst eine Einigung unter den felben über diese ihre Erklarung fordern, die, abgesehen von leicht erkennbarer innerer Schwierigkeit, einen bedeutenden Zeitverlauf kosten durfte, und deren entschiedene Nothwendigkeit, gerade in dieser Art, noch nicht einmal anzunehmen ist.

3 weiten 6: Wenn ein so wenig vorbereitetes Material in die Termine und übrige Bind bung einer Einleitung nach dem Artikel 30 und dem bisherigen Streitigkeitsverfahren übertragen wird, welche Aussicht eröffnet sich, daß die Sache, wenn sie (wie nach dieser Stellung hochst wahrscheinlich ist) nicht ausgeglichen wird, wohl vorbereitet und zweckvienlich bes messen, für eine zu hoffende Streitentscheidung an das Gericht gelange?

Alle diese Grunde, die vielleicht noch zu vermehren seyn wurden, bewegen die diesseitige Bundestagsgefandtschaft zu dem Vorschlage, daß der Beschluß 16. Sigung für jest noch dahin modificirt werden moge:

a wie man bei nochmaliger Erwägung angemessen gefunden habe, den Antrag einste weilen dahin zu stellen, daß diejenigen Regierungen, die sich in der Sache hier überall noch nicht erklart hatten, dennoch aber unter den in Anspruch kommenden gedacht wurden, zuvörderst noch im Bundestags, Protokolle einzeln ihre allgemeine Ansicht über den Gegenstand zu dem Zwecke eröffnen möchten, um auf diese Beise noch zu einem mehr vor bereiteten und besser zu übersehenden Material der Sache zu gelangen, und erst demnächst und je nachdem sich sodann der Gegenstand wirklich stelle, in Hinsicht auf den Artikel 30 der Schlußacte das weiter Erforderliche zu beschließen und anzuordnen».

Sollte man hingegen das ganz unveränderte Bestehen des Beschlusses, vorstehender Bes merkungen ungeachtet, vorziehen; so wurde die diesseitige Bundestagsgesandtschaft die dabei zum Grunde-gelegte Ansicht ihrerseits nicht zu theilen vermögen, sondern ihrem allerhöchsten hofe, unter dem Anheimstellen einer, in der Bundesversammlung zuvörderst abzulegenden, einfachen Erklärung über die diesseits stattsindende Ansicht, das Beitere überlassen. Nur wenn etwa der Mehrheit schiene, daß eine einfache Beaustragung der Gesandten der acht Staaten, sich nicht zum Bundestags:Protokolle, sondern bei der ernannten Commission zu erklären, als mit dem diesseitigen Bortrage in der Birkung gewissermaßen zusammenfallend, betrachtet werden könnte; so wurde zwar die Befolgung dieser Ansicht, falls die Erklärungen nicht ganz allgemein, als zur Materialiensammlung dienend, im vordem erkten Sinne abges

geben, sondern bereits im Sinne bes Beschlusses geordnet wurden, von den Mangeln frei bleiben, welche die Befolgung des damit vorgezeichneten Anordnungsplanes bemerktern mit sich führen durfte.

Wenn man aber auch mit folder Abgabe ber Erklarung an die ernannte mission, als einmal ernannt und für die fernere Erdrterung der Sache bestimmt, sich seits einverstehen, demnach diese Commission als eine Prüfungs; oder Boreitungs: Commission betrachten konnte; so würde damit dieseits doch in Art ein Anerkenntnis verbunden oder geleistet werden, daß die streitenden The dieser Aufzählung und Anordnung zu ihiger unmittelbarer Einleitung eines Vergle verfahrens wirklich constatirt sepen; und noch weniger würde sich mit Abgabeiner solchen, an die Commission gebrachten, vorläusigen Erklärung eine förmliche Emächtigung in der hier verstandenen Art und Hindeutung dermalen verbinden lassen.

Die Bundestagsgefandtschaft ersucht, diese Aeusserung, wenn dieselbe entweder die in 2 gebrachte hauptmodificirung oder doch die hinzugefügte Abanderung zur Folge zur Erläuterung des Gegenstandes und Behufs beabsichtigter Niederlegung der ganzer gesprochenen Ansicht, loco dictaturae abdrucken zu lassen. Im Falle aber, daß es be unveränderten Beschlusse ganzlich verbliebe, mußte die Aufnahme in das Protokoll de tigen Sigung begehrt werden.

Die dieffeitige Gefandtschaft kann nie zugeben, daß auf so unzureichende, zu üb gendere Theile von den reclamirenden Privatpersonen herrührenden Materialien aud der Streit an und für sich als zureichend und formlich constatirt, noch wi daß er als schon substantiirt oder formirt nach dem Gegenübertreten streitender The trachtet werden konne.

Hierauf wurde in Erwägung gezogen, daß durch den, vermöge Beschlusses vi I. M. (16. Sig. S. 140), anzustellenden Versuch einer gutlichen Ausgleichung dieser legenheit, keiner der betheiligten Regierungen ein Prajudiz weder in hinsicht der Con dieser hohen Versammlung, noch der Anwendung der, etwa hier einschlagenden, gese Bestimmungen erwachse; daher

Beschluß:

daß die Roniglich: Preuffische Erklarung an die Bermittlungecommission abzugeb

§. 156.

Beitrage zur Matrikular: und Canglei: Caffe. (13. Sie. §. 110 b. 3.)

Der Großherzoglich, und Herzoglich, Sachfische Berr Gefandte, von Beuft, zeigt an, daß fur das herzogthum Sachsen, Meiningen die nad Protot, b. b. Bundesverf. NIV. 28b.

ber 6. Sigung befchloffenen Beitrage jur Bundesmatritular : Caffe und jur Dedung ber Bundescanzlei : Bedurfniffe eingezahlt worden waren.

§. 157.

Ginreichungs: Protofoll.

Die Eingaben:

- Rum. 74, eingereicht am 22. Mai, von Georg Friedrich Belli zu Frankfurt, für sich und Namens seiner Geschwister, die baldige Ruczahlung der von ihrem Bater als Rur; und Oberrheinischen Kreiscassier erlegten Caution mit Zinsen, deffen Besoldungerückstand und Capitalanleihen mit Zinsen, im Gesammtbetrage von 29,209 fl. 17 fr., betreffend.
- Rum. 75, einger. am 30. Mai, von Johann Wilhelm Remp, Forderung an die Hers zoglich : Nassauische Regierung, wegen Lieferung zu der vormals Kurtrierischen Festung Chrenbreitstein.

wurden an die betreffenden Commissionen abgegeben.

Reunzehnte Sipung.

Geschehen, Frankfurt den 10.3 un i 1822.

In Gegenwart

aller in ber vorigen Gigung Anwesenben,

Ausgenommen:

von Seiten Danemarts, wegen Solft ein u. Lauenburg: bes herrn Grafen Epben, fur welchen ber Großherzoglich: Medlenburgische Gefandte, herr von Pfubstituirt mar.

§. 158.

Substitution.

Prafidium zeigt an, daß fur den Konigliche Danischen, Herzogliche Holsteine und burgischen Bundestagegesandten, herrn Grafen von Enben, der Großherzogliche Mburge Schwerine und Medlenburg Strelitische herr Bundestagegesandte von Pent stituirt sen.

§. 159.

Legitimation des herrn Gyndicus Dr. Curtius, als Gefandten ber f Banfestadt Lubed.

Ferner bringt Prafidium zur Kenntniß der hohen Versammlung, daß der Bundestagsgesandte der freien Sansestadt Lubed, Syndicus Dr. Gutichow, abt und an seine Stelle der Herr Syndicus Dr. Eurtius zum Bundestagsgesandten er worden sen.

Die von sammtlichen vier freien Stadten auf die Herren Gesandten, Syndicus Georg Curtius von Lubeck, Syndicus Johann Ernst Friedrich Danz von Fra Burgermeister Johann Smidt von Bremen, und Syndicus Johann Michael von Hamburg, sammt und sonders ausgestellte Vollmacht, d.d. Lubeck den 1. Mai Frankfurt den 10. Mai 1822, Bremen den 15. Mai 1822 und Hamburg den 20 1822, ferner die besondere Vollmacht der freien Hansestadt Lubeck für Herrn Sicurtius, d.d. Lubeck den 1. Mai 1822, wurden verlesen und in das Bundesari

hinterlegen, jedoch beglaubigte Abschriften dem herrn Bundestagsgefandten Gurtius jugus stellen beschlossen.

§. 160.

Beschwerbesache ber Rheinpfalzischen Staateglaubiger und Besitzer ber Partial. Obligationen lit. D, Die Zahlung ber rudftandigen Zinsen und verfallenen Capitalien betreffend.

(19. Się. g. 124 v. 3. 1821.)

Der Königlich: Hannoverische Bundestagsgesandte, herr von hams merstein: überreicht ein Schreiben des Königlich. Großbritannisch: Hannoverischen Obers appellationsgerichts zu Celle, als Austrägalinstanz in der Beschwerdesache der Rheinpfalzischen Staatsgläubiger und Besiger der Partial: Obligationen lit. D, die Zahlung der rückständigen Zinsen und verfallenen Capitalien betreffend, d. d. Celle den 6. Mai 1822, welches verlesen und sammt seinen Beilagen diesem Protokolle unter Zahl 20 angefügt worden ist.

hierauf erflarte der Großherzoglich heffische herr Gefandte, er habe von biesem Schreiben, durch die Gefälligkeit des Koniglich hannoverischen herrn Bundestage gesandten, Mittheilung erhalten, und sen darauf von seinem hochsten hofe zu folgender Erklarung ermachtigt worden:

Das Verlangen des Oberappellationsgerichts zu Celle wird

1) vorzüglich in Beziehung auf Die rechtlichen Buftandigfeiten bes Großherzogthums Beffen zu beurtheilen fenn.

In dieser Hinsicht ift es flar, daß jeder Bundesstaat nur unter ben Boraussetzungen sich eine Austragal: Entscheidung gefallen laffen muß, daß

- a) gutliche Bermittlung vergebens versucht worden, und daß er
- b) an der Ernennung des Austragalgerichts durch Borschlag oder Auswahl Theil genommen babe.

Beides ist in Unsehung des Großberzogthums heffen hier nicht geschehen; es kann also eine Berbindlichkeit fur dasselbe, dem Ansinnen des genannten Gerichts zu entsprechen, nicht vorhanden seyn. Den Vermittlungsversuch könnte man freilich noch jeto nachholen, wenn man den dadurch von neuem entstehenden Aufschub nicht achten wollte. Wie will, wie kann man aber die Ausübung des Rechts, an der Ernennung des Austrägalgerichts Theil zu nehmen, noch jeto für das Großherzogthum hessen eintreten lassen? und wie sollte man, kann man dieß nicht, einem Bundesskaate zumuthen, gerade auf dassenige zu

verzichten, was bei aller und jeder Austrägalinstanz das Wefentlichste ist, und c welches der Begriff selbstgemählter Schiedsrichter gar nicht gedenkbar ist? Dagegen sich auch nicht wohl annehmen, daß man das Verfahren zu Celle sistiren wolle und, i vorherigem Vermittlungsversuche, das Großherzogthum hessen nunmehr noch an der 2 wahl der von dem Könige von Baiern vorgeschlagenen Gerichtschöfe Theil nehmen lassen. Denn diese Theilnahme könnte zur Folge haben, daß statt des Gerichts zu C ein anderes erwählt wurde; und diesem Resultate — scheuete man auch nicht diesen ne Ausschaft wurde immer auch die Bedenklichkeit im Wege stehen, daß Baiern und Benicht bloß, sondern auch die Gläubiger ein wohlerworbenes Recht darauf haben durf daß gerade durch das Gericht zu Celle, und durch kein anderes, der zwischen bei eben genannten Staaten obwaltende Streit entschieden werde.

Das Großberzogthum heffen kann also erwarten, daß dem Ansinnen, es zu ein Austrägalversahren zu veranlassen, wobei es zur Ernennung des Gerichts auf bundes fassungsmisse Beise nicht mitgewirkt hat, keine Folge gegeben werde;— auch abgese davon, daß Baiern, wenn es gleich die Berichtigung des Legitimationspunctes der rich lichen Berfügung anheim gestellt hat, dennoch, nach diesseitiger Ansicht, nicht verbunden sourfte, eine Theilnahme des Großherzogthums hessen, ohne vorherigen Bermittlungsverssich gefallen zu lassen.

Ift bemnach der angesomene Beitritt des Großherzogthums seinen bundesverfaffur masigen Rechten entgegen, so ift ausserbem

2) vieser Beitritt zur Fortsetzung bes Versahrens in Celle gar nicht erforderl Es ist nämlich ein bekannter Grundsatz bes gemeinen und, so viel man diess weiß, überall in Deutschland geltenden Rechts, daß theilbare Verbindlichkeiten, wo namentlich alle Geldleistungen gehören, der Regel nach (d. h. wenn nicht ausnahmsw eine folidarische Verbindlichkeit begründet ist) unter mehreren Verpflichteten (z. B. un mehreren Erben, nach Theilung der Erbschaft) von felbst, ipso jure, verhältnismäsig geth sind. Dieß sindet hier rücksichtlich der jezigen Besitzer der ehemaligen Rheinpfalz si volle Anwendung, und es haben schon längst diese Besitzer sich darüber vereinigt, nwelchem Verhältniß, zu welchen Procenten, sie die Lasten der Rheinpfalz un sich zu theilen haben. (Der S. 5 der in Celle überreichten Großherzoglich Badisc Rlageschrift führt dieses Verhältniß genau an.) Nichts hindert daher den erwählten Attagalgerichtshof, über das Verhältniß zwischen der Krone Baiern und dem Großherz thume Baden zu erkennen, und dadurch jeden Gläubiger zu berechtigen, von einem die beiden Staaten die Berichtigung deßjenigen Theils seiner Forderungen zu verlangen, welchem verhältnißmäsigen Antheile Badens an der Rheinpfalz entspricht.

Eine solche theilweise, pro rata erfolgende Berweisung eines Theils ber Forderungen jedes Glaubigers, ist auch gar nichts Reues; sie ist namentlich den Berhandlungen über diese so genannte Lit. D. Schuld nicht fremd, da das bekannte Großherzoglich-Badische Decret vom 22. Marz 1808, $27\frac{1}{2}$ Procente provisorisch übernahm.

Ist nun zwischen Baiern und Baben entschieden, so kann freilich über diejenigen Procente der zweiselhaften Schulden, welche Baden nicht vertreten kann, oder über die Amwendung der jeto bereits bestehenden Grundsate über Schuldenübernahme auf die Hessischen, ehemals Rheinpfälzischen Aemter, ein neues Austrägalverfahren, obwohl uns möglich zwischen Baden und Hessen, weil zwischen diesen kein Streit besteht, sondern lediglich zwischen Baiern und Hessen, weil zwischen diesen kein Streit besteht, sondern entschieden werden, als im Berfahren zwischen Baiern und Baden. Allein diese Berhaltnisse konnen auch alsbann eintreten, wenn hessen dem jetzigen Versahren zu Gelle sich ansschliessen wollte. Denn man könnte in diesem Falle doch Hessen nicht zumuthen, die von Großherzoglich Badischer Seite übergebene Schrift auch für hessen als Klageschrift gelten zu lassen; man könnte Hessen die Einreichung einer besondern Klageschrift nicht verwehren.

So gut darin Modificationen der Badischen Unsprüche und Aussührungen, auch bedeutende Abweichungen von diesen, enthalten senn können, eben so gut könnte Baiern in einer Bernehmlassung auf die Hessische Klageschrift andere und anders modificirte Einreden vortragen, als diesenigen sind, die es gegen Baden vorgetragen hat. Jedermann weiß aber, daß Inhalt der Klageschrift und Bortrag der Erceptionen vorzüglich das künstige Urtheil motiviren; sind nun diese (Klageschrift und Erceptionen) zwischen Hessen und Baiern nicht die selben, wie sie zwischen Baden und Baiern sind; so ist das Gericht zu Gelle nicht nur verhindert, beiderlei Berfahren in Einem Processe zu vereinigen, sondern es kann sogar in die Lage kommen, verschiedene, abweichende Urtheile in beiden Processen zu geben.

Wenn man in dem vorliegenden Falle dieß für sehr unwahrscheinlich halten sollte, so vergleiche man nur den S. 4 der Badischen Klageschrift, indem daraus erhellet, daß die Klage

«entweder die Lit. Dischuld von 3,600,000 fl.

40 ber bas ganze Staatsanleben A bis D von 6,000,000 fl.

« ober aufferbem zugleich die Repartition ber sonstigen, eigentlich Rheinpfalzischen « Staatsschulden und Laften, auch die Realistrung ber ben Besitzern ber bieffeitigen

« Rheinpfalz an die Krone Baiern zustehenden Forderungen »,

möglicherweise zum Gegenstande haben kann, und daß, wie aus S. 14 und 19 der Rlages schrift hervorgeht, in jedem dieser drei Falle

entweber eine ganzliche ober nur eine theilweise Uebernahme des Klagegeg standes gegen Baiern möglicherweise gefordert werden kann.

Beder Beschleunigung der Entscheidung, noch auch Gleichsormigkeit derselben für e bei der ehemaligen Rheinpfalz interessirte Staaten, erfordern also den Beitritt hessens zu d jetigen Versahren in Celle; und es ist mithin um so weniger ein Motiv dazu für das Griberzogthum vorhanden, als es ihm, nach den freundschaftlichen Verhältnissen, in welchen es i der Krone Baiern zu stehen das Vergnügen hat, sehr leicht scheint, sich mit diesem über sein Antheil an den bezweiselten Schulden gutlich zu vereinbaren, sobald ein Erkenntniß zu Czwischen Baiern und Baden alle Verhältnisse und Grunde, mit Ansichten dieses Gerichtshof übersehen läßt.

Großherzogliche Gesandtschaft hat hiernach, in Gemäßheit ihrer Instructionen, dar anzutragen, daß dem Gerichte zu Celle aufgegeben werde, ohne weiteres den vorliegeni Streit zwischen Baiern und Baden zu entscheiden, dergestalt, daß dadurch die Früber die Rheinpfälzischen Schulden und Lasten, so weit sie zwischen Baiern und hess zweifelhaft ist, d. h. so weit sie ehemals Rheinpfälzischen, jeto hessischen Uem betrifft, ganzlich unberührt bleibe.

Der Raiserliche Konigliche prasidirende Herr Gefandte bemerkte hieranach seiner Unsicht konne sich die hohe Bundesversammlung durchaus nicht mehr in di bei dem Austrägalgerichte bereits anhängige Rechtssache mischen, indem jede weitere Chreitung lediglich von dem Gerichte selbst ausgehen, die Bundesversammlung hingegen richterlichen Functionen auf keine Art ersehen oder ausfüllen konne.

Indessen könne ber so eben vernommene Untrag des Oberappellationsgerichts zu Cel mit der Erklarung des Großherzogthums hessen, noch naher geprüft und zu dem Ende e Commission aus zwei herren Bundestagsgesandten gewählt werden, welche zu ersuchen wässich dieser Prufung und der Erstattung eines Gutachtens an die hohe Versammlung zu unterzieh

Sammtliche Stimmen traten einhellig diesem Antrage bei; es wurde baber Bahl geschritten, und, nachdem solche auf die Herren Bundestagsgefandten

Grafen von Beuft und Dang ausgefallen mar,

١

beschlossen:

daß die eben erwähnten Herren Gesandten ersucht werden, der hohen Versammlu über die Antrage des Oberappellationsgerichts zu Celle, als Austrägalinstanz in der Sichwerdesache der Rheinpfälzischen Staatsgläubiger und Besitzer der Partial Obligation lit. D, die Zahlung der ruckständigen Zinsen und verfallenen Capitalien betreffend, da

bie hierauf von ber Großherzoglich: Seffischen Bundestagsgesandtichaft abgegebene Erllarung, Bortrag und Gutachten zu erstatten.

§. 161.

Die Streitigkeitzwischen bem Großherzogthume Sachsen: Beimar: Eisenach und dem Fürstenthume Schwarzburg: Rudolstadt, bann den Herzog: thümern Sachsen: Coburg, Hildburghausen, Meiningen und dem Fürstenthume Schwarzbug: Sondershausen, wegen der aus dem Thü: ringer Rayonverbande vom Jahr 1814 herrührenden Forderungen. (14. Sig. S. 117 b. 3.)

In Folge ber Beschlusse vom 25. April und 2. Mai l. J. (13. u. 14. Sig.) wurden bie von dem herrn Bundestagsgesandten der Größherzoglich; und herzoglich; Sachsischen hauser abgegebenen Erklarungen in oben rubricirter Sache ber zur Revision und Ergan; zung des Beschlusses vom 16. Juni 1817, wegen des Austrägalverfahrens ges wählten Commission zugestellt, um ihr Gutachten hierauf zu vernehmen.

Diese, aus den herren Bundestagsgesandten, Freiherrn von Aretin, von Carlowiz von hammerstein, Freiherrn von Wangenheim und Danz, bestehende Commission erstattete nun in heutiger Sigung ihren « Bortrag, die Forderungen des Großherzogthums «Sachsen: Beimar: Eisenach und des Fürstenthums Schwarzburg: Rudolstadt an die Herzog: «thumer Sachsen: Coburg, Sachsen: Weiningen, Sachsen: Hiddurghausen und an das Fürsten: «thum Schwarzburg: Sondershausen, aus den Berhaltnissen des Thüringischen Nayons v. J. «1817, jeho die Einwendungen betressend, welche gegen die, zur Einseitung des Austrägalver: «fahrens, durch den Bundestagsbeschluß vom 28. Februar I. J. membro 2 getrossene Ver: «fügung erhoben worden sind».

Rach vorausgeschickter kurzer Geschichte Dieses Streites und des Inhalts jener Ers klarungen, welche gegen den Beschluß vom 28. Februar abgegeben worden sind, gieng die Commission in eine aussuhrliche Erdrterung der Fragen über, von deren Beantwortung ihr die Entscheidung der erhobenen Anstände abzuhängen schien.

Die aufgeftellten Fragen find:

1) Waltet hier, so viel sich aus den bisherigen Verhandlungen ergiebt, ein Fall vor, wo, nach allgemeinen Principien, eine Streitsache von Seiten mehrerer Rläger wider mehrere Beklagte, in einem und dem nämlichen Rechtsgange, vor einem und dem nämlichen Gerichte verhandelt und entschieden werden kann? und wie weit erstreckt sich die Competenz der Bundesversammlung bei der Beurtheilung dieser Frage in Beziehung auf die Austrägalinstanz an sich oder im Allgemeinen, abge;

feben also bermalen noch von ber Art und Beise, wie die lettere nach Bundesgesetzgebung gebildet werden foll?

- 2) Findet Streitgenoffenschaft zwischen Bundesgliedern mit der Wirkung statt, sie aufferordentlicher Beise den Gerichtsstand vor einer und der namli-Austragalinstanz begründet?
- 3) Liegt hier die Ginrede bes unrecht gemahlten Beflagten in ber Mage vor, solche von Seiten Dieser hoben Bersammlung, gegen beren Competenz ba Zweifel erhoben werden, hatte beruchsichtigt werden sollen?
- 4) Muß nicht ber S. 41 ber provisorischen Ordnung best gemeinschaftlichen Oberapt tionsgerichts zu Jena fur die Großherzoglich; und herzoglich: Sachsen: Ernischen, auch Furstlich: Reuflischen Lande berucksichtigt werden?
- 5) Konnte ber Beschluß vom 28. Februar D. J. (Num. 2) ohne vorherige Instionseinholung gefaßt werden?

Die Erdrterung Diefer Fragen enthielt bas Gutachten ber Commiffion, worauf bie ben Antrag grundete:

baß es von Seiten der hohen Bundesversammlung bei dem Beschlusse von 28. Februar t ber dagegen erhobenen Anstände ungehindert, im Wesentlichen zu belassen, jedoch di Anspruch genommenen Regierungen eine weitere Frist von sechs Wochen zur Benen: dreier Bundesglieder unter dem im 4. membro jenes Beschlusses enthaltenen Anh nachzulassen sen.

Zugleich bemerkte die Commission, sie werde bei der Revision des Bundesta schlusses vom 16. Juni 1817 in Ueberlegung ziehen, ob es nicht rathsam senn mochte, kunftige Falle, Zweiseln dieser Art durch eine ausdrückliche Disposition vorzuber und ihr dessalliges Dafürhalten an diese hohe Versammlung gelangen lassen.

Dieser Bortrag murde dem Protofolle unter Zahl 21' angefügt und deffen Oruck be Bei der hierauf angestellten Umfrage enthielten sich die Gesandtschaften der betheil Regierungen der Abstimmung; alle übrigen Gesandtschaften traten dem Gutachten der imission einhellig bei; daher

Befclug:

daß es bei dem unterm 28. Februar dieses Jahres (8. Sit. S. 67) gefaßten Besch der dagegen erhobenen Unstände ungehindert, im Wesentlichen zu verbleiben habe, j ben in Unspruch genommenen Regierungen eine weitere Frist von se che Wochen zur nennung dreier Bundesglieder mit dem Anfügen nachzulassen sep, daß, wenn die Be gung und Auswahl nicht erfolgen sollte, wegen der Wahl eines Austrägalgerichts von S der Bundesversammlung selbst, das Erforderliche verfügt werde.

§. 162.

Garantie bes Gefeges, Die ftanbifde Berfassung bes Bergogthume Coburg:

(13. Się. f. 109b. 3.)

Großherzoglich, und herzoglich: Sächfische hanser. Der Gesandte giebt hoher Bundeversammlung ben Bunsch zu erkennen, daß, nachdem von sammtlichen allers hochsten, hochsten und hohen Bundesregierungen die beifälligen Erklarungen wegen der von dem Durchlauchtigsten Bunde zu übernehmenden. Garantie der landständischen Verfassung bes herzogthums Sachsen: Coburg: Saalfeld eingegangen senen, von hoher Bundesversamms lung erwähnte Garantie formlich ausgesprochen und darüber von dem hochverehrlichen Prassdum der Beschluß hoher Bundesversammlung gefälligst eingeleitet werden moge, indem er sich im Uebrigen, in ausdrücklichem hochstem Auftrage, auf den verwahrenden Borbehalt wegen der hausrecesmäsigen Bestimmungen des Sachsensernestinischen Gesammthauses bezieht.

Prafibium: werde mit Bergnugen dem Bunfche der Großberzoglich : und herzoglich : Cachlischen Bundestagsgesandtschaft entsprechen, und sen bereit, in der nachften Gigung Entwurf Beschlusses vorzulegen.

§. 163.

Vorschuß zur Militarcommission der deutschen Bundesversammlung für Bestreitung der gemeinsamen Auslagen bei den Festungs, Local: Commissionen.

Prafidium: legt eine Note der Militarcommission der deutschen Bundesversammlung an den Bundestags: Ausschuß vom 6. Juni dieses Jahres vor, worin erstere, behuf der gemeinfamen Ausgaben für die Festungs: Local: Commissionen, um einen Borschuß von 3,000 fl. bittet.

Sammtliche Gesandtschaften kamen überein, daß dieser Vorschuß zu bewilligen fen; daber

Beschluß:

- 1) die Verwaltung der Bundesmatrifular, Casse anzuweisen, der Militarcommission der beutschen Bundesversammlung einen Vorschuß von 3,000 fl. im 24 fl. Fuße, behuf der ges meinsamen Auslagen der Festungs, Local, Commissionen, gegen Quitung zu verabfolgen, und
 - 2) der Militarcommission Davon Rachricht zu ertheilen.

§. 164.

Anzeige wegen Fuhrung ber 17. Stimme von ber freien Stadt Lubed.

Der Gefandte ber freien Stadte, herr Dang: Einer hohen Bersammlung habe ich die Ehre anzuzeigen, daß die Führung der 17. Stimme auf die freie Stadt Lubeck übergeht.

§. 165.

Ginreidungs: Protofoll.

Rachbenannte Eingaben, als:

Rum. 76, eingereicht am 1. Juni biefes Jahres, von Dr. Chrmann babier, die Ansgelegenheit bes aufgeloften Domcapitels zu Speier, resp. Pensionsbesteuerung betreffend.

Rum. 77, einger. am 2. Juni, von Franz Grafen zu Erbach allba, beffen standes berrliche Berhaltniffe im Großberzogthume heffen betreffend.

Rum. 78, einger. am 5. Juni, von mehreren vormaligen Reichefammergerichtes Boten ju Beglar, Penfiones und Rudftande-Forderungen betreffend. wurden an die betreffenden Commissionen verwiesen.

Folgen die Unterschriften.

Beilage 20.

Schreiben

bes Roniglichen Oberappellationsgerichts zu Celle, als Austrägalinstanz in der Beschwerdesache der Rheinpfälzischen Staatsgläubiger und Bes siger der Partial: Obligationen Lit. D, an die hohe deutsche Bundesvers sammlung, d. d. Celle den 6. Mai 1822.

In Gemäßheit des Beschlusses der hoben deutschen Bundesversammlung vom 22. Februar vorigen Jahres und des uns unterm 15. März desselben Jahres von unsers allergnädigsten Königs Majestät ertheilten Befehls, haben wir dem uns gewordenen hoben Auftrage, in der Beschwerdesache der Rheinpfälzischen Staatsgläubiger und Besißer der Partial:Obligationen lit. D, die Zahlung der rücktändigen Zinsen und Capitalien betressend, als Austrägalinstanz einzutreten, und sofort zu unterziehen und zur Einleitung dieser Sache die erforderlichen Verfügungen zu tressen, nicht versehlt. Es ist jedoch von Seiten des Großeherzogthums Baden und des Herzogthums Nassau eist unterm 5. November vorigen Jahres ein als Klage anzusehender Antrag, und von Seiten der Krone Baiern erst am 1. April dieses Jahres die erforderte Vernehmlassung auf diesen Antrag eingereicht, und die Sache daher noch nicht in der Lage, daß eine endliche Entscheidung derselben schon hatte erfolgen oder binnen kurzem erwartet werden können.

Ein neuer Anstand hat sich nun überdem noch durch die Berhandlungen ergeben. Obgleich namlich aus den, von den reclamirenden Gläubigern angezogenen, von dem Großherz zogthume Baden mit dem Großherzogthume hessen unter dem 24. December 1808, und mit dem herzogthume Rassau unter dem 1. September 1816 abgeschlossenen Berträgen über das Rheinpfälzische Schuldenwesen hervorzugehen schien, daß das Großherzogthum Baden der Bertretung der Antheile beider zuletzt genannten höfe an der hier in Frage sependen Schuld sich unterzogen habe; obgleich das Großherzogthum hessen in seiner bei der hohen Bundesversammlung unter dem 17. Julius 1817 abgegebenen Erklärung zu einer Bereinizgung sammtlicher, an der ehemaligen Rheinpfalz betheiligten höfe, um den reclamirenden Gläubigern den Weg der Austrägalinstanz zu eröffnen, hoffnung machte: so hat dennoch

bas Großherzogthum Baden in der bei und eingereichten Rlage S. 2 erklart, wie das in dieser Sache, ausser seinem eigenen und dem nach den Mediatisationsverhaltnissen bleibenden Interesse des Fürstenthums Leiningen, nur noch das des Herzogthums Rassau theidigen wolle, zu einer Vertretung des Großherzogthums Hessen rucksichtlich der hier st gen Schuld sich aber nicht veranlaßt sinde, da dieser Hof, auf einen demselben gemachten Un dessen Vertretung bei der Austrägalinstanz übernehmen zu wollen, sich ablehnend er habe. Gine Abschrift des S. 2 der Klage, so wie des derselben beigefügten Untwortschrei des Großherzoglich Hessischen Ministerii vom 11. August vorigen Jahres, schliessen wir di ehrerbietigst bei.

Die Krone Baiern hat in ihrer Bernehmlassung vom 1. April dieses Jahres diesen Pi Die Berichtigung der Legitimation betreffend, lediglich der richterlichen Berfügung anl gestellt.

Wenn nun, nach dem Befchluffe der hoben Bundeeversammlung vom 26. Januar 1821 Entscheidung der Austrägalinftanz

Die zwifchen mehreren Bundesgliedern streitige Borfrage, welches berfelben eine Firung von Privatpersonen zu befriedigen habe,

verwiesen ist; so muffen wir des ehrerbietigen Dafurhaltens seyn, daß unter diesen Bundet dern sammtliche gegenwärtige Besitzer der vormaligen diesseitigen Rheinpfalz begriffen sweil derjenige Streit, durch welchen die Befriedigung der Rheinpfälzischen Gläubiger li bisher aufgehalten ist, die Frage zum Gegenstande hat, ob die hier fragliche Schuld als allein auf der diesseitigen Rheinpfalz haftende Schuld betrachtet, und daher von den Besit der Rheinpfalz vertreten werden musse, oder ob solche auf der Rheinpfalz und den übs damaligen Baierischen Provinzen hafte, und die Krone Baiern folglich dazu zu concurverbunden sen.

Ueber diese Frage zu erkennen, und die streitige Verbindlichkeit, sen es ganz ober i weise, einem der dabei benachtheiligten Bundesglieder definitiv aufzulegen, mussen wir l Bedenken sinden, so lange nicht alle betheiligte Bundesglieder zu dem Processe zugezogen i und ihnen dadurch Gelegenheit gegeben ist, ihre Rechte zu vertheidigen. Das Großherzogt Hessen ist Besiger eines Theils der Rheinpfalz in den Uemtern Biedenfels, Umstadt Opberg, dasselbe ist also ein bei jener Frage betheiligtes Bundesglied, und in dieser Eschaft auch bei den früheren, vor einer hoben Bundesversammlung statt gehabten Verhlungen zugezogen worden.

Selbst wenn es als moglich gedacht werden tonnte, die streitige Borfrage furs erste zwischen dem Großherzogthume Baden und der Krone Baiern zu entscheiden, wurden die C biger dadurch ihrem Ziele um nichts naber gebracht werden, indem der verurtheilte Thei

sen solches Baben oder Baiern — das Großherzogthum hessen wegen Concurrenz zu ter fraglichen Schuld von neuem wurde in Anspruch nehmen, und durch diesen neuen Streit die Bollziehung des ausgesprochenen Erkenntnisses für eine Zeitlang wurde umzehen können, das Großherzogthum hessen aber durch ein, unter dritten Betheiligten, und ohne seine Theilnahme am Processe ausgesprochenes Erkenntniß sich nicht für verbunden erachten wurde. In dieser Rucksicht durfte eine Entscheidung unter nicht allen betheiligten Bundesgliedern auch dem Sinne und dem Zwecke des Art. 30 der Wiener Schlußacte vom 15. Mai 1820 nicht angemessen erscheinen.

So sehr wir es beklagen, daß der Fortgang und die kunftige Entscheidung der Sache durch ein neues, sedoch hoffentlich bald zu beseitigendes, Hinderniß abermals aufgehalten werde; so nuffen wir es bei der Lage der Sache dennoch für nothwendig erachten, daß, vor allem weitern Berfahren, zuvor das Großherzogthum heffen veranlaßt werde, an dem vor und eingeleiteten Uusträgalverfahren, als betheiligtes Bundesglied, Theil zu nehmen.

Wir haben indessen Bedenken gefunden, gedachten Hof von richterlichen Umtswegen bazu zufzufordern, zumal da derselbe, nach Inhalt dessen schon angezogenen Ministerial-Schreibens vom 11. August vorigen Jahres, sich nicht verbunden erachtet, der austrägalgerichtlichen Verhande ung und Entscheidung einer Streitigkeit sich zu unterwerfen, bevor nicht von Einer hohen Bundebversammlung durch eine dazu zu ernennende Commission eine Vermittlung zwar versucht, iber fruchtlos geblieben seh.

Einer hohen Bundesversammlung muffen wir daher ehrerbietigst anheim stellen, wie Dies er Anstand zu heben, und das Großherzogthum heffen zu vermögen seyn durfe, an dieser, um austrägalgerichtlichen Verfahren verwiesenen Sache auch seiner Seits Theil zu nehmen.

Bu diesem Endzwecke schliessen wir die uns mitgetheilten, bei ber hohen Bundesverammlung und beren Vermittlungs:Commission gepflogenen Verhandlungen pflichtschuldigst vieber bei.

Celle ben 6. Mai 1822.

Roniglich & Großbritannisch , hannoverische, jum Oberappellationsgerichte verordnete Prafident, Bice : Prafidenten und Oberappellationsrathe.

C.W. U.v. Stralenheim.

Strampe.

Auszug

aus ber Großherzoglich: Babifden Rlageschrift.

§. 2.

Die Intereffenten bes Streitverhaltniffes.

Rach den vor der Bundesversammlung in der letten Zeie fatt gefundenen Verhandlung mochte es faft bas irrige Unfeben geminnen, als feven Die Roniglich : Baierische und Die Großt 30 aliche Babifche Regierung bei ber zu entscheidenden Streitfrage ausschließlich intereffirt ; ja es foldes von den reclamirenden Staatsglaubigern wirklich, wenn auch nur mittelbar, behaup indem fie aus zweien in den Jahren 1810 und 1817 megen des Rheinpfalzischen Schuldenwest erlaffenen Befonntmachungen den Schluß zieben, daß die Großberzoglich: Badifche Regieru Die Vertretung bes Großberzogl. Heffischen und bes Berzogl. Nassauischen Aerars binficht ber Lit. D: Schuld mittelft besonderer Uebereinfunft schlechthin und ohne einige Ginschranku auf sich genommen babe *). Diese Kolgerung wird jedoch gerade durch den Inbalt jener ? fanntmachungen von selbst widerlegt; denn es sprechen Diefelben wortlich und ausbrudlich bi von denjenigen Schulden, welche die Rheinpfalzische Gemeinschaft in dem Decret vom 22. Mi 1808 provisorisch zu vertreten rathlich fand; sie gedenken eben deswegen der Lit. D. Schuld n mit 27% Procent, und beschränken folglich auch die contractliche Vertretungepflicht ber Großh gogl. Babischen Regierung, Die nirgendwo auf Mehreres erftredt ift, ftillichweigend auf Die namlichen Betrag. Da nun gegenwartig unter andern über Die Bertretung ber gefammt Lit. D: Schuld entschieden werden foll, und da zugleich die am dieffeitigen Theile der Rheinpf participirenden Regierungen wegen ihrer Verbindlichfeit, jede auf diesem Theil haftende Schi gemeinschaftlich zu berichtigen, fetsbin einverstanden gewesen find; fo fieht man leicht ein, n Die Großbergoglich Badifche Regierung zur Mitvertretung bes bei ber fraglichen Entidzeidu concurrirenden Großberzogl. heffischen und Berzogl. Raffauischen Jutereffe, vermoge ber erga genen Befanntmachungen, oder, genauer zu reben, vermoge ber ihnen gum Grunde liegend Bereinbarung, weder irgend ermachtiget, noch vollende gar rechtlich verpflichtet fenn kann. (gilt dieß fogar in Ansehung der 27% Procent, weil die Großberzoglich Badische Regierung sell

^{*)} Bergl. die Eingaben berfelben vom October 1817 und vom April 1818 fammt deren Anlagen Rum, XI u. X

rudfichtlich biefer lediglich die Bervflichtung zur einstweiligen Bertretung in Beziehung auf Die Glaubiger, nicht auch den biervon wesentlich verschiedenen Auftrag zur definitiven Auseinanberfetung mit ber Rrone Baiern, fraft jener Bereinbarung, übertam. - Unfanglich nahmen auch Die Berhandlungen vor der hoben Bundedverfammlung einen ben obmaltenden Berhaltniffen giems lich entsprechenden Bang. Ihr erster fur Die Gache ernannter Referent batte unter Dem 27. Rebruar 1817 vorgeschlagen, daß sammtliche betheiligte Bofe ersucht werden wollten, fich über Die Repartition der Lit. D'Schuld zu vereinigen, und es waren hierauf, von Seiten der Ronigliche Baierischen, ber Großberzoglich Babifchen und ber Großberzoglich Deffischen Regierung, theils unter dem nämlichen Dato, theils am 22. Mai und 17. Juli 1817, vorläufige Erflarungen erfolgt. Rur die Bergoglich-Raffauische Regierung schwieg, ba fie ihr: ohnehin minder bedeutendes Intereffe burch Die Erflarungen ber beiden lettgenannten Regierungen als binreichend gemabrt betrachten durfte. Gben dieses Schweigen erzeugte jedoch gleichbald ben Arrthum. bag Die bobe Bundesversammlung, wie aus ihrem die Bermittlung verordnenden Beschluffe oom 11. December 1817 bervorgebt, überhaupt nur brei Regierungen bei ber ftreitigen Bertretung betheiligt hielt, und daß hiernach die Berzoglich : Raffauische Regierung ganzlich unberudlichtigt gelaffen mard. Dbendrein blieb jett auch noch die Großherzogliche Seffische Regierung mit weis teren Erflarungen gurud, die Bermittlungeverhandlungen fanden bloß zwischen der Rrone Baiern und dem Großherzogthume Baden ftatt, und nur fie verftandigten fich, nach eingetretener Rothmendiafeit einer austrägalgerichtlichen Entscheidung, über die hinsichtlich bes Gerichts zu treffende Bahl. 3mar lautete ber Beschluß vom 15. Februar b. 3. wieber vollig allgemein; er befagte feineswegs, daß ausschlieffend zwischen ben vorgebachten Regierungen zu entscheiden fen: aleichs wohl trug diefer erleuchtete Gerichtshof, vermuthlich aus Beranlaffung der jenem Beschluffe uns mittelbar vorausgegangenen Berhandlungen, einstweilen Bedenken, seine einleitende Berfügung pom 28. Mai auch an die Großherzogl. Seffische und die Bergogl. Naffauische Regierung erges ben zu laffen, und reftringirte fomit, wenigstens noch zur Beit, Die ihm zur geborigen Erledigung feines Auftrags unentbehrliche und barum auch gebuhrende Competeng; benn vollständig, wie es Doch gerade ber Endzwed bes angeordneten Berfahrens mit fich bringt, lagt fich bie wegen Bertres tung der Lit. D'Schuld bestrittene Borfrage offenbar nur bann entscheiden, wenn alle, benen fie rechtlich moglicherweise obliegen tann, beghalb formlich gebort worden find. In Erwägung Dies fes Umftandes und um das hinderniß einer vollständigen Entscheidung auf furgem Wege gu beseitigen, fand fich bie Großberzoglich , Babifche Regierung bewogen, Die Großberzoglich ; Beffifche und die Berzoglich : Raffauische Regierung freundschaftlich anzugeben, fie zur Dit vertheibigung ihres partiellen Intereffe wider die Krone Baiern besonders ermachtigen zu mole Diefem Unfinnen entsprach auch Die Bergogliche Raffauische Regierung gang unbedingt. mabrend im Gegentheil die Großberzoglich Seffische Regierung erwiedernd bemertte, daß fie

aus zwei verschiedenen Grunden Anstand nehmen muffe, sich hierauf beifällig zu e Einmal namlich scheine ihr die Borfrage, soweit sie, die Großherzoglich: Sessische rung, dabei interessirt ware, zur austrägalgerichtlichen Entscheidung bis jetzt überall ni weil die Bundesversammlung zwischen ihr und der Krone Baiern keine Vermittlung zhabe, nebstdem aber und auf jeden Fall wurde es der Hessischen Landesversassung eisen, eine auswärtige Regierung mit der Besorgung einer so hoch wichtigen, der eigenen hStaatsbehorde überwiesenen Angelegenheit zu committiren *). Demnach vertheidigte die herzoglich: Badische Regierung in dem gegenwärtigen Antrage, ausser ihrem eigenen Interedem nach den Mediatisationsverhältnissen noch verbleibenden Interesse des Herrn Fürst Leiningen, nur noch daszenige der Herzoglich: Nassausschen Regierung, und gewärtiget üb ob und wie etwa die Großherzoglich: Hessische Regierung zur ebenmäsigen Theilnahme a hiermit beginnenden Verschren, durch diesen erleuchteten Gerichtshof, unmittelbar oder i Angehung der hohen Bundesversammlung, vermocht werden wolle.

Antwortschreiben

des Großherzoglich: Heffischen Ministerii der auswärtigen Ungelegenh an das Großherzoglich: Badische Ministerium, d. d. Darmstadt d 11. August 1821.

II. Sochgeehrteste Berren!

Eurer Excellenzen geehrtestes Schreiben vom 13. Juli wegen der mit lit. D bezeichneten C schuld, haben wir mit derjenigen Aufmerksamkeit geprüft, welche die Wichtigkeit dieses (standes, so wie jeder von Guren Excellenzen im Interesse Ihrer Regierung uns mitge Bunsch erfordert.

Hochdieselben wissen, daß wir bei früheren Verhandlungen über diese Staatsschuld und zutrauensvoll an den Deroseitigen Maadregeln Theil genommen haben, und die die im Jahre 1817 am Bundestage abgegebene Erklarung beweiset, daß wir nach diesem Sauch ferner zu handeln fehr bereitwillig waren.

Nachdem aber, dieser Erklarung ungeachtet, bas Großherzogthum heffen zu ben ce farischen Vermittlungsversuchen nicht zugezogen murbe, glauben wir nunmehr gerechte

^{*)} Siehe Beilage II.

stand nehmen zu muffen, Gure Excellenzen durch unfer Ersuchen, bei dem Austrägalgerichte auch das dieffeitige Interesse gefälligst wahren zu wollen, zu einer Erklärung zu veranlaffen, welche voraussichtlich und nach unster vollständigen Ueberzeugung ohne allen gewunschten Ersfolg bleiben wurde.

Da namlich die Verpflichtung, austrägalgerichtlicher Verhandlung und Entscheidung eine Streitigkeit zu unterwerfen, den Bundesstaaten nur nach fruchtlos versuchter bundestäglicher Commissionsvermittlung obliegt, so wurde, bei einem jeden Auftreten des Großberzoglich hefischen hofes, die Krone Baiern sicherlich, und zwar mit vollem rechtlichen Grunde, jede Ginlassung in Beziehung auf hessen verweigern.

Wollen Eure Excellenzen, auch abgesehen bavon, baß und ber Inhalt ber Frankfurter Bermittlungsverhandlungen ganzlich unbekannt ist, noch weiter geneigtest erwägen, baß durch das diesseitige Staatsschulden: Tilgungsgeset die Berpflichtung, die noch nicht liquidirten Staatssschulden liquid zu stellen, der diesseitigen obersten Staatsbehorde aufgelegt ist, und daß es sichers lich sehr bezweiselt werden konnte, ob dieser gesehlichen Berpflichtung durch das Unschliessen an die Deroseitigen Handlungen entsprochen worden sen; so werden Eure Excellenzen die Ueberszeugung mit uns theilen, daß wir uns ausser Stande besinden, die von Hochdenenselben angestragene Erklärung abzugeben.

Bir wurden es aufrichtig bedauern, irgend einen, also auch diesen von Guren Ercellenzen ausgesprochenen Bunsch nicht erfüllen zu können, wenn daraus irgend ein Nachtheil für den Großherzoglich Badischen hof entstehen konnte. Dieß ist jedoch sicherlich nicht der Fall, indem wir wenigstens es sehr natürlich und den obwaltenden Berhaltnissen angemessen sinden, wenn Gure Ercellenzen dem Austrägalgerichtshof erklaren, daß das Großherzogthum Baden an der erwähnten Staatsschuld nur zu einem Theile interessirt senn konne.

Uebrigens ergreifen wir biefe Beraulaffung, und Guren Excellenzen hochachtungevoll gu empfehlen.

Darmftadt, ben 11. August 1821.

Großherzoglich-Heffisches Ministerium der auswartigen Angelegenheiten. Freiherr du Thil.

Gladbach.

Beilage 21.

Vortrag,

bie Forderungen des Großherzogthums Sachsen, Beimar, Gisenach und des Fürstenthums Schwarzburg, Rudolstadt, an die Herzogthümer Sachsen, Coburg, Sachsen, Meiningen, Sachsen Hildburghausen und an das Fürsten, thum Schwarzburg, Sondershausen, aus den Verhältnissen des Thüringi, schen Rayons v. J. 1814,

iebo

bie Einwendungen betreffend, welche gegen die, zur Einleitung des Aus, trägalverfahrens, durch den Bundestagsbeschluß vom 28. Februar d. J. membro 2 getroffene Berfügung erhoben worden sind.

S. 1.

Rach der Schlacht bei Leipzig fanden sich die hohen verbündeten Machte bewogen, ein oberstes Verwaltungs: Departement anzuordnen, welches zum Theile derwalten, zum Theile darauf sehen sollte, daß die von den einzelnen Regierungen gegen die verbündeten Machte übernommenen Verbindlichkeiten erfüllt würden; je nachdem die occupirten Lande für den Augenblick ohne Souveraine sehen, oder auch diese der Allianz nicht beiträten, oder die Fürsten dem Bunde beiträten. In dem letzteren Falle sollte es von den abzuschliessenden Verträgen abhängen, in wie weit sich das oberste Verwaltungs: Departement in die Landes: Administration mischen könne, und es sollte ein, von dem gedachten Departement abhänz gender Agent, bei diesen Fürsten angestellt werden: einer Theilnahme an der Landes: Aveministration wurde jedoch nachher in den Verträgen nicht gedacht.

Rach jenem zweiten Berhaltniffe murbe nun, zusammen für folgende Staaten: bie Gachlischen Berzogthumer

Sachfen : Beimar und Gifenach

- s Sotha und Altenburg,
- s Coburg,
- s Meiningen,
- s Sildburghausen,

bie Fürstenthumer

Schwarzburg Sondershausen, Rudolstadt,

so wie

bie Fürftlich: Reuffischen Lande,

ber Freiherr von Riedesel zu Gisenbach, anfänglich, resp. unter bem Gouverneur bes Rosnigreichs Sachsen, bann als unmittelbarer Ugent bes obersten Verwaltungs: Departements, im December 1813 und Janner 1814 angestellt: jene Staaten zusammen nannte man den Thuringischen Rayon.

§. 2.

Aus ben Verhaltnissen dieses Rayons werden von Seiten des Großberzogthums Sachsen. Weimar: Gisenach und des Fürstenthums Schwarzburg: Audolstadt an die herzogthumer Sachsen: Coburg, Sachsen: Meiningen, Sachsen: Ailoburghausen und das Fürstenthum Schwarzburg: Sondershausen, nach Maasgabe der unter den Auspicien des Agenten gespflogenen Verhandlungen, Ansprüche auf Ersat deßjenigen erhoben, was die ersteren über ihr Beitragsverhältniß, nur vorschußweise und auf Rechnung der letzteren, für die versbündeten heere geleistet zu haben glauben.

Diese Anspruche sind bei Einer hohen Bundesversammlung angebracht worden, und da die am 1. Juni 1818 (Prot. der 28. Sig. S. 134), mit ausdrücklicher Beziehung auf den Bundestagsbeschluß vom 16. Juni 1817, beschlossene und versuchte Vermittlung gutliche Beilegung nicht erwirkt hat, ist von dieser hohen Versammlung in der ach ten Sigung vom 28. Februar dieses Jahres (Prot. S. 67) beschlossen worden:

- 2) « die Regierungen von Sachsen: Coburg, Sachsen: Hildburghausen, Sachsen: Meis «ningen und Schwarzburg: Sondershausen waren in Gemäßheit Beschlusses vom «16. Juni 1817 aufzufordern, sich dahin zu ver einigen, um, von heute an binnen «sechs Wochen, den Regierungen von Sachsen: Weimar: Eisenach und Schwarzburg: «Rudolstadt drei bei der Sache nicht betheiligte Bundesglieder zu benennen, aus «welchen letztere binnen gleicher Frist eines zu mahlen, und
- 3) « der hohen Bundesversammlung anzuzeigen hatten, wornachst
- 4) « wegen fernerer Einleitung des Austrägalverfahrens, bei der obersten Justizstelle des «gewählten Bundesgliedes, oder, wenn die Bereinigung und Auswahl nicht «erfolgen follte, wegen der Wahl eines Austrägalgerichts, von Seite der Bun; «desversammlung selbst, das Erforderliche verfügt werden folle».

In der 13. Sigung dieses Jahres vom 25. April (Prot. S. 100) gab der Großhi zoglich, herzoglich, Sachstiche herr Bundestagsgesandte, als eine Reclamation der Raufleu Arnoldi und Sohn zu Gotha, und Elfan zu Weimar, welche mit diesen Rayonsvi baltniffen in Berbindung steht, in Vortrag kam, zum Protokoll:

Die Berzoglichen Regierungen ju Cachsen: Meiningen, Silbburghausen und Cobui glaubten sich ausser Stande, der Aufforderung unter 2 des Beschlusses, wegen' Benenn un von brei Bundesgliedern, in ber verlangten Maße Genüge leisten ju konnen; berr Gesandte sen zu folgenden Erklarungen angewiesen worden;

1) von Sachsen: Coburg:

Bei den Bergleichsunterhandlungen sen bereits darauf aufmerksam gemacht worden, da zwischen den von der Großherzoglichen Regierung zu Weimar und der Fürstlich: Schwarzbut gischen Regierung zu Rudolstadt in Unspruch genommenen Regierungen zu Meiningen, Hilt burghausen, Coburg und Schwarzburg: Sondershausen eine Streitgenofsenschaft nicht statt finde, sondern daß jede der erstgenannten beiden hohen Regierungen ein jede von den in Unspruch genommenen vier letzten Regierungen besonders zu belanger habe, wenn die Erörterung und Entscheidung der Sache ihren richtigen Gang nehmen unt nicht in Verwirrungen verslochten werden solle.

Auf Diefe Bemerkung muffe auch jest aufmerkfam gemacht werben. Es grundeten fid zwar die gegen die genannten Regierungen erhobenen Unspruche auf ein und baffelbe Be schaft; allein bas Berhaltnig begrunde feine Streitgenoffenschaft fur bie in Unspruch genommenen Regierungen. Ge fen aus ben erschienenen Druckschriften flar, bag, wenn auch Weimar und Rudolftadt ihre Forderungen aus dem am 7. April 1814 zu Urnftadt ge. faßten Beschluffe der damaligen Raponscommission abzuleiten suchten, eines Theils Diefer Befchluß nicht von allen Regierungen gleichmafig anerkannt, andern Theile aber aud jeder der in Unspruch genommenen Regierungen gegen Die barauf gebauten Berechnungen bes damaligen Commissars, Freiherrn von Riedesel, ganz eigene und individuelle Ginreden auffanden, welche übersehen oder wenigstens unrichtig beurtheilt werden tonnten, wenn bie Sache gegen alle in Unspruch genommenen Regierungen in einem und bemselben Processe behandelt, und diefem Processe nur Gine, gegen alle in Unspruch genommenen Regierungen als Streitgenoffen gemeinschaftlich erhobene Rlage, jur Grundlage bienen folle. Die Auf gabe, welche ben in Unspruch genommenen Regierungen gemacht worden fen, fich uber einen und benfelben Austragalrichter und die deßfallfige Denomination von brei Bunbesgliebern zu vereinigen, fen mit ber Lage ber Gache alfo nicht mobi vereinbar, und es muffe vielmehr einer jeden ber in Unspruch genommenen Regierungen nachgelassen werden, diese Denomination für sich allein zu bewirken. Man glaube auf diese Berechtigung um so mehr Anspruch machen zu können, da die Bestimmung der ehes maligen deutschen Reichsgesete, namentlich des R. D. A. von 1600 und des Concepts der R. G. D., bei der dermaligen Gestaltung des deutschen Staats: und Bundeswesens, wo kein hochstes Reichsgericht über der Austrägalinstanz stehe und als Bereinigungspunct für die Erdrterung der Streitigkeiten mehrerer zu belangender Bundesglieder wirksam senn könne, keine Anwendung sinde, und da, wo mehrere von demselben Rläger zugleich belangt werden wollten, auf die Identität der Sachen, ohne nothwendige Berhandlung vor einem und demselben Gerichte, nicht mehr gebaut werden könne.

Mache es auch der Bundestagsbeschluß vom 16. Juni 1817 mehreren beklagten Bund besgliedern zur Pflicht, sich über einen Borschlag zu vereinigen, so setze dieses doch, nach der Natur der Sache, wahre und wirkliche Streitgenossen voraus, das heise, solche Beklagte, welche vermöge eines ungetheilten Interesse, und vermöge aller sie gleichmäsig auf eine Weise verbindender Thatumstände, einen Proces als eine Person betrieben, nicht aber solche in Anspruch genommenen Individuen und Bundesglieder, welche, wie die in dem vorzliegenden Falle in Anspruch genommenen vier Regierungen, ein durchaus getheiltes Interesse hätten, und wo sich die Rechtsbeständigkeit der gemachten Forderungen nicht auf die nämlichen Thatumstände gründeten, sondern nur nach den individuellen Berhältnissen und Einreden einer jeden Regierung beurtheilen und entscheiden liessen, und eben darum die Verhandlung in einem Processe zu Verwirrungen führen würde.

Seine Herzogliche Durchlaucht mußten daher die hohe Bundesversammlung um eine, dieser Lage der Sache angemessene Erläuterung des Bundestagsbeschlusses vom 28. Februar und insbesondere darum bitten, daß jeder in Anspruch genommenen Regierung ihr Recht auf besondere Verhandlung der von Weimar, und Rudolstädtischer Seite gegen sie erhobenen Anspruche durch einen nachträglichen Beschluß gewahrt und aufrecht erhalten werde. Sos bald dieses erfolgt sehn werde, wurden Seine Herzogliche Durchlaucht keinen Augenhlick Anstand nehmen, die zu Austrägalrichtern in Vorschlag zu bringenden Bundesglieder zu benominiren.

2) Bon Gadfen : Meiningen:

Dieser hof theile ganz die eben gedachten Ansichten wegen Mangels einer Streitigen offenschaft und der hieraus abgeleiteten Folgen, wolle aber von dem Borbehalte des 10. Artikel des Bundestagsbeschlusses vom 3. August 1820 Gebrauch machen, und, so viel die Weimarische Forderung betreffe, die schiedsrichterliche Entscheidung des gemeinschaftlichen Oberappellationsgerichts zu Jena, als der vertragsmassigen Austragalinstanz, eintreten lassen.

Dem Einwande, daß damit die Möglichkeit der schiederichterlichen Entscheidung ub die Fürstlich: Schwarzburg: Rudolstädtische Unforderung noch nicht gegeben sen, werde dadur begegnet, daß die Herzoglich: Meiningische Regierung der Fürstlich: Schwarzburg: Rudostädtischen in dieser Beziehung und für den Zweck einer rechtlichen Entscheidung Vorschläsbabe thun lassen, welche ohne Zweisel angenommen werden würden, weshalb Unzeige werigemacht werden.

3) Bon Gadfen: Silbburghaufen:

Much Diefer Bof wolle von bem Borbehalte Des 10. Artifels Des Bundestagsbeichluffe vom 3. August 1820 Gebrauch machen, und Die schiederichterliche Entscheidung bes Dbei appellationegerichte zu Jena, nach Maasgabe bes g. 41 der Ordnung biefes Gerichts un nach ben Formen des Gachsichen Processes, eintreten laffen, indem von ihm übrigen bas Borbandensenn einer Streitgenoffenschaft ebenfalls in Abrede gestellt werde Der auf bas Oberappellationsgericht zu Jena gerichtete Borichlag, werde bei ber Beima rifden Regierung um fo weniger einen Biberfpruch finden, ba nur baburch ber noch nich gehobene 3w eifel unwirkfam gemacht werden tonne, ob überhaupt in biefer nicht eine · Streitigfeit bober Bundesglieder unter fich, fondern eine aus einem Contract bergeleitete Forderung an das Land felbft betreffenden Angelegenheit, Die Competeng biefer boben Berfammlung und nicht vielmehr die ber Landesgerichte gegrundet fen, beffalligen Ginmand muffe fich die Bergogliche Regierung auf jeden Kall vorbehalten: follte aber auch baruber austragalgerichtlich entschieden werden, so murden fur biefen Kall die obersten Gerichtostellen Seiner Majestat des Konigs von Sachsen, Seiner Majes ftat bes Ronigs von Sannover, und Geiner Roniglichen Sobeit bes Rurfursten von Seffen in Borschlag gebracht werden, jedoch immer vorausgesett, daß vor allen Dingen eine befon bere Rlage gegen bas Land Hildburghaufen angestellt merbe. -

Diesem fügte der herr Gesandte auf der andern Seite die Anzeige bei, von Seiner Roniglichen hoheit, dem Großherzoge von Sachsen-Beimar-Gisenach, angewiesen zu senn, darauf anzutragen, daß, da die Frist zur Benennung dreier Bundesglieder fruchtlos versstrichen sen, diese hohe Versammlung nun das Vorschlagsrecht ausüben moge; die Entscheis dung des Oberappellationsgerichts zu Jena konnten Seine Konigliche Hoheit, aus mehreren Grunden, nicht annehmen.

Der herr Gesandte ber 15. Stimme erklarte fur Schwarzburg: Sondershausen: Seine Durchlaucht ber Furst wunschten fortwahrend bie gutliche Beilegung bieser Diffe, renz. Sollte es jedoch erforderlich senn, sofort einen bestimmten Borschlag zur Austragale instanz zu machen, so munschten Seine Durchlaucht die Bahl zwischen den oberften Ges richtsstellen Seiner Roniglichen Majestaten von Sachsen und hannover, und Seiner Rosniglichen Hobeit bes Rurfurften von heffen getroffen zu seben.

Bon biefer hohen Bersammlung wurde hierauf ber Beschluß gefaßt :

- «In hinsicht auf die von bem Berrn Bundestagegesandten der Großherzoglich ;
- « und Bergoglich : Gachfischen Baufer abgegebenen Erflarungen, die zur Revision
- « und Erganzung bes Beschlusses vom 16. Juni 1817 wegen bes Austragalverfahrens
- a gewählte Commiffion um ihr Gutachten zu ersuchen ».

§. 4

In der 14. Sigung dieses Jahres vom 2. Mai (Prot. S. 117) erklarte der Herr Ges sandte der Großherzoglich-herzoglich Sachsischen Sauser, für Sach sen, Sildburghausen, nachträglich:

Des Herzogs Durchlaucht glaubten gegen ben Beschluß Giner hohen Bundesversamm: lung vom 28. Februar Folgendes erinnern zu konnen:

- 1) in formeller hinsicht, daß er nicht auf vorherige Instructionseinholung gefaßt worden sen, was für die dabei nicht gehörten, in Anspruch genommenen Sofe, einen um so nachtheiligeren Einfluß gehabt habe, als
- 2) den Einzelnen durch die Anweisung zur Vereinigung über den Vorschlag ber Schiederichter etwas zugemuthet werde, was weder in einem Bundesgesetze in der Art bestimmt sen, noch in der vorgeschriebenen engen Frist, und überhaupt herbeizusschien in der Macht des einzelnen Theils gestanden habe, wornach jene Anweisung, wenn es dabei verbleiben sollte, für die einzelnen Staaten, an welche sie ergangen, die indirecte Rothigung enthalten wurde, das Recht auf die Wahl ihres eigenen Richters auf die hohe Bundesversammlung übergehen zu lassen;
- 3) liege in dem Beschluffe die nirgends begrundete, von den hoben Beklagten am wenigsten zugestandene, im Gegentheil wiederholt angesochtene Behauptung einer Streits genoffenschaft zum Grunde, und werde darüber, einer kunftigen Entscheidung porgreifend, abgesprochen;
- 4) sen dabei der, Herzoglich: Hildburghausischer Seits, gemachte Vorbehalt der Eins wendungen gegen die Competenz Dieser hohen Versammlung in der Hauptsache nicht berücksichtigt, und könne man von diesen um so weniger abgehen, weil
 - a) hier es fich um eine Contractsforderung an das Land, nicht an den Herrn bef: felben, handle,

b) bieses aber nicht angenommen, nach Artikel 10 bes Bundestagsbeschlusses vo 3. August 1820, die schiederichterliche Entscheidung des Oberappellationsgerich zu Jena eintrete.

Die hohe Bundesversammlung wird ersucht, es dahin zu vermitteln, daß Seine R nigliche Hoheit der Großherzog von Weimar die Ihnen gemachten Borschläge (nämli die schiederichterliche Instanz des Oberappellationsgerichts zu Jena anzunehmen; wenn ab dieser Antrag nicht angemessen erachtet werde, wollten Seine Herzogliche Durchlaud drei, auch schon genannte Schiederichter in Borschlag bringen, dabei jedoch Ihre Einwei dungen gegen die Competenz der hohen Bundesversammlung ausdrücklich vorbehalten, un da eine Streitgenossenschaft zwischen den in Anspruch genommenen Regierungen nicht vorhanden sen, einer abgesonderten Klage gegen das Herzogthum Hildburghausen entgegenschen noch annahmen, mit dem Antrage für den Fall, daß, wenn diese hohe Bersammlung sich hierz nicht veranlaßt sinden sollte, die Borstrage über die Zuständigkeit der selbe und die von der Gegenseite behauptete Streitgenossenschaft zu besonderer austrägalge richtlicher Entscheidung ausgestellt werde, in welcher Absücht Sie nochmals genannte Schiede richter in Borschlag brächten.

Der herr Gefandte ber 15. Stimme zeigte an, daß fich Schwarzburg: Rubolftab bemiznigen anschliesse, was des Großherzogs von Weimar Konigliche hoheit zum Protofolle bei letten Sigung hatten erklaren laffen.

Auch diese Erklarungen murden an die Commission abzugeben beschlossen.

Sutaditen.

§. 5.

Die Erstattung jenes von Giner hohen Bundesversammlung verlangten Gutachtens ift ber Zweck dieses Bortrags; das, was bis hierhin angeführt worden ist, mußte zur Ueber, sicht vorausgeschickt werden: die folgende Erorterung einiger Fragen wird das Gutachten begreifen.

Die erste Frage ift biefe:

Waltet hier, so viel sich aus ben bisherigen Verhandlungen ergiebt, ein Fall vor, wo, nach allgemeinen Principien, eine Streitsache von Seiten mehrerer Rläger wider mehrere Beklagte, in einem und dem nämlichen Rechtsgange, vor einem und dem nämlichen Gerichte, verhandelt und entschieden werden kann? und wie weit erstreckt sich die Competenz der Bundesversammlung bei der Beurspeilung dieser Frage in Beziehung auf die Ansträgalinstanz an sich, wober im Allgemeinen,

200 d'à bigefeben alfo bermalen noch von ber Art und Beife, wie bie lettere nach ber Bundesgesetzgebung gebildet werden foll?

Bermoge einer Gemeinschaftlichkeit desselben Endzwecks — fagt ein berühmter Schrifte steller — in Ansehung desselben Rechtsstreits, konnen vor demselben Richter Mehrere an der Rolle des Klägers oder der des Beklagten Theil nehmen. Diese mehreren Theilnehmer heissen alsdann Streitgenossen, welche zwar auch ohne Gemeinschaft des Rechts oder der Berbindlichkeit gedacht werden konnen, in einer solchen Gemeinschaft aber vorzugsweise die Benennung «Streitgenossen» erhalten.

Die an fich statthafte Bereinigung solcher Conforten, tann, sie mag auf Seiten des Rlagers ober des Beklagten eintreten, ohne Zustimmung des Gegentheils hervorgebracht werden; nur der Kläger aber kann von Seiten des Beklagten eine solche Bereinigung erzwingen, wenn er die mehreren, aus einem und demselben Rechtsgrunde zu Belangenden, als Conforten belangt, welches zu thun er befugt, aber nicht verbunden ist.

Um es dem Rlager mozlich zu machen, mehrere als Streitgenossen von ihm in Unspruch zu nehmenden Personen, selbst in dem Falle vor einem Gerichte gemeinsam zu belangen, wenn sie keinen, für diesen Rechtsstreit anwendbaren, gemeinschaftlichen Gerichts, stand erster Instanz ausserdem haben, ist durch den Gerichtsbrauch, durch einzelne Process, ordnungen und durch Gesetz des ehemaligen deutschen Reichs seitgesetzt und zugelassen worden, daß die Rlage bei dem nächsten Obergerichte, als einem ausservonentlichen Gerichtstsstande, erhoben werden könne: man nennt dieses den Gerichtsstand, aus dem personlichen Zusammenhang der Sachen. Der Grund hiervon ist der, damit nicht über eine und dies selbe Sache mehrere Processe geführt zu werden brauchen und widersprechende Erkenntznisse vermieden werden — oder, wie sich berühmte Schriftsteller ausdrücken: ut lites contrasiantur, et quod una disceptatione sieri possit, ne in plures distrahatur, probationes quoque facilius explicentur, nec contrariae interdum sententiae sequantur.

Die Entscheidung der hier in Frage stehenden Streitsache scheint zunachst bavon abzuhängen:

bildete der Thuringische Rayon einen Complexus mehrerer Staaten, ein Ganzes, mit wechselseitigen Rechten und Berbindlichkeiten, in hinsicht der sie insgesammt ireffenden Kriegsleistungen; waren diese Staaten also verpflichtet, die Kriegsleissstungen in Gemeinschaft zu tragen, so daß derjenige Staat, welcher verhaltniß, masse, mehr geleistet, als den andere, wegen dieser größeren Leistung Ersatz zur Anstellung verlangen kann — es sen nun, daß der Grund gefunden werde in der ersten. Stiftung der Anstalte selbst, oder in nachherigem Zugeständnisse und Uebereinkommen, oder vereindein beiden zusammen?

Je nachdem hierüber geurtheilt wird, ift nicht bloß über Die Frage, ob Streitgent fenschaft zu Begründung eines Gerichtsstandes vorhanden sen, sondern auch über b Sauptfache resp., undeschadet ber Erdrterung über bas Quantum und Liquidun entschieden.

Diese hohe Versammlung ist kein Gerichtshof; wohl aber liegt die Obsorge, daß rech loser Zustand im Bunde abgewendet werde, und daß ein Jeder auf bundesgesetzmäsige Weisein Recht verfolgen könne, in ihrer Competenz. Sobald also, bei Streitigkeiten mehrere Bundesglieder unter sich, von der einen Seite, zu Verfolgung ihres Nechts vor eine Austrägalinstanz, Streitgenossenschaft behauptet, von der andern Seite aber wider sprochen wird, und dieser Widerspruch ist nicht offenbar gegründet, oder die erster verlangt gerichtliche Entscheidung, dann bleibt auch dieser Punct der letzteren heimge geben, ohne daß jedoch hierdurch die Einleitung des Austrägalversahrens eventualite über das Ganze des Streits oder über die Hauptsache ausgehalten oder gehindert werder kann — um so mehr dann, wenn jene Erdrterung auf die Hauptsache, wie hier, Einfluß hat.

Daß der Ungrund einer Streitgenossenschaft in dem gegenwartigen Falle nicht offenbar vorliege, beweist die erste Stiftung der Rayonsanstalt, auch ohne Berückschtigung bessen, was weiter darauf gefolgt ist. (§. 1. 2.)

§. 6.

Bei biefer Erorterung ber erften Frage wurden bie Urt und Beife, wie bie Austragalinftanz nach ber Bundesgesetzgebung gebildet wird, auffer Betracht gelaffen.

Es fragt fich baber zweitens:

Findet Streitgenoffenschaft zwischen Bundesgliedern mit der Wirkung ftatt, baß sie aufferordentlicher Beise den Gerichtsstand vor einer und ber nämlichen Austragalinftanz begründet?

Es ist oben (5.5) bemerkt worden, daß der Gerichtsstand aus einem personlichen Zusammenhange der Sachen in Deutschland auf dem Gerichtsbrauche, einzelnen Processordnungen und Gesetzen des ehemaligen deutschen Reichs beruhe; as liegt hierbei, wie man sagen könnte, eine Process Maxime zum Grunde, zu Gunsten des klagenden Theils, welcher Gebrauch davon machen, dieses aber auch unterlassen kann, die also keinesweges einen wefentlichen Theil des gerichtlichen Versahrens ausmacht.

In bem Bunbestagsbefchluffe vom 16. Juni 1817 ift III. 2. festgefett :

Benn ber zur Bermittlung ber Streitigkeit angeordnet gemesene Ausschinß bie Anzeige von bem mißlungenen Berfuche bei ber Bundedversammlung gemacht bet, so hat binnen vier bis sechs Wochen, von dem Tage ber Anzeige an gerechnet, der Beklagte bem

Rlager brei umpartenische Bundesglieder vorzuschlagen, aus welchen dieser eines, binnen gleicher Fruft, mablet. Geht jene Krift vorüber, ohne daß der Beklagte drei vorschlagt, so geht dieses dreifache Lorschlagsrecht an die Bersammlung des Bundestages über, woraus alsdann ber Klager einen zu mahlen hat ».

Rum. 6. « Die Instruction bes Processes geschieht nach der Processordnung, welche der betreffende oberste Gerichtshof überhaupt beobachtet, und ganz in selbiger Art, wie die sonftigen alldort zu instruirenden Rechtssachen verhandelt werden ».

Rum, 7. "Das Erkenning in ber Saupt fache felbst aber erfolgt, in Ermangelung bes sonberer Entscheidungsquellen, nach ben in Deutschland hergebrachten gemeinen Rechten ..

In bem Bundestagsbeschlusse vom 3. August 1820 ift enthalten:

- Urt. 2. « Wenn, nach Unleitung bes Bundestagsbeschlusses vom 16. Juni 1817, der oberfte Gerichtshof eines Bundesstaates zur Austragalinstanz gewählt ist; so steht demselben die Leit ung des Processes und die Entscheidung bes Rechtsstreits, in allen seinen Haupts und Nebenpuncten, uneingeschränkt und ohne alle weitere Einwirkung der Bundesversammelung oder der Landesregierung zu ».
- Urt. 3. «Bur Theilnahme an einem Rechtsstreite unter Bundesstaaten kann ein brittes Bundesglied vor das erwählte Austrägalgericht nur dann zugelassen werden, wenn das Gericht eine wesentliche Berbindung der Rechtsverhaltnisse desselben mit dem anhängigen Rechtsstreite anerkennt. Auch eine Wiederklage hat nur in diesem Falle bei dem erwählten Austrägalgerichte statt, und nur, wenn sie sogleich bei der Einlassung auf die Borklage anges bracht wird».
- garist, nach ben, in Rechtsftreitigkeiten berfelben Urt, vormals von den Reichsgerichten subsflidiarisch befolgten Rechtsquellen, in so fern solche auf die jazigen Berhaltnisse der Bundess glieber noch anwendbar sind, zu erkennen ?,
- "Art. 10. . . Ge flobet übrigens ben Bunbesgliebern frei, für ihre Streitigkeiten, sowohl in einzelnen vorkommenben Fallen, als auch für alle kunftige Falle, wegen befonderer Busträge voller Compromisse übereinzukomimen, wie benn auch frühere Familien, oder Bertrags-Austräge vurch: Errichtung ber Bunbes Austrägalinstanz nicht aufgehoben, noch abgeändert werden ».

In dem in der 18. Sigung der Wiener MinisterialsConferenzen vorgelegten Antrage, Die Errichtung einer Austragalinftanz betreffend, war der 6. Sat fo gefast:

ju einem Rechtsstreite unter Bundesflacten fann ein brittes Bundesglieb vor bas ermablte Austragalgericht nur bann zugelaffen ober aufgeforbert werben, weun

1 5.

bas Gericht eine wesentliche Berbindung ber Rechteverhaltniffe mit bem anhangig Rechtsftreite anerkennt.

In der 20. Sigung ward aber von einer Seite erinnert: daß die Abcitation ein Dritten zu einem Austrägalprocesse nicht zulässig sen, weil die Jurisdiction des Auträgalgerichts einzig und allein auf der Wahl der principaliter litigantiu beruhe, und das adcitirte Bundesglied, wenn der Sat bleibe, wie er in Antrag gebrad sen, ohne sein Juthun, ex facto alieno, verbindlich gemacht werde, vor einem in Anshung seiner incompetenten Richter zu erscheinen, um Recht zu nehmen, weßhalman glaube, daß die Adsitation nur dann statt sinden könne, wenn dieselbe bei der Bemittelungscommission zur Sprache gebracht und der Adcitat zur Bahl des Gericht zu gezogen werde. Die Erheblichkeit dieser Erinnerung — wurde von dem Ausschusse bemerkt — lasse sich nicht verkennen. Auch in der vormaligen Berfassung sen die Frage bestritte gewesen, und die verneinende Meinung habe wohl Beisall verdient. Die Bermehrung de Processe sen zwar davon freilich eine mögliche Folge; die Rechte derer aber, welche sonst ein Adcitation verlangen könnten, liessen sich also in der jezigen Lage Alles auf freiwillige Bertretung re duciren. In dem 6. (jest Art. 3) sepen daher die Worte: « oder aufgesordert » wegzulassen. —

§. 7.

Vorausgesetzt, daß es von dem freien Willen des klagenden Theils abhängt, ob er von dem Verhältnisse einer Streitgenossenschaft des in Rlage zu nehmenden Theils Gebrauch machen will oder nicht (S. 5), scheint von dem beklagten Theil in Streitigkeiten zwischen Bundesglie: dern eine gleiche Freiheit um so mehr angesprochen werden zu konnen, als

- a) die Gesetze des ehemaligen deutschen Reichs, wenn man sich bei der jetzigen Austrägals Instanz etwas analoges mit den ehehinnigen Reichsgerichten benkt, hier nicht als Norm betrachtet werden konnen;
- b) die Bundesgefetgebung hieruber feine bestimmte Disposition enthalt (S. 6);
- c) von einem Gerichtsbrauche aber feine Frage fenn fann; fonften
- d) das Borichlagsrecht Gines Bundesglieds beschrankt, und die Gefahr, daffelbe gang gu verlieren, wenn kein Ginverstandniß eintritt, eroffnet werden wurde.

Es scheint baber, es habe von biefer boben Bersammlung, wie geschehen, nicht befchlof: sen werden tonnen:

- « bie beflagten Regierungen hatten fich babin zu vereinigen, um ben flagenden
- « Regierungen brei Bundesglieder zu benennen, aus welchen biefe eines zu mablen
- « harten ».

Mllein, es muß hiergegen erwogen werden:

1) Wenn mehrere Bundesglieder, vereinigt oder zusammen, einen Vorschlag zur Austrägalinstanz machen sollen; so wird das Vorschlagsrecht den einzelnen nicht entzogen, sondern nur einigermaßen dadurch beschränkt, daß Andere bei der Ausübung concurriren; ohnehin ist der Fall kaum denkbar, daß mehrere Bundesglieder sich in der Wahl nicht vereinigen sollten.

Bon der Competenz eines Austrägalgerichts, in der Art, wie man folche bei den hochsten Reichsgerichten, unter Entziehung des Rechts auf die erste Instanz, annahm — ist hier eigentlich keine Rede; dieselbe beruht vielmehr ganz auf einer freien Wahl, an welcher nur Mehrere Theil nehmen: nur in dem letzteren Betrachte kann von der Begruns dung eines Gerichtsstandes, wegen persönlichen Zusammenhangs der Sache, im deutschen Bunde Frage seyn, da in anderen Fallen das Vorschlagsrecht jedem Einzelnen für sich zusteht. Aus diesem Grunde wurde bei den Wiener Ministerial: Conferenzen von einer Seite die Adcitation dann für statthaft gehalten, wenn die Adcitation bei der Vermitte lungscommission zur Sprache gebracht und der Adcitat. bei der Wahl des Gerichts zuges zogen werde. (S. 6.) —

§. 9.

2) Streitgenoffen find nicht als eine moralische Person zu betrachten; fie find nur eine Personenmehrheit.

Einheit bes Erfolgs von bem Rechtsstreite für alle Streitgenoffen ift im Allgemeinen burchalb nicht nothwendig.

Die einzelnen Streitgenoffen zustehenden Einreden werden durch eine solche Berseinigung keinesweges abgeschnitten; es laßt sich auch mit einem neuern Schriftsteller wohl behaupten, jeder Streitgenoffe konne seine Sache von einem eigenen Bertreter führen laffen, sobald nur ein gemeinschaftlicher Anwalt zur Insinuation für alle bestellt sep.

In Rudficht ber Sauptsache konnen also bie beklagten Regierungen burch biese Bereinigung keinen Nachtheil erleiben.

§. 10.

3) Rach der Bundesgesetzgebung soll die Instruction bes Processes nach der Ordnung, welche der oberste Gerichtshof überhaupt beobachtet, geschehen, selbst die Entscheidung der Haupt sache soll nach den in Deutschland hergebrachten gemeinen Rechten, oder nach den vormals von den Reichsgerichten befolgten Rechtsquellen, in so fern solche auf die setigen Berhältnisse der Bundesglieder noch anwendbar sind, gegeben werden. Da nun

ber Gerichtsstand aus dem personlichen Zusammenhang der Sache in Deutschland in di Gerichtsbrauche, in einzelnen Processordnungen und in Gesetzen des ehemaligen deutsch Reichs gegrundet ist (§. 5), warum sollte diese Process Maxime nicht auch bei den setzig Austrägalgerichten in Anwendung gebracht werden können, wie dieses mit den bes henden Verhältnissen vereinbarlich ist. (§. 8.)

§. 11.

4) Man darf wohl voraussetzen, daß, wenn man bei der Bundesgesetzgebung etw Abweichendes hatte festsetzen wollen, dieses eben so wenig wurde unberührt geblieben sen als der Adcitation gedacht worden ist (S. 6); man hat sich des Ausdrucks - «der Bellagts bedient, ohne damit andeuten zu wollen, daß nicht deren mehrere zugleich sen konnte

§. 12

5) In bem deutschen Bunde soll Gelbsthülfe abgewendet und Rechtshülfe geleist werden. Alles, was zur Beforderung der letteren führt, muß, auch ohne specielle Dii position, in so weit dieses nicht in anderem Betrachte mit wohlgegründeten Rechten ir Widerstreite steht, in der Bundesgesetzgebung zu liegen, gehalten werden. Mit dem Gerichte stand aus dem personlichen Zusammenhang der Sache, wird die Erleichterung der Rechte verfolgung beabsichtigt; daß derselbe zur Beforderung der Justiz gereicht, kann nich bezweiselt werden. (§. 5.)

§. 13.

6) Wollte man über das Dasenn einer Streitgenossenschaft allein von einem Austragalgerichte vorerst erkennen lassen, so könnte dieses entweder durch abgesondert gewählt mehrere Gerichte, oder durch ein gemein fam gewähltes Gericht bewirkt werden. It dem ersteren Falle lassen sich von einander abweichende Erkenntnisse möglich benken; it dem anderen Falle würde die Verfahrungsweise nur justizverzögernd senn, da, wie schot oben (S. 5) bemerkt worden ist, und sogleich wiederholt werden soll, durch diese Einleit tung die Einwendung bei dem Gerichte, es sen keine Streitgenossenschaft vorhanden nicht abgeschnitten wird — wenn diese aber unerheblich gefunden wird, kein befriedigender Grund gedacht werden kann, warum nicht auch eben dieses Gericht in der Hauptsacht zu erkennen haben sollte.

§. 14.

7) Rach der Bundesgesetzgebung steht dem Austrägalgerichte die Leitung des Processes, die Entscheidung des Rechtsstreits, in allen seinen haupt, und Nebenpuncten, uneingeschränkt, ohne alle weitere Einwirkung der Bundesversammlung oder der Landesregierung ju (S. 6); ohne allen besonderen Borbehalt bleibt also, der von dieser hohen Bersammlung zur Bildung einer Austrägalinstanz getroffenen Ginleitung ungeachtet, die Ausführung aller Einreden gegen diesen also geordneten Gerichtsstand einer jeden der beklagten Regierungen bei dem Gerichte bundesgesetzmäsig unbenommen, und die von dieser hohen Bersammlung zur Einleitung des Austrägalverfahrens getroffene Berfügung prajudicirt hierin gar nicht.

§. 15.

Benn biefemnach die Commiffion ber Meinung ift, baß die Bejahung ber oben (5. 6) bemertten zweiten Frage auf guten Grunden beruhe; fo fragt es fich brittens:

Liegt hier die Einrede des unrecht gewählten Beklagten in der Maße vor, daß solche von Seiten diefer hohen Bersammlung, gegen deren Competenz darum Zweifel erhoben werden, hatte berücklichtigt werden sollen?

In einem, in ber 18. Gipung ber Wiener Ministerial Conferenzen, erstatteten Bortrag bes Ausschusses über bie Austragalinftang, kommt vor:

ces ist die Frage aufgeworfen worden, in wie fern die Regierung eines Bundesstaates ihre Unterthanen gegen die Regierung eines anderen Bundesstaates dergestalt vertres ten könne, daß die Sache zur Vermittlung der Bundesversammlung und endlich zur Austrägal: Entscheidung gebracht werden musse? Es ist indessen klar, daß nur die Pflicht der Beschützung, welche jede Regierung gegen ihre Unterthanen zu erfüllen hat, oder eine aus den Folgen ihrer eigenen Regierungshandlungen entspringende Verpflichtung, ein solches Recht der Vertretung begrunden kann». —

Ungenommen auch, die hier in Frage stehenden Forderungen mußten, im Falle der Verzurtheilung, von den Landern ganz, ohne Concurrenz der Regenten von wegen ihrer Domanen oder Rammerguter, bezahlt werden — Regenten nehmen Regenten aus eigenen Regies rungshandlungen in Unspruch; aus welchen Cassen die letzteren, im Obsiegungsfalle der ersteren, die Zahlungsmittel schöpfen und zu schöpfen berechtigt sind, dies berührt das innere Verhältniß zwischen dem Regenten und dem Lande, von welchem Kenntniß zu nehmen ein Oritter so wenig ein Recht, als eine Verbindlichkeit hat. Ginem Oritten, der mit dem Regenten, als solchem, handelte, kann rechtlich nicht zugemuthet werden, sich wegen innerer Landes, verhältnisse, die ihm fremd sind, an Oritte verweisen zu lassen.

Auf jeden Fall wurde von Seiten Giner hohen Bundesversammlung einer weiteren und richterlichen Erdrterung auch dieser Einwendung nicht vorgegriffen seyn, dieselbe vielmehr immer offen gehalten zu seyn geachtet werden muffen.

§. 16.

Die vierte Frage ist:

Muß nicht ber S. 41 ber proviforischen Ordnung bes gemeinschaftlichen Oberappella:

tionsgerichts zu Jena für die Großherzoglich : und herzoglich : Cachfen : Erneftinischen auch Fürstlich : Reuflischen Lande berücksichtigt werben ?

In diesem S. 41 ift festgesett:

In Streitigkeiten der Durchlauchtigsten vereinten Sofe (f. S. 1 (*)) unter sich, welche ei reines Mein und Dein, keineswegs aber politische Verhältnisse betreffen, namentlich in Eiger thums, Contracts, und Erbschafts. Streitigkeiten, auch Grenzirrungen, ist das Oberappellationsgericht schiederichterliche oder Austrägalinstanz, kraft (hierdurch) für immer erklärtei Compromisses und respect. Subdelegation, mit Aufhebung übrigens der bisherigen Austräge Es soll aber eine solche Streitigkeit niemals beim Oberappellationsgerichte anhängig gemach werden können, bevor nicht durch Jusammentritt beiderseitiger Commissarien gütliche Hinle gung und Vergleich versucht worden wäre, oder der eine hohe Theil, binnen sechs Monater nach erhaltener Aufforderung, die Beschickung der Conferenz unterlassen und hierdurch der Versuch der Gute vereitelt hätte. —

Es ist nicht bekannt, ob die im S. 46 vorbehaltenen naheren Bestimmungen des Verfah rens — als bis wohin die schiederichterliche Wirksamkeit des Oberappellationsgerichts noch sus pendirt bleiben sollte — inzwischen getroffen worden sind: man konnte auch fragen, ob es sich hier von dem Mein und Dein, in strengem Sinne genommen, und von einem der namentlich angegebenen Falle handle; dermalen kann das eine und das andere unberücksichtigt bleiben.

Von Seiten des Großherzogthums Weimar wird diese schiederichterliche Instanz abgei lehnt; von Seiten der Fürstlich: Schwarzburg: Rudolstädtischen Regierung, welcher jene Versabredung ohnehin fremd ist, wird das nämliche erklärt (S. 3. 4); das Herzogthum Sachsen. Coburg hat an dieser schiederichterlichen Instanz nicht einmal Theil genommen — und die Fürstliche Regierung von Schwarzburg: Sondershausen, welcher jene Verabredung ebenfalle fremd ist, hat bereits drei Bundesglieder vorgeschlagen (S. 3). — Ohne hier in eine Erdrterung des Zweisels, was unter den, in den Gesetzen des ehemaligen deutschen Reichs genannten, son derbaren Austrägen zu verstehen sen, einzugehen, bedarf das wohl keiner Ausstührung, daß, so lange noch eine Streitgenossenschaft auf Seiten des klagenden und des beklagten Theils, wie hier, gedacht und angenommen wird, auf jene gewillkührten Austräge vor Seiten dieser hohen Versammlung keine Rücksicht genommen werden könne.

§. 17.

Die funfte Frage ift:

Ronnte der Beschluß vom 28. Februar b. J. (Num. 2) ohne vorherige Instructions Ginholung gefaßt werden?

^{*)} nämlich zwischen den Großherzoglich: und herzoglich: Sächsichen, auch Fürstlich: Reuffischen hierüber — mi Ausnahme bes herzoglichen hauses Sachsen: Coburg — einverstandenen hofen.

Orotof. d. d. Bundesvers. XIV. Bb.

In ber jum Grundgesetze bes Bundes erhobenen Wiener Schlufacte beißt es:

Urt. 7. Die Bundesversammlung, aus den Bevollmachtigten sammtlicher Buns bestglieder gebildet, stellt den Bund in seiner Gesammtheit vor, und ist das beständige, vers fassungsmäsige Organ seines Willens und handelns.

Art. 8. Die einzelnen Bevollmächtigten am Bundestage find von ihren Committensten unbedingt abhängig, und diesen allein wegen getreuer Befolgung der ihnen ertheilten Instructionen, so wie wegen der Geschäftsführung überhaupt, verantwortlich».—

So lange bemnach die jetige Bundesgesetzgebung besteht, und nicht festgesetzt worden ist, daß, und in welchen Fallen, die Gefandten vor der Abstimmung befondere Instruction einholen sollen — so lange kann nicht behauptet werden, ein Beschluß sen darum in formeller Hinsicht mangelhaft, weil er nicht namentlich das Resultat besonders einzgeholser Instructionen sen; am wenigsten dann, wenn, wie hier, von keiner Seite darauf angetragen worden ist.

§. 18.

Benn die Commission, nach dem bis hierhin Uns und Ausgeführten, der Meinung ist, daß es von Seiten dieser hoben Versammlung bei dem Beschlusse vom 28. Februar d. J., der dagegen erhobenen Anstände ungehindert, im Wesentlichen zu belassen sen, ist dieselbe jedoch des Dafürhaltens, daß den in Anspruch genommenen Regierungen eine weistere Frist von sechs Woch en, zur Benennung dreier Bundesglieder, unter dem im vierten Membro jenes Beschlusses enthaltenen Anhange, nachzulassen sen: letzteres aus dem Grunde, weil die Bundesgesetzgebung den alsbaldigen Verlust des Rechts der Benennung oder des Vorschlags, auf den Fall, daß Einwendungen gegen die verfügte Einsleitung vorgebracht werden, welche nicht berücksichtigt werden, nicht vorgeschrieben hat.

Im übrigen wird die Commission bei der Revision des Bundestagsbeschlusses vom 16. Juni 1817 in Ueberlegung ziehen, ob es nicht rathsam senn mochte, für kunftige Falle, Zweifeln dieser Art durch eine ausdrückliche Disposition vorzubeugen, und ihr bestallsiges Dafürhalten an diese hohe Bersammlung gelangen lassen.

> Aretin. Sarlowiz. Sammerstein. Wangenheim. Danz.

3 wanzigste Situng.

Gefchehen, Frankfurt ben 15. Juni 1822.

In Gegenwart

aller in ber vorigen Gigung Unwesenben.

hinzugekommen mar:

von Seiten Danemarts, wegen Solftein u. Lauenburg: Der Koniglich Danifche geheime Confirenzrath, herr Graf von Epben;

von Geiten ber freien Stadte: ber Berr Gyndicus Dr. Curtius.

§. 166.

Bitte bes Peter Blatsched zu Fulba, Pension betreffenb. (16. Sis. §. 127 b. 3.)

Der Großherzoglich und herzoglich: Sachfische herr Gefandte, für Sachfen: Beimar: In der 16. Sigung S. 127 wurde über das Gesuch des Peter Blatscheck, um Vervollständigung dessen Pension, unter andern beschlossen, Seiner Königlichen hoheit dem Großherzoge von Sachsen: Weimar und Eisenach durch mich den Bunsch der hohen Bundes, versammlung auszudrücken, daß von hochstihnen, salvo regressu, die Befriedigung des Reclamanten einstweilen übernommen werden mochte.

Hierauf ist von mir unverweilt allerunterthänigst berichtet und von Seiner Roniglichen Sobeit, aus Rucksicht für ben Bunsch ver hoben Bundesversammlung, allergnäbigst geruht worden, Peter Blatsched's Befriedigung, mit Vorbehalt bes Regresses gegen die Krone Preussen, einstweilen zu übernehmen, auch bereits unterm 4. dieses Monats wegen der Bezahlung, mit Ginschluß bes Ruckstandes vom 1. Junius vorigen Jahres an, das Erfordere liche: verfügen zu lassen.

.. Hierauf wurde einhellig

beschloffen:

unter Unerkennung der von Seiner Koniglichen Hoheit dem Großherzoge von Sachsen, Beimar und Gisenach hierin bezeigten Billfahrigkeit, die Reclamation des Peter Blatscheck als erkedigt anzusehen, und deffen Anwalt davon in Kenntniß zu setzen.

§. 167

Garantie bes Gefetes, Die ftanbifche Berfassung bes Berzogthums Coburg : Saalfelb betreffenb.

(49. Sig. §. 162 b. 3.)

Prafidium tragt vor: es habe sich in den Abstimmungen ersehen und wolle den Entwurf Beschlusses in Betreff der nachgesuchten Garantie des Gesetzes über die ständische Berfassung des herzogthums Coburg Gaalfeld vorlegen.

Der Entwurf wurde verlesen, und fammtliche Gefandtichaften vereinigten fich mit demfelben; daher

Befclug:

daß die nachgesuchte Garantie der ständischen Verfassung des herzogthums Sachsen: Coburg: Saalfeld, unter Bezug auf den Artikel 58 und 60 der Schlufacte, von Seiten des Bundes übernommen werde.

§. 168.

Cammlung der in den deutschen Bundesstaaten geltenden Befete.
(1. Gie. §. 17 b. 3.)

Der Königlich: Danische, Herzoglich: Holftein: und Lauenburgische Herr Gefandte übergiebt, in Gemäßheit des Beschlusses der 2. Sigung vom 18. Januar vorigen Jahres, die vollständige Sammlung der Gesetze und Berordnungen der Herzogthumer Holftein und Lauenburg: als

- 1) Corpus constitutionum regio-Holsaticarum, oder Sammlung der in dem Herz zogthum Holftein, Konigl. Antheils, sammt incorporirten Landen 2c., ergangenen Constitutionen, Edicten, Mandaten 2c. Altona, Bd. I. 1749; Bd. II. 1751; Bd. III. 1753. 4.
- 2) Corpus statutorum provincialium Holsatiae, ober neue Ausgabe der Schleswigs Holsteinschen Rirchen und Landgerichtsordnung, der Schauenburgischen Hofgerichtstordnung, des Dithmarsischen Land: und Lubischen Stadtrechts ze. Ausgefertigt von Fr. Detl. Carl v. Eronhelm. Altona 1750. 4.
- 3) Chronologische Sammlung der vom Jahre 1756 bis 1818 ergangenen Berordnungen und Berfügungen für die Herzogthumer Schleswig und Holftein. Riel 1804 bis 1820, 4.
- 4) Spstematische Uebersicht ber allgemeinen Verordnungen und Verfügungen für dieselben Herzogthumer. Riel 1804.

Der herr Gesandte der freien Stadte, Syndicus Curtius, überreicht in Gemaßheit ber Aeufferung vom 12. April vorigen Jahres (17. Sig. S. 111) die Sammlung

ber Lubedischen Berordnungen aus ben Jahren 1813, 1814, 1815, 1816 und 1817 in zwei Banden. Die Berordnungen von 1818 an werden folgen.

§. 169.

Pensiones und Schulbforderung des Dberften von Mogen. (12. Sig. §. 95 b. 3.)

Baben. Die Großherzogliche Gesandtschaft wurde in der 9. dießjährigen Sigung von 7. Marz S. 74 von der hohen Bundesversammlung ersucht, ihrem höchsten Hofe die Bewilligung eines jährlichen Zuschusses von 60 fl. zu der laufenden Pension des Obersten vor Mogen anzuempfehlen. Diesem Bunsche zu entsprechen, sieht sich die Großherzogliche Regierung ausser Stande.

Baben hat durch die langst in diesseitige Dienste erfolgte Uebernahme des nunmeh: rigen Mungraths Dieze in Mannheim, mit seiner jahrlich genossenen Besoldung von 1000 fl., einen, seine Concurrenze Nate überschreitenden Beitrag zu den Militars und Civil Pensionen bereits geleistet, und ist übrigens durch den Besitz seiner, auf eine beträchtliche Summe aufssteigenden, Oberrheinischen Capitalbriefe; nicht minder durch die, ohne alle rechtliche Berbinds lichkeit und auf kunftige Abrechnung hin bewerkstelligte Berichtigung des liquid erkannten Mungrath Dieze'schen Guthabens, mit sehr bedeutenden Forderungen bei dem Oberrheinischen Kreisschuldenwesen betheiligt, so, daß sich weitere Zahlungszumuthungen an das Großherz zogliche Aerarium, vor definitivem Austrage dieser so sehr verzögerten Sache, durchaus nicht rechtsertigen lassen durchen.

Da indessen die übrigen betheiligten bochsten Regierungen mit Pensionsübernahmen im Berhältniß zu ihrer Concurrenz: Rate und zu dem Großherzogthume Baden noch weit zus rückstehen, so durften sie sich vielleicht durch Obiges bewogen finden, der Reclamation des bei seinem hochvorgeruckten Alter allerdings sehr berücksichtigungswerthen Supplicanten durch eine masige Erhöhung ihrer noch wenig bedeutenden Beitrage nach Billigkeit abzuhelfen.

Diefe Erklarung murbe an die Reclamations: Commigion abgegeben.

§. 170. Einreichunge, Protofoll.

Die Eingabe

Rum. 79, eingereicht am 14. Juni laufenden Jahres, von dem Borstande der Gemeinde Lorsch im Großberzogthume Hessen, eine Forderung an die vormalige Reichs, Operationscasse im Betrage von 7,710 fl. 20 fr. betreffend.

wurde ber betreffenden Commission zugestellt.

Folgen die Unterschriften.

Ein und zwanzigste Sizung am 20. Juni 1822.

In Gegenwart aller in der zwanzigsten Situng Anwesenden. War eine vertrauliche Situng.

Zwei und zwanzigste Sigung.

Geschehen, Frankfurt den 27. Juni 1822.

In Gegenwart aller in der zwanzigsten Situng Anwesenden.

§. 171.

Reclamation ber Graflich: Sahn'ichen Familie und ber Euratel bes Freis herrn Carl Reinhard von Gemmingen: Guttenberg, die Gleichstels lung ber Glaubiger ber ehemaligen mittelrheinischen Reichsritter: schaft, — auch Stand ber Auseinandersetzung der ehemaligen mittels rheinischen reichsritterschaftlichen Angelegenheiten im Allgemeinen betreffend.

(16. Sit. §. 134 t. J.)

Prenssen. Die Gesandtschaft ist zu eröffnen beauftragt, daß man diesseits die beschlossene Anordnung 16°. Sitzung der Lage des Gegenstandes um deswillen nicht angemessen findet, weil bis dahin weder das commissarische Geschäft geschlossen ist, noch vorliegt, daß die ansgebrachte Reclamation, als mit demselben nicht zu erledigend, nach Inhalt der Berhands lungen zuibetrachten sen.

Mit dieser Bemerkung, welcher die mitverhandelnden Regierungen ohne Zweisel beipflichten werden, verbindet man die Mittheilung, daß die Auseinandersetzung des Activ und Passiv Besens der vormaligen mittelrheinischen Reichsritterschaft, als der Gegenstand dieses commissarischen Geschäfts, durch die in zwei verschiedenen Perioden stattgehabte Zusammen: kunft der Commissarien, dis auf einen, Privatpersonen nicht interessirenden, einzelnen Punct, ihrer Erledigung ganz nahe gebracht ist, und die Verhandlungen ith den betressenden Regie, rungen selbst vorliegen, um sich darüber weiter zu erklären und nach Umständen die Anges legenheit entweder durch Correspondenz der Commissarien oder durch eine Final-Jusammenkunft derselben beendigen zu lassen. So wie zu einem solchen Final-Abschlusse sich die Commissarien der Königlich-Vasierischen, Großherzoglich-Hessischen und Herzoglich-Nassausschen Resgierung bereits instruirt erklärt haben, wird auch dem diesseitigen Commissarien die weitere Instruction, nach beendiater Berathung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten mit der betressenden inneren Ministerialbehörde, mit möglichster Beschleunigung zugefertigt werden.

Großherzogthum heffen. Da der Stand der commissarischen Verhandlungen zur Auseinandersetzung der ehemaligen mittelrheinischeritterschaftlichen Ungelegenheiten, bes züglich auf den in der 16. Sitzung gefaßten Beschluß, hier in Unregung kommt; so findet Großherzogliche Gesandtschaft sich veranlaßt, ihren Instructionen gemäß, Folgendes zu erklaren:

Der Großherzogliche Commissär ist schon im Anfange dieses Jahres zur Unterzeichen nung der im vorigen Jahre bei der Commission getroffenen Berabredungen angewiesen worden, und man hat diesseitskeinen Anstand bei deren formlichen Genehmigung. Als derselbe Commissär hievon die Mitcommissarien in dienstliche Kenntniß gesetzt hatte, gaben dieselben theils bestimmte Zusicherungen, theils die nahe Hoffnung, dem vorbereiteten Finalsabschluß ebenfalls beitreten zu konnen.

In dieser Lage hat sich die Sache noch im Anfange des laufenden Monats befunden. Das Resultat der Commissions: Verhandlungen, zu dessen Beforderung abseiten des Großherzoglichen Gouvernements alles, was irgend von ihm abhing, geschehen ist, beruht demnach auf den Eingang der bei der Commission rückständigen Erklärungen der mitbertheiligten Hofe, und man kann diesseits nur wunschen, daß solche in angelegentliche Erzinnerung gebracht werden und baldigst erfolgen mogen!

Diese Erklarungen murden an die Reclamations : Commission abgegeben.

§. 172.

Ein von dem Buchhandler Bener zu Giesen überreichtes Exemplar ber Berfassungeurkunde bes Großherzogthums heffen betreffend.

Prafidium legt ein von dem Buchhandler und Buchdrucker heper zu Giesen über, reichtes Exemplar ber Berfassungeurkunde bes Großherzogthums heffen vor, worauf

beschloffen:

wurde, baffelbe anzunehmen, und, unter Erwähnung bes Dantes biefer hoben Berfamme lung in ihren Protofollen, an bie Bibliothet abzugeben.

§. 173

Bitte bes Peter Blatsched zu Fulba, Pension betreffenb. (20. Sie. §. 166 b. 3.)

Preuffen. Die Gefandtichaft ift veranlagt, wegen ber nach Unzeige 20. Gigung (S. 166) erfolgten vorläufigen Befriedigung bes Peter Blatiched ju Fulda, Die Bemerkung nachzutragen, daß biefe Befriedigung auch dieffeits als eine nur vorlaufige in fo fern amar betrachtet werden fann, als damit der Großberzoglichen Regierung ju Weimar allers binge fein Recht genommen wird, welches berfelben bei Fortsetzung ber commissarischen Berbandlung in Diefer Beziehung unerledigt zusteht. Benn jedoch in Der Unzeige Des Große bergoglichen Berrn Gefandten biefem an fich begrundeten Borbehalt nicht der bemerkte alls gemeine Ausbrud, fondern Die bestimmte Beziehung eines ftattfindenden Regreffes an Die Rrone Preuffen gegeben worden; fo ift bamit eine Beziehung ausgebruckt, beren Richtigfeit allein in der commissarischen Berhandlung anerkannt oder bestritten, übers baupt - er ortert werden fann. Indem baber von Seiten ber Roniglich: Preuffischen Res gierung auch fruber tein Unlag gegeben ift, daß eine folche specielle Beziehung in ben Beschluß ber 16. Sitzung aufgenommen worben, ift die dieffeitige Gefandtichaft auch jett zu erflaren gemußigt, daß fie ben gemachten Borbehalt zwar allerdinge in bemerkter gan; alls gemeiner Urt, nicht aber als einen anerkannt begrundeten Regreß an die Rrone Dreuffen. hiefigen Ortes oder ihrerfeits, ausdrudlich oder ftillschweigend einzuraumen vermaa.

Der Herr Bundestagsgesandte, Graf von Beuft, für Sachsen: Weimar. Meine höchste Instruction ermächtigt mich zwar nicht zu einer Abanderung meiner in der 20. Sitzung wegen der provisorischen Pensionszahlung an Peter Blatscheck bewirkten Erklärung; da aber der Königlich, Preussische Herr Gesandte einen Werth darauf zu legen scheint, daß der Großherzoglich: Weimarische Vorbehalt allgemeiner und also die Krone Preussen zwar mit eingeschlossen, jedoch nicht bereits so bestimmt gegen Allerhöchstoiese allein, vielmehr gegen jede hohe Regierung, deren Verbindlichkeit zur Gewährung besagter Pension definitiv auss gemittelt wurde, ausgedrückt werde; so nehme ich, aus persönlicher Achtung für den Wunsch bes von mir sehr verehrten Königlich: Preussischen Herrn Gesandten, keinen Anstand, besagter Erklärung sofort jene größere Allgemeinheit hiermit zub spe rati zuzueignen.

Bitte bes ehemaligen Rheinzollschreibers zu Oberlahnstein, Hofges richtsraths Beisler, für sich und mehrere Rheinzolls Pensionisten, um Auszahlung rücktändiger reichsschlußmäsiger Pensionen. (18. Sis. § 155 b. 3.)

Der selbe herr Gefandte erklart ebenfalls für Sachsen Beimar: daß Seine Königliche Hoheit der Großherzog um so weniger den, in Unsehung der von dem ehemaligen Rheinzollschreiber zu Oberlahnstein, Hofgerichtsrath Beisler, für sich und einige andere RheinzollsPensionisten bis zum Jahre 1814 geforderten Pensionsrückstände, betheiligten Bundesgliedern beigezählt werden konnten, da Höchstihnen erst im Jahre 1815 ein Theil des aufgelösten Großherzogthums Frankfurt zu Theil geworden ware.

Diefe Erklarung murbe an Die betreffende Commission abzugeben beschlossen.

§. 175.

Beitrage zur Bunbesmatrikular, und Canglei, Caffe. (18. Sie. f. 156 b. 3.)

Ebenberfelbe zeigt an, daß die in ber 6. Sigung verwilligten Beitrage zur Bundes, matrifular, und Canzlei, Caffe von Seiten Sach fen , Coburg's eingezahlt worden feven.

§. 176.

Beschwerbesache ber Rheinpfälzischen Staatsglaubiger und Besiger ber Partiale Dbligationen lit. D, die Zahlung der rudftandigen Zinsen und verfallenen Capitalien betreffend.

(19. Sig. §. 160 b. 3.)

Die in ber 19. dießichrigen Sigung (S. 160) gewählten Commissarien, herr Graf von Beuft und herr Bundestagsgesandte Dang: erstatten Vortrag und Gute achten über die Untrage des Oberappellationsgerichts zu Celle, und über die von der Großherz zoglich hefsischen Bundestagsgesandtschaft abgegebene Erklärung in Betreff der Beschwerdesache der Rheinpfälzischen Staatsgläubiger und Besiger der Partial Dbligationen lit. D, wegen Zahlung ruckständiger Zinsen und verfallener Capitalien.

Baiern. Der Königlich Baierische Bundestagsgefandte glaubt sich aller Abstime mung enthalten zu mussen, aber doch zur Erwägung stellen zu sollen, ob sich die Bune besversammlung für competent halten könne, auf den Gang eines bereits anhängigen Rechts, streites einzuwirken? Db nach geschehener litis contestation nicht bereits jura quaesita entstanden sepen, welche nicht mehr entzogen werden könnten; ob man ermächtigt sen, die

bisherigen Berhandlungen zu annulliren, und ob sich insbesondere die Bundesversammlung als ein Cassationshof betrachten durfe, welcher die bisherigen Berhandlungen aufheben und eine neue Einleitung anordnen konne?

Der Bortrag nebst den beiden Gutachten wurden diesem Protofolle unter Zahl 22 angefügt und

beschlossen:

wenn dieselben durch den Druck mitgetheilt fenn murden, hieruber abzustimmen.

6. 177.

Ginreichungs : Protofoll.

Die Gingaben

- Rum. 80, eingereicht am 20. Juni d. J., von Or. Diepe, in Auftrag bes Fürsten von Hohenlohe; Balbenburg: Schillingsfürst, um Beschleunigung der Entscheidung über bessen Entschädigungs; und Pensions: Ansprüche.
- Rum. 81, einger. am 20. Juni, von den Advocaten und Procuratoren desvors maligen Reichskammergerichts, die ihnen von den Jahren 1807 bis 1816 zukommenden Pensions, und resp. Allimenten: Ruckskade betreffend.
- Rum. 82, .einger. am 20. Juni, von Bufe, ben I. Theil seines Comtvirbuchs. Brunn 1822.
- Rum. 83, einger. am 26. Juni, von Johaun Bilhelm Remy, Sandelsmann dahier, feine Forderung fur die in die Festung Gerenbreitstein gemachte Lieferung bestreffend —

wurden an die betreffenden Commissionen abgegeben.

Folgen die Unterschriften.

Beilage 22 zu §. 176.

Vortrag,

bie Beschwerbesache ber Rheinpfälzischen Staateglaubiger und Besitzer ber Partial-Obligationen lit. D, wegen Zahlung ber rudständigen Zinsen und verfallenen Capitalien,

jest

bie Buziehung der Großherzogliche Hessischen Regierung zu bem in Diefer Sache eingeleiteten austrägalgerichtlichen Berfahren betreffend.

§. 1.

Rach dem im Jahre 1777 erfolgten Absterben des weiland durchlauchtigsten Kurfürsten von Baiern, Maximilian Joseph III., gelangte der auch weiland durchlauchtigste Kurfürst Karl Theodor von der Pfalz zur Nachfolge in den Baierischen Staaten.

§. 2.

Bu ben Pfälzischen Staaten gehörte unter andern die so genannte Rheinpfalz; sie wurde aber durch den Luneviller Frieden vom Jahre 1801 und den darauf gefolgten Reichst deputations: Hauptschluß vom 25. Februar 1803 davon getrennt. Der auf dem linken Rheinufer gelegene Theil kam durch den Frieden von Luneville unter französische Herrsichaft; mit dem auf dem rechten Rheinufer gelegenen wurden Inhalts des Reichsdeputations: Hauptschlusses mehrere deutsche Fürsten für verlorne jenseitserheinische Bestsungen entsschädigt.

§. 3.

Namentich erhielten das Großherzogthum Baden: die Oberamter Ladenburg, Brets ten und Heidelberg, mit den Stadten Heidelberg und Mannheim; das Großherzogthum Heffen: Darmstadt: die Oberamter Lindenfels, Umstadt und Ogberg, sammt den Uesberreften der Oberamter Alzey und Oppenheim; Nassaus Usingen: das Unteramt Kaub und Leiningen, die spater auch unter Großherzoglich Badische Hoheit gekommenen Oberamter Borberg und Moßbach.

S. 5. 7. 12 und 20 bes Deputations : Hauptschlusses.

§. 4.

In Gefolg ber neuesten Rriege: Ereignisse und darauf gefolgten Friedensschlusse ist ber durch den Luneviller Frieden auf Frankreich übergegangene Theil der Rheinpfalz zum Theil an die Krone Baiern zurückgekommen.

§. 5.

Unter der Regierung des Kurfürsten Karl Theodor, waren zur Bestreitung der ausser, verdentlichen Kriegskoften und Staatsausgaben, unterm 1. April 1794 und 1. Juli 1795, — jedes mit 700,000 fl., auf die Rammergefälle des Kurpfälzischen Oberamts heidelberg, dann unterm 1. November 1795, 1,000,000 fl. auf die Einkunfte des Kurpfälzischen Obers amts Moßbach aufgenommen worden. Lit. A und B bezeichnen die erstern, und Lit. C das letztere Anlehn.

5. 6.

Reue Aufopferungen setten den Rurfursten Rarl Theodor in die Rothwendigkeit, jene Staatsschuld auf 6,000,000 ju erhoben, und den 1. Juli 1796 ein weiteres Anlehn, Lit. D, von 3,600,000 fl. zu eroffnen.

§. 7.

In der darüber ausgestellten Schuld; und Pfandverschreibungs: Urkunde murden die vorderen Anleihen, im Betrage von 2,400,000 fl., bestätigt, zur Sicherheit des ganzen Staatsanlehns von 6,000,000 fl. aber als Special: Unterpfand nicht allein sämmtliche Rammergefälle der Rurpfälzischen Oberämter Heidelberg und Moßbach, sondern auch jene der vom Kriegsschauplatz ganz entfernten Oberpfälzischen Staaten, der Oberpfalz, der Landsgrafschaft Leuchtenberg und der Herzogihumer Reuburg und Sulzbach — als General: Unsterpfand aber sämmtliche Kurfürstliche Landeseinkunste eingesetzt. Die betreffenden Stels len der Staatsschuldverschreibung Lit. D vom 1. Juli 1796 lauten so:

"Um aber gegenwartigem Hauptanlehn die vollkommenste Kraft, und den Interessenten emehr als erforderliche Sicherheit zu geben, setzen Wir in gegenwartiger Hauptoblis gation nicht allein sammtliche Kammergefalle obiger Kurfürstlichen Oberamter Heidelberg und Moßbach, sondern auch jene Unserer, vom Kriegsschauplatz ganz entfernten, Oberpfalz zischen Staaten, nämlich der Oberpfalz, der Landgrafschaft Leuchtenberg und derem Hers zogthümer Neuburg und Gulzbach, welche zusammen 1,100,000 jährlich abwerfen, zur Gpecialhppothet, — zur Generalhppothet aber Unsere sämmtlichen Kurfürstlichen Landesein: akunfte ein ».

Bie Bir dann ihnen, Tit. Schmalz und Seeligmann, zu ihrer, als ihrer Erben, wie überhaupt aller betheiligten Gläubiger, deren Partial Dbligationen volligen Sicherheit,

«sammtliche Rammergefälle Unserer benannten Staaten, Herzogthumer, Landgrafschafi und Oberamter zur Specialhypothek andurch verschreiben, daß daraus dieses Anlehn, «Capital und Zinsen in den stipulirten Fristen gehörig berichtigt werden sollen, und hier; «nach nicht allein die einschlägigen Cameral. Receptores gnädigst angewiesen, sondern auch «Unsere Rurpfälzische Generalcasse und Controlle bei Hinterlegung gegenwärtiger Haupt; «volligation bei Unserer Rurpfälzischen Regierung ausdrücklich verpflichtet worden sind, von «den oftgedachten Einkunsten nichts anders wohin, als zu Bezahlung oberwähnter jedes; «maliger Zinsen» und Capital: Ahtragsterminen, und erst nach deren Tilgung den verbleiben; «den Ueberschuß zu andern Staatsausgaben zu verwenden, und sich durch nichts abhalten «zu lassen, nach ihrem geleisteten Eide und dem durren Buchstaben dieser Haupthypothek «zu lassen, nach ihrem geleisteten Eide und dem durren Buchstaben dieser Haupthypothek «zu verfahren».

«Gleichwie Bir nun icon Gingangs erwähntermaßen wegen benen icon aufgenoms amenen und noch gegenwartig aufnehmenden, jufammen feche Millionen Gulben nach bem 424 fl. Fusse betragenden Summen, nicht allein die Rammergefalle Unserer Dberpfalzis efchen Staaten, namlich ber Dbern: Pfalz, ber Landgrafichaft Leuchtenberg, und beren Ber-«zogthumer Neuburg und Gulzbach, dann deren Kurpfalzischen Oberamter heidelberg aund Mogbach, hiemit verpfandet, sondern auch die sammtlichen Revenuen aller Unserer Rur: und anderen Lande, ale viel von Rothen, jur Generalhypothet eingesette haben; afo verfichern Wir überall biefes anabigft, bag, wo in ben bermaligen Rriegszeiten gegen allnfer Berhoffen, oder fonft wegen nicht vorauszusehenden Umftanden, Die Beimzahlung, aberen biermit bestimmten Intereffe und Rudgablungen nicht aus vorgebachten Revenuen ageschehen tonnen, ober diese durch etwanig unvorhergesehene Minderung nicht ausreis achend werben follten, Bir folche aus Unfern übrigen Ginfunften, auf eben bie Art und Beife, wie foldes von Unferer Rurpfalgifchen Generalcaffe batte geschehen follen, leis aften wollen. Gobald alfo eine Diesfallfige Unzeige von benen Regocianten, Tit. Schmalz aund Geeligmann, gefchehen wird, daß erwähnte Stud's ober Intereffe: Zahlungen nicht er: se efolgt fenen, so werden Wir, bei Unserem mahren Furstenworte, sogleich den Ausstand avon Unfern übrigen Ginfunften, nach benen ausbrudlichen Borten biefer Obligation, aschleunigst an sie abführen laffen, und auf folche Art versprechen Bir gnabigst, so oft afortzufahren, ale es die Umftande erbeischen, und fie, Gomaly und Geeligmann, vermuß esiget senn wurden, sich an Uns zu wenden u. s. w.>

§. 8.

Bis zum Jahre 1803 wurden die Zinsen von den zuletzt aufgenommenen 3,600,000 fl. richtig bezahlt und mit der versprochenen ersten Abschlags zahlung von 200,000 fl. im Jahre 1802 eingehalten, so daß jene Schuld nur noch 3,400,000 fl. betrug.

Nun veranlaßten aber die durch den Luneviller Frieden und Reichsdeputations Saupts schluß mit der Rheinpfalz vorgenommenen Beränderungen (§S. 2, 3) eine Stockung, und seit dem Anfange bes Jahres 1803 wurden weder Zinsen, noch Abschlagszahlungen auf den Hauptstamm, geleistet.

§. 10.

Da ber Reichsbeputations Sauptschluß vom 25. Kebruar 1803 auch fur bie Glaubis ger von Stagten, welche nun an mehrere Befiger tamen, in Rudficht von Sauvistamme und Zinsenzahlungen mehrere Verfügungen enthielt, so wendeten fich die Staatsglaubiger lit. D an die bier in Krankfurt niedergesette, mit ber Bollgiebung jenes Deputations, Saupt schluffes beauftragte Gubbelegations : Commission, welche, statt eines unmittelbaren Erlaffes an die bochften und hohen Besiter der Rheinpfalg, der in Mannheim von Letteren nieders gesetzten Ausgleichungs Commission burch Auszug Protofolls vom 30. Juni 1804 Rolgen-Des zu erkennen gab: daß man von Subbelegationswegen den fo deutlichen S. 78 bes Deputatione, Sauptichluffes nicht andere erflaren und anwenden tonne, als daß nach bemselben die Rheinpfalzischen Staatsglaubiger lit. D nicht nur einstweilen von den svecigliter verpfandeten Oberamtern Seidelberg und Mogbach die bist jest verfallenen Zinfen, sonbern auch bemnachft Diese Zinsen mit den stipulirten Capitalruckahlungen von fammtlichen Rur, und Fürftlichen Besigern ber bieffeitigen Rheinpfalz, aleine Schuld, welche biernachft unter sammtliche Theilhaber eines folchen Landes vertheilt werden folle, zu verlangen rechts lich vollkommen befugt, und fich mit einem Theile ihrer Forderung an bas hochste Rurhaus Pfalzbaiern, gegen welches man indessen den höchsten und hohen Herren Besitzern der Rheinpfalz die behaupteten Unspruche zu bestreiten, weder befugt noch gemeint ift, verwei: fen zu laffen, keinesweges schuldig fenen.

Man musse baher nach obhabenden Pflichten hiermit abermals einen legalen Termin in von vier Wochen auf den 30. Juli anberaumen, binnen welchem sammtliche höchste und hohe Herren Besitzer der diesseitigen Rheinpfalz die ofterwähnten Staatsgläubiger lit. D wes gen bis hierhin rucktandiger Zinsen und verfallener Capitalruckzahlungen, salvo regressu, zu befriedigen geneigt seyn werden, die Ausgleichungs. Commission in Mannheim aber hiervon, und daß auch, wie solches geschehen, innerhalb gleicher, auf den 30. Juli bestimmten Frist, so gewiß dahier bei der Subdelegation die Anzeige zu thun hat, als ausserdem und auf ferneres Anrusen jener Gläubiger, deren rechtlichen Unsuchen Statt gegeben und ohne weitern Ausenthalt reichsschlußmasig versahren wird.

§. 11.

Am 26. Juli 1804 machte der Fürstlich Leiningische Bevollmächtigte die Anzeige, daß sein Fürst die commissarische Verfügung zu befolgen bereit sen; nicht weniger erklärte im August 1804 die Ausgleichungs Commission zu Mannheim, wiewohl mit Wiverspruch gegen die von der Subdelegations Commission zu Frankfurt angenommenen Grundsäte, der letteren: daß die sich abtheilenden Herren Fürsten sämustliche Rheinpfälzische Staatsanleben alsbald unter sich abtheilen, und auf diese Art auch die Staatsgläubiger lit. D, unter dem Vorbehalte ihrer Ansprüche an Baiern, nach einer mit ihnen zu treffenden Uebereinkunft befriedigen wollten.

§. 12.

Um 20. October 1804 setzte die Subvelegations: Commission, auf abermaliges Unrusen ber Gläubiger gegen die vier hohen Besitzer der Rheinpfalz, auf den 26. Nov. einen letzten endlichen Termin fest, innerhalb dessen von den fürstlichen Besitzern der diesseitigen Rheinpfalz die legale Anzeige der, salvo regressu gegen Kurbaiern geschehenen, Befriedigung der Staatsgläubiger lit. D, wegen bisher rückständiger Zinsen sowohl, als verfallener Capitalrückzahlungen, zu machen sen, da widrigenfalls, nach der Bitte der Imploranten, die Execution und Administration, so weit solche zur Befriedigung dieser Gläubiger nothig, werde verfügt werden.

§. 13.

Da auch diese Commissions. Entschliessung die Glaubiger lit. D nicht zum Ziele führte, so wendeten sie sich an das Reichskammergericht, und erhielten unterm 29. April 1806 gegen die vier Besitzer der Rheinpfalz, wegen Bezahlung der Hauptsache sammt Zinsen, oder Hingabe der Hopothet, ein mandatum sine, in Hinsicht auf Kosten und Schaben eines cum clausula, welches den hoben Imploraten auch insinuirt wurde.

§. 14.

Die Auflosung bes deutschen Reichs, der Rheinbund z. und andere, seitdem eingetrestene, politische Ereignisse brachten einen ganzlichen Stillftand in diese Angelegenheit.

§. 15.

Im Jahre 1807 erstattete, auf Berlangen seines allergnabigsten herrn, bas Großhers zogliche geheime Justizdepartement zu Karlsruhe ein Gutachten über bas Rheinpfalzische Schuldenwesen, was in einem Auszuge, mittelst eines Decrets bes Großherzoglich Babis ichen geheimen Finanzdepartements vom 22. Marz 1808, bem handlungshause Schmalz und Seeligmann nicht nur mitgetheilt, sondern auch durch den Druck bekannt gemacht wurde.

§. 16.

In diesem Gutachten war die Meinung aufgestellt, daß die Krone Baiern von mehrserwähnter Schuld 72½ vom Hundert bezahlen musse, daß nur die übrigen 27½ von den vermaligen Besitzern der Rheinpfalz zu bezahlen, daß die an der Rheinpfalz betheiligten Hofe von Souverainetatswegen berechtigt waren, nach diesen Grundsägen zu verfahren, und daß von den Glaubigern nichts dagegen eingewendet werden konnte.

§. 17.

Das Großberzoglich Badifche geheime Finanzbepartement erklarte bemnach im befagten Decrete vom 22. Marz 1808, daß, an ben 3,400,000 fl., Baiern 2,465,000 fl. zu bezahlen hatte, die bleibenden 935,000 fl. aber Baden mit den übrigen Theilhabern, nebst den ruchtand bigen Zinsen, sowohl zur fernern Berzinsung als heimzahlung auf sich nehmen wolle.

§. 18.

Die Glaubiger nahmen Diefes Anerbieten nicht an.

§. 19.

Nachbem ein Schreiben bes Großherzoglich: Beimarischen geheimen Juftige auch Obere appellationegerichte: Rathee, Dr. Martin zu Jena, welches er bei bes Großberzoge von Baben Ronigl. Sobeit im Dai 1816 in Diefer Ungelegenheit, in Bollmacht ber Glaubiger lit. D. eingereicht hatte, um die Aufhebung bes befagten Decrets vom 22. Mai 1808 und Die kunftige Zinsenzahlung zu erlangen, nicht angenommen worden war; so wendete er sich in berfelben Gigenschaft mit einer weitlaufigen Borftellung an Die bobe Bundesversammlung, in welcher er theils im Allgemeinen feine Ansichten und Bitten zu begrunden, theils bas gebachte Gutachten bes geheimen Juftigbepartements ju Rarlerube ju wiberlegen bemubt mar. Das Schlufgefuch war bahin gerichtet: bag bie hohe Bundesversammlung geruben mochte, bochibren nachbrudevollen Schut babin angebeiben zu laffen, bamit fie von bes Großbergogs von Baden Roniglichen Sobeit baldmöglichst in den Genug der obligationsmäsigen, seit bem 1. Januar 1803 entbehrten, 51 Procent Binfen ihrer Untheile an bem Staatsanleben lit. D wieber eingefett und ihnen die annoch zu liquidirenden Schaden, welche ihnen aus ber vermeigerten Zinsenzahlung erwachsen sepen, nebst ben Procestoften von Gr. Ronigl. Sobeit erstattet, bemnachst aber auch die Burudgablung ber Capitalsummen entweder von Gr. Ros nigl. Sobeit dem Großberzoge von Baben, als alleinigem Befiger ber Specialbypothet, salvo tamen regressu, ausschliessend geleistet werde, oder aber, baß zu dem Capitalabtrage sammtliche vier, burch die dieffeitige Rheinpfalz entschabigte, bobe Furftenhauser, pro rata bes Steus ercapitale ber erhaltenen Entschädigungelande, ju concurriren veranlagt murben. (Rum. 61 ber Eingaben von 1816 *). Roch früher hatte unter Rum. 58 e.a. ein gewiffer Ziegler, ber als Erbe bes verstorbenen Koniglich Baierischen wirklichen herrn geheimen Rathe von George bei bem Staatsanlehen lit. D interessirt war , beswegen die Hulfe hoher Bundesversammlung gesucht.

§. 20.

Von beiden nurerwähnten Eingaben geschahe in der 14. Sigung vom 27. Februar 1817, 5. 69, Vortrag und zugleich, besonders unter Beziehung auf den 15. Artikel der Bundesacte, der Antrag: die Gesandten sämmtlicher betheiligten Sofe zu ersuchen, daß sie sich, allenfalls unter Mitwirkung hoher Bundesversammlung, über die Theilung dieser Capitalien, vorzüglich aber über die baldigste Wiedereinsetzung der Gläubiger lit. D in die ihnen seit 14 Jahren entzogenen Zinsen, vereinigen möchten, worüber die hohe Bundesversammlung deren Anzeige erwarte.

S. 21.

Der Großberzoglich: Babische Herr Gesandte machte zuvörderst einige Erinnerungen gegen die Anwendbarkeit des 15. Artikels der Bundesacte, erklärte aber nächstdem zum Prostokoll: daß nur der Krone Baiern hisher verweigerte Theilnahme an der in Frage liegenden Schuld, für welche letztere mehrere Grunde angeführt wurden, den zeitherigen Verzug verans laßt habe, erzählte, was von seinem Hofe bisher zur Betreibung dieser Angelegenheit geschehen sen, bemerkte, daß derselbe sich, im Einverständnisse mit den übrigen hohen Besitzern der Rheinpfalz, fortgesetzt um jene Theilnahme der Krone Baiern bemüht habe, und daß an Baden, als nicht Alleinbesitzer der Pheinpfalz, die fragliche Forderung auch nicht allein gemacht werden könne.

§. 22.

Der Röniglich: Baierische Herr Gefandte war in dieser Sigung nicht selbst anwesend, bewirkte aber die von seinem Herrn Substituten sich vorbehaltene Erklarung in der 30. Sigung vom 27. Mai 1817, S. 192, im Besentlichen dahin: daß res-decisa gegen die hohen: Besiger der Rheinpfalz vorliege: daß nur gegen diese letteren und insbesondere gegen Baden bei hoher Bundesversammlung geklagt sey: daß lettered, nach der Analogie der SS. 78 und 79 des Reichsdeputations: Hauptschlusses von 1803, sich der Erfüllung der rechtskräftigen Beschlusse nicht entziehen konne: daß Baden sein Regreß gegen die Krone Baiern frei bleibe: daß diese sich den Ausspruch einer wohlgeordneten Austrägalinstanz unterwerfen, sich jedochfür diesen Fall die Geltendmachung ihrer Gegenansprüche gegen die Besitzer der Rheinpfalz vorbehalte: daß man Baierischer Seits zwar zur Zeit noch keinen Anlaß habe, wegen seiner Unverbindlichkeit zur Theilnahme an der in Frage begriffenen Schuld in die Rechtswerhältnisse

^{*)} Diese Borftellung ist abgedruckt, in den Nachträgl. Actenstücken der d. Bunbesverhandlungen (Frankf. 1817. 4.) Bd. I. G. 106 — 156.

naber einzugehen, jedoch ichon jest einige beffallfige rechtliche Bemerkungen zur Renntniß hober Bundedversammlung bringen wolle, welche letteren zugleich übergeben murben.

§. 23.

Rur bas Großbergogthum Beffen erflatte fic ber Berr Gefandte in ber 44. Situng wom 17. Juli 1817, & 355, Dabin : daß, obgleich fein bochfter Sof 1802 auch einige fleine Theile der ebomatigen Rheinpfalz erhalten und in Rucklicht derselben seinen Untbeil an allen benieniagn Roften und Schulden getragen und berichtigt habe, welche bisber, als auf Der Rheinpfalg haften be befinitiv anerkannt worden waren, die vorliegende Beschwerde ber Rheinpfalzischen Staatsglaubiger lit. D boch noch gur Beit feine Beranlaffung werden tonne, um der Großherzoglich : heffischen Staatscaffe irgend eine Berbindlichkeit aufzulegen. Das (§. 15 biefes Bortrage ermahnte) Gutachten bes geheimen Juftigdepartements zu Rarlerube entwickle Die Grunde, nach welchen ein Theil Diefer Schuld ber Krone Baiern zur Laft falle, fo befriedigend, daß die Großherzoglich Seffifche Gefandtschaft in Beziehung auf dies fen Streit nichts weiter zu fagen habe. Erft feit turzer Zeit fen durch den Beschluß hober Bundedversammlung über die Austragalinstanz (35. Sigung vom 16. Juni 1817. S. 231) ber Weg eröffnet worden, auf welchem eine rechtliche Entscheidung Diefer Sache möglich fen. Bon Großbergoglicher Seite werde man mit den an der ehemaligen Rheinpfalz betheiligten Sofen fich unverzüglich zu vereinigen fuchen, um, wenn eine gutliche Uebereinkunft mit Der Krone Baiern Durchaus unmöglich fenn follte, Diefen Weg zu betreten, und die Glaubiger fonnten baber mit Zuversicht erwarten, daß die Frage: Wer ihr Schuloner fen? nun bald definitiv entschieden fenn murde.

In so fern jedoch die Bitte der Glaubiger dahin gerichtet sen, daß die hohe Bundess versammlung sich dafür vermenden moge, daß sie einstweilen, und unabhängig von dem Streit über die Berbindlichkeit der Krone Baiern zur Theilnahme an dieser Schuld, in den Genuß der Zinsen ihrer Capitalforderungen vorläusig eingesetz wurden, könne von eis ner Theilnahme der Großherzoglich hessischen Staatscasse zu einer solchen einstweiligen Zinsenzahlung um deswillen die Rede nicht senn, weil solche, wenn sie anders an sich zus lässig sen, nach deutlichen Bestimmungen des Reichsdeputations hauptschlusses, ausschließend dem Großherzoglichen Hause Baben, als Besüger des Hauptorts und des größern Theils det chemaligen Rheinpfalz, obliege. Das Großherzoglich hessische Gouvernement könne hiemach noch zur Zeit zur Beruhigung der Glaubiger nur in so fern wirken, als es seine Bereitwilligkeit erklärte, zur baldigen Beendigung der Streitigkeiten über das Rheinpfälzische Schuldenwesen mit Baiern, so viel von ihm nur immer abhänge, mitzuwirken.

S. 24.

Beide Erklärungen von Baiern und heffen (g. 22 u. 23) wurden an die Reclamations, Commission abgegeben. — g. 192 der 30. Sig. vom 22. Mai 1817, und g. 355 der 44. Sig. vom 17. Jul. 1817.

§. 25.

Diese erstattete bald nach Beendigung der gerade eingetretenen Ferien, und zwar in der 53. Sitzung vom 1. December 1817 S. 398, einen anderweiten Vortrag in der Sache, und erhielt dazu eine Veranlassung mehr durch zwei neuerliche Sollicitationen des herrn geheimen Justigrathes D. Martin und des S. 19 genannten Zieglers zu Limburg.

§. 26.

Mit der erstern, vom 12. October 1817, war zugleich eine Baden : Nassauische offente liche und amtliche Bekanntmachung in der Beilage 107 zur hiesigen Oberpostamtezeitung vom Jahre 1817 übergeben worden, nach welcher die Großherzogliche Regierung zu Baden ben Untheil des Herzogthums Nassau an der in Frage stehenden Rheinpfalzischen Staatseschuld übernommen hatte.

§. 27.

Der nurerwähnte (S. 25) commissarische Vortrag hatte den Beschluß ber hohen Bung besversammlung in der 55. Sigung vom 11. December 1817 S. 411 zur Folge:

- 1) daß, mit Einverständniß der drei über diese Frage und das Maas der Bertheis lung hiernach im Streit befangenen Sofe, ohne weitern Berzug, die Bermittlung der Bundesversammlung durch einen zu ernennenden Ausschuß versucht werde, und falls solche sehlschlagen sollte, die richterliche Entscheidung durch eine wohlgeordnete Austrägalinstanz dabei zu bewirken; daß aberi ndessen weil aus dem bisherigen Rechtsgange und Berfahren die Staatsgläubiger Rechte und Ansprüche auf eine vorläusige Befriedigung aus den speciell verpfändeten Oberämtern Heidelberg und Moßbach vor weiterer Abtheilung der Schulden und der deshalb weiter auszumachenden Frage erlangt hatten, die bei der deßhalb eintretenz den Fürsorge der Bundesversammlung jest nicht unberücksichtigt bleiben durfte, damit die Gläubiger nicht wiederum auf die Ausmittlung der Hauptsfrage über die Abtheilung der Schulden zurückversest und hingehalten wurden denselben aufs baldigste zu einiger Befries digung zu verhelfen sen;
- 2) die Bundesversammlung annoch bei dem Großberzogliche Babifchen hofe und durch ben bestalb zu ersuchenden herrn Bundestagsgesandten ihne Bemendung andurch eintreten lasse, damit die reclamirenden Staatsglaubiger von lit. D, bis zur weiter ausgemachten Abtheilung dieses Schuldenwesens, in Folge des bisherigen Rechtsganges, aus den

Einkunften ber specialiter verpfandeten Oberamter Beidelberg und Mogbach ihre vorläufige Befriedigung, wenigstens von den laufenden Zinsen, fernerhin erhalten, auch damit von solchem Zeitpuncte, da durch die deßhalb bei dem Bundestag angebrachte Reclamation die Sache wieder in Unregung gesetzt sen, der Anfang der Zahlung gemacht werden moge.

§. 28.

Bei Gelegenheit der Fassung dieses Beschlusses, bemerkte das Großberzogthum heffen nachträglich: daß es, zur Beruhigung der Gläubiger, sehr gern jedem Vorschlag zur baldigsten Beendigung dieser Angelegenheit, mithin auch dem Antrage des herrn Resferenten beitrete, wornach ohne Vorzug die Vermittlung der Bundesversammlung und nothigenfalls die weitere Entscheidung eintreten moge.

§. 29.

In der 58. Sitzung vom 22. September 1817 §. 418 wurde eine aus den Heiren Geefandten von Martens, von Wangenheim und von Plessen bestehende Commission gewählt, welcher die Vermittlung unter den betreffenden Regierungen in der Beschwerdesache der Rheinpfälzischen Staatsgläubiger und Besitzer der Partialobligationen lit. D, Zahlung der rückständigen Zinsen und verfallenen Capitale betreffend, übertragen wurde, um, wenn den betheiligten Höfen nicht gefällig senn sollte, der Bundesversammlung bis zur Hälfte Januars 1818 etwas Näheres über die Art und Weise, wie sie diese Sache der Erledigung zuführen wollten, mitzutheilen, alsdann in der in dem Beschlusse vom 16. Juni 1817 vorgeschries benen Art vorzuschreiten.

§ 30.

In der 3. Situng vom 15. Janner 1818 §. 11 that Baden eine umständliche Erklärung, in welcher es zunächst die Nichtigkeit der Subdelegations Beschlüsse und resp. des reichstämmergerichtlichen Mandats zc. (§. §. 10 — 13) darzuthun sich bemühte, nächstdem, in-Beziehung auf den, §. 27 erwähnten Beschluß der hohen Bundesversammlung, die einstweilige Zinsenzahlung verbat. Diese Erklärung wurde der Reclamations. Commission zugestellt, und eben dieses geschah, nach dem Beschlusse der 11. Sitzung §. 44 vom 23. Februar 1818, mit einer, von Baden übergebenen, sehr weitläusigen, so genannten Rechtsreduction, die Pfalzbaierissiche Staatsschuld lit. D betreffend.

§. 31.

Eine in der 14. Sigung vom 5. Marz 1818 S. 66 von Rurhessen, dem, nebst dem damaligen Rur: Erzkanzler, von Reichswegen die Execution für den Rur: und Oberrheinischen Rreis übertragen worden war, abgegebene Erklarung wegen der von Seiten Badens gegen das Berfahren der Subdelegations: Commission gemachten Erinnerungen, kann hier übergangen werden.

§. 32.

Der von der Reclamations: Commission über die Großherzoglich: Badischer Seits in der 3. Sigung des Jahres 1818 bewirkte Erklarung (S. 30), in der 14. Sigung 1818 S. 66, abgelegte Bortrag hatte nur den Inhassveschuß zur Folge: daß die in der 58. Sigung gewählte Commission (S. 29) nunmehr unverzüglich in Thatigkeit treten und die Bermittelung dieser Angelegenheit versuchen moge; sollte jedoch die gutliche Ausgleichung nicht erfolgen, so ware dieser Gegenstand zur Austrägalentscheidung einzuleiten.

§. 33.

Gine, in Gefolg dieses Beschlusses von der Königlich: Baierischen Gesandtschaft in der 17. Sigung vom 13. April 1818 S. 90 abgelegte, sehr umständliche Erklärung, die der Bererudung des dermaligen Standpuncts der bei der hohen Bundesversammlung eingeleiteten Erörterung begegnen sollte, hatte keinen besonderen Beschluß zur Folge, und kann für den gegenwärtigen Zweck unberührt bleiben, und eben dieses gilt von zwei unter Num. 69 vom Jahre 1818 und Num. 1 vom Jahre 1819 durch die Rheinpfälzischen Staatsgläubiger lit. D bewirkten Sollicitationen.

§. 34.

Nur aus der Num. 69 vom 15. April 1818, deren Absicht dahin gieng, rechtlich aus; zuführen, daß die Gläubiger ein wohlbegründetes Recht hatten, wegen ihrer Befriedigung sich zu nach st an die Großherzoglich: Badische Regierung zu halten, verdient hier herausgehoben zu werden, daß unter andern damit eine Großherzoglich: Baden: Hessische Bekanntmachung übergeben wurde, des Inhalts: daß, nach einem zwischen den beiderseitigen Regierungen am 24. December 1808 über das Rheinpfälzische Schuldenwesen getrossenen Bertrag und gespstogenen und genehmigten Abrechnung, Baden an folgenden, durch das Decret vom 22. März 1808 (S. 15—18) von der Rheinpfälzischen Gemeinschaft anerkannten Schulden, nämlich al u. s. w. b) an den von lit. D berechneten $27\frac{1}{2}$ Procent, 935,000 fl. 2c. und den dapon zu bezahlenden Interessen, den Großherzoglich: Hessischen Untheil übernommen, und sich verpflich; tet habe, das Großherzoglich: Hessischen Untheil an den oben bemerkten Rheinpfälzischen Schulden betresse, zu vertreten 20.

§. 35.

In der 22. Sitzung vom 21. Junius 1819 S. 126 zeigte die bundestägliche Commission für die Angelegenheit der Staatsgläubiger lit. D bei der Bundesversammlung an, daß von ihr bei den, hauptsächlich dabei betheiligten, Koniglich Baierischen und Großherzoglich Bas bischen Hofen durch ihre Bundestagsgesandten die gehörigen Einleitungen getroffen worden waren, um sowohl eine Uebernahme und Repartition dieser Schuldcapitalien selbst, als

auch eine einstweilige Befriedigung der Glaubiger fur Die fälligen und laufenden Binfen zu bewirken, und daß sie sich davon ben beften Erfolg versprechen zu durfen glaube.

§. 36.

In der 31. Sigung vom 14. October 1820 S. 173 zeigte das Großherzogthum Baden an, daß die Unterhandlungen mit der Krone Baiern, in Betreff der Rheinpfälzischen Staatsschuld lit. D, weitere Fortschritte genommen hatten, und ein auf Billigkeit gegrundetes Resultat zu erwarten sep.

§. 37.

Da diese Erklarung Badens der Commission die Beranlassung gab, ihrer Thatigkeit in so fern ein Ziel gesetzt zu glauben, als die unmittelbar zwischen den höfen von Baiern und Baden angeknüpften Unterhandlungen, in jedem Falle, sie mochten nun eine Uebereinstunft zur Folge haben oder nicht, die commissarischen Bermittlungsversuche aushöben und der Bundesversammlung darum ihre Acten zu übergeben; so mochte hier der Ort senn, was von der Commission geschehen, kurzlich zu berühren,

laut Commiffarischen Berichte S. 180 der 32. Sitzung vom 17. October 1820.

§. 38.

Der nurangezogene commissarische Bericht besagt hierüber das Rabere. Es ist nach letzterem zu einem commissarischen Guteversuchs. Termin nicht, und nur zum Bechsel einiger commissarischen Roten mit den Gefandten von Baiern und Baden gekommen. Gegen den Großherzoglich. Hessischen Hof oder dessen Gefandten scheint gar nichts geschehen zu senn; der Bericht erwähnt nichts hiervon, und aus den Commissionsacten scheint sich das Gegentheil zu ergeben.

§. 39.

Auf ben, in den vorigen SS. erwähnten, commissarischen Bericht wurde in der 32. Sitzung vom 17. October 1820 S. 180 beschlossen: die herren Gesandten von Baiern und Baden zu ersuchen, bei ihren allerhöchsten höfen dahin zu wirken, daß von ihnen, binnen zwei Monaten, angezeigt werden könne:

- 1) ob auch über die Art und Beise, wie die Glaubiger sofort in den Genuß ihrer obligationsmäfigen, seit dem 1. Januar 1803 entbehrten, Zinsen gesetzt werden sollen, zwischen den beiden Sofen Vergleiche Unterhandlungen gepflogen wurden? und
- 2) in welcher Lage fich die Verhandlungen, sowohl darüber, als auch über die Ueber, nahme der Capitalschuld selbst, befanden, damit die Bundesversammlung in den Stand gesetzt werde, auf die Bitten der Staatsglaubiger lit. D vom 31. Juli und 13. September 1820, die bundesgesesmäsigen Verfügungen eintreten zu lassen.

§. 40.

Während der Verhandlungen über die Vertretung der Staatsschuld lit. D, hatte namlich die Bundesgesetzgebung durch den auf die Verabredung der Wiener Cabinetsversammlung im Jahre 1820 gegründeten Bundestagsbeschluß vom 8. Juni 1820 den auch für jene Irrung bedeutenden Gewinn des 30. Artikels der Wiener Schlusacte gemacht, welcher also lautet:

Wenn Forderungen von Privatpersonen deshalb nicht befriedigt werden konnen, weil die Verpflichtung, denselben Genüge zu leisten, zwischen mehreren Bundes; gliedern zweiselhaft oder bestritten ist; so hat die Bundesversammlung, auf Unrusen der Betheiligten, zuvörderst eine Ausgleichung auf gutlichem Wege zu versuchen; im Falle aber, daß dieser Versuch ohne Erfolg bliebe, und die in Anspruch genommenen Bundesglieder sich nicht in einer zu bestimmenden Frist über ein Compromis vereinigten, die rechtliche Entscheidung der streitigen Vorfrage durch eine Austrügals instanz zu veranlassen.

In dem in dem Beschlusse der 32. Sigung vom 17. October 1820 unter 2) erwähnten, resp. Erinnerungs: Schreiben der Staatsglaubiger lit. D, war von ihnen auch um die Uns wendung gedachten 30. Artikels auf sie gebeten worden.

§. 41.

In der 37. Sigung pom 21. December 1820 leistete S. 218 der Königlich:Baierische Herr Gesandte der in der 32. Sigung an ihn und den Herrn Gesandten von Baden ergangenen Aufforderung, wegen der Anzeige von dem Stand der Sache, nach der dort naher angegebenen Weise, Genüge, und es ergab sich, daß die, Großherzoglich:Badischer Seits erfolgten Antrage für ein gütliches Abkommen hierzu nicht geführt hatten; daß Königlichs Baierischer Seits man die Verpflichtung zu irgend einer Theilnahme an dem in Frage liegenden Schuldenwesen ganz in Abrede stelle, dagegen selbst bedeutende Forderungen an der Rheinpfalz zu haben glaube, daß solche indeß aufgegeben werden sollten, wenn Großs herzoglich: Badischer Seits wegen der Rheinpfalz keine weiteren Ansprüche an die Krone Baiern gemacht und die Gläubiger unverlängt wieder in den ihnen so lange entzogenen Genuß der Zinsen eingesetzt würden.

§. 42

Dieser Erklarung folgte von Baden eine widerlegende Gegenerklarung; in beiden mar die Bereitwilligkeit, sich der Austrägalentscheidung zu unterwerfen, ausgesprochen, und sie wurden der, nach dem Abgang des herrn Staatsministers, Freiherrn von Plessen, durch

ben damaligen Roniglich: Sachsischen herrn Gefandten, jett wirklichen Geheimenrath und Ober: Consistorial: Prasidenten von Globig, erganzten Commission fur, die Sache Lit. D zum Bortrage zugestellt.

S. 43.

Diese erstattete folden in ber 2. Sigung vom 18, Januar 1821 S. 11, und es wurde nach dem Antrage der Commission beschlossen:

- daß da aus den in der 37. Sitzung vom Jahre 1820 von den Konigliche Baierie schen und Großberzogliche Badischen Herren Gesandten, Namens ihrer Hose, abgegebenen Erklärungen, und dem darüber von der ernannten Commission abgestatteten Berichte, hervorgehe, daß der, dieser Commission übertragene Versuch einer gutlichen Ausgleichung zwischen den gedachten beiden Hosen, über die Frage: ob und in wie fern Baiern zur Besfriedigung der Gläubiger an rückständigen und laufenden Jinsen, so wie an Ersatz des Capitals, zu concurriren habe? weder bis jest einen gunstigen Erfolg gehabt, noch dens selben für's künftige verspreche —
- 1) der in dem 30. Artikel der Biener Schluffacte vorhergesehene Fall eintrete, daß die zwischen mehreren Bundesgliedern streitige Vorfrage, welches derfelben eine Forderung von Privatpersonen zu befriedigen habe, zur Entscheidung einer Austragalinstanz zu bringen; zu diesem Ende
- 2) zunächst der beklagte Theil schuldig sen, drei bei der Cache nicht betheiligte Buns bestlieder zu benennen, aus welchen der Rläger eines zu mahlen berechtigt sen;
- 3) in dem vorliegenden Falle aber, wo es zwischen den Parteien zweiselhaft sen, wer von ihnen als Rlager oder als beklagter Theil anzusehen sen? die Bundesversamme lung nunmehr die herren Bundestagsgesandten von Baiern und Baden auffordere, sich bei ihren allerhöchsten hofen bahin zu verwenden, daß sie sich binnen vier Wochen darüber gutlich vereinigen wollten, wer von ihnen in dieser Sache den Theil des Rlagers und wer den Theil des Beklagten übernehme? davon auch, binnen dieser Frist, die Bundesversammlung in Renntniß setzen mochten, daß, im Falle der gutlichen Vereinigung, der Beklagte zugleich von der von ihm geschehenen Benennung von drei unbetheiligten Bundesgliedern zur Wahl des Klägers, die Unzeige der Bundesversammlung machen moge, worauf
- 4) viefe sobann die fernere Ginleitung des Austragalverfahrens verfügen, auch, in Entfichung einer Bereinigung, zur Bahl eines Austragalgerichts schreiten werde.
- 5) Bon diesem Beschlusse waren die Bevollmächtigten der Gläubiger lit. D, welche sich mit ihren Beschwerden an die Bundesversammlung gewendet hatten, in Renntniß zu setzen; zugleich sey benselben zu erkennen zu geben, daß ihnen bei der demnächst anzuordnenden

Austragalinftang, bas Intereffe ihrer Committenten in Ansehung bes Capitale und ber Binfen zu mahren, unbenommen bleibe.

§. 44.

Bemerkenswerth fur ben 3wed bes gegenwartigen Bortrags ift, daß die Commission in ihrem, im vorigen S. erwähnten, Bortrag unter andern, unter 4) ohne Widerspruch von irgend einer Seite, folgende Neusserung machte:

Die Commission halt es noch zu vollständiger Behandlung bes Gegenstandes nicht überflussig, die Frage zu berühren, in wie fern auch die Großherzoglich, hesselische Regierung, als Besigerin von Theilen der vormaligen Rheinpfatz, und da, den in össentlichen Blättern erschienenen Bekanntmachungen vom Jahre 1808 zufolge, die, Babischer Seits erfolgte Uebernahme der Großherzoglich, hessischen Rata der Rheinspfälzischen Schulden nicht unbedingt statt gefunden habe, nurgedachte Regierung auch, sowohl nach eben diesen Bekanntmachungen, als nach ihren Erklärungen in der 44. und 55. Sigung vom Jahre 1817, noch nicht ganz ex uexu bei der vorliegenden Sache zu sehn schen in der vorliegenden Sache handelten, und es hiernächst im Laufe der Verhandlung vor dem Austrägalgerichte noch zu jeder Zeit, eben sowohl den letztgedachten beiden Regierungen und dem Austrägalgerichte, als der Großherzoglich; hessischen Regierung selbst, frei bleiben werde, ihre Zuziehung, falls sie nothwendig gefunden wurde, einzuleiten; so scheine keine hinreichende Veranlassung vorhanden zu sehn, eine Einleitung hierzu schon jest bei der Bundesversammlung zu machen.

§. 45.

In ber 6. Sigung vom 15. Februar 1821 zeigten §. 33 die Sofe von Baiern und Baben durch ihre herren Gesandten an, daß, nach einer unter ihnen getroffenen Uebereinkunft, die Krone hannover als das Bundesglied bezeichnet worden sep, dessen oberstes Justiztribunal zu Celle als Austrägalinstanz in Sachen der Rheinpfälzischen Staatsgläubiger und Besitzer der Partialobligationen lit. D gewählt seyn solle, und es wurde beschlossen:

baß, nach der angezeigten Vereinbarung, der Koniglich: Hannoverische oberste Gerichtshof zu Celle als Austrägalinstanz einzutreten habe, und der Koniglich: Hannoverissiche Herr Gesandte ersucht werde, seinem allerhöchsten Hofe hiervon Anzeige zu machen, damit der gedachte oberste Gerichtshof diesem Geschäft in Gemäßheit der Bundesacte und der Beschlüsse vom 16. Juni 1817 und 3. August 1820 sich unterziehe, und bemnächst in der Sache, in Austrag und Namen der Bundesversammlung, den Rechten gemäß erkenne; zu diesem Ende auch dem Koniglich: Hannoverischen Herrn Gesandten

bie bieber bei ber Bundeeversammlung und der Bermittlunge : Commission gepflogenen Berhandlungen, unter Anfagung der oben gedachten Beschlusse, zur weitern Befor: berung an das Austragalgericht zuzustellen seven.

§. 46.

In der 9. Situng vom 8. Marz 1821 S. 54 zeigte der, damals die Hannoverische Stimme führende, Roniglich, Sachsische Herr Gesandte von Globig an: daß er die Acten empfangen, und dem Beschlusse vom 15. Februar gemäß (S. 45) an die Roniglich Hannoverische Regies rung zur weitern Beforderung an das Oberappellationsgericht nach Celle eingeschickt habe; in der 12. vom 26. Marz 1822 S. 73 aber: daß von dem Roniglich Hannoverischen Ministerium der Empfang dieser Acten und die Beforderung nach Celle bestätigt worden sep.

S. 47.

Die Nach: und Neben: Erörterung, die noch bei ber hohen Bundedversammlung durch eine von der Großherzoglich: Badischen Regierung gegen die Fassung des Beschlusses hoher Bundes: versammlung in der 6. Sigung (§. 44) gemachte Erinnerung veranlaßt wurde, kann übergans gen werden, weil der Beschluß im Wesentlichen keine Beranderung erlitt und ein hier eingreis sendes Verhaltniß des Großherzogthums hessen unberührt blieb.

- S. 73 der 12. Sig, vom 26. Marg 1821.
- S. 93 der 14. Sig. vom 5. April 1821.
- §. 106 ber 17. Gig. vom 12, April 1821.

§. 48.

Der nachste Schritt bes Oberappellationsgerichts zu Celle bestand, nach, einer von bem Ronigliche Sannoverischen Serrn Bundestagsgefandten in der vertraulichen Sigung vom 4. Just nius vorigen Jahres der hohen Versammlung gemachten Mittheilung, in einem Erlasse vom 18. Marz v. J., in welchem der Großherzogliche Badischen Regierung die Stelle des Klägers zugetheilt, und Hochdieselbe aufgefordert wurde, in solcher Eigenschaft einen bestimmten Untrag bei dem Gerichte zu machen.

§. 49.

Das lettere ift, in einer unterm 5. November 1821 bei bem Oberappellationsgerichte zu Celle übergebenen Druckschrift, zugleich für das herzogthum Nassau geschehen, und ber Schluss antrag auf völlige Entbindung und Lossprechung der Besitzer ber diesseitigen Rheinpfalz gerichtet worden.

§. 50.

Der erste Abschnitt vieser Druckschrift, beren übrigen Inhalt hier zu erwähnen überflussig mare, enthalt im 2. S. unter ber Rubrik: «Die Interessenten bes Streitverhaltnisses» 20. fols gendes Anführen:

Es mochte, nach ben in ber lettern Zeit ftatt gefundenen Berhandlungen, faft bas irrige Uns feben gewinnen, als feven bie Regierungen von Baiern und Baben bei ber gu enticheidenben Streitfrage ausschließlich intereffirt, ja es fen foldes von ben reclamirenben Staatsalaubiaern. meniaftens mittelbar, bebauptet worden, indem fie aus zwei in den Sabren 1814 megen des Rbeinpfalzischen Schuldenwesens erlassenen Bekanntmachungen ben Schluß zogen, daß Baden die Bertretung von Darmfladt und Raffau binfichtlich ber Lit. DeSchuld, mittelft befonderer Uebereinkunft, fcblechthin und ohne einige Ginfchrankung auf fich genommen batte. Allein biefe Rol gerungen murben burch ben Inbalt jener Befanntmachungen felbft widerlegt: benn of fprachen Diefelben mortlich und ausbrudlich nur von benjenigen Schulven, welche Die Abeinpfalgifche Gemeinichaft in bem Decrete vom 22. Mai 1808 provisorisch zu vertreten ratblich gefunden : fie gehachten eben beswegen ber Lit. D'Schuld nur mit 27% pCt., und befchrankten folglich auch Die contractliche Bertretungepflicht Babens, Die nirgend auf Mehreres erftredt fen, ftillschweigend auf Diefen namlichen Betrag. Da nun gegenwartig unter andern über Die Bertretung ber gesammten Lit. D. Schuld entichieben werden folle, und ba jugleich die am Dieffeitigen Theile ber Rheimfale participirenden Regierungen wegen ihrer Berbindlichkeit, jede auf biefem Theil baftende Schuld gemeinschaftlich zu berichtigen, ftetobin einverstanden gewesen maren, so febe man leicht ein, wie Die Großberzoglich Babifche Regierung zur Mitvertretung bes bei ber fraglichen Entscheidung concurrirenden Großbergoglich-Seffischen und Bergoglich-Raffauischen Intereffe, vermoge Der angezogenen Befanntmachungen, ober, genauer zu reben, vermoge ber ihnen gum Grunde liegenden Bereinbarung, weber irgend ermachtigt, noch vollends gar rechtlich verpflichtet Es gelte biefes fogar in Ansebung ber 27% pot., weil bie Großbergogliche Bas bifche Regierung felbst rudfichtlich biefer lediglich bie Berpflichtung zur einstweiligen Bertres tung in Beziehung auf die Glaubiger, nicht aber ben hiervon wesentlich verschiedenen Auftrag zur befinitiven Auseinanbersegung mit ber Krone Baiern, fraft jener Bereinbarung, übere tommen babe. Anfanglich batten auch die Berbandlungen vor der boben Bundesverfammlung einen ben obwaltenden Berhaltniffen ziemlich entsprechenden Gang genommen. Referent in ber Sache habe unterm 27. Rebr. 1817 vorgeschlagen, Daß fammtliche betbeiligte Bofe ersucht werben wollten, fich uber die Repartition ber Lit. D. Schuld zu vereinigen, und es waren hierauf von Baiern, Baben und Darmftabt vorläufige Erklarungen erfolgt. Rur Raffau babe geschwiegen, ba es fein, ohnehin minder bebeutendes, Intereffe durch die Erflarungen von Baben und Darmstadt ale binlanglich gewahrt betrachten burfen. biefes Schweigen habe aber ben Jrrthum erzeugt, daß bobe Bundesversammlung, wie aus ibrem die Vermittlung verordnenden Beschlusse vom 11. Dec. 1817 (S. 27) bervorgebe. überhaupt nur brei Regierungen bei der ftreitigen Bertretung betbeiligt gehalten babe, und bas biernach Raffau aang unberudlichtigt gelaffen worben fen. Dbendrein fen auch jest noch

t

:

ŧ

t

Darmftadt mit weiteren Erflarungen gurudgeblieben; Die Bermittlungeverhandlungen batten nur zwischen Baiern und Baden ftatt gefunden, und nur fie hatten fich nach eingetretener Nothwendigleit einer austragalgerichtlichen Entscheidung über bie binfichtlich bes Gerichts zu treffende Bahl verständigt. 3mar habe ber Befchluß vom 15. Februar 1821 (S. 45) wieder vollig allgemein gelautet; er babe feineswegs besagt, daß ausschlieffend zwischen ben vorgedachten Regierungen zu entscheiden sen, gleichwohl habe bas Oberappellationsgericht ju Celle, vermuthlich and Beranlaffung ber biefem Befchluffe vorausgegangenen Berhandlungen, einstweilen Bebenten gefunden, feine einleitende Berfügung v. 28. Mai auch an die Große bergogliche Deffifche und Bergogliche Raffauische Regierung ergeben gu laffen, und somit, menigftens noch zur Zeit, Die ihm zur geborigen Erledigung feines Auftrage unentbehrliche und barum auch gebührende Competens restringirt; benn vollständig, wie es doch ber Endzweck Des angeordneten Berfahrens mit fich bringe, laffe fich die wegen ber Lit. DeSchuld bestrittene Borfrage offenbar nur bann enticheiden, wenn alle, benes fie rechtlich moglicher Beife obliegen tonne, begbalb forme lich gebore morben maren. In Ermagung biefes Umftanbes, um bas Dinbernis einer vollftan-Digen Entscheidung auf turgem Wege zu befeitigen, habe fich Baden bewogen gefunden, Die Regierungen von Darmftadt und Raffau freundschaftlich anzugeben, fie zur Mitvertheidigung ihres partiellen Intereffe mider Die Rrone Baiern besonders ermächtigen zu wollen. Diesem Aminnen babe auch die Bergoglich-Naffauische Regierung ganz unbedingt entsprochen, mabrend im Gegentheile die Großberzoglich Deffische erwiedernd bemerkt habe, daß fie aus zwei verschies benen Grunden Unstand nehmen muffe, sich hierauf beifällig zu erklaren; einmal namlich fchene ibr die Borfrage, so weit sie, Die Großbergoglich Besifche Regierung, babei intereffirt mare, gur austrägalgerichtlichen Entscheidung bis jest überall nicht reif, weil bie Bundesversammlung amischen ihr und ber Krone Baiern feine Bermittlung versucht habe, nebstdem aber und auf jeden Kall murbe es der Beffischen Landesverfaffung entgegen fenn, eine auswartige Regierung mit der Beforgung einer fo hochwichtigen, der eignen bochften Staatsbeborbe übers miefenen Angelegenheit zu committiren. — Demnad vertheibige Die Großbergoalich Babi fche Regierung in bem gegenwartigen Untrage, auffer ihrem eignen Intereffe und bem nach Dem Mediatifationeverhaltniffe noch verbleibenden Intereffe bes herrn Furften von Leinin: gen, nur noch basienige ber herzoglich- Raffauischen Regierung, und gewartige übrigene, ob und wie etwa die Großberzoglich-hessische Regierung zur ebenmasigen Theilnahme an bem hiermit beginnenden Berfahren burch den Gerichtshof zu Celle unmittelbar oder mit telft Angehung bober Bundesversammlung vermocht werden wolle.

§. 51.

Das Oberappellationsgericht zu Celle hat fich hierauf veranlaßt gefunden, hoher Bunvesversammlung in einem Schreiben vom 6. vorigen Monats die im vorigen S. bewirkte Neusserung der Großherzoglichen Regierung zu Baden als einen neuen Anstand der ihm übertragenen Entscheidung anzuzeigen, und, indem es zugleich gedenkt, daß die Krone Baiern diesen, die Legitimation betreffenden, Punct lediglich der richterlichen Verfügung anzheim gestellt habe, so fortzusahren: Wenn nun, nach dem Beschlusse der hohen Bundesverzsammlung vom 26. Januar 1821, zur Entscheidung der Austrägalinstanz die zwischen mehreren Bundesgliedern streitige Vorfrage, welches derzelben eine Forderung von Privatperzsonen zu befriedigen habe? verwiesen sen; so musse das Oberappellationsgericht des Dasurbaltens seyn, daß unter diesen Bundesgliedern sämmt liche gegenwärtige Besiger der vorzmaligen diesseitigen Rheinpfalz begriffen seyen, weil derzenige Streit, durch welchen die Besstriedigung der Rheinpfalzischen Gläubiger Lit. D bisher ausgehalten sey, die Frage zum Gesgenstand habe, ob die hier fragliche Schuld als eine allein auf der diesseitigen Rheinpfalz haftende Schuld betrachtet und daher von den Besigern der Rheinpfalz vertreten werden musse, oder ob solche auf der Rheinpfalz und den übrigen damaligen Baierischen Provinzen hafte, und die Krone Baiern folglich dazu zu concurriren verbunden sey.

Ueber diese Frage zu erkennen und die streitige Verbindlichkeit, sen es ganz ober theilweise, einem der dabei betheiligten Bundesglieder definitiv aufzulegen, mußte das Oberaps pellationsgericht billig Bedenken finden, so lange nicht alle betheiligten Bundesglieder zu dem Processe zugezogen waren, und ihnen badurch Gelegenheit gegeben sen, ihre Rechte zu vertheis digen. Das Großberzogthum Dessen sen Besitzer eines Theils der Rheinpfalz in den Uemtern Biedenfels, Umstadt und Otherg, dasselbe sen also ein bei jener Frage betheiligtes Bundes, glied, und in dieser Eigenschaft auch bei den früheren, vor einer hohen Bundesversammlung statt gehabten Verhandlungen zugezogen worden.

Selbst, wenn es als möglich gedacht werden könnte, die streitige Vorfrage fürs erste nur zwischen dem Großherzogthume Baden und der Krone Baiern zu entscheiden, wurden die Glaus biger dadurch ihrem Ziele um nichts naher gebracht werden, indem der verurtheilte Theil— sen solches Baden oder Baiern — das Großherzogthum hessen wegen Concurrenz zu der fraglichen Schuld von neuem wurde in Anspruch nehmen und durch diesen neuen Streit die Vollziehung des ausgesprochenen Erkenntnisses für eine Zeit lang umgehen können, das Groß; herzogthum hessen aber durch ein unter dritten Betheiligten und ohne seine Theilnahme am Processe ausgesprochenes Erkenntniß sich nicht für verbunden erachten wurde. In diesser Rücksicht durfe eine Entschweidung unter nicht allen betheiligten Bundesgliedern auch dem Sinne und dem Zwecke des 30. Artikels der Wiener Schlußacte vom 15. Mai 1820 - nicht angemessen erscheinen.

Go fehr das Dberappellationsgericht zu Celle beklage, daß der Fortgang und die kunftige Entscheidung der Sache durch ein neues, jedoch hoffentlich bald zu beseitigendes,

Hinderniß abermals aufgehalten werbe, so mußte selbiges boch bei der Lage ber Sache für nothwendig erachten, daß, vor allem weiteren Verfahren, zuvor das Großherzogethum hessen veranlaßt werde, an dem vor genanntem Oberappellationsgerichte eins geleiteten Verfahren als betheiligtes Bundesglied Theil zu nehmen. Das Oberappellationsgericht habe indes Vedenken gefunden, gedachten hof von richterlichem Amtswegen dazu aufzusordern, zumal da derselbe, nach Inhalt seines Ministerialschreibens vom 11. Ausgust v. J., sich nicht für verbunden erachte, der austrägalgerichtlichen Verhandlung und Entscheldung einer Streitigkeit sich zu unterwerfen, bevor nicht eine hohe Bundesversamms lung durch eine dazu zu ernennende Commission eine Vermittlung zwar versucht, diese aber fruchtlos geblieben sen.

Das Oberappellationsgericht stelle daher der hohen Bundesversammlung anheim, wie dieser Anstand zu heben und das Großherzogthum hessen zu vermögen sehn durfte, an dieser zum austrägalgerichtlichen Verfahren verwiesenen Sache auch seiner Seits Theil zu nehmen. Zu diesem Endzweck schlösse das Oberappellationsgericht die ihm mitgetheilten, bei der hohen Bundesversammlung und deren Vermittlungs : Commission gepflogenen Verhandlungen wieder bei.

§. 52.

In der 19. Sigung vom 10. Juni S. 160 überreichte hoher Bundesversammlung ber Koniglich-hannoverische herr Bundestagsgesandte nurgedachtes Schreiben des Konigs lich-Großbritannisch-hannoverischen Oberappellationsgerichts zu Telle als Austrägalgericht, worauf der Großherzoglich-hessische herr Gesandte sogleich folgende Erklarung that.

Das Berlangen des Oberappellationsgerichts zu Celle werde

- 1) vorzüglich in Beziehung auf die rechtlichen Buftandigkeiten des Großherzogthums Heffen zu beurtheilen senn. In dieser hinsicht sen es klar, daß jeder Bundesstaat nur unter den Voraussetzungen sich eine Austragalentscheidung gefallen laffen muffe, daß
 - a) gutliche Bermittlung vergebens versucht worben, und baß er
 - b) an der Ernennung des Austrägalgerichts durch Borschlag oder Auswahl Theil ges nommen habe.

Beides sen in Ansehung des Großberzogthums heffen bier nicht geschehen; es konne also eine Berbindlichkeit für dasselbe, dem Ansinnen des Oberappellationsgerichts zu entsprechen, nicht vorhanden senn. Den Bermittlungsversuch könne man freilich noch jetzt nachholen, wenn man den dadurch von neuem entstehenden Aufschub nicht achten wolle. Wie wolle, wie könne man aber die Ausübung des Rechts, an der Ernennung des Austrägalgerichts Theil zu nehmen, noch jetzt für das Großberzogthum heffen eintreten laffen, und wie solle man, könne man dieß

nicht, einem Bundesstaate zumuthen, gerade auf dasjenige zu verzichten, was bei aller und jeder Austrägalinstanz das Wesentlichste sey, und ohne welches der Begriff selbstgewählter Schiederichter gar nicht denkbar sey. Dagegen lasse sich auch nicht wohl annehmen, daß man das Verfahren zu Celle sistiren wolle, und, nach vorherigem Vermittlungsversuche, das Groß, herzogthum Hessen nunmehr noch an der Auswahl der von dem Konige von Baiern vorgeschlage, nen Gerichtshöfe Theil nehmen zu lassen. Denn diese Theilnahme könne zur Folge haben, daß statt des Gerichts zu Celle ein anderes erwählt wurde, und diesem Resultate, scheuete man auch nicht diesen neuen Ausschub, wurde immer auch die Bedenklichkeit im Wege stehen, daß Baiern und Baden nicht bloß, sondern auch die Gläubiger ein wohlerwordenes Recht darauf haben dursten, daß gerade durch das Gericht zu Celle, und durch kein ander res, der zwischen beiden obgenannten Staaten obwaltende Streit entschieden werde.

Das Großherzogthum Hessen könne also erwarten, daß dem Ansinnen, es zu einem Austrägalversahren zu veranlassen, wobei es zur Ernennung des Gerichts auf bundesvers sassungsmäsige Weise nicht mitgewirkt habe, keine Folge gegeben werde, — auch abgeses hen davon, daß Baiern, wenn es gleich die Berichtigung des Legitimationspuncts der richterlichen Verfügung anheim gestellt habe, dennoch, nach der Ansicht des Großherzogthums Hessen, nicht verbunden senn durfte, eine Theilnahme des Großherzogthums Hessen, ohne vorherigen Vermittlungsversuch, sich gefallen zu lassen. Sen demnach der angesonnene Beitritt des Großherzogthums Hessen seinem bundesversassungsmäsigen Rechten entgegen, so sey ausserten.

2) biefer Beitritt zur Fortsetzung des Versahrens in Celle gar nicht erfort derlich. Es sen nämlich ein bekannter Grundsatz des gemeinen und, so viel man wisse, überall in Deutschland gektenden Rechts, daß theilbare Berbindlichkeiten, wohin nament: lich alle Geldleistungen gehörten, der Regel nach, d. h. wenn nicht ausnahmsweise eine sos lidarische Berbindlichkeit begründet sey, unter mehreren Berpflichteten , z. B. unter mehres ren Erben, nach Theilung der Erbschaft, von selbst, ipso jure, verhältnismäsig getheilt wären. Dieses sinde hier rücksichtlich ver jetzigen Besitzer der ehemaligen Rheinpfalz seine volle Anwendung, und es hätten schon längst diese Besitzer sich darüber vereinigt, nach welchem Berhältniß, zu welchen Procenten, sie die Lasten der Rheinpfalz unter sich zu theilen hätten. (s. 5 der in Celle überreichten Großberzoglich Badischen Klage führe dieses Verhältniß genau an.) Nichts hindere daher den erwählten Austrägalgerichtshof, über das Berhältniß zwischen der Krone Baiern und dem Großberzogthume Baden zu erkennen, und dadurch seden Gläubiger zu berechtigen, von einem dieser beiden Staaten die Berichtigung deßlenigen Theils seiner Forderungen zu verlangen, welcher dem verhältnißmäsigen Antheile Badens an der Rheinpfalz entspreche. Eine solche theilweise, pro rata erfolgende

Berweisung eines Theils ber Forderungen jedes Glaubigers sey auch gar nichts Neues, sie sey namentlich den Verhandlungen über die so genannte Lit. DeSchuld nicht fremd, da das bekannte Großherzoglich: Badische Decret vom 22. Marz 1808, $27\frac{1}{2}$ Procent proxissorisch übernommen habe.

Gen nun zwischen Baiern und Baben entschieden, fo tonne freilich über bieienis gen Procente ber zweifelhaften Schulden, welche Baben nicht vertreten tonne, ober über Die Unwendung ber jeto bereits bestehenden Grundsate uber Schuldenübernahme auf Die Heffisch en, ebemale Rheinpfalzischen Aemter, ein neues Austragalverfahren, obwohl un: moglich zwischen Baben und heffen, weil zwischen biefen fein Streit bestehe, sondern les biglich zwischen Baiern und heffen entstehen; es tonne moglicher Beife barin fogar anbere entscheiden werden, ale im Berfahren zwischen Baiern und Baden. Allein Diefe verbaltniffe tonnten auch alebann eintreten, wenn heffen bem jegigen Berfahren zu Celle fich anschliessen wollte. Denn man konnte in Diesem Falle boch heffen nicht zumutben. Die von Großberzoglich : Badifcher Geite übergebene Schrift auch fur Beffen als Rlage, fchrift gelten zu laffen; man konnte Seffen Die Ginreichung einer besondern Rlageschrift nicht Go gut darin Modificationen der Babifchen Unspruche und Ausführungen. auch bedeutende Abmeichungen von diefen, enthalten fenn tonnten, eben fo gut tonnte Bais ern in einer Bernehmlaffung auf die Beffifche Rlagefchrift, andere und andere modificirte Ginreben portragen, als Diejenigen feven, Die es gegen Baben vorgetragen babe. Rebers mann wiffe aber, daß Inhalt ber Rlageschrift und Vortrag ber Erceptionen vorzüglich bas funftige Urtheil motivirten. Baren nun Diese (Rlageschrift und Exceptionen) amischen Defe fen und Baiern nicht Diefelben, wie fie zwischen Baden und Baiern maren, fo fer bas Bericht zu Celle nicht nur verhindert, beiderlei Berfahren in einem Processe zu vereinis gen, fondern es tonne fogar in die Lage tommen, verschiedene abweichende Urtheile in bei ben Processen zu geben. Wenn man in dem vorliegenden Falle Dieses fur febr unwahr icheinlich halten follte, fo durfte man nur ben 4. S. der Babifchen Rlageschrift lefen, in: bem baraus erhelle, daß die Rlage entweder die Lit. DeSchuld von 3,600,000 fl., vber bas gange Staatsanleben A bis D von 6,000,000 fl., ober aufferdem jugleich bie Res partition ber fonftigen, eigentlich Rheinpfalzischen Staatsschulden und Laften, auch Die Realifirung der den Befigern der Dieffeitigen Rheinpfalz an der Rrone Baiern auftebenden Korderungen möglicher Beife gum Gegenstande haben tonne, und daß, wie aus S. 14 und 19 ber Rlageschrift hervorgehe, in jedem diefer brei Falle entweder eine gangliche ober nur eine theilweise Uebernahme bes Rlagegegenstandes gegen Baiern moglicher Beife gefors bert werben fonnte.

Beder Bescheunigung der Entscheidung, noch auch Gleichförmigkeit berselben für alle bei der ehemaligen Rheinpfalz interessixte Staaten, erforderten also den Beitritt Hessend zu dem jegigen Berfahren in Celle, und es sen mithin um so weniger ein Motiv dazu für das Großberzogthum vorhanden, als es ihm, nach den freundschaftlichen Berhaltnissen, in welchen es mit der Krone Baiern zu stehen das Bergnügen habe, sehr leicht scheine, sich mit diesem über seinen Antheil an den bezweiselten Schulden gutlich zu vereindaren, sobald ein Erkuntuiß zu Celle zwischen Baden und Baiern alle Berhaltnisse und Grunde, mit Ausbeten dieses Gerichtshoses, übersehen laffe.

Die Großherzoglich: Heffische Gefandtschaft muffe baher in Gemäßeit ihrer Instructionen nen barauf antragen, daß dem Gerichte zu Celle aufgegeben werde, ohne weiteres ben vorliegenden Streit zwischen Baiern und Baden zu entscheiden, bergestalt, daß badunch die Frage über die Rheinpfälzischen Schulden und Lasten, so weit sie zwischen Baiern und hef sen zweifelhaft ware, d. h. so weit sie ehemals Rheinpfälzischen, je go heffischen Aemter beträfe, ganz unberührt blieben.

\$. 53.

Rachdem bas Schreiben des Oberappellationsgerichts zu Celle vorgetragen und von dem Großberzoglich-Hessischen herrn Gesandten nurerwähnte Erklärung bewirkt worden war, wurde von der Bundesversammlung beschlossen: den herrn Bundestagsgesandten Syndicus Danz unt mich zu beauftragen, der hohen Bundesversammlung über die Anträge des Oberappellationsgerichts zu Celle als Austrägalinstanz in der mehrbemerkten Angelegenheit, ingleichen über die hierauf von dem Großberzoglich-Hessischen herrn Bundestagsgesandten abgegebene Eriklarung, Vortrag und Gutachten zu erstatten.

§. 54.

Da mein verehrter herr College und ich zwar über die wefentlichsten Rechtsgtundsaße, die hier einzugreifen scheinen, einig sind, aber in Ansehung des der hof hundesversammlung zu machenden Antrags in unsern Ansichten zum Theil abweichen; so erlauben wir uns, beide der erleuchteten Prüfung hoher Bundesversammlung unterzulegen, wobei ich, der Referent, zum Boraus bemerke, daß ich recht gern dem bewährtern, einsichtigern und darum unfehlbar richtigern Dafürhalten meines hochsigeschährten Gonners und Freundes werde den Vorzug gegeben sehen.

Unmaasgebliches Gutachten.

Der Biberfpruch ber Großherzoglich Deffischen Regierung gegen die Zukaffigkeit ihrer Mocitation, führt zunächst zu der Frage: von wem über diesen Incidentpunct zu entscheiben fen, ob namentlich von der boben Bundesverfammlung oder von bem Austragalgerichte; bem Roniglich: hanneverischen Oberappellationegerichte zu Gelle? Daß bieses nicht von ber boben Bunbedversammlung gefchehen tonne, mochte fcon barum auffer Zweifel ruben, weil felbige tein Gerichtshof ift; es burfte aber auch aus ben Bestimmungen bes 22. Artifeld der Wiener Schlusacte und des 2. Artifels der Wiener Ministerialbestime mungen # über bas Austragalverfahren », beide burch bie Bundesbeschluffe vom 8. 3mi 1820 bagu erhoben, flieffen, nach welchen dem Mustragalgerichte Die Leitung Des Drocesses und bie Enticheisung Des Streits in allen feinen Saupt: und Reben : Duncten unein: geschränft und ohne alle weitere Ginwirfung ber boben Bundesverfamm: oder ber Landesregierung jugeeignet ift. hiernach ichiene Die bobe Bundesversammlung fich darauf befchranten zu konnen, bem Oberappellationsgerichte zu Celle Die Acten gurudzusenden, und bemfelben zu überlaffen, wegen ber in Frage ftebenden Abeis tation felbst ben Rechten gemaß, und namentlich in Kolge ber Bestimmung III. 6 bes Bundesbeschlusses vom 16. Juni 1817, nach welchem die Instruction des Processes nach ber Procegordnung pes Austragalgerichts geschehen foll, ber bem Oberappellationsgerichte zu Celle aberhaupt gur Rorm bienenden gemaß, ju beschlieffen und ju verfügen. Bestimmtheit vorauszusehen, daß dabei das Sauptziel, was die hohe Bundesversammlung bermalen zu beabsichtigen baben durfte, Die baldige Befriedigung der Glaubiger, nicht nur nicht erreicht; fondern Diefes von neuem hinausgerudt und nur ein vergebliches Zwischenspiel veranlagt merben murbe, und es hat daber geschienen, daß von Seiten bober Bundesversammlung ein anderer Beg einzuschlagen mare.

Sind namlich ichon fur Privatrechtsftreitigkeiten die Grundfate über die Statthaftigkeit der Aveitation ungemein bestritten, und wurde fie besonderst neuerlich von berühmten Rechtst gelehrten, einem von Grolmann, Martin, Gensler, Mittermayer ze. so gut als verworfen, so mochte dieses ligtere in der Gesetzgebung des deutschen Bundes für Rechtsstreitigkeiten unter Bundesgliedern auch ziemlich unzweideutig der Fall senn, wenn gleich von andern, z. B. von.

Rubhart im Rechte bes beutschen Bundes, (Stuttgart und Tubingen 1822) AS. 21. bem Austragalrichter bas Recht ber Abeitation eingeraumt zu werden scheint.

Es lautete namlich der hier eingreifende 3. Artikel der Wiener Ministerialbestimmungen für das Austrägalverfahren des Inhalts:

Bur Theilnahme an einem Rechtsstreite unter Bundesstaaten kann ein drittes Bundes: glied vor das auserwählte Austrägalgericht nur dann zugelaffen werden, wenn, das Austrägalzgericht eine wesentliche Verbindung der Rechtsverhaltnisse desselben mit dem anhängigen Rechts-streite anerkennt zc. »; in seiner ersten Redaction als 6. Sat so:

«In einem Rechtsstreite unter Bundesstaaten kann ein drittes Bundesglied vor das erwählte Austrägalgericht nur dann zugelaffen oder aufgefordert werden, wenn das Gericht eine wesentliche Berbindung zc. »

Auf eine desfallsige Erinnerung der Koniglich Großbritannisch hannoverischen Herren Bevollmächtigten wurden aber in einer zweiten und so gebliebenen Redaction die Worte: «oder aufgefordert » weggelaffen, und dadurch wohl auffer Zweifel gesett; daß nach dem 3. Artikel der Wiener Ministerialbestimmungen für das Austrägalverfahren ein dritter Bundesstaat sich, unter gewissen Boraussetzungen, zwar einem Rechtsstreite zwischen zwei andern Bundesgliedern freiwillig einmischen, aber nicht dazu aufgefordert und genothiget werden durfe; mit andern Worten: daß er zwar bei dem Austrägalgerichte interveniren, aber nicht von demselben hinzugeladen werden könne.

Der in Bien darüber von dem dritten Ausschusse abgelegte Vortrag (Beil. zum Protok der 20. Sigung) lautet wortlich so: « Zu eben diesem (6.) Sage (der ersten Resdaction) war von den Koniglich : Großbritannisch : Hannoverischen Herren Bevollmächtigten « erinnert worden, daß die Adcitation eines Dritten zu einem Austrägalprocesse nicht zulässig « sen, weil die Jurisdiction des Austrägalgerichts einzig und allein auf der Wahl der principaliter litigantium beruhe, und das adcitirte Bundesglied, wenn der Sag bliebe, wie er in Antrag gebracht ist, ohne sein Juthun, ex kacto alieno, verbindlich gemacht wurde, vor einem, ein Ansehung sein er, incompetenten Richter zu erscheinen und Recht zu nehmen, westhalb die " Herren Bevollmächtigten glauben, daß die Adcitation nur dann statt finden könne, wenn eselbige bei der Vermittlungscommission zur Sprache gebracht und der Adcitat zur Wahl des " Gerichts zugezogen wird.

« Die Erheblichkeit dieser Bemerkung laßt sich nicht verkennen. Auch in der vormaligen e Berfassung war die Frage bestritten, und die verneinende Meinung verdiente wohl Beifall. « Die Bermehrung der Processe ist davon freilich eine mögliche Folge; die Rechte derer aber, e welche sonst eine Adcitation verlangen konnten, lassen sich theils durch Einreden, theils durch « eine Litisdenunciation verwahren. Es wird sich also in der jetzigen Lage alles auf freiwillige « Bertretung, welche auch bei dem von den Koniglich Großbritannisch Hannoverischen Herren

« Bevollmächtigten vorausgesetten Falle anzunehmen seyn burfte, reduciren. In bem 6.

Zwar scheint der Großherzoglich Deffischen Regierung eine Irrung nicht fremd geblieben zu sent, in welcher bei der hohen Bundesversammlung mehrere Erklarungen von ihr bewirkt wurden, auch aus dem zwischen der Großherzoglichen Regierung zu Darmstadt und der Krone Baiern nicht erfolgten Ausgleichungsversuche für selbige, wenigstens materiell, ein Einwand nicht horgenommen werden zu können, weil zwischen der Krone Baiern und der Großherzoglich-Badischen Regierung es eben so wenig zu einem formlichen Bermittlungsversuche kam. Allein dieser Anschein wird allerdings schon durch die erwähnte Veranlassung zu der abgeänderten Redaction des 3. Anifels der Wiener Ministerialbestimmungen wegen des Austrägalversahrens beseitigt, indem jene Abänderung hauptsächlich auf dem bei dem Großherzogthume Heffen namentlich eintretenden Grunde beruhte, daß ausserdem das adcitirte Bundesglied einem nicht selbst von ihm gewählten Richter unterworfen werden wurde.

Mus diesem allem durfte nun mit an Gewisheit grenzender Bahrscheinlichkeit hervorgeben, umd porauszuschen son, daß, je nachdem das Oberappellationsgericht zu Celle die Adeitation der Großherzoglich heffischen Regierung unternahme oder unterließ, im erstern Falle gedachte Regierung mit Erfolg derselben sich widersetzen und keine Folge leisten, im lettern aber, je nachdem das Austrägalgericht die Theilnahme des Großherzogthums hessen an dem befragten Rechtsstreite zur Erfüllung ihres Berufes — das Schreiben des Oberappellationsgerichts zu Celle läßt diese Ansicht desselben vermuthen — für nothwendig oder auch, ohne jene Theilnahme, eine Entscheidung bloß zwischen der Krone Baiern und dem Großherzogthume Baden für möglich hielte, dort der Großherzoglich Badische Antrag für angebrachtermaßen unsstatthaft erklart, hier aber die, in dem Schreiben des Oberappellationsgerichts zu Celle zum Boraus angedeutete, üble Lage der Gläubiger eintreten und also in beiden Fällen für diese nur ein neuer Verzug und dadurch neue Nachtheile erwachsen wurden.

Man übergeht mehrere Zweifelsgrunde über die Statthaftigkeit der Großherzoglich; Bessischen hinzuladung, weil doch am Ende alle in dem angezogenen (kennt man die Gesschichte seiner Entstehung) für klar zu achtenden Bundesgesetze, ihre Erledigung finden wurden.

Gefett hiernachft felbst, es konnte in vorliegenden Falle, wie in einer Privatrechtsstreitige keit, eine besondere rechtliche Erörterung über diesen Incidentpunct wegen der Adcitation mit Fing. lichkeit eingeleitet werden, so wurde schon die Frage einen neuen Anstand bewirken, wer für diesen Zwed als Gegner der Großherzogliche Dessischen Regierung anzusehen sen, da die von Baiern und Baden gleichwenig dabei interessirt sehn mochten, die anheimgebende Erinnerung Badens aber, wegen der Großherzogliche Hessischen Theilnahme, nur eine wohlmeinende Fürs

forge fur bie Glaubiger., teinedweges aber eine bestimmte und formliche Aufforderung an Defe fen: Darmftadt enthielt, an ber mehrerwähnten Frung Theil zu nehmen.

Go leicht man fich darüber mit sich felbst einverstehen konnte, was zu thun weder möglich noch nüglich sen, so schwierig hat es dagegen in Unsehung deffen geschienen, was von der hoben Bundesversammlung auf den Erlas des Oberappellationsgerichts zu Celle zu beschliessen sen durfte.

Das nachste mare mobl, ber Großberzoglich , Seffischen Regierung ben bringenben Bunfch auszudruden, ihre, in ber That nur von ber Form bergenommenen, ber Birtung nach rein vilatvrifden. Ginvendungen gegen die Abeilnahme an der bereits anbangigen Berung bei bem Austragalgerichte nicht weiter zu verfolgen und fich zu folcher frenvillig bereit zu erklaren. Un Beweggrunden bazu mochte es ber Großbergoglichen Regierung nicht feblen, und es wird biefe bobe Regierung in ihrer Beiebeit und Billigkeit ben Schein eines Wiberfpruchs mit früheren Erflarungen gewiß gern entfernt bulten. Dag bie Große berroalide Regierung Seffens einen, ob auch fleinen Theil ber Rheinpfalz bester, wird nirgends in Zweifel gezogen; bas barum bie in Frage begriffene Frrung fie materiell mit angebe, durfte eben fo wenig zweifelhaft fenn, und wenn bas Großberzogthum Seffen, in ber 44. Gigung vom 17. Julius 1817 S. 355, zulett gur Berubigung ber Glaubiger feine Bereitwilliefeit erflarte, zur baldigen Beendigung ber Streitigfeiten über bas Abeinpfalzische Schulbenwefen mit Baiern, fo viel von ihm nur immer abhange, mitguwirfen, in der 55. Sigung vom 11. December 1817 S. 411 Diefe Erklarung beftatigte und noch binzufuate: bag es zur Berubigung ber Glaubiger febr gern jedem Borfchlage zur balbigften Beendigung biefer Angelegenheit, mithin auch dem Antrage bes herrn Referenten, beitrete. wornach obne Beraug die Bermittlung ber Bunbesversammlung und notbigen Kalls die weitere Enticheidung eintreten moge zc., hiernachft in ber 2. Sigung vom 28. Nanner 1821 nichts erinnerte, als die Commiffion in ihrem Bortrage bemerkte, bag die Großberzoglich: Seffische Regierung wohl vor ber Band ex nexu zu fenn ichtine und es im Laufe Der Berhandlung vor bem Austragalgerichte noch zu jeder Beit, eben sowohl den Regierungen von Baiern und Baben und bem Austragalgerichte, als ber Großbergogliche Seffichen Regierung felbit, frei bleiben wurde, ihre Auziehung, falls fie nothwendig gefunden werde, einzuleiten, und bag, bitfes ichon jest bei ber hohen Bundedverfammlung zu thun, feine Ber: anlaffung vorhanden zu fenn scheine ze., endlich felbst in dem, mas die Großherzogliche Seis fische Regierung noch aulest in ber 19. Sitzung biefes Jahres erklarte, eine fortwahrenbe Sorge für bas Beste ber Glaubiger nicht unangebeutet blieb; so mochte eine Beigerung ber Großbergoglichen Regierung, an ben austrägalgerichtlichen Berhandlungen in Celle Theil zu nehmen, mit Diefen nurerwähnten Erflarungen und Thatverhaltniffen ichwer in Gi tulanng

bringen senn, und Referent vermag wenigstens uicht ber Besorguift Raum, zu geben, bag von ber Großberzoglich Sessichen Regierung besagter Widerspruch werde fortgesetzt werden.

Kur biefen gang unerwarteten Kall mochte nichts übrig fepn, als eine bundestaaliche Commiffion. mobl die vorbin ernannte, vorber noch zu ergangende, fur die Lit, D. Sache, von welcher nur noch ber Berr Staatsminister Freiherr von Bangenbeim bier übrig ift, ju erfuchen, uns verweilt den Vermittlungsversuch in Unsehung bes Großbergogthums Seffen gu ergangen, Diefen auch, ware er von einem gunftigen Erfolge in ber Sauvtfache nicht begleitet, barauf zu erftreden, daß entweder bas Großherzogthum Seffen vermocht werde, freiwillig bas Dberappellationsgericht ju Celle als Austragalgericht anzuerlennen und ber bort bereits ans bangigen Berbandlung beigutreten, oder aber fonft für die rechtliche Bebandlung ber in Frage befangenen Angelegenheit eine, mit dem minbeften Cachverzug verbundene, Ginleitung getroffen murbe. Go unangenehm auch Diefer neue 3mifchenact ift, fo wenig mochte, bei ben obwaltenden Umftanden, auf Seiten ber Rrone Baiern und des Großbergogthums Baden eine große Borbereitung nothig fenn, um an einem folden Ausgleichungeversuche Theil ju nehmen, indem die Rrone Baiern unfehlbar auch gegen bas Großbergogthum Seffen, auf ibre febr bestimmte Erflarung gegen bas Großbergogthum Baben, gurudtommen, gwifchen ben Großberzogthumern Baben und heffen aber nicht leicht Aufenthalt verursachende Berbaltniffe eintreten , vielmehr die beiderfeitigen Sutereffen Diefer boben Regierungen gang dies selben und taum unter ihnen streitig fenn mochten. Die Behandlung ber Sache wird baburch gleichsam auf ben vorigen und ben Standpunct gurudgeführt, auf welchen fie fich jur Reit Des früher barin beschlossenen Bermittlungeversuche befand; es wird nachgebolt, mas un streitig icon batte gefcheben tonnen, und, aus Diesem Besichtspunct batrachtet, durfte auch eine funftige Entschlieffung bober Berfammlung, mußte biefe, nach, in feiner Beziebung erfolgter, gutlicher Ausgleichung, gefaßt werben, weniger Schwieriafeiten unterworfen fenn.

Der unvorgreifliche Untrag des Referenten geht baber babin:

van hoher Bundesversammlung zuvorderst der Großherzoglich-Hessischen Regies rung durch ihren Herrn Bundestagsgesandten der dringende Bunsch, sich der Theils nahme an dem zwischen der Krone Baiern und dem Großherzogthume Baden bei dem Koniglich Großbritannisch Hannoverischen Oberappellationsgerichte zu Celle als Austrägalinstanz anhängigen Rechtsstreite nicht zu entziehen, ausgedrücht, für ven Fall aber, daß die Großherzogliche Regierung hierzu serner nicht geneigt sehn sollte, eine bundestägliche Commission, vielleicht die bereits für die Lit. De Sache bestehende, welche sedoch vorher zu ergänzen wäre, ersucht würde, den noch nicht erfolgten Vers mittlungsversuch in Ansehung der Großherzoglich Sessischen Regierung zu bewirken, solchen auch, wenn er in der Hauptsache von einem günstigen Erfolg nicht hegleitet

ware, dahin auszudehnen, zunächst die Großherzoglich heffische Regierung zu vets mögen, an dem bei dem genannten Austrägalgerichte bereits anhängigen Rechtsstreite freiwillig Theil zu nehmen, und wenn auch dieses Unstand finden sollte, sonst eine zweckmäsige Einleitung für die rechtliche Erdrterung der Sache zu vermittlen, wors nächst die hohe Bundesversammlung, wenn, wider Verhoffen, der Versuch einer Verseinigung in jeder dieser hinsichten unerreicht bliebe, sich vorbehielt, auf das mehrs erwähnte Schreiben des Oberappellationsgerichts zu Gelle und sonst eine weitere, den Bundesgesehen und der Lage der Sache angemessene Entschliessung zu fassen.

Im übrigen mochte auch der gegenwärtige Fall der besondern Beachtung der Commission zur Revision des Bundestagsbeschlusses vom 16. Juni 1817 zu empfehlen senn, um zu begutachten, wie für kunftige Falle Zweifeln der vorliegenden Art durch nähere Bestimmungen vorzubeugen seyn durften.

Frankfurt am Main, ben 27. Juni 1822.

Graf Beuft.

Gutachten

bes herrn Bunbestagsgefandten Dang, in worftebenber Angelegenheit.

§. 1.

Das Konigliche Großbritannische Sannoverische Oberappellationsgericht zu Celle, als Austras galinstanz, erachtet nach ber Lage der Sache für nothwendig, daß, vor allem weiteren Berfahren, zuvor das Großherzogthum hessen veranlaßt werde, an dem eingeleiteten Austrägalversahren als betheiligtes Gundesglied Theil zu nehmen, hat aber Bes benten gefunden, gepachten hof von richterlichen Amtswegen daz u aufzufors der n, und deswegen dieser hohen Bersammlung anheim gestellt, wie das Großherzogthum hessen zu vermögen seine darfe, an dieser zum austrägalgerichtlichen Versahren verwieses nen Sache auch seiner Geits Theil zu nehmen. Das Großherzogthum hessen halt das gegen das Anstinnen des Beitritts seinen bundesversassungen Rechten entgegen "):

^{*) 19.} Sig. 4. 160 \$. Jahre 1822.

mas hieruber von Seiten Diefer boben Berfammlung zu beschlieffen fenn mochte - ift ber Gegenstand Diefes Gutachtens.

§. 2.

Rach der bestehenden Bundesgesetzgebung handelt, wenn gutliche Bermittlung fruchtlos gewesen ift, Die Austragalinftan; im Ramen und anftatt Der Bundesversamm lung, fo wie vermoge Auftrage berfelben; auf bem Auftrage ber Bunbedversammlung berubet, nach bem Borichlag und ber Bahl ber ftreitenden Theile, Die Ruftandigfeit ber Austragalinstanz für jede einzelne Sache. Sobald also Das Gericht, welches die Austragalinftang bilden foll, barüber int 3meifel ift, wie weit fich ber Auftrag in Rudficht ber hauptverfonen ber Streitfache erftrede, muß baffelbe, beim Mangel gesetlie der Antorisation, selbst ben 3weifel nach allgemeinen Principien gu lofen anfragen und Berfügung gewärtigen, um fo mehr bann, wenn baffelbe erfeben tann, bag bas, mas gur Ginleitung bes Austragalverfahrens vorgeschrieben ift, in Rudficht eines, auch sonft Betheiligten, unterlaffen worden ift. Rach der Bundesgesetgebung ift eine Austragalinftang gur Aufforderung eines britten Bundesglieds gur Theilnahme an einem Rechtoftreite uns ter Bundesstaaten nicht allein nicht autorifirt, sondern es ift ihm Diese vielmehr burch ben Urt. 3 des Bundestagebeschluffes vom 3. August 1820, in welchem nur von Bulaffen Die Rede, und bas in einem fruberen Entwurfe vorgeschlagene Auffordern, wie die Bies ner Ministerial Confereng Berhandlungen ber 18. und 20. Sigung ergeben, nicht beliebt morden ift - bestimmt abgesprochen.

Mit Recht fand baber bas Oberappellationsgericht zu Celle als Austrägalinstanz Bebenken, die Großberzoglich: Heffische Regierung von richterlichen Amtswegen zur Theile nahme an den bei ihm begonnenen Verhandlungen zwischen dem Großberzogthume Basten und der Krone Baiern aufzufordern; und hiernach beantwortet sich auch die Frage: ob nicht dieser Punct von Seiten dieser hohen Versammlung lediglich dem Gerichte zur Entscheidung, als zur Leitung und Instruction des gerichtlichen Verfahrens gehörig, heimsgewiesen werden könne? nach dem Dafürhalten des Unterzeichneten, verneinend.

§ 3.

Nach der Disposition des Art. 30 der Wiener Schlufacte', foll; wenn Forderungen von Privatpersonen defhalb nicht befriedigt werden tonnen, weil die Verpflichtung', den: selben Genüge zu leisten, zwischen mehreren Bumdesgliedern zweifelhaft oder bestritten ift, von Seiten dieser hoben Versammlung, auf Antufen der Bethesigten, zwoorderst eine Ausgleichung auf gutlichem Wege versucht, im Falle: aber, daß bieser Bersuch ohne Ersfolg bliebe, und die in Anspruch genommenen Bundesglieder sich nicht in einer zu bestim:

menden Frist über ein Compromis vereinigten, die rechtliche Entscheidung der streitigen Borfrage durch eine Austragalinstanz bewirkt werden. —

Rur dann ist bemnach ein Bundesstaat verpflichtet, sich die Entscheidung der streitigen Vorfrage von Seiten einer Austrägalinstanz gefallen zu lassen, wenn gutliche Bermittlung ohne Erfolg versucht worden ist, und wenn er an der Bestellung des Austrägalgerichts durch Vorschlag oder Auswahl Theil genommen hat. Weder eins noch das andere ist, so viel das Großherzogthum hessen betrifft, hier geschehen: eine Theilnahme an dem, zwischen dem Großherzogthume Baden und der Krone Vaiern eingeleiteten, austrägalz gerichtlichen Versahren, welche eine Anerkennung der ergehenden austrägalgerichtlichen Entsscheidung zur Folge haben wurde und bezwecken mußte, kann also dem Großherzogthume Hessen, nach strengem Rechte, wie der Unterzeichnete glaubt, nicht angesonnen wers den. Bei Seite geseht, das hessen Erdretrungen angesehener Schriftsteller neuerer Zeit, über die Lehre von Avcitationen in Rechtsstreitigkeiten zwischen Privaten, für sich ansuhr ren kann.

§. 4.

Rach strengem Rechte — wurde, so uneigentlich biefes auch ausgebruckt ist, mit Bedacht gesagt — benn es bieten sich sonst Betrachtungen bar, welche biefe hohe Bersamm, lung zu einer Einleitung veranlassen durften, bie vielleicht zum Biele, bas heißt, zu ber zum Besten ber Gläubiger so sehr zu wunschenden Abkurzung ber Sache, führt.

1) Die Großbergoglich: Seffische Erklarung vom 17. Juli 1817 *) enthalt :

Erst seit kurzer Zeit sen durch den Beschluß hoher Bundesversammlung über die Austrägalinstanz der Beg eröffnet worden, auf welchem eine rechtliche Entscheidung dieser Sache möglich sen. Von Großberzoglicher Seite werde man mit den an der ehemaligen Rheinpfalz betheiligten Hofen sich unverzüglich zu vereinigen such en, um,.. wenn eine gutliche Uebereinkunft mit der Krone Baiern durchaus unmöglich senn sollte, die sen Weg zu betreten, und die Gläubiger konnten daher mit Zuversicht erwarten, daß die Frage: wer ihr Schuldner sen? nun balb definitiv entschieden senn werde. ———

Das Großberzoglich : heffische Gouvernement tonne, noch zur Zeit, zur Bernhigung ber Gläubiger nur in so fern wirfen, als es seine Bereitwilligkeit erklare, zur balbigen Beendigung ber Streitigkeiten über bas Rheinpfälzische Schuldenwesen mit Batern, so viel nur immer von ihm abhange, mitzuwirken.

Gben fo erflarte Die Großherzoglich. Seffifche Regierung fpater **):

^{*) 44.} Gis. §. 355 v. Jahre 1817.

^{**) 55.} Gis. §. 411 v. Jahre 1817.

Brotof, d. d. Bundesverf. XIV. Bb.

daß sie, zur Beruhigung der Glaubiger, sehr gerne jedem Borfchlag zur baldige sten Beendigung dieser Angelegenheit, mithin auch dem Antrage des herrn Referenten, beitrete, wornach ohne Berzug die Vermittlung bei der Bundesversammlung und nothis genfalls die weitere Entscheidung eintreten moge. —

§. 5.

2) Da das Großherzogthum heffen, als Besitzer eines Theils der Rheinpfalz, bier betbeiligtes Bundesglied ift, und Die fo eben angeführten Erflarungen von Geiten beffelben in ber Mitte lagen; fo wurde in ben fruberen Befchluffen biefer hoben Berfammlung *) nicht von Baiern und Baden allein gerebet, vielmehr Seffen unter ben Betbeiligten mits verstanden: nur die Bermittlungscommiffion gedachte, in ihrer in ber 22. Sigung vom Nabre 1819 **) gemachten Unzeige, bei den hauptsachlich betheiligten Koniglich: Baierischen und Großherzoglich:Babischen Sofen, getroffener Ginleitungen, um sowoh leine Uebers nahme und Repartition Diefer Schuldcapitalien felbst, als auch eine einstweilige Befriedis aung der Glaubiger fur die falligen und laufenden Binfen zu bewirken. Dieß gab, nach bem ber Befchluß ber 32. Sigung vom Jahre 1820 (s. 180) vorausgegangen mar, jus nachst bie Beranlaffung, bag in bem Beichluffe ber 2. Sigung vom 18. Sanner 1821 nur Der Sofe von Baiern und Baben gedacht worden ift. Der Commissionevortrag ***), auf welchen diefer Beschluß erfolgt ift, fest auffer Zweifel, daß man die zur Erledigung ber Sache getroffene Ginleitung feinesweges auf bas Berbaltnif zwischen bem Grogberzogtbume Baden und der Krone Baiern befchranten wollte, vielmehr die Theilnahme ber Großbers joglich-heffischen Regierung, ohne Wiederholung beffen, was in Rudficht Baierns und Badens gescheben mar, thunlich glaubte.

§. 6.

3) Diese hohe Versammlung ist bemnach bei der Einleitung des Austrägalversahrens von dem Gesichtspuncte ausgegangen, die Krone Baiern und das Großherzogthum Baden sepen die meist betheiligten Staaten — das Großherzogthum hessen werde, nach seinen in der Mitte liegenden Erklärungen, keinen Anstand nehmen, an dem Austrägalverfahren Theil zu nehmen, sobald von irgend einer Seite Veranlassung dazu gegeben werde, wenn gleich in Ruckacht seiner die sonst erforderliche Einleitung nicht beobachtet worden sen: Wozu hatte auch, bei der Lage der Sache, die Zuziehung des Großherzogthums zum Berzsuch der Gute, welcher bei den Königlich, Baierischen und Großherzoglich, Badischen Erklä.

^{*) 44.} Sigung §. 398; 55. Sig. §. 411 u. 58. Sig. §. 418 v. J. 1817. 14. Sig. §. 66 v. J. 1818.

^{**) §. 126.}

^{***) 2.} Siş. Ş. 11 v. J. 1821.

rungen nicht einmal im eigentlichen Verstande statt haben konnte *), nugen konnen, wenn die gutliche Beilegung zwischen der Krone Baiern und dem Großherzogthume Baden nicht zu erreichen war; und mußte nicht, nach dem, was die Großherzoglich-Hessische Erklätung (S. 4) enthielt, angenommen werden, auch zwischen der Krone Baiern und dem Großherzogthume hessen konne keine gutliche Vereinigung zu Stande kommen?

Was hatte die Großherzoglich Sessische Mitwirkung bei der Wahl eines Austragalges richts für eine Folge gehabt? Ware die Großherzogliche Regierung der Vereinigung zwisschen der Krone Baiern und dem Großherzogthume Baden nicht beigetreten, so ware die Wahl des Gerichts, wenn die Disposition des Art. 30 der Schlußacte nicht todter Buchsstabe senn foll, auf diese hohe Versammlung übergegangen; und daß diese auf dassenige Gestricht wurde Rucksicht genommen haben, welchem die Mehrzahl der Betheiligten, selbst nach den entgegenstehenden Verhältnissen, das Vertrauen schenkte — darf wohl angenommen werden.

S. 7.

4) Die von dem Austrägalgerichte zu entscheidende Frage hat zum Gegenstande, ob die Schuld als eine allein auf der diesseitigen Rheinpfalz haftende Schuld zu betrachten, und daher von den Besigern der Rheinpfalz zu vertreten sen, oder ob solche auf der Rheinspfalz und den übrigen damaligen Baierischen Provinzen hafte, die Krone Baiern folglich dazu zu concurriren verbunden sen. Das Großberzogthum Hessen ist Besiger eines Theils der Rheinpfalz, mithin betheiligtes Bundesglied: die streitige Borfrage kann also auch so lange nicht erschöpfend oder ganz im Zwede und Sinne des Art. 30 der Schlußacte entschieden werden, bis die Großberzoglich-Hessische Regierung Theil an den Verhandlungen nimmt, oder sich, wie Nassau, von Baden vertreten läßt. Die Disposition des Art. 30 der Schlußacte berühet auf Verhältnissen, welche bei sonstigen Streitigkeiten zwischen Bunz besgliedern nicht vorwalten, und in der Art zwischen Privaten noch weniger gedacht wers den können; bei der Anwendung muß also mehr auf Sinn und Zwed dieses besonderen Gesess als auf Normen gesehen werden, welche für andere Verhältnisse berechnet sind.

So befagt z. B. jener Art. 30 nichts bavon, baß die Wahl des Gerichts dieser hohen Versammlung anheim fallen solle, wenn es zweifelhaft ist, welches von den betheiligten Bundesgliedern die Rolle des Klägers und des Beklagten zu übernehmen habe, und hier; über oder über die vordersame Wahl eines Gerichts keine gutliche Vereinigung zu Stande kommt: und doch muß jenes angenommen werden, wie es auch von dieser hohen Versammelung in dem Beschlusse vom 18. Jänner 1821 geschehen ist, weil sonst die Disposition nicht selten vereitelt werden wurde.

^{*) 37.} Się. §. 218 v. 3. 1820. 2. Się. §. 11 v. 3. 1821.

Wielleicht konnte baber auch, nicht ganz ohne Grund, gefragt werden, ob der Art. 3 des Bundestagsbeschlusses vom 3. August 1820 auf einen Fall des Art. 30 der Schlussacte bezogen werden konne? und ob nicht vielmehr in einem solchen Falle eine Aufforder rung zur Theilnahme, zur Instruction und Leitung des gerichtlichen Berfahrens gehore, mithin der Austrägalinstanz überlassen sep.

§. 8.

5) Die Lage der Gläubiger, welche das Ihrige vertrauensvoll hingegeben haben, und besselben nun seit einer so langen Reihe von Jahren, wegen Differenzien entbehren mussen, die ihnen fremd sind — erregt Bedauern. Seit dem Jahre 1816 *) haben dieselben um Hulfe bei dieser hohen Versammlung angerufen; und nun sollte ihnen die Aussicht eröffe net werden, wenn die streitige Vorfrage zwischen der Krone Baiern und dem Großherzoge thume Baden entschieden ist, dann auch eine gleichmäsige Entscheidung zwischen Baiern und Großherzogthum Hessen, vielleicht auch zwischen dem letzteren und Baden, abwarten zu mussen.

Wollte man die sonst erforderliche Einleitung zu dem austrägalgerichtlichen Berfahren in Beziehung auf das Großherzogthum Sessen nachholen, so wurde dieses, abgesehen von dem vielleicht noch größeren Zeitverlust und dem eben so denkbaren Beranlassen anderer Ansstände — jeto so wenig von einigem Ruten senn, als dieses früher gewesen senn wurde (S. 6), obgleich der Unterzeichnete nicht glauben kann, daß den Gläubigern gerade ein wohlerwordenes Recht auf die Entscheidung des Gerichts zu Celle zustehe, da dieselben bei der Ernennung nicht zu eoncurriren hatten, oder daß Baiern, welches den Legitimationspunct der richterlichen Berfüzgung anheim gestellt hat, ein Widerspruchsrecht habe, wenn kein Vermittlungsversuch voraus, gegangen sen.

§. 9.

6) Und welcher Rachtheil kann bem Großberzogehume heffen aus einer Theilnahme an ben begonnenen Austrägalverhandlungen erwachsen? Auf keinen Fall ift die hessische Regies rung an die Badischen Aussuben gebunden; und eben so gut kann die Krone Bajern dem Großberzogthume heffen andere, oder anders modificirte Einreden entgegen setzen: die Entsscheidung siber den rechtlichen Gehalt des einen und des andern ist Sache des Gerichts; gerade diese Entscheidung begreift die Entscheidung der streitigen Borfrage, im Sinne des Art. 30 der Schlußacte, da sie das Verhältniß aller betheiligten Bundesstaaten umfaßt, sonst aber immer noch eine streitige Vorfrage zu entscheiden übrig bleibt.

^{*) 14.} Sig. 5. 69 v. 3. 1817.

Das Ronigliche Oberappellationsgericht zu Celle behauptet seinen alten Ruhm; und wollte bas Großherzogthum heffen seine Betheiligung mit Baiern gutlich ausgleichen, wer nurde dies ses, in so ferne die Rechte Anderer babei unberührt bleiben, hindern konnen ?

§. 10.

Untraq.

Alles Diefes jufammengenommen, ift ber Unterzeichnete bes Dafürhaltens:

daß zwar, nach ftrengem Rechte, der Großberzoglich Deffischen Regierung eine Theilnahme an den in Frage stehenden austrägalgerichtlichen Berhandlungen nicht angesonnen werden könne, daß jedich unter den vorwaltenden Umständen der Groß, berzoglich Destische Berr Bundestagsgesandte zu ersuchen fen, sich bei dieser seiner Resgierung für eine freiwillige Theilnahme zu verwenden.

Bei den bekannten Gesimmungen Des Großberzoglichen Gouvernements last sich, befonders nach deffen fruberen Erklarungen (S. 4), hiervon ein gewieriger Erfolg zum Besten ber Glaubiger, die nur das Ihrige in Anspruch nehmen und nur Recht suchen, erwarten.

Collte inzwischen diese Einleitung, wider Berhoffen, der Erwartung nicht entsprechen, dann bleibt, nach der Meinung des Unterzeichneten, nichts übrig, als der Austrägalinstanz aufzutragen, vor der Hand den Streit nur zwischen dem Großherzogthume Baden, nebst dem Herzogthume Nassau, und der Krone Baiern, so weit solches geschehen kann, zu entscheiden, und sich hierauf zu beschränken.

Ift Diefes gefcheben, bann wurde, in Entftehung einer gutlichen Ausgleichung, in Begiehung auf bas Großbergogthum heffen ein neues Austragalverfahren eingeleitet werden muffen.

Der Unterzeichnete glaubt, daß es angemessener sen, sich auf den letteren Fall ichon jeto festzusetzen, ale, beim Eintritt besselben, Berathungen von Neueni zu beginnen, die ihm schon bermalen, zur erschöpfenden Erbrterung des Ganzen, nicht umgangen werden zu können scheinen.

Danz.

Drei und zwanzigste Sipung.

Geschen, Frankfurt den 4. Juli 1822.

In Gegenwart.

aller in ber vorigen Sigung Anwesenben.

hingugetommen mar:

von Seiten Braunschweigs und Raffau's: Der Berzogliche Raffauische Berr Staatse minifter, Freiherr von Marschall.

§. 178.

Uebergang der Stimme von Braunschweig und Nassau auf Rassau. (8.86. §. 69 b. 3.)

Der herr Bundestagsgesandte von hammerstein zeigt an, daß die gemeinschaftliche Stimme von Braunschweig und Nassau nunmehr auf den herzoglich : Naffaui: schen herrn Bundestagsgesandten übergehe.

§. 179.

Denkschrift bes Vorstandes ber katholischen Gemeinde zu Frankfurt am Main, ihre verfassungsmäsig anzuordnenden Verhältnisse betreffend.
(15. Sig. §. 121 b. 3.)

Der Koniglich Baierische Herr Bundestagsgesandte, Freiherr von Aretin, Namens der Commission zur gutlichen Ausgleichung der Beschwerden der katholieschen Gemeinde zu Frankfurt gegen ben Genat dieser freien Stadt, legt eine Eingabe der ers

mabuten tatbolifchen Gemeinde vor, worin Diefelbe Die Ungeige macht, bag Die gegrundetelh hoffnung vorhanden fen, daß die Angelegenheit ber hiefigen tatholischen Gemeinde fid, gut lich erledigen werde, und daher bitte, die hohe Bundesversammlung wolle geruhen, Dief Sache bis auf weitere Unzeige auf fich beruhen zu laffen.

Der altere Berr Burgermeister von Quaita habe Diese Unzeige bei ber Commission be statiget, fie trage also auf eine bem Unsuchen entsprechende Befchlugnahme an.

Sammtliche Stimmen waren bamit einverstanden; baber

Beschluß:

daß die Reclamationsfache ber katholischen Gemeinde gegen ben Genat ber freien Stad Frankfurt, verfassungsmasige Berhaltniffe betreffend, bis auf weitere Unzeige bei ber hober Bundesversammlung zu beruhen habe.

§. 180. Einreichungs: Protofoll.

Rolgende Gingaben, als:

- Rum. 84, eingereicht am 28. Juni laufenden Jahres, von dem Borftande der Be meinde Baldullversbeim im Großberzogthume Seffen, Forderung an bi vormalige Reichsoperationscaffe fur gelieferte 87% Mltr. Safer und 76 Por tionen Beu.
- Rum. 85, einger. am 28. Juni, von bem Borftanbe ber Gemeinde Beideshein im Großherzogthume Heffen, Forberung an die vormalige Reichsoperationscaffe im Betrage von 1461 fl. 46 fr.
- Rum. 86, einger. am 28. Juni, von bem Borftanbe ber Gemeinde Dienheim in Großberzogthume Seffen, Forderung an Die vormalige Reichsoperationscaffe, in Betrage von 1360 fl. 7% fr., dann 51 Etnr. 87 Pf. Seu und 4 Mltr. Rartoffel.
- Rum. 87, einger. am 28. Juni, von ber Witwe bes Abam Wilhelm gu Dienhein · im Großherzogthume heffen, Forderung an die ehemalige Reichsoperationscaffe im Betrage von 895 fl.
- Rum. 88, einger. am 28. Juni, von Georg Gort als Erbe bes Georg Beggel 31 Beimersheim, Forderung an die vormalige Reichsoperationscaffe, im Betragi von 800 fl. fur Solglieferungen.
- Rum. 89, einger. am 28. Juni, von Carl Lampert und Joseph Caffel zu Mainz Forderung an Die vormal. Reichsoperationscaffe von 2,000 fl. fur Solglieferungen

- Rum. 90, einger. am 28. Juni, von Joh. Funt ju Mainz, Forderung an die vormas lige Reichsoperationscaffe von 150 fl. fur bleierne Brandl.
- Rum. 91, einger. am 28. Juni, von Engelbert Schuberth ju Mainz, Forderung an die vormalige Reichsoperationscasse von 1200 fl.
- Num. 92, einger, am 1. Juli, von Dr. Hiepe babier, als Amvalt bes Fürsten von Golms, Braunfels und ber Frau Fürstin Vormunderin zu Golms. Lich, Dents schrift, die standesberrlichen Berhaltniffe im Großberzogthume helfen betreffend.
- Rum. 93, einger. am 3. Juli, von Dr. Ohlenschlager dahier, ale Bevollmächtigten ber Rurtrierisch en Test amente, Erben, in Betreff ber Entscheidung bieser Angelegenheit durch eine Austrägalinstanz.
- Num. 94, einger. am 4. Juli, von ben Boten bes vormaligen Reichstammergerichts, in Betreff ihrer Rudftandeforderungen.—

wurden an die betreffenden Commissionen abgegeben.

Folgen die Unterfchriften.

Protofolle

ber

Deutschen Bundesversammlung.

Bierzehnter Band. 3meites Beft.

Mithoher Bewilligung.

Gedruckt in der Bundes, Prafidial, Buchdruckerei, und im Berlag ber Andreaischen Buchandlung in Frankfurt am Main. 1822. • . . .

Vier und zwanzigste Sipung.

Geschen, Frantfurt ben 11. 3 uli 1822.

In Segenwart

- Von Seiten Desterreich &: des Raiserlichen Roniglichen wirklichen Geheimen Rathe, herrn Grafen von BuoleSchauenstein;
- Bon Geiten Preuffens: bes Roniglichen wirklichen geheimen Staats und Cabinets, Minifters, herrn Grafen von ber Goly;
- Bon Geiten Baiern 8: Des Roniglichen wirklichen herrn Staatsrathe, Freiherrn v. Aretin;
- Bon Geiten Gad fend: bes Roniglichen wirklichen Bebeimen Rathe, Berrn von Carlowig:
- Bon Geiten Sannovers: Des Roniglichen Gebeimen Rathe, Berrn von Sammerftein;
- Bon Geiten Burtemberge: bes Roniglichen herrn Staatsministere, Freiherrn von Bangenbeim;
- Bon Seiten Badene: des Großherzoglichen herrn Bundestagegefandten und Rammers berrn, Freiherrn von Blitteredorff;
- Bon Geiten Rurheffens: bes Rurfürstlichen Geheimen Rathe und Rammerherrn, herrn von Lepel;
- Bon Geiten bes Großherzogthums heffen: bes Großherzoglichen Gebeimen Raths, herrn von Sarnier;
- Bon Seiten Danemarte, wegen Solftein und Lauenburg: bes won bem Roniglichs Danischen, Berzoglich Solftein: und Lauenburgischen Gesandten, Berrn Grafen von Eyben, substituirten Großherzoglich: Medlenburgischen Gesandten, Berrn von Pent;
- Bon Geiten ber Riederlande, wegen des Großherzogthums Luxemburg: bes Roniglich:Riederlandischen Generallieutenants, herrn Grafen von Grunne;
- Bon Geiten ber Großherzoglich: und herzoglich ; Cachfischen Sauser: Des Großberzoglich : und herzoglich ; Sachfischen wirklichen Geheimen Raths, herrn Grafen von Beuft;

- Bon Seiten Braunschweigs und Raffau's: bes herzoglichen Raffauischen herrn Staatse ministers, Freiherrn von Marschall;
- Bon Seiten von Medlenburg: Schwerin und Medlenburg: Strelig: des Groß: herzoglich: Medlenburg: Streligischen Staatsministers, herrn von Peng;
- Bon Geiten Solftein: Oldenburgs, Unhalts und Schwarzburgs: bes Berzoglich: Solftein: Oldenburgischen Rammerberen, herrn von Both;
- Bon Seiten von Sohenzollern, Liechtenstein, Reu's, Schaumburg: Lippe, Lippe und Walded: Des Großherzoglich: heffischen herrn Geheimen Rathe, Freiherrn von Leonhardi;
- Bon Seiten ber freien Stadte, Lubed, Frankfurt, Bremen und Hamburg: bes herrn Syndicus Dr. Curtius;
- und meiner, des Raiferlich: Desterreichischen wirklichen Hofrathe und Canglei: Directore, Freiherrn von Sandel.

§. 181.

Substitution.

Prafidium zeigt an: ber Koniglich Danische, Berzoglich Bolstein und Lauenburgische Gesandte, Berr Graf von Enben, habe ben Großberzoglich Medlenburgischen Gesandten, Berrn von Pent, substituirt.

§. 182.

Beschwerdesache ber Rheinpfalzischen Staatsglaubiger und Besitzer ber Partial. Dbligationen lit. D, Die Zahlung ber rucktandigen Zinsen und verfallenen Capitalien betreffend.

(22. Gis. S. 176. d. 3.)

Prafidium: wolle das Protofoll zur Abstimmung über die in der vorletten Sitzung verlesenen Vorträge, die Beschwerdesache der Rheinpfälzischen Staatsglaubiger und Besitzer der Partial Dbligationen lit. D, die Zahlung der ruckständigen Zinsen und verfallenen Caspitalien betreffend, eröffnen.

Der Großherzoglich : Beffische Berr Bundestagsgefandte bat, vor allem eine Erklarung seines allerhochsten Hofes abgeben zu durfen.

Großherzogthum Beffen. Der Gegenstand ber vorliegenden Berathung ift in ber Bundedgesetzgebung flar und deutlich entschieden. Die unabhangigen Staaten Deutschlands haben sich einem schiederichterlichen Austrage ihrer Streitigkeiten nur unter bestimmten Boraus,

sekungen unterworfen. Ramentlich kann nur dann die Austrägalinstanz eröffnet werden, wenn vorher Vermittlung vergeblich versucht worden, und vorzüglich, wenn Theilnahme an der Bahl des Gerichts statt finden konnte. Eben so ist, nach Eröffnung der Austrägalins stant, die Zuziehung eines dritten Bundesgliedes gegen dessen Billen nicht möglich; jeden Zweisel hieruber entfernt das Geseh vom 3. August 1820, im 3. Artikel, und die Geschichte seis ner Entstehung.

Ob eine Austrägalinstanz durch den Art. 11 der Bundesacte oder durch den Artikel 30 der Schlußacte entsteht, ift nur eine Verschiedenheit ihrer Veranlassung, kann aber in den bestimmt ausgesprochenen Grundsätzen über die Austrägalinstanz selbst, und namentlich in den wesentlichen Bedingungen zu einer solchen, sicherlich keine Aenderung erzeugen.

Demnach liegt es hier weder in den Befugnissen des von Andern zum Austrag gewählten Gerichtshofes, noch in den Rechten dieser hohen Versammlung, das Großherzogthum heffen gegen seinen bereits erklarten Willen zur Theilnahme an dem zu Celle begonnenen Verfahren zu veranlassen. — Daß man früherhin, vor der Einleitung des Austrägalverfahrens, diesseits geneigt war, Theil daran zu nehmen, kann, da diese Geneigtheit ohne Erfolg geblieben, an jenen rechtlich bestehenden Grundsähen nichts andern.

Das Großherzogthum ift baher seiner eigenen Burde, so wie der Achtung, welche es für die Rechte der übrigen verbundeten Staaten hegt, die Erklarung schuldig, daß dasselbe niemals und auf keine Weise an dem zu Celle zwischen Baden und Baiern eroffneten Austrägalverfah, ren Theil nehmen wird: denn in einer Angelegenheit, welche mittelbar die Burde und Gelbstitan, digkeit eines jeden verbundeten Staates betrifft, halt es sich doppelt verpflichtet, durch sein Beispiel denjenigen Rechten nichts zu vergeben, welche es gleich jedem Bundesstaate besitzt.

Daß diefer Entschluß keineswegs durch irgend eine Rucksicht auf die etwaigen Verbindlich, keiten gegen die Gläubiger mitbegründet worden, dieß hat das Großherzogthum Hessen zur Genüge bewiesen durch die Gewissenhaftigkeit, mit welcher es stets seine Gläubiger behandelte — bewiesen neuerdings während des zu München anhängigen Verfahrens gegen Nassau, indem es die vorläusige Berichtigung der Zinsen lediglich aus Uchtung gegen ein formell bestehendes Erzenntnis übernahm, obwohl solches ohne Zuständigkeit des erkennenden Gerichts erlassen war: eine Unsicht, deren Bestätigung in der neuerdings erfolgten Abweisung der Gläubiger von aller Einmischung in das Austrägalversahren zu Celle enthalten ist. Es hat dieses selbst in dieser so genannten Rheinpfälzischen Schuldensache bewiesen, durch die Bereitwilligkeit, an den früheren Berhandlungen Theil zu nehmen. Ja es ist, in gerechter Bürdigung des unangenehmen uns verschuldeten Verhältnisses dieser Gläubiger, nochmals erbötig, dieses hier zu beweisen, wenn die hohe Bundesversammlung anerkennt, daß Hessen zu irgend einer Theilnahme an dem Verssahren zu Celle nicht verbunden ist; daß mithin der Austrägalgerichtshof den vorliegenden

Streit zu erledigen habe, so weit er ben von Baben und Raffau befeffenen Theil ber Rheins pfalz betrifft.

In dieser Boraussetzung ift die Gesandtschaft beauftragt, hiermit zu erklaren, daß das Großberzogthum heffen, sobald der zwischen Baden und Baiern streitige Gegenstand durch die jetzige Austrägalinstanz vollständig entschieden ist, eben so handeln wird, als ob hierdurch dieser Streit zugleich in Unsehung seines Antheils an der Rheinpfalz (auf dem rechten Rheinsufer) entschieden worden ware.

Da jedoch heffen durch diese Erklarung, auf den Fall, daß die Austrägal: Entscheidung ganz oder zum Theil gegen Baden auskallen sollte, eine Berbindlichkeit übernimmt, und, im umgekehrten Falle (d. h. bei einer Austrägal: Entscheidung gegen Baiern), von dieser Verbinds lichkeit nicht befreit wurde, wenn nicht Baiern ebenfalls die in Ansehung Badens erfolgende Austrägal: Entscheidung dergestalt anwenden und gelten lassen will, als ob sie zugleich in Ansehung Heffens erfolgt ware; so ist es gewiß von selbst gerechfertigt, daß diese Erklarung für das Großherzogthum heffen nicht eher verbindliche Kraft erhält, als die die Krone Baiern — und zwar noch vor irgend einer Entscheidung des Austrägalgerichts — eine gleiche Erklarung ertheilt.

Umfrage.

Desterreich: finde tein Bebenten, die Großberzoglich Seffische Erklarung bankbar anzunehmen, ba von keiner Abritation der Großberzoglichen Regierung die Rede, und über eine Berpflichtung berselben keine Entscheidung erfolgt sen, auch die Koniglich Baierische Resgierung die deßkallsige Verfügung lediglich dem Oberappellationsgerichte zu Celle überlassen habe.

Preussen. Die Gesandtschaft hat vollig die Ansicht der herren Referenten gestheilt, daß eine verfassungsmäsige Verpflichtung der Großherzoglichen Regierung: dem ohne ihre Miteinbegreifung einmal eingeleiteten Verfahren ex post sich noch anzuschliessen, nicht anzunehmen sen.

Dieses und die dabei in Bezug genommene schließliche Thatsache vorausgesetzt, konnen frühere Borgange und Anregungen, welche in hinsicht ber Miteinbegreifung ohne Folge geblieben sind, jene Ansicht im Besentlichen nicht andern. Bielmehr erscheint, so wie die Sache jetzt liegt, nunmehr auch jede andere Bundesregierung dabei interessirt, daß die statts sindende Richt verpflichtung bei diesem Anlaß anerkannt werde. Bas dagegen angeführt werden kann, scheint nur für die Zukunft dahin zu weisen, daß die schließlich-entschiedenen Uebergange hier vorgekommener Streitsachen zum gerichtlichen Berfahren mit der erschöpfens den Gorgfalt behandelt werden, welche dergleichen Uebergange unerläßlich fordern. Je trefsfender und umfassender die commissarischen Gutachten ausfallen (so wie es auch in vorliegender

Sache baran nicht ermangelt hat), um besto mehr ift jene Gorgfalt erleichtert, wiewohl sie damit nicht überfluffig gemacht werden kann.

So wie die Sache bemnach einmal liegt, tann die Gefandtschaft die nunmehrige Versicher rung der Großherzoglichen Regierung, nach erfolgter Entscheidung, den Streit als zugleich auch für den eigenen Antheil an der Rheinpfalz entschieden betrachten zu wollen, nur als sehr erwünscht zu dem Ende ansehen, daß das unterbrochene Verfahren neuen und gesicherten Fortgang gewinne. Dieser Erfolg wird nunmehr gesichert seyn, sobald, wie zu verhossen, Roniglich Baierischer Seits kein Anstand genommen wird, diesenige entsprechende Erklarung abzugeben, die zu Vervollständigung der erscheinenden Aushülfe allerdings erforderlich ist, und ohne welche dieselbe auch dem Gerichte unzureichend erscheinen mußte.

Baiern: enthalte fich aller Abstimmung und wolle auf den Großherzoglich & Seffis schen Untrag feine Erflarung in ber nachsten Sigung abgeben.

Konigreich Sachfen: tritt der R. R. Desterreichischen Abstimmung, daß die Großherzoglich: Hessische Erklarung dankbar anzunehmen sen, vollkommen bei, unter der Boraussesung, daß die hohe Bundesversammlung die theoretische Frage: ob die Großherz zoglich: Dessischen Regierung in der vorliegenden Streitsache mit Bestande Rechtens wurde haben adcitirt werden konnen? dermalen auf sich beruhen lassen werde, weil eines Theils eine solche Adcitirung noch gar nicht beabsichtigt worden ist, mithin sede hierauf sich bezies hende Aeusserung für den gegenwärtigen Fall keinen practischen Nußen haben kann, andern Theils aber eine dießfallsige Erklarung zu tief in die Bundesgesetzgebung eingreisen wurde, als daß sie nicht unvorherzusehende Consequenzen herbeischren und daher zuwörderst die Einholung specieller Instructionen von den höchsten Regierungen erfordern sollte.

Dannover Der Roniglich : Sannoverische Gefandte stimmt mit Desterreich und Sachsen, und bringt folgende Fassung bes Beschlusses in Borfchlag:

« Da die freiwillige Erklarung der Großherzoglich: Hessiehen Regierung im Bes 'a sentlichen dadjenige erschöpft, was, den Bunschen der Bundesversammlung gemäß, zur "Beforderung der endlichen Erledigung der Sache, mithin zum Besten der Gläubiger gereicht, hiernach auch eine besondere Wahrung solcher Rechte, welche aus der bisherigen Bundesgesetzgebung hergeleitet werden mochten, um so mehr umgangen werden kann, als es der Bundesgesetzgebung vorbehalten bleibt, für kunftige Kalle deßfalls ausdrücklich Borsehung zu treffen't so wird, unter Aufrechthaltung des bisherigen Austrägalvers fahrens, der Königlich: Hannoverische Herr Bundestagsgesandte ersucht, nebst Mitz theilung der neueren, bei der Bundesversammlung gepflogenen, Berathungs, Berhands lungen, und mit Rücksendung der Acten, die Königliche Regierung zu verankaffen, der Austrägalinstanz von wegen der Bundesversammlung zu eröffnen, daß dieselbe die Forts

ſ

« setzung bes Verfahrens zwischen bem Großherzogthume Baben und ber Krone Baiern in erchtlicher Ordnung zu bewirken, und demnächst hierüber zu erkennen habe, was ben « Rechten gemaß befunden werde».

Würtemberg. Che ich, im Namen meines hochsten Hofes, über die Antrage ber verehrten herren Referenten und die darauf von dem Großherzoglich heffischen herrn Bevollmächtigten gegebene Erklarung mich erklare, sen es mir als Mitglied der in dieser Angelegenheit niedergesetzt gewesenen Bermittlungs: Commission erlaubt, den auf den ersten Anblid allerdings auffallenden Umstand, daß die Großherzoglich hessische Regierung weder bei den Bergleichungsversuchen, noch bei der Bestellung des Austrägalgerichts zugezogen wurde, aufzuhellen.

Die Bermittlungs Commission ist darüber, daß die Großherzoglich Sessische Regierung als eine der betheiligten Regierungen angesehen werden könne, niemals im Zweisel gewessen. Auch hatte der Referent derselben, der ehemalige Bundestagsgesandte, Staatsminister Freisberr von Plessen, unter dem 14. Juni 1819, auf einen Erlaß an den Großherzoglich Sessischen Bundestagsgesandten, angetragen, weil ihm, nach den in die Protokolle der 44. und 53. Sitzung v. J. 1817 gelegten Erklarungen dieses Gesandten, die Zuziehung seines hochssten Hoses erforderlich schiem.

Mein Bestreben, die Verhandlungen über diese, zum großen Nachtheile der Glaubiger, so lange unentschieden gebliebene Sache möglichst zu vereinfachen, drang mir in Beziehung auf jenen Antrag die Bemerkung ab, daß diese Zuziehung wohl nicht nothwendig sen, da Baben, nach besonderen Verahredungen, heffen und Nassau zu vertreten habe, und es seine Sache sen, mit den conparticipirenden Staaten Rucksprache zu nehmen, wo sie erforderlich werden konnte; auch streite Baden zunächst allein.

Diese Bemerkung grundet sich nicht nur auf die loyalen, von den beiden Herren Referenten auch jest wieder herausgehobenen Erklarungen der Großberzoglich: Besischen Regies rung, sondern auch ganz besonders auf eine Großberzoglich: Badische und Großberzoglich: Besische, zu den Commissions: Acten gebrachte Bekanntmachung, des Inhalts, daß; nach einem zwischen den beiderseitigen Regierungen am 24. December 1808 über das Rheinpfälzische Schuls benwesen getroffenen Bortrag und gepflogener und genehmigter Werschnung, Baden an den purch das Decret vom 22. März 1808 (s. 15 und 18) von der Rheinpfälzischen Gemeinschaft anerkannten Schulden, unter andern auch an den von lit. D berechneten 27½ Procent, 935,000 st. und an den davon zu bezoplenden Interessen, den Großherzoglich: Dessis herzoglich: Dessis herzoglic

fifche Aerar, fo viel beffen Untheil an ben oben bemertten Rheinpfalzischen Schulden betreffe, zu vertreten.

)

Der dieser Bemerkung jum Grunde liegenden Ansicht pflichteten die beiden übrigen Mitglieder der Commission — Staatsminister Freiherr von Plessen und der verstorbene Bund bestagsgesandte von Martens — bei.

Go tam es, daß die Großberzoglich: heffische Regierung zu einer Theilnahme an ben Bergleichsverhandlungen zwischen Baiern und Baden nicht eingeladen wurde.

Rachdem sich aber diese Berhandlungen, ohne daß es zu eigentlichen Bergleichsvor; schlägen gekommen ware, zerschlagen hatten, und es sich nun darum handelte, die Sache auf dem durch den 30. Artikel der Schlußacte vorgeschriebenen Wege zur richterlichen Entscheiden durch den 30. Artikel der Schlußacte vorgeschriebenen Wege zur richterlichen Entscheiden durch den Betreten dieses Weges die Großherzoglich: hessische Reglerung nicht dennoch beigezogen werden sollte, in nochmalige Berathung.

Folge derselben war die Ueberzeugung, daß diese Regierung, als Besitzerin von Theilen der ehemaligen Rheinpfalz, bei der vorliegenden Sache noch nicht ganz ex nexu sen, indem — wie man inzwischen belehrt worden war — die von Baden erfolgte Uebernahme der Großhers zoglich Sesssschen Rata der Rheinpfalzischen Schulden nicht unbedingt statt gefunden hatte.

Dem ungeachtet ichien ber Commiffion in ber Borausfetung,

- 1) daß als die Sauptbetheiligten nur Baiern und Baden einander gegenüber ftanden, und
- 2) daß es hiernächst, im Laufe der Verhandlungen vor dem Austrägale gerichte, noch zu jeder Zeit, eben so wohl den Regierungen von Baiern und Baden, und dem Austrägalgerichte, als der Großherzoglichen Regierung selbst frei bleiben werde, ihre Zuziehung, falls sie nothwendig gefunden werden sollte, einzuleiten,

noch keine hinreichende Beranlaffung vorhanden zu senn, eine Einleitung hierzu schon jest bei der Bundesversammlung zu treffen.

Inzwischen war die Commission weit davon entfernt, diese ihre Unsicht für eine unzweis felhaft richtige zu halten; vielmehr beschloß sie, neben einigen anderen, auch diesen Punct der «Erwägung und Entschlieffung» dieser hoben Versammlung anheim zu geben.

Dieß geschah, unter Anführung ihrer Zweifels: und Entscheidungs. Grunde, in bem Berichte berselben, welchen der ehemalige R. Sachsische Bundestagsgesandte, Geheime Rath von Globig, in der 2. Sigung des vorigen Jahres dieser hohen Versammlung vortrug.

Diese machte die Unsicht der Commission baburch zu ber ihrigen, daß sie in dem in derfelben Sigung gefaßten Beschlusse, vermoge bessen der im 30. Artikel der Schlusacte vorgesehene Fall Protot, b. d. Bundedvers. XIV. Bb.

als eingetreten betrachtet wurde, ohne Buziehung ber Großherzoglich-heffischen Regierung, nur die herren Gefandten von Baiern und Baden aufforderte, fich bei ihren allerhöchsten hofen dahin zu verwenden, daß sie fich binnen vier Bochen darüber gutlich vereinigen möchten, wer' von ihnen in dieser Sache ben Theil bes Klagers und wer ben Theil bes Beflagten übernehmen wolle.

So viel zur Aufklarung über das von dieser hohen Bersammlung und beren Commission in Bezichung auf die Großherzoglich: Hessischung eingeschlagene oder vielmehr nicht eingeschlagene Bersahren!

Bas nun die Unträge der herren Referenten betrifft, so wurde die Konigliche Gesandts schaft keinen Anstand nehmen, der ihnen gemeinschaftlichen Ansicht, daß der Großherzoglich hesse schwerzeglich hesse steilnahme an dem zwischen der Krone Baiern einerseits und der Großherzoglich Badischen und herzoglich Rassauischen Regierung anderers seits vor der Austrägalinstanz zu Gelle anhängigen Rechtsstreite nicht zu entziehen, ausges drückt werden moge beizupflichten, wenn diesem Bunsche die Großherzoglich hessischen Regierung durch die so eben vernommene Erklärung nicht zuvorgekommen ware.

Diese Erklarung geht, wenn ich sie anders recht verstanden habe, im Wesentlichen dahin, daß die Großherzoglich-hessische Regierung das kunftige Austrägal-Erkenntniß, in dem zwischen Baden und Nassau einerseits und Baiern andererseits vor dem Oberappellationsgerichte zu Celle anhängigen Rechtsstreite, auch gegen sich wolle gelten lassen.

Sie knupft aber dieses Compromiß auf jenes richterliche Erkenntniß an zwei Bedingungen. Zuerst an die, daß von dieser hohen Bersammlung die Nichtverpflichtung der Großher: zoglich Sessischen Regierung, einer Adcitation zu dem eben genannten Rechtsstreite Folge zu geben, anerkannt werde; dann an die, daß sich Baiern der ausgedehnteren Anwendung jenes Erkenntnisses gleichfalls unterwerfe.

Bas diese zweite Bedingung anlangt, so durste es zwar scheinen, daß dieselbe als bereits er fullt betrachtet werden konne, da die Krone Baiern, in ihrer Vernehmlassung vom 1. April d. J., vor dem Austrägalgerichte (Prot. der B. V. S. 524) auf das, was im S. 2 der Großherzoglich Badischen Klageschrift über die Interessenten des Streitverhältenisses (B. T. Prot. S. 526) ans und ausgeführt ist, den die Berichtigung der Legitimation betressenden Punct der richterlichen Verfägung lediglich anheim gestellt hat. Da aber die Großherzoglich Hessische Regierung auf einer solchen Erklärung von Seiten der Krone Baiern besteht, und es allerdings wahr ist, daß, wenn dieselbe in jener Vernehmlassung, wie kaum anzunehmen seyn durste, nicht schon enthalten seyn sollte, so lange sie nicht beigebracht wird, auch jene Großherzoglich Hessische Erklärung des bezweckten Esects entbehren wurde, indem nies mand, der mit einem Andern in Streitverhältnissen steht, wegen Erledigung derselben auf die

richterliche Entscheidung ahnlicher Streitverhaltnisse zwischen diesem Andern mit Rechtsbestand compromittiren kann: so wird freilich nichts übrig bleiben, als eine Aufforderung der Krone Baiern zu einer solchen Erklarung.

Findet sich der Königlich Baierische Herr Gesandte nicht in der Lage, die von heffen gewünschte Erklarung fofort zu geben, so durfte Borkehrung zu treffen senn, daß dieselbe auch im Laufe der bevorstehenden Bertagung dieser hohen Bersammlung angenommen und bavon der sachgemäße Gebrauch bei der Austrägalinstanz gemacht werden konne.

Was aber die erste Bedingung betrifft, so scheint es mir weder nothwendig, noch auch zulässig, daß diese hohe Versammlung die Nichtverbindlichkeit der Großherzoglichen Regierung, einer Adeitation zu dem in Frage stehenden Rechtsstreite Folge zu geben, ausspreche.

Unnothig scheint mir ein solcher Ausspruch, weil diese hohe Versammlung nur dann über diese Verbindlichkeit ober Richtverbindlichkeit zu erkennen gehabt haben wurde, wenn die Große berzogliche Regierung nicht bereits die Bedenklichkeiten beseitigt hatte, welche das Gericht dabei fand, die Borfrage früher, als alle Betheiligte gehort worden seyn wurden, zu entscheiden.

Denn, wenn auch die Großherzoglich Sessischen Regierung ben wirklichen Beitritt zu bem Austrägalgerichtsstreit ganzlich von sich ablehnt, so compromittirt sie doch zugleich auf das zwisschen Baiern, Baden und Nassau kunftig zu fällende Erkenntniß, bergestalt, daß durch den Inhalt besselben mittelbar auch über ihre eigene Betheiligung an dem Streitgegenstande entsschieden werden soll.

Rach dieser Erklarung hat die Großherzogliche Regierung an der Beantwortung der Frage über jene Berbindlichkeit oder Richtverbindlichkeit für sich kein Interesse; sie hat es aber auch nicht für die Gesammtheit der Bundesglieder, da diese hohe Bersammlung dem Antrage der Berren Referenten ohne Zweisel beistimmen wird, nach welchem der gegenwärtige Fall der bes sondern Beachtung der Commission zur Revision des Bundesbeschlusses vom 16. Juni 1817 empfohlen werden soll, um zu begutachten, wie für künftige Falle Zweiseln der vorliezgenden Art durch nähere Bestimmungen vorzubeugen seyn durfte.

Ein solcher Ausspruch, wie ihn die Großherzoglich: Hessierung zu verlangen scheint, ware aber auch, in diesem Augenblicke wenigstens, ohne sorgfaltige Prufung und form: lichen Beschluß, nicht einmal zulässig.

Es sind dieser hoben Versammlung die wichtigen Zweifel erinnerlich, welche der Kurst bestische Sexr Gesandte bei der Discussion in der vertraulichen Sitzung gegen die Ansicht eines der Herren Referenten erhoben hat, welche dahin giengen, daß nach strengem Rechte dem Großberzogehume Sessen eine Theilnahme am dem, zwischen Baiern, Baden und Nassau eingeleiteten, austrägalrichterlichen Versahren, wolche eine Ungesenzung der ergebenden austragalrichterlichen Entscheidung zur Folge haben wurde und bezweden mußte, nicht anges sonnen werden tonne.

Da der Rurheffische herr Gefandte diese Zweifel bei der heutigen Abstimmung ohne Zweifel formlich begrunden wird, so genügt die Bemerkung, daß sie, die Koniglich Burtems bergische Gesandtschaft, die von jener Gesandtschaft entwickelte Ansicht vollkommen theilt.

Da aber jene Ansicht, wenn sie als eine richtige erkannt wird, nicht bloß ben vorlies genden Fall, sondern alle kunftigen Falle der Art entscheiden wurde, also tief in die Bundbesgesetzebung eingreisend ist; da mehrere Herren Gesandten, unter beren Jahl auch ich mich besinden wurde, Anstand nehmen durften, eine so zweiselhaft gemachte und zugleich so wichtige Frage zu entscheiden, ohne sich vorher der Ansicht ihrer Regierungen versichert zu haben, und da durch eine, wegen der bevorstehenden Vertagung dieser hohen Versammlung, sehr weit hinauszusehende Terminsbestimmung für die Abstimmung, das Interesse ter Gläubiger gar sehr gefährdet erscheint: so nimmt die Königliche Gesandtschaft billig Ansstand, bei dei Beurtheilung dieses einzelnen Falles, auf diese zweiselhaft gemachte Ansicht den Hauptaccent zu legen.

Sie glaubt aber, daß fur diese Beurtheilung, ganz abgesehen davon, was an sich und im Allgemeinen Rechtens sen, eine Thatsache vorliege, welche ben speciellen Fall gegen die oben angeführte Unsicht eines der herren Referenten flar entich eide.

Durch den Beschluß, den diese hohe Versammlung, auf den Vortrag ihrer Commission, in der 2. vorsährigen Sigung zu fassen sich bewogen fand, wurde zwar nur auf mittelbare, dens noch aber ganz unzweideutige Weise ausgesprochen, daß es, im Laufe der Verhandlungen vor dem Austrägalgerichte, den Regierungen von Baiern und Baden, dem Austrägalgerichte und der Großherzoglich Hessischen Regierung selbst zu jeder Zeit frei gestellt bleibe, die Zuziehung der letztern Regierung zu dem Rechtsstreite, falls sie nothwendig befunden werden sollte, einzusleiten: denn hatte dieser Ausspruch in jenem Beschlusse nicht liegen sollen, so hatte von dieser hohen Versammlung dafür, daß die Großherzoglich Hessischung zu der gutlichen Verseinigung darüber, wer die Rolle des Rlägers und wer die des Beklagten übernehmen wolle, hinzugezogen werde, eine Einleitung sofort getrossen werden mussen.

Dieser Beschluß ist, sollte er auch mit der bestehenden Bundesgefetgebung nicht gant in Gintlang gebracht werden konnen, was eben zweifelhaft ift, follte er also vielleicht auch ein materielles Unrecht involviren, doch zum formalen Rechte neworden.

Man wende nicht ein, daß man einem Untrage und einem darauf gefaßten Befcluffe habe' beitreten tonnen, ohne fich beshalb alle Motive deffelben angeeignet zu haben.

Man tann allerdings einem Untrage beitreten, ohne beswegen auch allen ba fur ange-führten Motiven beigepflichten; man muß aber jenen Motiven beigepflichtet ju haben erachtet

werben, welche, wenn man ihnen nicht beigepflichtet batte, bazu batten fuhren muffen, ben Untrag zu verwerfen und anbere, als gescheben, zu beschlieffen.

Ganz abgesehen bavon, baß es sich hier gar nicht von einem blossen Motive eines gefaßten Beschlusses, sondern von einem, zur «Erwägung und Entschliefzung» dieserhoben Berssammlung ausgehobenen, besonderen und den zu fassenden Beschluß wesentlich tangirenden Punct handelte, so lag es doch offenbar derjenigen Regierung, welche durch diesen Beschluß in ihren Besugnissen verletzt zu senn glaubte, ob, den Irrthum, aus welchem er hervorgegangen war, auszubeden und auf die Ausbedung des Beschlusses selbst anzutragen.

Die Großherzoglich, heffische Regierung durfte — wenn sie ihre Zuziehung zum Pros cesse, mochte diese von Seiten der Badischen oder Baierischen Regierung oder von Seiten des Gerichts verlangt werden, ohne zur Wahl des Gerichts mitgewirft zu haben, für unzulässig hielt — da nicht schweigen, wo sie hatte reden sollen, wozu bis zu der erst in der Sitzung abgegebenen Baierischen und Badischen Erklarung Zeit genug war.

Run ist der Fall, daß die Zuziehung der Großherzoglich Defischen Regierung zu dem Rechtsstreite für nothig erachtet wurde, ein Fall, der in dem Commissionsvortrage als ein möglicher vorgesehen wurde, wirklich eingetreten, indem das Austrägalgericht (Prot. d. B. B. v. J. 1822 S. 524) ausdrücklich sagt?

« Wenn nun, nach dem Befdluffe der boben Bundesversammlung vom 26. (foll wohl beiffen 19.) Januar 1821, gur Enticheibung ber Austragalinftang bie zwischen mehreren Bundesgliedern ftreitige Borfrage, welches berfelben eine Korberung von Privatpersonen zu befriedigen habe, verwiesen ift; so muffen wir bes ehrerbietigen Dafürhaltens fenn, daß unter biefen Bundesgliedern fammtliche gegenwartige Besitzer ber vormaligen Dieffeitigen Rheinpfalz begriffen find, weil . Derjenige Streit, durch welchen Die Befriedigung der Rheinpfalgischen Glaubiger hit. D bisber aufgehalten ift, Die Frage jum Gegenstande bat, ob die bier fragliche Schuld als eine allein auf ber Dieffeitigen Rheinpfalz haftende Schuld betrachtet und baher von ben Besitzern der Rheinpfalz vertreten werden muffe, oder ob folde auf der Meinpfalz und ben übrigen damaligen Baierifchen Provinzen hafte, und Die Rrone Baiern folglich bazu zu concurriren verbunden fen? Ueber Diefe Frage au ertennen und die ftreitige Berbindlichfeit, fen es gang ober theilmeife, reinem ber babei bethotligten Bundesglieder befinitiv aufzulegen, muffen wir billig. Bedenten finden, fo lange nicht alle berheiligte Bundenglieder zu dem Proceffe jugezogen find, und ihnen badurch Ge-1 legenheit gegeben ist, ihre Rechte zu vertheibigen .

Bie bringend nothwendig das Gericht die Beiziehung ber Großherzoglich Seffischen Regierung erachtet, geht auch noch aus der Stelle seines Schreibens vom 6. Migi 1822 hervor, wo es sagt: « Selbst wenn es als möglich gedacht worden konnte, die streitige Vorfrage fur's erste nur zwischen dem Großherzogthume Baden und der Krone Baiern zu entscheiden, wurden die Gläubiger dadurch ihrem Ziele um nichts naher ges bracht werden ».

Das Gericht halt es bemnach für nothwendig, « baß, vor allem weitern Verfahren, « zuvor bas Großherzogthum heffen veranlaßt werde, an dem vor ihm eingeleiteten Aus« traqalverfahren als betheiligtes Bundesglied Theil zu nehmen ».

Nach der diesseitigen Unsicht ist daher die Großherzoglich Sessische Regierung allers bings verpflichtet, an dem zwischen Baiern, Baden und Nassau eingeleiteten Berfahren auf irgend eine Urt, welche eine Unerkennung der ergehenden austrägalrichterlichen Entsscheidung zur Folge hat, Theil zu nehmen.

It diese Unsicht auch bestritten, so ist doch noch nicht ausgemacht, ob sie nicht von der Mehrzahl der Stimmenden getheilt wird; jedenfalls aber nimmt sie eine durchgreifende Prufung in Unspruch, vor deren Beendigung diese hohe Versammlung schwerlich auf die Erfullung der, von der Großherzoglich Sessischen Regierung gemachten, ihrem besondern und dem allgemeinen Interesse ganz fremden Bedingung einzugehen gemeint senn durfte.

Die Roniglich : Burtembergische Gesandtschaft tragt baber barauf an, zu beschlieffen:

- I. Da in der Erklarung der Großherzoglich Sessischen Regierung auf das zwischen Baiern, Baden und Nassau kunftig zu fällende Erkenntniß dergestalt compromittirt wird, daß der Inhalt desselben mittelbar auch über ihre eigene Betheiligung an dem Streitgegenstande entscheiden soll, und da dieses ihr Compromiß zu einem klaren, die Borfrage des vor dem Oberappellationsgerichte zu Celle eingeleiteten Rechtsstreits vollkommen erschöpfenden Resultate führt; so wird diese Erklarung um so dankbarer angenommen, als die Frage, ob die Großherzoglich Sessische Regierung, nachdem sie weder bei dem Versuche der Güte, noch bei der Bereinbarung über die Austrägalinstanz concurrirt hatte, zu einer Theilnahme an diesem Rechtsstreite vor jener Austrägalinstanz verpflichtet sen, allerdings als eine zur Zeit noch zweiselhafte betrachtet werden muß.
- II. Die Roniglich: Baierische Gesandtschaft wird ersucht, fich bei ihrem allerhochsten Sofe dahin zu verwenden, daß die von dem Großberzoglich-heffischen hofe verlangte Erklarung, sich die, in dem Großberzoglich heffischen Compromisk auf basifunftige Erkenntniß der Austrägalinstanz liegende, ausgedehntere Anwendung jenes austräs galrichterlichen Erkenntnisses ebenfalls gefallen zu lassen, sobald als moglich, und

noch mahrend ber bevorstehenden Bertagung, anhero abgegeben werde, damit bann, nachdem, fur ben Fall der willfahrigen Erklarung Baierns,

- III. ber fragliche Incidentpunct als erledigt erachtet wurde, dem Austrägalgerichte von ben anwesenden Mitgliedern der Bundesversammlung die communicirten Acten übersendet, und ihm überlassen werden konne, auf weiteres Verfahren zwischen Baiern, Baden und Nassau zu erkennen, indem sich hieraus die endliche Beantwortung der Borfrage auch in Ansehung der Großherzoglich, Desigiehen Regierung von selbst ergeben werde.
- IV: Endlich aber ift ber gegenwartige specielle Fall der besondern Aufmerksamkeit der Commission zur Revision des Beschlusses vom 16. Juni 1817 zu dem Ende zu empfehlen, um zu begutachten, wie, für fünftige Falle, Zweifeln der vorliegenden Art durch nabere Bestimmung vorzubeugen senn durfte.

Sollte aber, gegen alle Wahrscheinlichkeit, der Inhalt dieses Beschlusses der Großherzogs lich heffischen Regierung nicht befriedigend erscheinen, und sollte diese hohe Versammlung vorziehen, auf einem andern Wege dassenige herbeizuführen, was das Austrägalgericht für nothwendig erklart hat; so behalt sich die Konigliche Gesandtschaft vor, die Grunde nachsträglich zu entwickeln, aus welchen sie sich dem Antrage des Großherzoglichs und Herzogs lich Sächsischen Herrn Gesandten — welcher auf Nachholung deßzenigen, was aus angesführten Grunden unterlassen wurde, gerichtet ist — anzuschliesen gedrungen sieht.

Baben: enthalte fich ber Abstimmung.

Rurheffen. Mit der von den beiden herren Referenten geausserten Unsicht, daß der Großberzoglich hessischen Regierung nach strengem Rechte nicht zugemuthet werden konne, sich vor dem Oberappellationsgerichte zu Telle einzulassen, diese Einlassung gleichwohl zur Entscheidung des diesem Gerichte zugewiesenen Rechtsstreits nothwendig sen, vermag ich für meine Person mich nicht zu vereinigen. Vielmehr bin ich des Dafürhaltens, daß

- 1) die von dem erwähnten Austrägalgericht gewünschte Theilnahme der Großberzoglich' Beffischen Regierung zur Entscheidung der ftreitigen Borfrage nicht schlechterdings nothwendig fen, und
- 2) daß diese Theilnahme der hochgedachten Regierung allerdings angesonnen werden könne, falls sie nicht dem Prajudiz sich aussetzen will, daß sie mit den ihr etwa zu Gebote stehenden Einreden nicht weiter gehort, sondern in contumaciam ver: urtheilt werde.

3ch begrunde biefe Unficht folgendermaßen :

1) Die Urfache, weswegen bas Austrägalgericht Die Theilnahme munscht, ift: weil es über Die ihm zur Entscheidung überwiesene streitige Borfrage: ob Die bier fragliche Schuld als eine allein auf der dieffeitigen Rheinpfalz haftende Schuld bestrachtet und daher von den Besitzern der Rheinpfalz vertreten werden muffe, oder ob solche auf der Rheinpfalz und den übrigen damaligen Baierischen Provinzen hafte, und die Krone Baiern folglich dazu zu concurriren verbunden sen? zu erkennen und die streitige Verbindlichkeit, sen es ganz oder theilweise, einem der dabei betheiligten Bundesglieder definitiv aufzulegen Vedenken trägt, so lange nicht alle dabei betheiligten Vundesglieder zu dem Processe gezogen seven, und ihnen dadurch Gelegenheit gegeben sen, ihre Rechte zu vertheibigen.

Das Austrägalgericht zieht also seine Competenz, über die streitige Borfrage zu erstennen, gar nicht in Zweifel; es trägt nur Bedenken, solches zu thun, ohne allen Betheis ligten Gelegenheit gegeben zu haben, ihre Rechte zu vertheidigen. Einzig und allein zum Bortheil der Großherzoglich Hessischen Regierung wünscht es mithin deren Theilnahme. Will diese von dem Anerbieten keinen Gebrauch machen, so hangt das allerdings von ihrem Ermessen ab: denn beneficia nemini obtruduntur. Dadurch kann aber die Entscheidung des Streits in allen Haupt und Nebenpuncten nicht gehindert werden. Bon der Rothewendigkeit der Theilnahme der Großherzoglich Hessischen Regierung zur Entscheidung des Streits sagt das Schreiben des Austrägalgerichts nichts. Durch die zwischen Baiern und Baden gewechselten Schriften wird das Gericht in den Stand gesetzt werden, das Urstheil zu fällen, und die Großherzoglich Hessischen Regierung wird es sich nur selbst zuzussschreiben haben, wenn das Gericht auf die Gründe, welche sie gegen Baiern anzuführen vielleicht zweckmässig fände, keine Rücksicht nehmen kann.

- 2) Der Grund, warum das Austrägalgericht die Abeitirung nicht traft richterlichen Amts verfügt hat, liegt, nach seinen eigenen Ausdrücken, darin, daß eine officielle Aensserung ber Großherzoglich: hessischen Regierung in den Acten liege, wie sie sich nicht verbunden erachte, der austrägalrichterlichen Verhandlung und Entscheidung einer Sache sich zu unterwerfen, bevor nicht von der Bundesversammlung die Vermittlung zwar versucht, aber fruchtlos geblieben sen. hieraus ergiebt sich
 - a) daß bas Gericht Adcitationen im Allgemeinen fur zuläffig erachtet;
 - b) daß es fich fur durchaus competent halt, die streitige Borfrage auch rudsichtlich bes Großherzogthums heffen verbindend zu entscheiden, und nur
 - e) ein Bedenken dabei fand, daß zwischen Baiern und heffen noch keine gutliche Ausgleichung versucht worden ware.

Es läßt sich nämlich, nach einmal zwischen Baben, hessen und Nassau vereinbarten Beitragsverhaltnissen zu allen Lasten ber diesseitigen Rheinpfalz, wenn auch nicht als wahr: scheinlich, doch als möglich benten, daß, pro rata der auf hessen fallenden Quote, ein gut:

liches Einverständniß zwischen Baiern und heffen zu Stande komme. Gesetzt, die Großherzoglich heffische Regierung hatte die innere Ueberzeugung, daß die Besitzer der Rheins
pfalz von den in Frage stehenden Anlehen mehr als $27\frac{1}{2}$ Procent, wie das Badische Fis
nanzministerium im Jahre 1807 berechnete, z. B. 60 Procent, zu übernehmen schuldig seyen;
gesetzt ferner, daß Baiern die Ueberzeugung hatte, zwar nicht $72\frac{1}{2}$ Procent allein, doch
einen nahmhaften Theil übernehmen zu mussen, so wurde nichts im Bege stehen, daß
Baiern und hessen, beiderseits besorgend, in mehr verurtheilt zu werden, sich über eine in
der Mitte liegende Summe noch jetzt vereinigten; oder daß sie übereinkamen, so weit es
sie angienge, die Forderungen, welche die Besitzer der Rheinpfalz wegen des Anlehens lit. D
an Baiern machen, gegen die Forderungen, welche Baiern aus andern Gründen an die
Besützer der Rheinpfalz macht, zu compensiren.

Gine solche gutliche Auseinandersetzung hatte bas Gericht im Ginne; ihr wollte und konnte es nicht vorgreifen, und ein Bersuch, sie zu Stande zu bringen, wird, falls bie Großherzoglich Sessische Regierung darauf besteht, noch jetzt nachgeholt werden können, uns geachtet davon ein gunstiger Erfolg schwerlich zu erwarten ist.

- 3) Von dem neuerdings Großberzoglich, Hessischer Seits angesubrten Grunde gegen die Berbindlichkeit der Erkenntnisse des Oberappellationsgerichts zu Celle, weil man nams lich zu bessen Wahl nicht concurrirt habe, hatte das erwähnte Gericht wohl keine Ahndung, und konnte auch wohl keine haben. Nicht in Folge einer Beschwerde eines Bundesstaates gegen einen andern, sondern auf Anrusen der Privatgläubiger ist nach Art. 30 der Wiener Schlußacte die Entscheidung der streitigen Vorfrage dem mehrerwähnten Gerichte übertragen worden, und sehr richtig sagt es, daß eine Entscheidung unter nicht allen betheiligten Bundesgliedern dem Sinne und Zwecke des Artikels 30 nicht entspreche, ja daß es nicht einmal als möglich gedacht werden könne, die streitige Vorfrage für's erste nur zwischen Baden und Baiern zu entscheiden; denn es ist hier von keinem Streite zwischen Baiern und Baden, sondern zwischen Baiern und den Bestsern der Rheinpfalz die Rede, wozu Hessen mit gehort. Daß dieser überhaupt, und daß er von dem Oberappellationsgerichte zu Celle entschieden werde, darauf haben die Gläubiger ein wohlerworbenes Recht, welches die Großberzoglich Hessische Regierung, wie ich zuversichtlich hosse, ihnen nicht wird nehe men wollen, und nach meiner Ueberzeugung nicht wird nehmen können.
- 4) Db die Lehre von der Adcitation überhaupt eine richtige oder unrichtige sep, kann bahin gestellt bleiben. Sie ist einmal von vielen Rechtslehrern und vielen Gerichten als richtig angenommen; namentlich muß das Oberappellationsgericht in Celle sie für richtig halten, denn es wurde sonst nicht haben sagen konnen: es trage Bedenken, kraft richter lichen Amts die Aufforderung zu verfügen, weil noch kein Guteversuch gemacht sen; son

vern es wurde haben als Grund angeben muffen, weil es überhaupt eine Abeitation nicht für begründet halte. Wenn aber auch das Gericht im Allgemeinen eine Abeitrung nicht für zuläffig hielte, so mußte es doch in dem vorliegenden Falle sie zuläffig halten, denn in den Beweggründen, warum die Commission und, auf ihren Antrag, auch die Bundesversammlung, die Aufforderung Hessens, an den Verhandlungen Theil zu nehmen, nicht für nothwendig hielt, besindet sich auch ganz ausdrücklich, daß das Austrägalgericht solche einleiten könne, wenn es sie für nothig halte. Da mein verehrter College, der Freiherr von Wangenheim ausgeführt hat, daß die Commission und die Bundesversammlung bei dies ser Ansicht in optima siede waren, so brauche ich hier nichts weiter darüber zu sagen, sondern bemerke nur, daß ich dem Resultate seiner Ausschlussung vollkommen beitrete, daß nämlich die Großherzogliche Regierung, durch ihr damaliges Stillschweigen, die Competenz deßienigen Oberappellationsgerichts, über welches Baiern und Baden sich vereinigen würden, auch hinsichtlich seines Antheils an der Rheinpfalz die streitigen Vorfragen desinitiv zu entscheiden anerkannt habe.

5) Es bleibt mir aber noch übrig, dem Einwande zu begegnen, daß die Adcitirung eines Bundesgliedes vor ein Gericht, zu dessen Wahl es nicht concurrirt habe, durchaus gesetwidrig sen. Ware dieses wirklich der Fall, so mochte das vorerwähnte Stillschweigen der Großberzoglich, Hessischen Regierung nicht zum Nachtheile gereichen: denn wo gesetzliche Bestimmungen vorliegen, da kann die Unterlassung der ausdrücklichen Berufung darauf keinen Schaden bringen. Allein gerade aus der Geschichte der Entstehung des Gesetzes, worauf man sich beruft, läßt sich, glaube ich, mit Evidenz beweisen, daß es nur bei Streistigkeiten mehrerer Bundesglieder unter einander, nicht aber bei Processen, welche nach dem Artikel 30 der Schlußacte zur austrägalrichterlichen Entscheidung gebracht werden, Anwens dung leide.

Berfolgt man namlich den Gang der Wiener Ministerial: Conferenzen, so ergiebt sich ersten 8, daß der 30. Urtikel der Schlußacte aus dem Gutachten des ersten Ausschusses über die Competenz der Bundesversammlung, dagegen die sämmtlichen Urtikel in Betreff der Austrägalinstanz, welche in der 33. Sigung definitiv ajustirt und durch Bundesbeschluß vom 3. August 1820 zum Bundesgesetz erhoben wurden, aus dem Gutachten des eigends dazu gewählten dritten Ausschusses hervorgiengen. Sodann ist

zweitens wohl zu bemerken, daß in der ersten, zweiten und dritten Redaction dieser Artikel allezeit nur von Streitigkeiten von Bundesgliedern unter einander, welche zufolge des 11. Artikels der Bundesacte angebracht werden, die Rede war, niemals aber von dem Verfahren bei Beschwerden, welche in Folge des Artikels 30 der Schlußacte zur Austrägalentscheidung gebracht werden.

Dergleichen Rechtsstreite erfordern ihrer Ratur nach eine ganz andere Behandlung, und es sind manche Anordnungen des Beschlusses vom 16. Juni 1817, und der durch Beschluss vom 3. August 1820 adoptirten Artikel, darauf gar nicht anwendbar, so daß sich schon daraus die dringende Vermuthung schöpfen läßt, daß man an dergleichen Rechtsstreite bei der Discussion über die Antrage des dritten Ausschusses im Allgemeinen nicht dachte. Den trift tigsten Beweis, daß die Wiener Ministerial Conferenz damals, als sie, auf die Erinnerung der Hannoverischen Herren Bewollmächtigten, die Worte «oder ausgefordert» wegzulassen, beschloß, und damit die Unstatthaftigkeit der Adcitirung aussprach, lediglich Streitigkeiten zweier oder mehrerer Bundesglieder unter einander im Sinne hatte, liefern aber

drittens die Motive, welche der Ausschuß in der 20. Sigung anführte, und in dem Bortrage des Herrn Grafen von Beuft (Seite 600) wortlich excerpirt sind, nas mentlich die Worte:

Die Rechte berer aber, welche fonft eine Abcitation verlangen tonnten, laffen fichtheils burch Ginreben, theils burch eine Litis Denunciation verwahren.

hier-find zwei Falle suppopirt:

- a) entweder, daß ein Bundesstaat wegen einer mit anderen Bundesstaaten gemeins schaftlichen, aber theilbaren Berbindlichkeit, die aber nicht Correals Berbindlichkeit ift, verklagt wird; dann kann er sich durch die Einrede schüßen, daß er nur pro parte zu Recht zu stehen habe, und die übrigen Mitschuldner besonders zu belangen seven;
- b) oder daß ein Bundesstaat wegen eines Gegenstandes verklagt wird, westwegen ihm ein anderer als correus oder als auctor Eviction zu leisten hat; dann denunciirt er diesem litem, und sichert sich dadurch den Regres, falls der Denunciat sich eins zulassen weigert.

Run frage ich: paßt dieses auf Streitigkeiten, welche in Folge des Art. 30 der Schluß, acte zur Entscheidung gebracht werden? Ronnen die Privatgläubiger, die, selbst wenn sie als Intervenienten zugelassen wurden, doch allezeit nur Rläger sind, sich mit Einreden helsen? Ronnen sie einem Bundesstaate litem benunciiren? Gewiß keines von Beiden. Wie läßt sich also annehmen, daß man Streitigkeiten in Folge des 30. Art. im Sinne gehabt habe? Wie läßt sich folgern, daß, weil in Streitigkeiten zweier Bundesglieder unter einander die Abeitation eines dritten nicht für zulässig erachtet worden, solche auch in einem Rechtsstreite nach dem Art. 30 der Schlußacte nicht statt haben konne? Zwei Bundesglieder, welche aus dem Art. 30 in Anspruch genommen wären, konnten ja dann die Mitverbindlichkeit eines dritten absichtlich verschweigen, um die Entscheidung des Streits in die Länge zu ziehen. Zum Bortheil der bei zweiselhaften Berbindlichkeiten unschuldig leidenden Privatpersonen ist der Art. 30 gemacht,

und es liegt gewiß im Berufe ber Bundesversammlung, benfelben nicht bloß ben Worten, fonbern auch dem Sinne und Geifte nach aufrecht zu erhalten.

Durch die so eben vernommene Großherzoglich Deffische Erklarung wird übrigens eine Discuffion über die Zulässigkeit oder Richtzulässigkeit der Adeitation dermalen ganz überflussig. Deswegen stimme ich Namens meines allerznädigsten herrn dafür, daß diese Erklarung danksbar anzuerkennen und der Beschluß im Besentlichen so zu fassen ware, wie er von Burtems berg vorzeschlagen worden ist.

Danemart, wegen Solftein und Lauenburg: wie Konigreich Sachsen und Sannover.

Rieberlande, wegen bes Großherzogthums Luxemburg: wie Desterreich und Ronigreich Sachsen.

Großherzogthum und Berzogthumer Gachfen: wie Desterreich und Ronige reich Gachfen.

Braunschweig und Raffau. Da die erste Bedingung, welche die Großherzoge lich Heffische Regierung unterstelle, nicht vorliege, so conformire sich Braunschweig und Raffau der Koniglich Sannoverischen und Koniglich Sachsischen Abstimmung.

Medlenburg: Schwerin und Medlenburg: Strelig: wie Ronigreich Sachsen und hannover.

Solftein: Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg: wie Desterreich und Ronigreich Sachsen.

Sobenzollern, Liechtenstein, Reuß, Schaumburg. Lippe, Lippe und Balbed: wie Desterreich.

Die freien Stadte, Lubed, Frankfurt, Bremen und Samburg: ebenfalls, und burfte die eigentliche Frage megen ber Abcitation auf ber tunftigen Gefetgebung beruben.

Großherzogthum heffen. Das Interesse, bas diese hohe Versammlung baran, baß heffen in Gemaßheit ber kunftigen Entscheidung in Celle handeln moge, haben kann, ist unmöglich ein anderes, als baldigste Befriedigung ber Glaubiger ohne allen Aufenthalt. Diesem Interesse huldigt heffen, indem es sich bereit erklart, das kunftige Erkenntniß zwischen Baiern und Baden eben so zu betrachten, als wenn es auch in Ansehung Baierns und heffens ertheilt worden ware.

Daß heffen diese Erklarung durch dieselbe Bereitwilligkeit Baierns bedingt, ist febr naturlich, indem es sonst bei einem Erkenntniß gegen Baden zahlen mußte, ohne bei einem Erkenntniß gegen Baiern liberirt zu seyn.

Daß heffen aber verlangt, das Gericht moge nur zwischen Baiern und Baben, b. h. in Ansehung der von Baden, einschließlich Raffau's beseffenen Theile der Rheinpfalz

rechten Rheinufers, erkennen; daß Heffen lediglich unter biefer Boraussetzung jene Erklarung giebt, und an folche nur unter diefer Boraussetzung sich gebunden erachtet, dazu ist heffen ebenfalls berechtigt, und auf diefem Rechte zu bestehen ist es seiner eigenen Burde, wie der seiner Mitverbundeten schuldig.

Daß heffen hierzu berechtigt ift, bas beißt, daß der bestehende Austragalgerichtshof zu Celle ohne Zustimmung heffens über feine Theilnahme an den fraglichen Schulden nicht entscheiden darf, last sich leicht erweisen.

heffen hat an allen wefentlichen Theilen der bundesgesetzmäfigen Ginleitung zu diesem Austrägalverfahren felbst keinen Theil genommen. Es konnte baber nur durch einen Beschluß

- I) des Gerichte, oder
- II) ber Bundesversammlung bazu veranlagt werben.

1) bes Gerichts.

Daß Abeitationen überhaupt im deutschen gemeinen Processe ein Unding sind, auf tein Gesetz gestützt, das ist so ziemlich ohne Ausnahme von allen bewährten neuern Processualisten (namentlich dem Sachwalter der Gläubiger Lit. D) anerkannt, wie auch Seite 599. des Commissionsvortrags richtig angeführt ist. — Wäre aber auch hierüber dadurch, daß vielleicht manches Gericht seine alte Praxis noch immer befolgt, ein Zweisel im ger wöhnlichen Civil. Processe gedenkbar, so fällt er doch bei dem Austrägalverfahren, nach deutlicher Vorschrift des Beschlusses vom 3. August 1820, hinweg, wie Seite 600 von dem einen Herrn Referenten vollständig ausgeführt ist.

Man hat zwar bagegen bezweifelt, ob dieser Beschluß auch von den durch Art. 30 der Schlußacte veranlaßten Austrägalinstanzen gelte. Allein dieser Zweifel verschwindet sicherlich, wenn man erwägt, daß eine Verschiedenheit des Verfahrens nach Verschiedenheit der Veranlassung einer Austrägalinstanz nirgends vorgeschrieben ist, daß im Gegentheil dieser Art. 30 lediglich, nach vergeblichem Versuch gutlicher Ausgleichung, Veranlassung eis ner Austrägalinstanz unbedingt gebietet, die mithin an die Bedingungen einer seden Aussträgalinstanz, wovon im Art. 21 die Rede, gebunden ist. Der erwähnte Art. 3 des Beschlussses vom 3. August 1820 spricht auch ganz allgemein von einem Rechtsstreite unter Bundessstaaten, von einem Austrägalgerichte, ohne die Veranlassung dazu im Geringsten zu unsterscheiden.

Was endlich bie, in auch vorgekommener Aeusserung bes Kurhessischen herrn Gesand, ten erwähnten, Seite 600 abgedruckten Motive bes Wiener Ausschußvortrags betrifft, und ben baraus abgeleiteten Beweis, daß man bei ben Wiener Beschlussen nur an das burch Streitigkeiten ber Bundesglieder veranlagte Austrägalverfahren gedacht habe; so be-

ruht dieß Argument auf einer offenbaren, leicht darzulegenden Berwechselung. Man sagt namlich, der Bortrag gedenkt der Möglichkeit, die Rechte derer, welche sonst eine Adcitation verlangen könnten, theils durch Einreden, theils durch Litis: Denunciation zu verwahren — oa aber die Privatgläubiger weder Einreden, noch Litis: Denunciation vorbringen können, so sehe man, daß hier an eine durch Privatgläubiger veranlaßte Austrägalinstanz nicht ges dacht wurde.

Allein, wo steht benn, daß unter benjenigen, die sonft eine Adcitation verlangen konnten, die Privatgläubiger gemeint sepen? Die Bundesglieder felbst, unter benen die Austrägalinstanz verhandelt wird, sind hier gemeint, wie ja auch in den angeführten Motiven, in der (Seite 600) abgedruckten Stelle, der principaliter litigantes Erwähnung geschieht, und daß ein jeder principaliter litigans in den Fall, die angeführte Einrede oder Litis. Denunciation vorzutragen, kommen konne, ist klar. Bo waren denn die Borschriften über das Verfahren bei den durch den Art. 30 der Schlußacte veranlaßten Austrägalinstanzen, wenn sie nicht in den Borschriften über das Verfahren bei den Austrägalinstanzen übershaupt enthalten waren?

Ein Austrägalgericht ist baher zu einer Abeitation nicht berechtigt, und Seffen wurde, erfolgte eine folche gegen dasselbe, sie sicherlich eben so wenig befolgen, als irgend ein Constumacialurtheil in biefer Sache.

Man hat dagegen noch für den vorliegenden Fall eine Stelle des Commissionsvorztrags (Seite 592) eingewendet. Allein für's erste ist es ein bekannter Grundsatz der bundestäglichen Praxis, daß die Zustimmung zu Commissionsantragen keineswegs eine Bils ligung aller und jeder Aeusserungen und Motive im Commissionsvortrage enthalt. Ausserzdem aber hatte Hessen um so weniger Grund, gegen diese Stelle etwas einzuwenden, da es noch jetzo gar nichts gegen solche einwendet. Sie sagt ja weiter gar nichts, als daß es stets sowohl Baiern, Baden und dem Austrägalgerichte, als hessen frei bleiben werde, die Zuziehung der Hessischen Regierung einzuleiten. Daß aber eine solche Zuziehung nicht auf gesetzwidige Weise geschehen, sondern nur, mit den gesetzlichen Requissten versehen, zu einem von der einleitenden Seite gewünschten Resultate kommen könne, versteht sich doch wohl von selbst. So z. B. würde, wenn Hessen seine Zuziehung verlangt hätte, bieses doch kein unbedingtes Recht darauf gehabt, sondern seinen Wunsch nur dann realisstrt gesehen haben, wenn

- 1) Baiern damit fich einverstanden erklart hatte, indem dieses ohne vorherigen Bers fuch gutlicher Bermittlung boch bazu nicht verbunden gewesen mare, und wenn
- 2) das Gericht eine wesentliche Berbindung der Rechtsverhaltniffe heffens mit dem anhängigen Rechtsstreite erkannt batte; indem dieß ber Urt. 3 ausbrucklich voraussetzt.

So wenig nun Baiern, trot dieser Stelle des Commissionsberichts, in Ermangelung dieser Boraussetzungen, genothigt gewesen ware, eine heffische verlangte Zuziehung zuzu lassen, eben so wenig kann hessen, so gewiß es in seine Zuziehung, wenn sie von anderer Seite verlangt wird, einwilligen kann, dazu gegen seinen Willen genothigt werden, weil Vermittlungsversuch und Möglichkeit einer Theilnahme an der Wahl des Gerichts wesenteliche Voraussetzungen jeder Verpflichtung zur Austrägalinstanz sind — abgesehen davon, daß nur das Gericht diese Zuziehung jeto wunscht, während der Commissionsvortrag in seinen Worten.

«fowohl den lettgedachten beiden Regierungen und dem Austrägalgerichte, als der Großberzoglich Seffischen Regierung 2c. » Deutlich aussprach, daß dieser Wunsch der Zuziehung, wenn er nicht von Bessen ausgehe, von Baiern und Baden und dem Gerichte vereint ausgehen musse.

II) ber Bunbesverfammlung.

Daß die Bundesversammlung nur nach den bestehenden Bundesgesetzen ihre Ansichten aussprechen konne, daß sie vorzüglich als Wächterin der Bundesgesetzgebung dazu berufen sen, ist gewiß.

Nun ist es aber unumstößlich flar, daß die Bundesgesetze einen Bundesstaat nur als dann zur Austrägalinstanz verpflichten, wenn Bermittlungsversuch und Möglichkeit einer Theilnahme an der Bahl bes Gerichts vorangegangen ist. Diese beiden Borbedinguns gen jeder Austrägalinstanz sind aber im vorliegenden Falle für Hessen keineswegs eingetresten, so wie auch hessen von den zwischen Baiern und Baden 1820 gepflogenen Verhands lungen durchaus nichts weis.

Wie konnte aber die Bundesversammlung rechtlicher Beise hessen zur Theilnahme gegen bessen freien Billen veranlassen wollen? Rur so weit von dem Streite zwischen Baiern einerseits und Baden mit Nassau anderseits die Rede ist, hat sie die Entscheidung an den Austrägalgerichtshof verwiesen, (indem die wesentlichen Borbedingungen der Austrägalinstanz für hessen sehlten) und daß sie nur in dieser hinsicht die Entscheidung dahin verwiesen hat, ift ganz mit Recht geschehen.

Denn das ganze Berfahren wurde ja, wie der §. 19 des Commissionsvortrags wieder anführt, durch eine alternative Bitte der Glaubiger veranlaßt, gerichtet, entweder gegen Baden auf fernere Zinsenentrichtung, auch Capitalzahlung salvo regressu, als alleinigen Besitzer der Specialhppothek, oder gegen die vier Theilhaber der Rheinpfalz auf Capitalabtrag (f. Prot. XIV. von 1817 Beil. Seite 123 — Ziegler, der gleichzeitig bat, bat nur gegen Baden).

Es bing mithin lediglich von bem Ermeffen ber Bunbesversammlung ab, welch er alternativen Bitte fie Gebor geben wolle, ob ber nur gegen Baben, als alle inigen Befiger ber Specialhypothet, ober ber gegen bie vier Theilbiter ber Rheimfala gerichteten. Unfangs murben Die Befchluffe an Die Gefandten fammtlicher betbeiligten Sofe gerichtet, und bas mit Recht, um bemnachst nach ben Umftanden ben einen ober ben anbern ber beiden alternativ erbetenen Wege betreten zu konnen; und biefer Doglichkeit zu entsprechen, erflatte fich Beffen bereit. Spaterbin, vom Unfange bes Rabres 1818 an. murben aber alle Berhandlungen nur zwischen Baiern und Baden fortgefett, mitbin ber ju Erfüllung bes erften, nur gegen Baben gerichteten, Theils ber alternativen Bitte fub rende Beg eingeschlagen, ohne Zweifel aus mohl begrundetem Intereffe fur Die Glaubiger und aus dem febr richtigen Gefichtspuncte, bag ein Bermittlungsversuch und noch mehr ein gerichtliches Berfahren felbst weit ichneller, mitbin fur Die Glaubiger weit vortheilbafter amischen amei Bundesgliedern verhandelt wird, als wenn auf Giner Geite drei daran Theil nehmen : und heffen bat burch feine vorige Erklarung erwiefen, bag man zu ihm wohl bas Butrauen haben konnte, es werde nach entschiedenem Streite zwischen ben Sauptintereffenten die vollständige Erledigung obne ben allergeringsten Aufschub eintréten laffen.

Die Bundesversammlung hat also ben ersten Theil der alternativen Bitte, welcher gegen Baben ale alleinigen Befiger ber Specialhppothet gerichtet ift, berucksichtigt, mithin ben zwischen Baben und Baiern vorliegenden Streit an bas Austragalgericht gewiesen. Dag bas Gericht bennoch nicht barauf beschränkt ift, Die Qualität Babens als Besigers ber Specialhypothet zu erwagen, sondern befinitiv über bas gange Berbaltniß erkennen fann, ift nur Folge bavon, bag Baben bei bem Austragalgerichte bierauf angetragen bat, und Baiern hierauf eingegangen ift. Es verfteht fich aber von felbit, bag Das Gericht hieruber boch nur in Unfehung berjenigen Intereffenten erkennen fann. in Unsehung welcher Dieser Begenstand an es verwiesen wurde (einschließlich bes freiwillig . beigetretenen Raffau's), mithin nicht in Unsehung Seffens; Dieses fann mithin um so menie ger veranlagt werben, jenem Berfahren beizutreten, ba ber Gegenstand, wegen beffen eigent lich bas Austragalverfahren eröffnet wurde, (namlich ob Baben als alleiniger Befiger ber Specialhypothet vorlaufig gablen muffe) heffen gang fremd ift, und ba es fich wenigstens als moglich benten lagt, bag auf Die Definitive Enticheibung bes bestrittenen Berbalt: niffes durch bas Gericht zu Celle, wozu biefes, wie gefagt, nur burch freiwilligen Antrag Badens und Baierns befugt ift, beibe genannte Staaten wieder verzichteten, worauf bann Beffen, wenn es jest bem Bunfche bes Gerichts entfprechend beitrate, ohne alles und jedes Intereffe bei bem Streite fich befande.

Da nun die Bupdespersammlung, in Gemäßheit des ersten Theils der alternativen Bitte der Glaubiger, die Frage, die sich auf den Badischen alleinigen Besitz der Specials hypothet bezieht, an das Appellationsgericht gewiesen hat; da diese Frage hessen ganz fremd ist, und nur zwischen Baiern und Baden verhandelt werden kann; da mithin an dieses Gericht nur ein Streit zwischen Baiern und Baden verwiesen war: so hat es, da, in der Folge, Baiern und Baden auch die definitive Entscheidung ihm überlassen haben, und da dieser Ueberlassung Nassau beigetreten ist, hessen aber nicht beitreten will, offenbar auch die definitive Entscheidung nur zwischen Baiern, Baden und Nassau, so weit beide Letztere Rheinpfälzische Theile besitzen, zu ertheilen, nicht aber in Ansehung der Hessischen Rheinspfalzische Theile besitzen, zu ertheilen, nicht aber in Ansehung der Hessischen Rheinspfalzische nicht geschehen könne, daß hierzu der Beitritt Hessens nicht noth; wendig sen, daß der Streit, so weit er die Badisch, Rassaussche Rheinpfalz betrifft, allein entschieden werden könne, ist doch wohl unzweiselhaft.

Die Bundesversammlung ist wohl berechtigt und verpflichtet, dem Gerichte den Sinn, in welchem sie ihm diese Sache übergeben hat, zu erkennen zu geben; sie entscheidet das durch keine Rechtsfrage, sondern sie erledigt nur einen Zweifel des Gerichts über diesen Sinn, oder eigentlich nur dessen Wunsch eines Beitritts Hessens, welcher Wunsch, da Hessen nicht einwilligt, nicht zu erfüllen ist. Wenn nach dem Hessischen Antrage dem Gerichte geantwortet wird, dann erklart sich Hessen an seine Erklarung gebunden, und dann ist jedes Interesse der Gläubiger beseitigt.

Wollte die Bundesversammlung dieses nicht, so bleibt nichts übrig, als daß ein neues, eigenes, selbstständiges Austrägalversahren zwischen Baiern und heffen beginne, welchem sich naturlich heffen nicht entziehen wird, wenn die gesetzlichen Vorbedingungen erfüllt sind. Zu diesen gehort aber; daß, da weder Baiern noch heffen ein Austrägal, versahren unter sich verlangen, von Seiten der Gläubiger ein solches Verlangen aufgestellt werde. Reineswags aber tann das frühere Verlangen der Gläubiger dazu be, nutt werden, da solches alternatio war und erfüllt worden ist.

Großherzögliche Gefandischaft kann nach allem biefen ihre Antrage nur babin wiebers bolen, bag biefe bobe Berfammlung beschlieffen intige:

- a) in Anerkennung bes bundesgefetilichen Rechts bes Großberzogthums, an bem vorliegenden Verfahren in Celle keinen Theil zu nehmen, sen das dieffeitige Erbieten: . ein kunftiges Erkenntniß zwischen Baiern und Baden eben so zu betrachten, als wenn es auch ju Ansehung Bajerns und heffens ertheilt worden ware, anzunehmen,
- b) eine , bie verbindliche Kraft biefes Anerbietens bedingende, einverständliche Erklarung Baierne, durch die Ronigliche Gesandtschaft zu veranlassen, und

- c) das Austragalgericht gur Erledigung des Streits, fo weit er Baiern und Baben, mit Raffau, betrifft, anzuweisen.
- Prafibium: wolle in ber nachsten Gigung Entwurf Befchluffes vorlegen.

§. 183.

Beschäftsordnung, insbesondere die Gingaben: Commission betreffend.

Der Koniglich Baierische herr Bundestagsgefandte; Freiherr von Aretin: legt eine von der Koniglich Preufischen Bundestagsgefandtschaft unterm 6. Juni I. J. an die dermalen bestehende Reclamations Commission übergebene Note vor, worin dieselbe einige Berbesserungen in der Geschäftsführung der Eingaben Commission vorschlägt, und bes merkt hierauf:

Da die zeitliche Reclamations: Commission nur die Aufgabe bat, über die ihr zuges theilten Gingaben Bortrag zu erstatten, nicht aber Borschriften für ihr Geschäftsverfahren zu entwerfen; so kann Referent nur darauf antragen, daß dieser Borschlag an die wegen Revision der Geschäftsordnung bestehende Commission zum Mitbedacht abgegeben werde.

Damit aber etwa schon fruber, als dieselbe ihr allgemeines Gutachten erstattet, auf die, einer besonderen Aufmerksamkeit wurdigen, Antrage der Koniglich. Preussischen Gesssandtschaft geeigneter Bedacht genommen werden könne, durfte es vielleicht rathlich senn, diesen Gegenstand besonders herauszuheben, den Antrag loco dictaturae drucken zu lassen, und abgesondert zur Instructionsertheilung an die Regierungen einzusenden.

Sammtliche Stimmen vereinigten fich mit bem Untrage; baber

Beschluß:

- 1) daß viefer Borichlag an die wegen Revision ber Gefchaftsordnung bestehende Come miffion zur Berudfichtigung bei ihrem Gutachten abzugeben, abrigens aber
- 2) die Antrage der Koniglich- Preuffischen Bundestagsgesandtschaft zur abgesonderten Instructionsertheilung an die Regierungen einzusenden fenen, und daß zu bem Ende
- 3) die erwähnte Note sammt Anlage (melde diesem Protofolle unter Bahl 23 anges bogen werden) loco dictaturae bruden zu laffen ware.

§. 184.

Den gegenwärtigen Stand ber, ber Militarcommission ber beutschen Buns beeversammlung übertragenen Geschäfte betreffenb.

Der Bundestags Ausschuß in Militarangelegen beiten tragt vor': Die Militarcommiffion der hohen beutschen Bundesversammilung hat vem Bundestage Ausschuffe

in Militarfachen in einer Rote vom 22. Marz b. 3. eine Ueberficht bes Standes ber ihr übertragenen Geschäfte vorgelegt. Diese Uebersicht umfaßt folgende zwei Gegenstände:

- D die fur bas Bundesheer ju fertigenden Reglemente,
- II) die Bundesfestungen.

Bas ben erften Gegenstand betrifft, so bezieht fich ber Ausschuß bier lediglich auf seinen, in dieser Sache erstatteten, besonderen Commiffionebericht.

herigen Arbeiten, sowohl in Bezug auf die bestehenden drei Festungen Mainz, Luxemburg und Landau, als auf die zu fertigenden neuen Befestigungs, Entwurfe zur Sicherung der westlichen Grenze des deutschen Bundes. Der Ausschuß halt es für nothwendig, diese Uebersicht zur Kenntniß der hohen Bersammlung zu bringen, und derselben anmit die Note der Militarcommission mit dem Antrage vorzulegen, daß dieselbe, als zur Nachricht dienend, zu den Acten genommen werde.

Unter einhelliger Buftimmung zu bem Untrage, murbe

daß die Rote ber Militarcommission ber Bundesversammlung vom 22. Marz b. J. zur Rachricht biene, und ad acta zu legen sep.

§. 185.

Penfione, und Soulbforberung bee Oberften von Mogen. (20. Sig. §. 169 b. 3.)

Der Roniglich:Baierische herr Bundestagsgesandte, Freiherr von Aretin: macht auf die, der Reclamations. Commission mittelft Beschlusses vom 15. Juni laufenden Jahres zugestellte, Großherzoglich Badische Erflarung, die Pensionssorderung bes Obersten von Mogen betreffend, den Antrag, daß, da diese Angelegenheit bisher noch von der über das Rurs und Oberrheinische Kreisschuldens und Pensionswesen bestellten Subdelegations: Commission geführt werde, und dieselbe ihre Geschäfte noch nicht beendiget habe, auch diese Erklarung an die erwähnte Commission abgegeben werden musse; womit sammtliche Stimmen einverstanden waren, daber

das die Großberzogliche Badische Erklarung in Betreff ber Penfionsforderung bes Obersten von Mogen an die fur das Rure und Oberrheinische Rreisschuldene und Penssonesen bestellte Gubbelegations Commission abzugeben sep.

Die Forderung des Georg Friedrich Belli an die vormaligen Rure und Oberrheinischen Kreiscaffen betreffent.

(43. Sig. §. 344 v. 3. 1817.)

Ebender selbe referirt: Der im Jahre 1812 verstorbene Regierungerath Belli, Oberseinnehmer der beiden vormaligen Reichstreise Rurs und Oberrhein, habe der Rurrheinischen Rreiscasse eine baare Caution von 8,000 fl. gestellt, wovon die Zinsen seit 16. September 1806 zurückständen; er habe ferner an die Cassen beider Kreise einen Besoldungerückstand von 6,268 fl. 28 fr., und ein Capitalanlehn von 4,748 fl. mit Zinsen vom 1. April 1804 zu fordern.

Der Sohn des verstorbenen Georg Friedrich Belli hatte sich, nun unterm 22. Mai dieses Jahres (Num. 74 der Eingaben) in seinem und seiner Geschwister Namen an die hohe Bundordersammlung mit der Bitte um Berichtigung dieser Forderungen gewendet, deren Summe am Ende April laufenden Jahres nach seiner Berechnung sich auf 29,209 fl. 17 kr. belaufe, ohne Hinzurechnung eines von dem vormaligen Großherzoge von Frankfurt an das Fürstenthum Hanau überwiesenen Capitals von 1000 fl. nebst Jinsen, welche Ueberweisung jedoch vom Rurfürstenthume Hessen nicht anerkannt worden sen. Hinschlich des Capitalanlehns und der Pensionsrückstände, bescheide sich Bittsteller zwar, das Schicksal der übrigen Kreisgläubiger theilen zu müssen; hinsichtlich der Dienstraution glaube er sich aber zu dem Ansuch en berechtigt, die hohe Bundesversammlung moge die Einskitung tressen, das eine der most betheiligten Regierungen an dem Schuldenstande der vormaligen Kurrheinischen Kreiscasse die von dem verstordenen Regierungsrath Belli eingelegte baare Caution von, 8,000 fl. nebst Jinsen, vom 16. September 1806 an, vorläusig übernehme, und dieselbe bei der desinitiven Vertheilung der Kurrheinischen Kreisschulden im Ansrechnung bringe.

Da bisher sammtliche, auf das Rure und Sberrheinische Schuldenwesen Bezug habenden Reclamationen an die zur Auseinandersetzung und Liquidirung desseben im Jahre 1817 besonders niedergesetzte Subdelegations. Commission überwiesen worden wären, und diese noch keine Uebersicht dieser Angelegenheit vorgelegt habe, durch welche man über die gegens wartige Reclamation einen naheren Beschluß zu fassen in den Stand gesetzt ware; so stelle Referent den Antrag:

auch gegenwartige Borftellung an biefe Commiffion abzugeben, und fle ber befondern Berudifchtiqung berfelben gu empfehlen.

Sammtliche Gefandticaften stimmten biefem Antrage bei; baber

Befdlug:

daß die Borftellung des Georg Friedrich Belli an die zur Auseinandersetzung und Liquidirung des Rurs und Oberrheinischen Kreisschuldens und Pensionswesens niedergefette Subdelegations Commission abzugeben sen, und derselben zur besondern Berücklichtigung empfohlen werde.

§. 187.

Forderung des J. 28. Remp zu Frankfurt am Dain, wegen Lieferungen zu der ehemaligen Kurtrierischen Festung Chrenbreitstein.

(12. Gis. §. 96 d. 3.)

Ebender felbe: erftattet auf die neuesten Gingaben des hiesigen Sandelsmanns 3. 20. Remy (Rum. 75 und 84) Vortrag, und ermahnt:

In der 10. Sigung dieses Jahres (S. 86) sen auf erstatteten Vortrag ber Beschluß ge- fast worden, daß J. B. Remy ein fur allemat auf die vorigen Beschfusse verwiesen werde.

Bugleich habe man aber die Herren Bundestagsgesandten von Preussen und Nassau ersucht, Nachricht geben zu wollen, welche Resultate die Commission zu Coblenz in Besziehung auf diese Schuldforderung gehabt habe, und in welcher Lage sich gegenwartig das Ausgleichungsgeschäft befinde.

Von Seite Preuffens sen hierauf in der 12. Sitzung S. 96 erklart worden, daß, wenn auch die Forderung an und für sich bereits im Jahre 1819 als liquid allerdings anerkamt worden fen, voch die Erkedigung derselben, nach der darunter statt sindenden Zahlungs. Berbindlichkeit, noch in Verhandlung schwebe, demnach der Handelsmann Remn das Resfultat, so wie es früher von der Herzoglich-Nassausschen Regierung angezeigt worden, einstweilen noch abzuwarten habe.

Da nun der Reclamant fast mit sedem Monat seine Borstellungen bei der Bundes: versammlung erneuere; so werde er um so mehr für dermal zur Rube zu verweisen senn, als man von den betheiligten Regierungen bei der getroffenen Ginleitung von selbst erwarten durse, daß sie die Erledigung des Geschäfts beschleunigen, und dem Reclamanten zu seiner als liquid anerkannten Forderung verhelsen werden.

Unter einhelliger Zustimmung murbe hierauf

befoloffen:

ben J. B. Remp um so mehr zur Ruhe zu verweisen, als man bei ber getroffenen Einleitung von ben betheiligten Regierungen von selbst erwarten burfe, daß sie die Erles bigung des Geschäfts beschleunigen, und dem Reclamanten zu seiner als tiquid anerkannten Korderung verbelfen werden.

G. S. Bufe's Comptoirbud, erfter Theil. Brunn 1822.

Chenderfelbe: giebt Renntniß von der, ber hoben Bundesversammlung gewidmeten und berfelben (Rum. 81) eingesendeten Schrift unter bem Titel:

«Comptoirbuch, erster Theil. Erlauterte und erganzte Darstellung der in den Comptoirtafeln verglichenen europäischen Munz, Maaß, und Gewichtsverhaltnisse; nebst einer turzen Uebersicht der auser, europäischen Berth, und Baaren, Maaße. gr. 4. Brunn, bei Trafler, 1822 ».

und führt an:

In der Zueignung auffere der Verfasser den Bunsch, es mochte sein Bert — deutschen Fleiß und guten Billen beurkundend — kein unwurdiges Opfer auf dem Altare des deuts schen Vaterlandes, besonders aber das über ein allgemeines Maaßspstem vorgeredete Wort, der hohen Beachtung seiner erhabenen Regenten, und ihrer erleuchteten Stellvertreter nicht ganz unwurdig befunden werden.

In der Vorrede entwidle der Verfasser, nachdem er den Zwed und die Quellen dieses Wertes naber angebe, die Nothwendigkeit einer allgemeinen Maaß, Revision, stelle eine Grundlage zur Bildung eines allgemeinen Maaßspstems auf, und schliesse mit Vorschlagen zur provisorischen Ginführung eines, auf diese Grundlage errichteten, allgemeinen Maaßspstems in Deutschland.

Das Werk selbst enthalte, nach Borausschickung einer allgemeinen Maaßkunde über Werthmaaße (Munzsuß), Raummaaße, Gewichtmaaße, Stud's oder Zahlmaaße, und Zeits maaße, eine, mit ausserordentlichem Fleiß verfaßte, vergleichende Zusammenstellung der europäischen und zum Theil auch ausser europäischen Munzs, Maaß und Gewichts Systeme, bei welcher man vielleicht nur die Angabe der neuesten, in einigen Staaten vorgenommenen Veranderungen in Munzverhaltnissen vermisse, welche der Verfasser in dem nachsten Theile nachzutragen wohl nicht versäumen werde.

Dieses Werk sew daher nicht bloß fur den Raufmann von großen practischem Rugen, sondern biete auch dem Staatsmann vielseitige Ansichten und Materialien über diese wichtigen Gegenstände dar.

Referent glaube baber den Antrag dabin ftellen zu follen, baß

- 1) bem Berfaffer fur Diefes nugliche Bert geziemend gebantt,
- 2) baffelbe in ber Bibliothet ber Bundesversammlung aufgestellt, vorher aber
- 3) an Die Commiffion wegen Bollziehung Des 19. Artitels jur Ginficht abgegeben,
- 4) von diesem Werke ehrenvolle Erwähnung im Protokolle gemacht, und

- 5) die Aufmerksamkeit der deutschen Regierungen darauf gelenkt werde, um die gur Ginführung eines allgemeinen Maapspftems gemachten Borfchlage der Prufung der Sachverstandigen zu unterwerfen.
- Sammtliche Gefandtichaften stimmten bem herrn Referenten bei; baber

daß

- 1) unter ehrenvoller Erwähnung biefes nuthlichen Bertes in bem Prototolle, bem Bers faffer ber Dant ber Bunbesversammlung auszudwicken, baffelbe
- 2) an die Commission wegen Vollziehung des 19. Artifels der Bundesacte abzugeben, biernachst aber
 - 3) in ber Bibliothet ber Bundesverfammlung aufzustellen fen; übrigens maren
- 4) die Regierungen der Bundesstaaten barauf aufmerksam zu machen, um die zur Einführung eines allgemeinen Maapspftems gemachten Borschlage der Prufung der Sache verstandigen zu unterwerfen.

§. 189.

Schrift bes Legations: Gecretars von Meyer: «Repertorium zu den Bers handlungen der deutschen Bundesversammlung, 4. Heft.» (20. Sig. §. 151 v. 3. 1821.)

Prafidium: übergiebt ber hoben Bundeeversammlung das von dem Großherzogliche Medlenburgischen Legations: Secretar Guido von Meyer verfaßte 4. heft des Repertoriums zu den Verhandlungen ber deutschen Bundesversammlung, und nach verlesener Zuschrift besselben, wurde dem Prafidialantrage gemäß

unter Beziehung auf die vorderen Beschluffe und unter erneuerter hankbarer Anerken: nung der fortgesetzten Bemuhungen des Berfaffers, das Werk anzunehmen und in die Bib: liothek abzugeben.

§. 190.

Bollziehung des 14. Artifels ber Bundesacte. (17. 66. 5. 144 b. 3.)

Großherzogthum heffen. Während Großherzogliche Gesandtschaft im Begriffe ftand, fich ber in ber 17. Sigung von ihr angekundigten Abgabe einer vollftandigen Austunft über die hier angebrachten Beschwerben bes herrn Grafen Franz von Erbach zu unterziehen, ist eine abermals an diese hohe Versammlung gerichtete Denksprift bes gedachten

Großherzoglich Defischen Standesherrn in ber 19. Sigung unter Rum. 77 erhibirt, und beren zugleich umgetheilter Abdruck von ber Gesandtschaft sofort berichtlich einbegleitet worden.

Die von der Großherzoglichen bochften Beborde verfügte vorläufige Prufung derfelben bat gezeigt, daß in dieser nachträglichen Erbach'ichen Gingabe theils neue Grundfage, theils eine Menge neuer Beschwerden aufgestellt sind, welche sich auf Grundsage beziehen, die bereits in der ersten Borstellung angegriffen wurden.

Es ist daher zum Zweck einer sowohl umfassenden als klaren und erschöpfenden Behandlung dieses Gegenstandes unerläßlich gefunden worden, daß man beide Beschwerdes
schriften zum Vorwurf einer und berselben Gegenerklarung macht: somit muß die vorbes
reitete Erwiederung auf die frühere Beschwerdeschrift in Bezug auf die letztere umgearbeitet
und ergänzt werden. Da dieß, wegen der vielen einzelnen, in abgesonderte Geschäftskreise
einschlagenden Anführungen, wiederholte Recherchen und Communicationen der Großberzogs
lichen Ministerien zum Voraus erheischt, deren Resultat jedoch mit nächsten zu erwarten
ist; so hat Großberzogliche Gesandtschaft sich die geeignete Mittheilung bis dahin vorzuber
halten.

Diefe Erklarung wurde an bie betreffende Commiffion abgegeben.

§. 191.

Gesuch des Gervatius Got, Schaffners des aufgeloften Klofters Beissen; frauen zu Mainz, Pension betreffend.
(16. 66. 5. 124 d. 3.)

Großherzogthum Deffen. Großherzogliche Gefandtschaft hat bezüglich auf ben, die Pensionsansprüche des Schaffners Servatius Got betreffenden, Beschluß vom 13. Mai dieses Jahres (S. 124) zu erklaren: daß der Diesseite keine Besitzungen des Weissensfrauen-Rlostets zu Mainz auf dem rechten Rheinufer zugefallen sind, mithin auch jene Ansprüche das Großherzogthum auf keine Beise berühren.

Diefe Erklarung wurde nicht minder ber betreffenden Commifion jugeftellt.

§. 192.

Entschäbigungegesuch ber ehemaligen Rurpfalzischen Erbpachter ber Grafe, nauer, und Bemobofe, wegen erlittener Ruiegeschaben.

(16. Sig. §. 135 b. 3.)

Braunschweig und Nassau für Rassau. Rach einem im Mouate September 1816 abgeschloffenen Bertrag, hat ber Großberzoglich: Babische Hof die Berichtigung des Herzoglich: Nassauischen Antheils an den Rheinpfälzischen Arveragen und die deffallige Berstretung des Herzogthums Nassau in vorkommenden Fällen übernommen.

Ohne sich also auf den Inhalt der rubricirten Entschädigungeforderung selbst einzulaf: sen, kann man sich von Herzoglich: Nassauischer Seite mit der Anzeige begnügen, daß der Herzoglich: Nassauische Hof hierbei und bei der Wahl eines Gerichts zur fernern Verhand: lung und Entscheidung dieser Reclamation nicht mehr betheiligt ist.

Baben: behalt fich hieruber feine Erflarung vor.

Die Meufferung von Raffau wurde an die betreffende Commiffion abzugeben befchloffen.

§. 193.

Militarverhaltniffe bes beutschen Bundes; Annahme ber fünf letten Abe schnitte ber Grundzuge ber Militarverfassung bes beutschen Bundes.
(17. Sis. S. 102. 30. Sis. 9. 224 v. 3. 1821.)

Der Bundestag 8: Ausschuß in Militarsachen erstattet Bericht über die fünf letten Abschnitte der Grundzüge der Militarverfassung des deutschen Bundes, und übergiebt zugleich die Zusammenstellung der von den verschiedenen Bundestagsgesandtschaften dazu gemachten Bemerkungen. Der Bericht verbreitet sich über lettere, und entwickelt die Anstrage des Ausschusses, welche in einer neuen Redaction dieses Theils der naberen Bestimmungen enthalten sind.

Der bereits an sammtliche Gesandtschaften vertheilte Commissionsbericht, die erwähnte Zusammenstellung und ber neue Entwurf der fünf letten Abschnitte wurden diesem Proto- tolle unter den Zahlen 24, 25 und 26 angefügt.

Prafibium: wolle nunmehr uber die befinitive Unnahme Umfrage halten.

Defterreich: stimmt fur die Unnahme des vorliegenden Entwurfs der zweiten Abtheilung ber Grundzuge.

Preuffen. Der Königlich, Preufische Hof hat zwar bei den verschiedentlichen Berhandlungen über die fünf letten Abschnitte der Kriegsverfassung noch zu einigen Antragen und Borschlägen sich veranlaßt gefunden, welche, obgleich sie zum Theil aus einer Betracktung der eigenthümlichen Berhältnisse Preussens hervorgiengen, dennoch keineswegs von einem partikulären Interesse, sondern nur von dem Bunsche eingegeben waren, die Preussischen Armeecorps, mit Rücksicht auf den Zusammenhang und die Organisation des Preussischen Herres im Ganzen, im vollsten Maase, im Falle eines Bundeskriegs, zum Bortheile des Bundes wirksam werden zu lassen. Derselbe steht aber im gegenwärtigen Augenblicke, wo alles zur definitiven Abstimmung über die entworfenen Abschnitte vorbereitet ist, und dieselbe nicht länger aufgeschoben werden darf, von dem Berlangen einer dermaligen weiter ren Erdrterung darüber um so unbedenklicher ab, und giebt der Redaction der zweiten Abtheilung der näheren Bestimmungen der Kriegsverfassung des deutschen Bundes um so bereitwilliger feine Zustimmung, als in ben vorgeschlagenen Artifeln feine Bestimmungen enthalten sind, welche, wenn sich funftighin ein Bedurfniß, auf die obgedachten Borschlage zurudzukommen, zeigen durfte, ber weiteren Erorterung ein hinderniß entgegen stellen.

Baiern: tritt ben Antragen Des Bundestags Ausschuffes unbedingt bei.

Ronigreich Gachfen: beggleichen.

Sannover. Es sind von dem Koniglich Sannoverischen Gouvernement nur wer nige Bemerkungen zu den funf letten Abschnitten der Grundzuge gemacht.

Dasselbe ist bei diesem wichtigen Gegenstande immer von dem Wunsche ausgegangen, die Annahme derselben, und die zwedmäsige Einrichtung des deutschen Militarwesens mogelichst zu befordern.

Der Koniglich Sannoverische Gefandte erkennt mit Dant, sowohl die Bemuhung bes Ausschuffes überhaupt, als die Berucksichtigung einiger ber vorgelegten Bemerkungen.

Derselbe stimmt dem gegenwartigen Entwurfe der Brundzuge um so unbedenklicher bei, als in dem Einverständniffe der Bundesstaaten, und in ihrem wechselseitigen Bertrauen immer die festeste Grundlage zur Bertheidigung des Baterlandes und zur Erganzung des jenigen zu suchen ist, was für die zwedmafige Einrichtung seiner Bertheidigungsanstalten zu wunschen übrig bleiben konnte.

Burtemberg: halte sich nicht minder verpflichtet, dem Ausschusse für die Beruckssichtigung mehrerer Burtembergischen Bemerkungen, besonders aber dafür seinen Dank aus zudrücken, daß bas Maximum der Entsendungen von der Cavallerie der gemischten Corps zu der großen Cavalerie: Reserve von ztel auf teb berabzuseten, auch daß die von Sachsen vorgeschlagenen Erleichterungen begutachtet worden senen, indem beides nur durch einhellige Zustimmung aller Bundesglieder hatte geschehen konnen.

Baben: wie hannover.

Rurhessen. Den erhaltenen Instructionen zufolge, halt die Gesandtschaft sich erz machtigt, der Redaction der zweiten Abtheilung der naheren Bestimmungen der Krieges verfassung, wie sie von dem Bundestags Ausschusse in Militarsachen vorgelegt worden, in allen Puncten zuzustimmen, ungeachtet Ge. Königliche Hoheit der Kurfürst gewünscht hats ten, daß der von dem Bundestags Ausschusse beantragte Zusatz zum S. 56 der früheren Redaction, dann der S. 85, steben geblieben waren. Sie sieht sich nur zu einer Bemerkung veranlaßt.

Die in ben \$. 55 aufgenommene Bestimmung, baß, jum Behufe ber großen Cavallerie, Referve, von ben gemischten Armeecorps nur bis zu einem Sechstel ihrer Cavalerie beor, bert werben könne, wahrend ben ungemischten Corps bis zu einem Funftel genommen wers ben barf; und gewissermaßen auch die weitere Bestimmung, baß die Zahl, um welche bie

Savalerie eines Corps durch vom Bunde genehmigte Einrichtungen, gegen den matrikulars masigen Betrag, sich mindert, von dem Quantum abgezogen werden soll, welches detachirt werden darf; Beides, sage ich, sind Bergünstigungen für die gemischten Armeecorps, die als Ausnahmen von der Regel nur durch Einstimmigkeit gewährt, und namentlich durch den Biderspruch eines der Staaten, welche ungemischte Corps stellen, hatten hintertrieben werden können. Die erforderliche Einstimmigkeit ist nun zwar vorhanden, und in so weit gegen die Gultigkeit des Beschlusses nichts einzuwenden. Weil aber die vorliegenden naheren Bestimmungen, als die weitere Ausführung der Grundbestimmungen, sonst durchaus der Stimmenmehrheit unterliegen, so sieht sich die Gesandtschaft veranlaßt, die Ausmerksamkeit dieser hohen Bersammlung hierauf zu lenken, und ohne die Fassung eines besondern Besschlusses begehren zu wollen, sich gegen die aus diesem Borgange etwa abzuleitende Folgerung des Grundsaßes, daß Ausnahmen von der Regel durch Stimmenmehrheit beschlossen werden könnten, ausdrücklich zu verwahren.

Großbergogthum Deffen: nimmt die begutachtete Redaction pure an.

Danemart, wegen Solftein und Lauenburg: befgleichen.

Rieberlande, wegen bes Großberzogthums Luxemburg: ebenfalls, und vereinigt fich, nebst dem allerseits ausgesprochenen Dank fur die von dem Bundestags, Ausschusse angewandten Bemuhungen, noch insbesondere mit der Erklarung des Roniglich. Hannoverischen herrn Gesandten.

Großherzoglich: und Herzoglich: Sachfische Saufer: nimmt den Entwurf pure an.

Braunschweig und Raffau: ebenfalls.

Medlenburg: Schwerin und Strelig: nicht minder.

Holstein Dibenburg, Anhalt und Schwarzburg. Die Gesandtschaft ift ermächtigt, der von dem verehrlichen Bundestags Ausschusse entworfenen zweiten Abtheis lung der naheren Bestimmungen der Kriegsverfassung des deutschen Bundes, welche dem Commissionsberichte unter Ziffer 2 beigefügt ist, die Zustimmung zu ertheilen; muß in dessen dabei bemerken: daß, wie Seine Durchlaucht der Herzog von Holstein Dlbenburg bei dem Entwurfe einer Kriegsverfassung des deutschen Bundes in ihren allgemeinen Umzrissen und wesentlichen Bestimmungen sowohl, als bei der ersten Abtheilung der naheren Bestimmungen, sich in Ansehung der zu übernehmenden Leistungen, nur für die Dauer der gegenwärtigen Matrikel verpflichtet haben — Seine Durchlaucht in gleicher Beziehung und mit Bezugnahme auf deßfällige frühere Erklärungen, Ihre Zustimmung bei der jetzigen zweiten Abtheilung nur unter gleicher, damals als begründet anerkannter, Boraussetzung ertheilen können.

Sobenzollern, Liechtenstein, Reuß, Schaumburg : Lippe, Lippe und Balbed: tritt ben Untragen bes Bundestags : Ausschusses unbedingt bei.

Die freien Stadte, Lubed, Frankfurt, Bremen und hamburg: begegleichen.

In Folge diefer Abstimmungen, murbe die neue Redaction ber funf letten Abschnitte ber

Raberen Bestimmungen der Kriegeverfassung des Deutschen Bundes einhellig angenommen, und unter Erstattung des verbindlichsten Dankes gegen den Bundestags, Ausschuß für seine fortgesetzten Bemuhungen in Militarsachen, beschlossen, wie folgt.

VI. Abschnitt. Dberfelbherr.

§. 45.

Der Oberfeldherr wird jedesmal, wenn die Aufstellung des Rriegsheeres befchloffen wird, von dem Bunde in ber engeren Bersammlung erwählt.

Diefe Stelle bort mit ber Auflofung bes Bundesheeres wieder auf.

§. 46.

In Fallen, wo man nur einen Theil des Bundesheeres zusammenzuziehen für nothig erachtet, bleibt es der Beschlußnahme der Bundesversammlung vorbehalten, wegen des Oberbefehls besondere Verfügung zu treffen.

§. 47.

Der Dberfeldherr verhalt sich zum Bunde, wie jeder commandirende General zu seinem Souverain; die Bundesversammlung ist daher seine einzige Behorde, welche mit ihm durch einen aus ihr gewählten Ausschuß in Verbindung steht.

§. 48.

Der Oberfeloherr wird von der Bundesversammlung in Gid und Pflicht des Bundes genommen; er erhalt von derselben allein Bollmachten und Befehle, auch in besonderen Fallen specielle Instructionen; er erstattet an diezelbe feine Berichte unmittelbar.

§. 49.

Wenn ber Oberfeldherr in Gid und Pflicht genommen ist, und seine allgemeine Insstruction von der Bundesversammlung erhalten hat; so bleibt es ihm allein überlassen, den Operation splan nach seiner Ansicht zu entwerfen, auszuführen und abzuändern, wie es die Umstände fordern.

Er ist burchaus nicht verbunden, diesen Plan vor ber Ausführung irgend Jemand mits zutheilen, und es soll lediglich von seinem besondern Vertrauen abhängen, wenn er die Hauptzüge desselben mit einem oder mehreren Generalen besprechen und berathen will.

§. 50.

Erst dann, wenn er nach getroffenen Ginleitungen zur wirklichen Ausführung ges schritten senn wird, ist er verpflichtet, der Bundesversammlung die Umriffe seines Operastionsplans vorzulegen.

Er muß jedoch denselben auf das umständlichste schriftlich aufsetzen, damit für alle Zufälle, die ihn personlich treffen können, so vorgesorgt sen, daß sein Nachfolger das Ganze vollständig einsehen und folgerecht verfahren könne.

§. 51.

Ausser bem Oberfeldberen wird von der Bundesversammlung auch ein General: lieutenant des Bundes gewählt. Diesem gebührt in allen Fallen, welche eine Stelle vertretung im Obercommando des heeres fordern, die zeitliche Berwefung der Oberfeldsbern: Stelle, mit ganz gleichen Rechten, wie die des Oberfelderen.

Sobald der bisherige Oberfeldherr das Obercommando wieder übernimmt, oder ein neugewählter in dasselbe eintritt, kehrt der Generallieutenant des Bundes in sein früheres Berhaltniß zurud.

S. 52.

Alls Generallieutenant des Bundes soll einer der Corpscommandanten gewählt werden, welcher jedoch, so lange nicht der Fall der Stellvertretung oder der Einberufung von Seiten des Oberfeldherrn statt findet, ohne Borrecht vor den übrigen Corpscommandanten bei seinem Corps verbleibt.

§. 53.

Der Oberfeldherr hat die Befugniß, wegen Ginstellung der Feindseligkeiten Uebereinkunfte abzuschliesen, wenn dadurch große Bortheile zu erreichen sind, oder Gefahr auf dem Verzuge haftet. Er foll jedoch formliche allgemeine Waffenstillstands. Verträge nur unter vorbehaltener Genehmigung des Bundes abschliesen konnen.

§. 54.

Der Oberfeldherr kann über die Aufstellung, Bewegung und Berwendung der ihm anvertrauten Streitfrafte, auch die allenfalls nothigen zeitlichen Detachirungen, nach seinem Ermessen verfügen, jedoch mit Beobachtung der festgesetzten heereseintheilung, die er nie abandern darf, und der Beisammenhaltung der von Ginem Staate gestellten Corps, in Fallen, wo diese ohne Nachtheil berücksichtigt werden kann.

Alle Detachirungen und folche Maabregeln, welche in die organischen Corpeverhalte niffe eingreifen, konnen nur so lange dauern, als es militarische Rucksichten erfordern, und kein Corps darf hierdurch bis zu dem Grade geschwächt werden, daß es nicht mehr als selbstständiger Korper bestehen konnte.

§. 55

Zu dem als Reserve aufzustellenden Urmeecorps stoßen besonders zu bildende Caval: lerie: und Artillerie: Massen, zu deren Bildung alle Armeecorps des Bundesheeres nach dem Berhaltnisse ihrer Cavallerie und Artillerie beitragen.

Der Oberfeldherr kann zu Diesem Behufe von jedem der ungemischten Armeecorps bis zu einem Funftel, und von jedem gemischten Corps bis zu einem Sechstel der Cavalerie, ferner von jedem Armeecorps bis zu einer Batterie von acht Studen Geschutes beordern.

Wenn durch vom Bunde genehmigte Ginrichtungen, die Zahl der Reiterei eines Corps fich gegen den matrifularmafigen Betrag mindert; so wird die Zahl, um welche sie vermindert wird, an dem Quantum abgezogen, welches detachirt werden kann.

§. 56.

Obige Bestimmung eines Maximums soll ben Dberfeloherrn nicht hindern, für den Tag einer Schlacht, die Reserve durch Infanterie, Cavallerie und Artillerie einzelner Corps nach seiner Ginsicht in so weit zu verstärken, als es die Schlagfertigkeit der einzelnen Corps gestattet.

S. 57.

Der Oberfeldherr hat das Recht, die Befehlshaber der aus den verschiedenen Corps herauszuziehenden Cavalerie, und Artillerie: Massen aus den Generalen des Bundesheeres nach seinem Ermessen zu ernennen.

§. 58

Wenn schon die innere Einrichtung der Contingente, nach ihrem Ausrucken, auch im Rriege den einzelnen Bundesstaaten überlassen bleibt; so ist doch der Oberfeloherr befugt, die Mannschaft sowohl, als das Materielle der verschiedenen Contingente zu mustern, zu hebung allenfallsiger Mangel, welche auf die Schlagfertigkeit Einfluß nehmen konnen, sich an die betreffende Regierung zu wenden, und, wenn er es für nothig halt, auch dess wegen Antrage bei der Bundesversammlung zu machen, welche ohne Berzug, mit Anwendung der über die Kriegsversassung aufgestellten Grundsäte, darüber einen Beschluß fassen und für dessen Ausführung Sorge tragen wird.

§. 59

Die Bestimmung der Militarstraffen, die Anlage von hofpitalern und Magazinen, so wie die Bezeichnung der Verpflegsbezirke der Corps, und überhaupt aller Maadregeln

zur Sicherstellung ber Armeebedurfnisse und ber Wohlfahrt des heeres, find bem Oberfeld, berrn, mit Beachtung der Eigenthumsrechte, und unter dem nothigen Benehmen mit den Landescommissarien, lediglich zu überlassen.

§. 60.

Der Oberfeldberr fann die Individuen, welche fich auszeichnen, ihren Landesherren zur Belohnung empfehlen.

§. 61.

Um in ben Felodienst des Bundesheeres die nothige Uebereinstimmung zu bringen, hat der Oberfeldherr das Recht, darüber Bestimmungen durch Armeebefehle zu erlassen, so weit solche für das Allgemeine nothwendig sind, und nicht in die innere Ginrichtung der Corps eingreifen.

§. 62.

Damit den Bundesstaaten über die gleichmäsige Behandlung aller Theile Des Bundes beeres volle Beruhigung verschafft werde; so wird aus dem Generalstabe derselben für jedes Armeecorps ein hoherer Officier in das hauptquartier abgesendet, dem bei dem Obersfeldherrn und allen übrigen Chefs freier Zutritt gebührt, um mit demselben über die Ansgelegenheiten des Corps sich zu benehmen und dessen Interesse zu vertreten.

§. 63.

Bei den combinirten Corps kann diesem hoheren Officiere noch ein anderer von nies dererm Range von jeder Division beigegeben werden, um die einzelnen Divisionen in dems felben Corps zu vertreten.

• §. 64.

Diese hoberen Officiere find die Organe zwischen bem Oberfeldherrn und ben einzele nen Regierungen sowohl, als den betreffenden Corps.

Dem Oberfeldherrn ist zedoch in besonderen Fallen, wo er es rathlich findet, frei gestellt, sich unmittelbar an die Regierungen zu wenden, und, wie es sich von selbst versteht, alle Aussertigungen, welche auf die Operationen Bezug haben, durch die ihm untergebenen Stellen, eben so an die Corps zu erlassen.

§. 65.

Der Bundesfeldherr kann nicht zugleich Befehlshaber irgend einer Heerabtheilung senn. Ueberhaupt kann kein General zugleich das unmittelbare Commando über eine hohere und eine niedere Abtheilung führen.

Mit dem Untritt eines jeden hoberen Wirkungskreises wird der niedere an den nachste folgenden im Range in derselben Geerabtheilung in der Zwischenzeit abgetreten.

§. 66.

Go wie der Oberfeldherr mit ausgedehnter Bollmacht, durch nichts beengt, mit Kraft und Nachdrud seine Beschlusse verfolgen tann, so ist er auch für fehlerhafte Entwurfe oder Frethumer in großen Combinationen dem Bunde personlich verantwortlich.

Der Bund fann ihn einem Rriegsgerichte unterwerfen, welches aus

Ginem Feldmarschall, General ber Infanterie ober Cavallerie, als Prafibenten, von ber Bunbesversammlung gemablt;

zwei Feldzeugmeistern oder Generalen der Infanterie oder Cavalerie, zwei Generallieutenanten, zwei Generalmajoren,

aus bem Bundesheere dazu commandirt;

Ginem Generalauditor, von bem Staate bes Oberfelbherrn;

Ginem Defensor, von dem Oberfeloberrn selbst gewählt,

bestehen foll, und, nach Untersuchung des Thatbestandes, ihn nach dem Gesethuche bestienigen Staates, zu dem er gehort, zu richten hat.

Bon den als Beisitzer zu diesem Kriegsgerichte bestimmten sechs Generalen ist Giner von Desterreich, Giner von Preussen, Giner von Baiern und Giner von jedem der drei gemischten Armeecorps zu commandiren.

Die Commandirung geschieht auf Ginladung der Bundesversammlung an die betrefenden Staaten.

VII. Abfchnit P. Corpscommandanten.

§. 67.

Die Befehlshaber ber ungemischten Corps erhalten biejenigen Rechte, welche ber Souverain, deffen Corps sie befehligen, in Uebereinstimmung mit den angenommenen Grund, saben ber Bundes, Rriegsverfassung, ihnen zu ertheilen für gut findet.

Bas aber die Befehlshaber der zusammengesetten Corps betrifft; so treten babei folgende Grundsage in Unwendung (S. 68 bis 75).

§. 68.

Die zu fammenge fett en Armeecorps werden jedes von einem General befehligt, ber aus benjenigen Staaten ober ben Truppen derfelben, beren Contingente das Armeecorps bilden, genommen werden soll.

§. 69.

Die Corpscommandanten konnen zwar die Gintheilung ihrer Armeecorps nicht andern; allein sie sind befugt, zum Behufe der ihnen übertragenen Operationen, alle augenblicklichen Detachirungen vorzunehmen, welche der Dienst erfordert.

Die Bestimmung, welche Truppen sowohl zu Diesen, als zu ben von bem Dberfeldheren verfügten Entfendungen verwendet werben follen, bleibt ben Corpscommandanten überlaffen.

Der Oberfeldherr kann nur ausnahmsweise in besondern und dringenden Fallen direct darüber verfügen. Er hat jedoch den betreffenden Corpscommandanten gleichzeitig davon in Renntniß zu setzen, und solche Detachirungen nicht contingentweise, sondern nach den bestehenden Unterabtheilungen der Corps in Divisionen, Brigaden, Regimenter u. s. w. zu verfügen.

§. 70.

Die Corpscommandanten haben im Dienste der einzelnen Contingente eine verhalte nigmafige Gleichheit unter diesen zu beobachten.

§. 71.

Die Corpscommandanten haben das Recht, die unter ihren Befehlen stehenden Corps sowohl in Beziehung auf die Mannschaft, als auf das Materiell eben so zu mustern, wie der Oberfeldherr.

§. 72.

Bur Erhaltung ber inneren Ordnung konnen sie die ihnen zu Gebote stehenden polizeilichen Mittel verwenden, und alle ihre Untergebenen wegen militarischer Bergeben in Arrest nehmen und provisorisch suspendiren.

Jebe Untersuchung und Aburtheilung muß aber den betreffenden Militargerichten übers lassen und dem Corpscommandanten die Abschrift aller Urtheilssprüche über diejenigen Bers gehen mitgetheilt werden, deren Untersuchung er veranlaßt hat.

§. 73.

Den Corpscommandanten steht bas Recht zu, Individuen, welche sich befonbers auszeichnen, bem Oberfelberrn und ben betreffenden Regierungen zu empfehlen.

§. 74.

Die Corpscommandanten haben das Recht, fich den Chef ihres Generalftabes, ihren Generaladjutanten und eine hinlangliche Anzahl Officiere des Generalstabes unter den Officieren derjenigen verschiedenen Staaten auszuwählen, deren Contingente das Corps bilden, und fich diese von den betreffenden Regierungen zu erbitten.

Die Beamten der Berwaltungszweige und übrigen Unstalten werden von benjenigen Staaten gewählt, deren Contingente zusammen das Armeecorps bilben.

§. 75.

Die an den combinirten Corps und Divisionen theilhabenden Staaten werden sich unter einander sowohl über die Art und Beise der Bahl der Corps; und Divisions, Compandanten, als auch über die Einrichtung des Generalstabes und der übrigen Berwaltungs, zweige, vereinigen, und diese Uebereinkunft, drei Monate nach Annahme der zweiten Abtheislung der anaheren Bestimmungen », der Bundesversammlung anzeigen.

Da, wo sie sich nicht vereinigen konnen, wird die Bundesversammlung vermittelnd einwirken und nothigenfalls entscheiden.

§. 76.

Wenn der Befehlshaber eines gemischten oder ungemischten Armeecorps sich durch den Oberfeldherrn in Rechten des Corps oder der dasselbe bildenden Contingente, die er zu vertreten hat, verletzt glaubt; so hat er davon die Anzeige an die Regierung des betrefenden Bundesstaates zu machen, welche sodann seine Beschwerde der Bundesversammelung vorlegen kann.

§. 77.

Glaubt ein Corpscommandant aber, daß ihm in seinen personlichen Rechten zu nahe getreten worden; so kann er eine unpartepische Untersuchung fordern. Ift die Berans lassung von der Art, daß Corpscommandanten durch Eingriffe des Oberfeldherrn in ihre Rechte oder durch sonstige Willführlichkeiten gegrundete Beschwerden zu haben glauben, und deshalb eine Untersuchung gegen den Oberfeldherrn fordern; so sind die Corpscommandansten berechtigt, sich auf dem Dienstwege durch den Oberfeldheren von der Bundesversammslung ein Kriegsgericht zu erbitten.

Diese wird sodann drei Bundesstaaten mablen, welche ju dem niederzusetzenden Rrieges gerichte - ahnlich jenem fur den Oberfeldberrn bestimmten - die nothigen Officiere nebst dem Auditor zu commandiren haben.

Alle andern Untersuchungen, welche die Corpscommandanten, etwa durch Beschwerde gegen einander oder gegen ihre Untergebenen veranlaßt, wunschen sollten, konnen nur bei dem Oberfeldberrn im gewöhnlichen Dienstwege nachgesucht und von ihm die dießfallsigen Rriegsgerichte angeordnet werden.

§. 78.

Die Berhaltniffe ber Befehlshaber ber gufammengefetten Divifionen und Brigaben find in ihrem Birtungefreife benen ber Corpscommandanten analog.

VIII. Abfchnitt. Bildung des Hauptquartiers.

§. 79.

Die Geschäfte bes hauptquartiers zerfallen in zwei hauptabtheilungen: in die Leitung bes heeres im Allgemeinen, und in die Leitung besonderer Zweige.

Die erfte enthalt:

- 1) die Leitung der Operationen und Bewegungen,
- 2) die Evidenthaltung und Erganzung des Standes, den inneren Dienft,
- 3) die donomische Leitung, die Pflege und Wartung des heeres.

Die zweite:

- 1) die Artilleriedirection,
- 2) die Geniedirection,
- 3) die Beerespolizei.

§. 80.

Die Geschäfte der ersten Abtheilung führen der Generalquartiermeister, der dirigirende Generaladjutant, der Generalintendant; die der zweiten, der General: Genie:, der General: Artillerie: Director und der Chef der Heerespolizei — sammtlich in gleichen Dienstvers baltniffen und in Semagheit der vom Oberfeldherrn erhaltenen Befehle.

Die Tabelle Mum. 12 bezeichnet den Wirkungekreis der verschiedenen Chefs, bas Detail der Eintheilung und die dazu nothigen Individuen.

§. 81.

Der Oberfeldherr hat das Recht, sich den Generalquartiermeister, den dirigirenden Ges neraladjutanten, den Generalauditor, und den dirigirenden Arzt zu mablen, auch seinen Generalstab selbst zu bestellen.

Der Generallieutenant des Bundes, die Directoren des Artilleries und Genie Befens, der Chef der Heerespolizei, und der Generalintendant, mit den ihm zunächst untergebenen Borständen der Berwaltungszweige, werden von dem Bunde, welcher auf die Borschläge des Oberfeldherrn die geeignete Ruchsicht nehmen wird, gewählt und in Pflichten genommen.

§. 82.

Der Oberfeldherr wird, sobald er den Oberbefehl des Heeres übernommen hat, sammte liche im Hauptquartier angestellte Officiere und Beamte, welche nicht bereits von der Buns desversammlung selbst vereidet sind, im Namen und aus Auftrag derselben, in Eid und Pflichten des Bundes nehmen.

§. 83.

Der Oberfeldherr unterzeichnet alle Befehle, welche an die verschiedenen Zweige und Abtheilungen ausgefertigt werden. Rur ausnahmsweise und in dringenden Fallen konnen die betreffenden Referenten, jeder in seinem Fache, im Namen des Oberfeldherrn Beisungen unterzeichnen, welche indessen jedesmal an die Corpscommandanten und nie an die den: selben untergeordneten Zweige gerichtet senn mussen.

§. 84.

Der Oberfeldherr, welcher für die Dauer des ihm übertragenen Befehls nur im Dienste bes Bundes steht, bezieht auch nur von diesem seinen Gehalt und alle sonstigen Emolumente. Die übrigen im Hauptquartier und bei der Intendanz angestellten Individuen erhalten zwar ihre gewöhnliche Gage, Besoldung, Lohnung und Naturalverpstegung — nach dem Range, welchen sie im Dienste des Bundesstaates einnehmen, zu welchem sie gehoren— von diesen Bundesstaaten. Dagegen aber werden alle übrigen Unkosten, die aus der Zusammensehung bes Hauptquartiers und der Intendanz hervorgehen, aus der Kriegscasse bestritten, namlich

- 1) die Tafelgelber und aufferordentlichen Zulagen an Geld und Naturalien fur bas gesammte Personale des Hauptquartiers und der Intendanz,
- 2) der Aufwand für die verschiedenen Cangleien jener Zweige und für ihren Transport,
- 3) bie geheimen Auslagen fur Rundschaften u. f. w.
- 4) die Befoldung und Berpflegung aller im hauptquartier angestellten Individuen, bie nicht ju einem oder dem andern Contingente bes Bundesheeres gehoren.

§. 85.

Die einzelnen, von der Bundesversammlung zu ernennenden Chefs, so wie die übrigen Chargen im Sauptquartier, konnen aus den verschiedenen Bundesstaaten im Ginne des S. 81 der Grundzüge gewählt werden.

Die diesen Individuen in Folge ihrer bundesgemäßen Unstellung zukommenden Ges buhren sind in dem Verpflegsreglement enthalten, gleichwie der Wirkungskreis der letteren, namlich der Chargen, im Dienstreglement naher bezeichnet ist.

IX. Abschnitt.

Berpflegung.

§. 86.

Sobald die Contingente bes Bundesheeres unter die Befehle des Oberfeldheren treten, geschieht die Berpflegung berselben nach ben Borschriften des fur das Bundesheer ente

worfenen Berpflegereglemente, welches zugleich die Instructionen fur die verschiedenen Berspflegebeamten enthalt.

X. Ubschnitt. Gerichtsbarkeit.

§. 87.

Die Gerichtsbarkeit steht in der Regel den Befehlshabern der Corps, Divisionen, Brigaden und Regimenter zu.

§. 88.

Die Bundesstaaten werden die Grengen ber Gerichtsbarkeit bestimmen, welche sie den Commandanten ihrer Corps, Divisionen und Contingente übertragen wollen, und hiebei bedacht fenn, die Befugnis in der moglichsten Ausbehnung zu ertheilen.

§. 89.

Jeder im Hauptquartier angestellte Officier und Civilbeamte eines Bundesstaates, und jedes von den verschiedenen Contingenten demselben zugetheilte Individuum, gehort unter die Gerichtsbarkeit des betreffenden Corps oder der Division.

In Fallen, wo ein gerichtliches Berfahren über ein solches Individuum nothwendig werden sollte, kann der Oberfeldherr nach Befinden durch den Auditor des Hauptquartiers solches über die begangenen Bergeben summarisch instruiren lassen. Dann aber muffen die Angeklagten, nebst den Untersuchungsacten, an ihre gerichtliche Behorde zur Aburtheilung abgeliefert werden.

Diese Bestimmungen haben auch fur die Individuen, welche in den Hauptquartieren der Urmeecorps angestellt find, ihre analoge Unwendung zu finden.

§. 90.

Diejenigen Militar: und Civil: Bevollmachtigten, welche zum hauptquartier abgeordnet find, und nicht unter der Gerichtsbarkeit der Corps stehen, konnen nur bei solchen Verbrechen, wo Gefahr bei dem Verzuge statt fande, jenem summarischen Verhöre unterliegen, und muffen bann zur Aburtheilung an die betreffenden Behörden abgeliefert werden.

Wenn die Verhaftung eines solchen Abgeordneten nothwendig geworden, so wird ber Oberfeldherr ben entsprechenden Corpschmmandanten unverzüglich zur Absendung eines provisorischen Bevollmächtigten auf so lange in das Hauptquartier einladen, bis von Dem (Den) betreffenden Staate (Staaten) eine neue definitive Ernennung für diesen Plat ergangen ist.

Beneralquartiermeifter . Stab Canglei bee Dberfelbherrn: Giner ber Generalabjutanten ale Cangleibirector. Die Unjahl der General . und Blügelablutanten, so wie das nothige Personale der Canglei , nach Gutbefinden der Milgemeine Bon jebem Armeecorpe ein boberer Officier, Geschaftsleitung ber Urmee. Gene ralabjutanten. Generalabjutantur S Intenbantur in Folge bes S. 62 ber naberen Beftin 0 Flugelab jutanten. Besondere Gesch Artilleriedirection 1 Cangleirath

Rach Gutbefinden bes Generalquar-12 Dauptleute und Dberlieutenante Grabeofficiere bom Generalquar. Generalquartiermeifter-Lieutenant. tiermeifter . Stab. Beneralquartiermeifter. tiermeiftere jugetheilte Officiere von ber Linte. bom Generalquartiermeifter-Gtab.

Eine Abtheilung Pionniers aus ben Telbpoftmeifter mit ber notbigen 2in-Dbermegemeifter, 1 Unterwegemeis fter, 50 Felbjager ober Guiben. gen Colonnenbruden. jabl v. Postfecretaren u. Postillonen.

Gine Subrwefene . Abtheilung

H

Transport ber Cangleimagen.

Eransport ber Cangieimagen.

pograpijche Jach, die Unterfuchung und Befferung der Wege, die Schlagung der Bruden, das Kundichaftsweien, die Bweige bes Bunbesbeeres alle Befeble notbigen@ntwurfe, Schlachtorbnungen Ungelegenheiten u. Die fur biefe 3mede Generalquartiermeiftere ftebt bas totionen, die Marich- und Dislocationsbee Deerfeldberen, welche bie Opera-Unter ber unmittelbaren Leitung bes Berichte über bie Priantamininitia Bertbeibigungemaabregeln betreffen Hus ber Abtheilung bes Beneral.

Mojutani Eine Subrwefens Abtbeilung jum Rach Gutbefinden bes Generalabju-tanten jugetheilte Officiere von Einer ber Generalabjutanten. Bagenmeifter. Berpflegebeamter fur bas Daupts Mbjutant. Commandant bes Dauptquartiers. tatholifcher, 1 evangel. Beiftliche. quartier. Dberauditeur, 1 Prototoufubrer. ber Line.

gangung bes Stanbes und bas ge-fammte Liftenweien betreffen. Ferner nahme und ber Transport ber Kriegs-gefangenen und Deferteurs, die Muis ficht über die Ordnung im Daupts Eabellen, ciplin, Die Geibenthaltung und Erben innern Dienft beffelben, Die Disalle Befehle bee Dberfelbberen, welche liften u. f. w. Unter ber unmitteldie Tagebefeble, die Fertigung und Beauffichtigung der Stand u. Dienft. Mus biefer Abtheilung ergeben an baren Leifung berfelben fieht die Reberfammtliche 3weige bes Bunbesbeeres Berluft - und Ergangunge.

1 Generalintenbant. Die Bevollmächtigten ber Cangleibirector. Urmeecorps.

bem nöthigen Derfonale

General . Kriegecom : maiter. Dberverpflege . Ber : Kriegsjahlmeister. mar.

Gine Bubrmejens - Abthet-Das nothige untere Cang-Caffen- u. Cangleimagen. bunten bes Intendanten leipersonale nach Gut-

Contributions, Mageleneur alle pitalbirection. Er bejorgt rationecaffe und Die Does ren Leitung ftebt bie Sbe-Unter jeiner unmittelbas Berpflegung nothig macht. weit gewiejen, als es bie Berpflege : Behorden in fo find alle Berwaltungs. u. erbaltenen Befehle. Unibn der von dem Oberfeldheren weien ber Armee, in Folge tung und bas Sanitals: Berpflegung, Die Bermalbeforgt im Mugemeinen die Der Generalintenbant Requifitions = uno

General = Artille: rie Director m

giebung auf feine Baffe, porfuglich mabrend Director bat alle Befeble bes Dberfeldberrn in Be-Der General-Artillerie Bunbesheeres. von der Artillerie Der

corps. directionen der bindung mit ben Artillerienotbige unmittelbare Ber-Inden. Fur alle oleje 3wede fest er fich in die meide hich in ben Dheran Seftungsartillerie berje nonslinien des Deeres be-Habit Das Perfonell und Matefelben u. ibre Erganzung. Er erhalt bie Etats über nitions-Referven, fur ben lung ber Geichus : u. Diu-Er forgt fur Die Aufitel-Bundesheeres und von der riell von ber Artillerie bes Schlacht, gehorigen Rachichub ber-Bundesfestungen, au pollzieben. Mrmee:

I Refehle find gewieren In seine unmittelbaren Das Reglement enthalt die allgemeinen Bestimmungen über ihre Bildung und Dienfts leiftung.

Bon diesem Beschlusse, sammt bem von der hoben Bundesversammlung genehmigten Berichte und Antragen des Bundestage, Ausschusses, ist der Militarcommission der deutschen Bundesversammlung zu ihrer Nachachtung Mittheilung zu machen.

Die in S. 80 Diefer naheren Bestimmungen angeführte Tabelle Ziffer 12 liegt dem Prototolle auf folgender Seite bei.

§. 194.

Einreichungs: Protofoll.

Die Gingabe

Num. 95, eingereicht am 5. Juli d. J., von Mauermeister Roos zu Mainz, um baldige bobe Entschliessung in Betreff einer Forderung für die in den Jahren 1813 und 1814 an den Festungs. Gebäulichkeiten zu Mainz gefertigten Arbeiten. — wurde an die Reclamations. Commission gewiesen.

Folgen die Unterschriften.

Ø

Gene raladjutanten. berr. Blugelabjutanten.

Canglei bes Dberfeldherrn: Einer ber Generalabjutanten als Cangleibirector. 1 Cangleitrath. Die Angahl ber General und Flügelabjutanten, so wie das nothige Personale der Canglei, nach Gutbefinden des Bon jedem Armeecorps ein hoherer Officier, in Folge des S. 62 der naheren Bestim

Generalquartiermeister » Stab Milgemeine Geschaftsleitung ber Urmee. Generalabjutantur

Stabsofficiere vom Generalquar-Generalquartiermeifter-Lieutenant. Generalquartiermeifter. tiermeister . Stab. hauptleute und Oberlieutenants bom Generalquartiermeifter-Stab.

Eine Abtheilung Pionniers aus den verschiedenen Armeecorps mit einifter, 50 Felbjäger ober Guiben. Feldpostmeifter mit ber nötbigen Un-Dbermegemeifter, 1 Unterwegemeis gabl v. Pofffecretaren u. Pofillonen. Der Linie. tiermeifters augetheilte Officiere bon

Eine Suhrmefens - Abtheilung Transport ber Cangleimagen. gen Colonnenbruden. mue

Berichte über bie Priandannianilla und Befferung ber Bege, Die Schlagung ber Generalquartiermeisters fteht das tonothigen Entwurfe, Schlachtordnungen Ungelegenheiten u. Die fur diefe 3mede Bruden, Des Dberfeldberen, melde Die Dpera-Breige bes Bunbesheeres alle Befeble quartiermeiters ergeben an fammtliche Unter ber unmittelbaren Leitung bes Bertheidigungsmaasregeln betreffen Mus ber Abtheilung bes General. das Rundichaftsweien,

Nach Gutbefinden des Generalabju-tanten jugetheilte Officiere von Einer ber Generaladjutanten. Mojutan Commandant des Hauptquartiers. ber Linie.

Mojutant Dberauditeur, 1 Protofollführer.

Rach Gutbefinden bes Generalquar-

Berpflegebeamter fur das Dauptquartier.

Eine Bubrmefens : Abtheilung jum 1 Stabsprofos. Stabs ., 1 Dberargt. Bagenmeifter. fatholifder, 1 evangel. Beiftliche.

Transport ber Cangleimagen.

gefangenen und Deferteurs, Die Huffiften u. f. w. Unter der unmittels baren Leitung derfelben fteht die Ueber-nahme und der Transport der Krieg 5. die Tagsbefehle, die Fertigung und Beauflichtigung der Stand u. Dienst-Tabellen, Berluft und Erganzungsgangung bes Standes und ciplin, Die Evidenthaltung und Erden innern Dienft beffelben, Die Dissämmtliche Zweige bes Bundenbeeres alle Befehle bes Oberfeldherrn, welche Mus biefer Abtheilung ergeben an ficht über die Ordnung im Hauptfammte Liftenwefen betreffen. Ferner bas ge-

Intendantur

1 Beneralintenbant. 1 Cangleidirector. Die Bevollmächtigten ber Armeecorps

1 General : Rriegecom : Kriegsjahlmeifter. Dberperpflegs : Ber : milar.

mailer.

Gine Buhrmejens : Abthet: Caffen: u. Cangleimagen. dunken des Intendanten leiperionale nach Gutlung jum Transport ber

tung und bas Canitats: pitalbirection. Er bejorgi rationscalle und die Dos-Berpflegung nothig macht. erhaltenen Befehle. Unibn der von dem Sberfeldherrn mejen ber Armee, in Folge Contributions. Ungelegen: I Refehle find gemiejen alle Requilitions = Unter feiner unmittelbas Berpflege : Beborben in fo find alle Berwaltungs- u. Berpflegung, Die Bermalbeforgtim Allgemeinen die Der Generalintenbant

Besondere Gesch

Artilleriebirection

1 General = Artille Bundesheeres. dem nothigen Berfonale rie Director mii von der Artillerie

Das nothige untere Cangnigen nothige unmittelbare Berlung der Geschut : u. Dugiebung auf feine Waffe, bindung mit den Artillerie-3wede fest er sich in die tionslinien des Deeres bewelche fich in ben Spera-Feitungsartillerie Derje Das Perfonell und Mate-Er erhalt bie Ctats uber gehörigen Rachfcub bernitions-Referven, fur ben Er forgt fur die Aufstel-Des Oberfeldberen in Becorps. directionen der nnden. Bundesheeres und von der riell von der Artillerie des felben u. ibre Ergangung. porjugita mabreno Director hat alle Befeble Der General-Artillerie-Bundesfestungen, of II 31rmee ole e ner

An seine unmittelbaren

Fünf und zwanzigste Sipung.

Geschehen, Frankfurt den 15. Juli 1822.

In Gegenwart

aller in der vorigen Situng Anwesenden.

§. 195.

Reue Bollmacht bes herrn Bundestagsgefandten, Freiherrn von Leon: barbi, fur Reuß jungerer Linie.

Prafibium: übergiebt die, von dem herrn Gefandten der 16. Stimme vorgelegte, neue Bollmacht der jungern Linie des Furstlich : Reuffischen hauses, nachdem die altere durch bas Ableben Seiner Durchlaucht des Fursten heinrich des LI. erloschen war.

Die Vollmacht Seiner Durchlaucht bes Fursten Heinrich des LIV. jungerer Linie, und bes ganzen Stammes Aeltesten, d. d. Gera, den 12. Juli 1822, wurde verkesen und hierauf

befchloffen:

nach genommener und zu beglaubigender Abschrift, welche dem Herrn Bundestagsge: sandten, Freiherrn von Leonhardi, zuzustellen mare, die Originalvollmacht in das Urchiv zu hinterlegen.

§. 196.

Beschwerdesache der Rheinpfälzischen Staatsgläubiger und Besitzer der Partials Obligationen lit D, die Zahlung der ruckständigen Zinsen und verfallenen Capitalien betreffend.

(24. Sig. §. 182 b. 3.)

Baiern. In der Absicht, damit die Austragal: Streitsache über die Rheinpfalzisschen Staatsobligationen lit. D desto eher zum Besten der betheiligten Glaubiger ihrem Ende zugeführt werde, nimmt der Königlich: Baierische Bundestagsgesandte keinen Anstand, die von der Großherzoglich: hessischen Regierung gewünschte Erklarung dahin abzugeben, daß man auch Baierischer Seits die von dem Königlich: Hannoverischen Oberappellations:

gerichte zu Celle, als Austrägalinstanz in der gegenwärtig bort anhängigen Streitsache zwischen Baden und Nassau einerseits und Baiern anderseits, zu erlassende Entscheidung eben so ansehen werde, als wenn dieselbe auf vorgängige Berhandlung zwischen Baiern und Großherzogthum heffen erlassen worden wäre.

Diese Erklarung wird von der Koniglich Baierischen Regierung an den Gerichtshof auf geeignetem Bege abgegeben werden.

hierauf trug ber Großherzoglich hessische herr Gefandte seine Zweifel und Anstände über die in der letten Sitzung bereits abgegebenen Erklarungen und Aeusserungen vor, welche dem Protokolle sub num. 27 beiliegen.

Rach vielseitigen Erörterungen und nach reifer Erwägung des vorliegenden Sache und Rechtsverhaltnisses, vereinigte man sich endlich, um alle Schwierigkeiten zu beseitigen, zu dem Beich luffe:

Da die freiwillige Erklarung der Großherzoglich Deffischen Regierung, das auf die austras galgerichtlichen Berhandlungen zwischen bem Großherzogthume Baden und ber Rrone Baiern erfolgende Erkenntniß auch fur ihren Theil, ohne einige Theilnahme an den Berhandlungen, ale verbindend anerkennen zu wollen, bemjenigen vollkommen entspricht, mas die bobe Bundesversammlung, nach dem Inhalte ber Acten, bei ber, auf Commissionevortrag in Der zweiten Sigung vom Jahr 1821 (S. 11) verfügten Ginleitung des Austragalverfabrens. voraussetzen mußte; es hierbei auch zur Aufrechthaltung der Großbergoglich Seffischen bunbesverfassungemasigen Rechte keiner besonderen Bahrung bedurfen kann, indem keinem Zweis fel ausgesett ift, daß ein Bundesstaat nur dann ein Austrägalgericht als solches anzuerkennen verpflichtet ift, wenn derselbe bundesverfassungsmasig, resp. bei dem Borschlage und ber Bahl mitwirken konnte; und ba burch die Roniglich Baierische Erklarung, jum Beften ber Glaubiger, welche nur Recht fuchen, jeder etwaige fonftige Unftand volltommen befries digend gehoben ift: so wird, unter steter Aufrechthaltung des bisherigen Austrägalverfahrens, ber Koniglich Sannoverische Berr Bundestagsgefandte erfucht, mit Rudfendung ber Acten, fammt ben neueren, bei ber Bundesverfammlung gepflogenen Berathungeverhandlungen, Die Ronigliche Regierung zu veranlaffen, der Austragalinftang, von wegen der Bundesversamme lung, ju eroffnen, daß diefelbe die Fortfetjung bes Berfahrens zwischen bem Großherzoge thume Baden und ber Krone Baiern in rechtlicher Ordnung zu bewirfen, und bann in ber Sache zu erkennen habe, mas den Rechten gemäß befunden werde, als welches auch fur bas Großherzogthum Seffen, mas beffen Theil betreffe, verbindend fen.

Der Großherzogliche Seffische herr Gefandte erflart, durch seine Instruce tionen in den Stand gesetzt zu senn, der gegenwartigen Beschlufinahme, als die bisherigen Unstände beseitigend, ausdrucklich beizutreten.

§. 197.

Die Befoldungs: und Penfions: Rudftanbe ber zum vormaligen Raifer: lichen und Reichstammergerichte gehörigen Perfonen betreffend.

(§. 30. 38. 62 v. J. 1816. — §. 14. 42. 56. 67. 95. 124. 146. 218. 244. 256. 268. 274. 289. 306. 318. 330. 331. 380. 391. 399 v. J. 1817. — §. 15. 125 v. J. 1821. — — ⑤. audy §. 61 v. J. 1816. — §. 57. 76. 77. 78. 83. 84. 111. 120. 121. 122. 155. 228. 326 v. J. 1817. — §. 160. 189. 193 v. J. 1818. — §. 33 v. J. 1819. — §. 68. 98. 117 v. J. 1821.)

Der Konigliche Sannoverische Bundestagsgefandte, herr von hame merftein: verlieft, Namens der für die Angelegenheiten des vormaligen Raiferlichen und Reichstammergerichts gewählten Commission, aussuhrlichen Vortrag, die Befoldungs, und Pensions: Rudftande der vormals zu erwähntem Reichstammergerichte gehörenden Personen bis Ende 1816 betreffend.

Der Vortrag wurde diesem Protokolle unter Zahl 28 angefügt, und dessen Druck loco dictaturae beliebt.

Der Roniglich: Gachfische Herr Gefandte aufferte: in Folge früherer, von ber Königlichen Regierung abgegebenen Erklarung, erkenne er keinen Rest für bas Ronig, nigreich Sachsen an, und behalte sich eine nabere Ausführung hierüber vor.

Die Commission erwiederte hierauf: es sen nicht ihre Absicht gewesen, irgend eine der Angaben aus dem Restanten. Berzeichnisse als liquid, sondern im Gegentheil dieselben als so vielen Einreden ausgesetzt darzustellen, daß eben darum auf deren Liquidirung nicht gerechnet werden könne. Dieses sen auch, und ganz besonders in hinsicht des Konigreichs Sachsen der Fall.

hierauf murde, bem Commissionsantrage gemaß, einhellig

beschlossen:

Diefen Bortrag an die Regierungen gur Inftructione Ertheilung einzufenden.

§. 198.

Die reichskammergerichtlichen Depositen betreffend.
(5. Sis. §. 47 b. 3.)

Der herr Bundestagsgefandte Dang: verlieft Namens eben dieser Commission, einen ausführlichen Bortrag in Betreff ber reichskammergerichtlichen Depositen, welcher Diesem Protofolle unter Bahl 29 angefügt wurde.

Man tam überein, benfelben loco dictaturae druden zu laffen; hiernachst aber murde bem Untrage gemäß

befchloffen:

Es fen die Roniglich Preuffische Regierung durch die Konigliche Bundestagsgefandt, schaft zu ersuchen, dem Roniglichen Civilgerichte zu Weglar aufzutragen, alle Diejenigen, 20 *

welche an die alten kammergerichtlichen Depositen, das heise, an diejenigen, welche bis ungefähr in das Jahr 1693 statt gefunden hatten, einigen Unspruch aus irgend einem Grunde zu haben vermeinen mochten, mittelst offentlicher Ladung aufzusordern, sich, binnen einer anzuberaumenden Frist, bei dem gedachten Gerichte deßfalls anzumelden, unter dem Rechtsnachtheile, daß die Ausbleibenden auf jeden Auspruch verzichtet zu haben geachtet und nicht weiter damit gehört werden sollten, vielmehr die erwähnten Depositen von Einer hohen Bundesversammlung zu anderen Zwecken wurden verwendet werden, dies selben hiernachst auch mit dem angedrohten Rechtsnachtheile durch richterlichen Spruch zu belegen, sodann aber das von dem Gerichte hierüber abgehaltene Protofoll dieser hohen Berssammlung mitzutheilen, damit von derselben zu endlicher Erledigung dieser Depositens. Sache das Weitere verfügt werden könne.

§. 199.

Schrift bes Legations: Secretars von Mener: Corpus juris confoederationis Germanicae. Tom. II.

Prasidium: übergiebt ben, von dem Großherzoglich: Medlenburgischen Legations. Secretar von Mener eingereichten, zweiten Theil Des Corpus juris confoederationis Germanicae, und auf dessen Antrag wurde nach verlesenem Schreiben des Herausgebers,

bem Legatione: Secretar von Mener ben Dank ber hoben Bundesversammlung fur Dieses in bie Bibliothet abzugebende Werk zu erkennen zu geben.

§. 200.

Penfionsangelegenheit ber Mitglieder und Diener bes Deutschen Ordens. (13. Gig. §. 103 b. 3.)

Preuffen. Die Gesandtschaft ift von ihrem allerhochsten hofe beauftragt, vor Eintritt der dießichrigen Vertagung, wo moglich, noch dahin zu wirken, daß die Erledisgung der Pensionssache vormaliger Mitglieder und Diener des Deutschen Ordens, Fortgang gewinne.

Es war bekanntlich am 17. October 1820, als auf den in der Sache erfolgten letten Commiffionevortrag beschloffen warb, bag binnen acht Bochen Inftruction einzuholen fen.

Da nun diese Instruction, zufolge der abgelegten Erklarungen, von mehreren Seiten auch jett noch zurud ist, so ist fur die Commission die Borbereitung der endlich zu wunschenden Erledigung des Gegenstandes unmöglich gewesen.

Wenn dieselbe nun vor der Vertagung auch nicht mehr erfolgen kann; so erlaubt sich die Gesandtschaft nur für die Wiedereröffnung der Sigungen in gefällige Erinnerung zu bringen, daß, nach Inhalt des letten Vortrags, namentlich und ganz insbesondere die Erledigung in den Balleien Coblenz und Altenbiesen, nachst Preussen, welches das zu Erwartende längst geleistet oder erklärt hat, von denjenigen Regierungen abhängt, die sich über die Verwendung der Entschädigungen im Sinne und Antrage des Commissionsberichts noch nicht eröffnet haben.

Eine Bemerkung, die um so wesentlicher hinzugefügt werden kann, als die Uebersicht der eigentlichen Lage dieser gesammten Pensionssache zeigt, daß, wenn jene Erdfinung und die davon abhangende fernere Einleitung erfolgt ist, eine Verhandlung über die Principien und über sonstige specielle Pensionsverhaltnisse kaum noch übrig ist, indem letztere in der Wirklichteit sich meistens schon früher geordnet haben, demnach überhaupt auf Principien kaum noch zurückgegangen werden barf.

Diefe Erklarung murbe ber betreffenden Commiffion zugestellt.

§. 201.

Transrhenanische Sustentations: Angelegenheit. (6. Sis. §. 52 b. 3.)

Der Roniglich: Sachfische Bundestagsgefandte, Berr von Carlowig: halt Bortrag über mehrere, die trandrhenanische Sustentationsanstalt betreffende Gegenstände. Bierauf wurde

beschloffen:

- 1) Es foll Beranstaltung getroffen werden, daß das Rechnungswerk ber transrhenanisschen Sustentationscasse in allen seinen Theilen baldmöglich beendigt werde;
- 2) die wegen der transrhenanischen Sustentationsaustalt bestehende Bundestags, Commission wird ermachtigt, Namens der Bundesversammlung, die Erhebung oder Auszahlung derjenigen Posten gegen Quitung und Verzichtleistung anzuordnen, welche sie, auf den Grund der ihr vorgelegten Verrechnungen und sonstigen Uebersichten, hierzu geeignet findet;
- 3) der Gehalt des bei der Subdelegations: Commission arbeitenden Personals soll, bis auf weitere Anordnung, in der bisherigen Maße provisorisch aus dem Bestande der Casse fortgezahlt werden;
- 4) es ist allenthalben Ginleitung bahin zu treffen, daß die transrhenanische Gustentastionsanstalt mit Ende des heurigen Jahres ganzlich aufgehoben werden konne, und zu dies fer Zeit weder eine Rechnungsarbeit, noch eine Zahlung zuruckstehe.

Vorstellung der Grafin von Ottweiler, Witme des lettverstorbenen Fürsten Ludwig von Rassau: Saarbruden, Die Uebernahme einer Capital; schuld von 30,900 fl. betreffend.

(9. Gig. §. 73 b. 3.)

Der Kurhessische herr Gefandte von Lepel, Namens der betreffenden Commission. In der 15. Sitzung des Jahres 1820, tam die Borstellung der Frau Grafin von Ottweiler, die Uebernahme mehrerer auf den Saarbruder Landescassen gehafteten Cappitalien betreffend, zum Vortrage, und übereinstimmend mit den Ansichten des Referenten wurde von dieser hohen Versammlung einstimmig anerkannt, daß diese Angelegenheit unter den Art. 30 der Wiener Schlußacte zu subsumiren sen, diesemnach aber der Beschluß gefaßt:

«daß die aus den Herren Bundestagsgefandten von Hannover, Rurhessen, dann Groß, herzoglich: und Herzoglich: Sachlischen Hausern bestehende Commission die Ausgleichung der Ansprüche der Frau Grafin von Ottweiler auf gutlichem Wege versuche, zu dem Ende aber die Herren Bundestagsgesandten von Preussen und Nassau ersucht werden, dieser Commission die nahere Auskunft über die vormalige Landesverfassung und die Verhältnisse der dort (im Saarbrückschen) bestandenen General: und Special: Lan: bescasse, vorzüglich aber über den angeblich erzwungenen Vergleich vom 25. November 1792, und die unsehlbar mit Frankreich statt gehabten Unterhandlungen über die in Frage stehenden Landescassen: Schulden, gefälligst mitzutheilen».

Diesem letteren Ersuchen, welches in der 29. Sitzung des Jahres 1821 wiederholt wurde, haben die genannten beiden Regierungen entsprochen. Durch die Erklärungen, welche in der 32. Sitzung des vorigen, und der 5., 8. und 9. Sitzung des laufenden Jahres zu Protokoll gegeben worden sind, wird die Bermittlungs: Commission sich in den Stand gesetzt sehen, Borschläge zur gutlichen Ausgleichung zu thun. Zuvor glaubt sie aber noch zwei Puncte der Erwägung dieser hohen Bersammlung anheim stellen zu mussen:

- 1) Db es nicht zwedmasig erscheine, die Commission, welche, seit dem Ableben des Rosniglich hannoverischen herrn Gesandten von Martens, nur'noch aus zwei Mitgliedern besteht, wieder zu erganzen?
- 2) Db es nicht rathsam sen, das Commissorium auch auf die Schuldforderungen der übrisgen Gläubiger der Saarbrucker General, und Special Landescasse zu erstrecken, welche gemeinschaftlich mit andern aus den Saarbruckischen Verhaltnissen herrührenden Forderunsgen hier angebracht worden sind?

Die Schulden der genannten beiden Caffen, welche der verewigte Furst Ludwig von Raffau. Saarbruden, mittelft Bergleiche vom 25. November 1792, auf seine Rammers casse übernahm', und welche beswegen von Frankreich nicht als Landesschulden anerkannt wurden, betragen namlich 50,975 Gulden. hiervon hat die Frau Graffin von Ottweiler 30,900, und andere Privatgläubiger 20,075 Fl. zu fordern. Da beide im genauesten Zusams menhange stehen, so wurde schon in dem Vortrage über die Eingabe der Saarbruder Diener und Gläubiger angedeutet, daß, der Connexität wegen, der in der Ottweilerischen Sache nieders gesetzten Commission übertragen werden könne, ihre Ausgleichungsversuche auf alle jene Lands cassen Gläubiger zu erstrecken; und diesen Antrag glaubt gedachte Commission der Genehemigung dieser hohen Versammlung wiederholt unterlegen zu sollen.

Sammtliche Gefandtschaften vereinigten fich mit Diesem Antrage; es wurde Daber zur Bahl eines britten Commissionsmitgliedes geschritten, und nachdem Diese Bahl auf ben Konfalich Sachfichen Bundestagsgefandten, herrn von Carlowiz.

ausgefallen war,

beschloffen:

- 1) daß die ernannte Commission die Vermittlung und gutliche Ausgleichung dieser Ungelegenheit unter den betreffenden Regierungen zu pflegen habe; auch daß
- 2) eben dieser Commission die Ausgleichung der Schuldforderungen der übrigen Glaus biger der Saarbruder General, und Special, Landescasse, welche gemeinschaftlich mit andern, aus den Saarbrudischen Berhaltnissen herrührenden Forderungen hier angebracht worden sind, übertragen werde.

§. 203.

Bitte der Testamente. Executoren des lettverstorbenen Rurfürsten von Trier, um Erledigung der zwischen den souverainen Besitzern der Bestandtheile des vormaligen-Großherzogthums Frankfurt, über die Auszahlung des liquid anerkannten Pensioneruckstandes von 25,804 fl. 19 fr. an die Erben des Rurfürsten von Trier bestehenden Differenzen.

Rurhessen. In Beziehung auf den in der 16. dießjährigen Sitzung, in Betreff der Ruckstandsforderung der Testaments. Erecutoren weiland Gr. Rurfürstlichen Durchlaucht von Trier, gefaßten Beschluß, ist die Gesandtschaft zu erklären angewiesen: wie man zwar Rurhessischer Seits dafür halte, daß die fragliche Angelegenheit am füglichsten bei der Auszgleichung über die Schulden und Lasten des Großherzogthums Frankfurt im Allgemeinen ihre Erledigung finden werde, wie man jedoch der Behandlung dieses isolirten Gegenstanz des, nach Maasgabe des Artikels 30 der Wiener Schlußacte, durchaus nichts in den Weg legen wolle, und daher die alsbaldige Bahl eines Bermittlungs Ausschusses wunsche.

Die Gesandtschaft ber freien Städte erklart fur Frankfurt, daß diese freie Stadt fich dieser Erklarung anschliesse.

Der Antrag der Gefandtschaften von Rurhessen und der freien Stadt Frankfurt murde einhellig angenommen und auf herkommliche Art die Wahl der aus drei Mitgliedern zu bestehenden Vermittlungs Commission vorgenommen.

Die Wahl fiel auf die herren Bundestagsgesandten von Carlowig,

von Sammerftein und

Freiherrn von Blittereborff.

Befchluß.

- 1) Daß die aus den herren Bundestagsgesandten von Carlowiz, von hammers fte in und Freiherrn von Blitters dorff, bestehende Commission beauftragt werde, den Bergleich unter sammtlichen, an dem ehemaligen Erzkanzlerischen Kurstaat und dem nachmaligen Großberzogthume Frankfurt betheiligten Regierungen, über die Fordernug der Testaments. Executoren des letztverstorbenen Kurfürsten von Trier, zu Stande zu bringen; im Entstehungsfalle aber ware
 - 2) bas Austrägalverfahren einzuleiten.

§. 204.

Reclamation ber Graflich: Sahn'ichen Familie und ber Curatel bes Freis herrn Carl Reinhard von Gemmingen: Guttenberg, die Gleichstels lung der Glaubiger der ehemaligen mittelrheinischen Reichsritter; schaft, — auch Stand der Auseinandersetzung der ehemaligen mittels rheinischen reichsritterschaftlichen Angelegenheiten im Allgemeinen betreffend.

(22. Gis. §. 171 b. 3.)

Braunschweig und Rassau, für Rassau. Um diese hohe Versammlung über die gegenwärtige Lage der rubricirten Reclamation, nach Maasgabe des in ihrer 16. dieß; jährigen Sigung am 13. Mai gefaßten Beschlusses, in Kenntniß zu setzen, versäumt der Herzoglich Nassauische Bundestagsgesandte nicht, seiner Seits die Anzeige zu machen, daß, nach den vorläufigen Anzeigen des diesseitigen Commissarius, die Verhandlungen der von den betheiligten Staaten zu Ausgleichung des mittelrheinischen ritterschaftlichen Schuldens wesens ernannten Commission immittelst bis zu ihrem völligen Abschlusse gediehen sind.

Nach den vorliegenden commissarischen Verabredungen, werden die in Rede stehenden Graflich Sahn'schen und Freiherrlich von Gemmingen Guttenbergischen Forderungen, welche bei der früheren Ausgleichung zwischen hessen, Rassau und Frankfurt unvertheilt geblies

ben sind, laut des Commissions:Protofolls vom 1. October 1821, mit allen ruckandigen Zinsen, als auf den Roniglich: Preussischen Antheil des Großberzogthums Berg fallend, von der Roniglich: Preussischen Regierung übernommen werden, und dadurch die fragliche Reschamation ihre Erledigung sinden.

Diese Ertlarung murde an die betreffende Commission abzugeben beschlossen.

§. 205.

Gammlung der in den deutschen Bundesstaaten geltenden Gefete. (20. Sie. §. 168 b. 3.)

Der Roniglich : Burtembergische herr Gefandte: überreicht nachträglich (f. Prot. v. 26. Marz 1821 §. 74) zu der Sammlung der in den deutschen Bundesstaaten geltenden Gesetz, die Jahrgange 1811 und 1812 des Roniglich : Burtembergischen Staates und Regierungeblatte, welche in die Bibliothet der Bundesversammlung abgegeben wurden.

§. 206.

Die Bermittlung der Bundesversammlung bei Streitigkeiten der Bundes, glieder unter sich, und Aufstellung einer wohlgeordneten Austrägal, instanz, auch das Austrägalverfahren betreffend.

Der Kurheffische herr Gefandte: übergiebt die Bemerkungen seines allerhochsten hofes über bas Austrägalverfahren, welche Diesem Protokolle unter Zahl 30 angefügt, und hierauf

beschloffen

wurde, dieselben loco dictaturae drucken ju laffen, und bemnachst an die betreffende Commission abzugeben.

§. 207.

Einreichungs: Protofoll.

Nachbenannte, unterm 12. Juli Dieses Jahres eingereichte Gingaben, Forderungen mehr rerer Aemter und Gemeinden des Großherzogthums heffen an die vormalige Reichsoper rationscaffe betreffend, als:

Num. 96, von den Gemeinden Afchbach, Reuntirchen, Griesbeim und Efcholb bruden, im Betrage von 1036 fl. 30% fr. R. B.

Rum. 97, vom Umte Bingenheim, im Betrage von 4,579 fl. 56 fr.

Num. 98, vom Umte Blantenftein, im Betrage von 9,069 fl. 51 fr.

Protot. b. b. Bunbesverf. XIV. Bb.

- Num. 99, vom Amte Dornberg und der Gemeinde Ruffelsheim, im Betrage von 19,366 fl. 7g fr.
- Rum. 100, vom Umte Darmftabt, im Betrage von 3,971 fl. 51 fr.
- Rum. 101, vom Umte Grunberg, im Betrage von 1,883 fl. 34 fr.
- Rum. 102, vom Umte Gernebeim, im Betrage von 11,829 fl. 23 fr.
- Rum. 103, vom Umte Relfterbach, im Betrage von 1,241 fl. 4 fr.
- Rum. 104, vom Umte Lampertheim, im Betrage von 70,767 fl. 334 fr.
- Rum. 105, vom Umte Ridda, im Betrage von 1,494 fl. 15 fr.
- Rum. 106, von ben Memtern und Gemeinden Oberrogbach, Bugbach, Rirchgons, Poblgons und Langgons, im Betrage von 5,357 fl. 56 fr.
- Rum. 107, vom Umte Ullrichftein, im Betrage von 627 fl. 17 fr.
- Rum. 108, vom Amte Schotten und ber Gemeinde Ulf, im Betrage von 3,962fl. 12 fr.
- Rum. 109, vom Umte Steinheim, im Betrage von 38,465 fl. 33 fr.
- Rum. 110, vom Oberamte 3 mingenberg, im Betrage von 733 fl. 57 fr.
- Rum. 111, vom Großherzoglichen Oberforstamte zu Darmstadt, im Betrage pon 1,359 fl. 22 fr.
- Rum. 112, von fammtlichen Aemtern und Gemeinden bes vormaligen Furft enthums Beffen Darmftabt, im Betrage von 41,381 fl. 43 fr.
- Rum. 113, von sammtlichen Aemtern und Gemeinden der vorhinigen Obern: Grafs fchaft, im Betrage von 158,906 fl. 53 fr.
- Rum. 114, von fammtlichen Memtern und Gemeinden des vormaligen Oberfürstens thums, im Betrage von 109,965 fl. 50 fr.
- Rum. 115, von mehreren Memtern bes Großherzogthums heffen, im Betrage von 15,590 fl. 36% fr.
- Rum. 116, von fammtlichen Uemtern und Gemeinden bes vormaligen Fur ftenthums Seffen, im Betrage von 880 fl. 5 fr.
- Rum. 117, von sammtlichen Memtern und Gemeinden ber ehemaligen Landgrafschaft Seffen, im Betrage von 39,785 fl. 39 fr.
- Rum. 118, vom Dberamte Umftadt, ohne Geldanfag.
- Rum. 119, vom Dberamte Dtberg, ohne Gelbanfat.
- Rum. 120, vom Oberamte Lindenfele, befgleichen.
- Rum. 121, von verschiedenen Gemeinden Diefes Oberamts, ebenfalls.
- Rum. 122, von fammtlichen vormals Furftlich: Ifenburgischen Aemtern und Gesmeinben, beggleichen; endlich die Eingabe

Num. 123, eingereicht am 13. Juli von Dr. Euler babier, als Bevollmächtigten bes Raiserlich : Ruffischen Viceconsuls und Königlich : Danischen Hofagenten, A. Chr. Beder in Altona, Beschwerde wegen Justizverweigerung, und Inhibition gegen executivische Maasregeln betreffend. —

wurden den betreffenden Commiffionen überwiefen.

§. 208.

Bertagung ber Bundesversammlung vom 1. Mugust bis Ende Rovember Diefes Jahres.

Prafidium schlägt vor: die gewöhnlichen Sommerferien mit bem 1. August dieses Jahres zu beginnen, nachdem die von der heutigen Sigung an noch übrige Zeit in diesem Monate zu den Expeditionen ber Protofolle u. d. gl. erfordert werde.

hierauf wurde einhellig

beschloffen:

baß sich die Bundesversammlung vom 1. August bis Ende November d. J. vertage. Hins sichtlich der etwa während der Vertagung vorkommenden Geschäfte, werde die Modification des Beschlusses der 38. Sigung v. J. 1817, worüber man sich in der 35. Sigung vom 20. Sept. 1819 (s. 221) vereinigt hat, ausdrücklich andurch erneuert.

Folgen die Unterschriften.

Beilage 27 zu §. 196.

Erflärung

Des Großherzoglich Seffischen Serrn Gefandten von Sarnier, Die Besichwerdesache Der Rheinpfalzischen Staatsglaubiger lit.D betreffend.

Bon Seiten des Großherzogthums heffen hatte man gehofft, die Bundesversammlung werde um so lieber einen der diesseitigen Erklarung entsprechenden Beschluß fassen, als diese, einerseits die Rechte aller Bundesglieder achtend, anderseits dem Interesse der Glaubiger vollständig entsprach, und zugleich im Besentlichen den Bunsch der Bundesversammlung erfüllte, mit dem kunftigen Urtheil den vorliegenden Gegenstand erschöpfend erledigt zu sehen.

Es ist jevoch die diesseitige Erklarung bedingt gewesen durch die Boraussetzung, diese hohe Versammlung werde in ihrem Beschlusse anerkennen und aussprechen, daß das Große berzogthum heffen nicht verbunden sen, dem eroffneten Austrägalverfahren beizutreten.

Der entworfene Beschluß enthalt aber feineswegs eine solche Unerkennung, vielmehr umgeht er ausbrudlich die Entscheidung der Frage:

- « ob die Großberzoglich , heffische Regierung, nachdem fie weder bei dem Bersuche
- e ber Gute, noch bei ber Bereinbarung über die Austragalinftanz concurrirt hatte,
- « zu einer Theilnahme an Diesem Rechtostreite vor jener Austrägalinstanz verpflich: « tet sen? »

Es ist mithin die diesseitige Erklarung, welche man, bedingt gegeben, unbedingt ans nehmen will, nicht entsprechend, und die Gesandtschaft beauftragt, dieser hohen Bersamm: lung zu eroffnen, daß man sich von Seiten des Großherzogthums heffen bei jener Beschluß; fassung nicht beruhigen, und sich, wenn auf derselben beharrt werden wolle, nicht an die biesseitige Erklarung gebunden erachte.

Die Großherzogliche Bundestagsgesandtschaft ist demnach ferner angewiesen, darauf anzutragen, daß dieser Gegenstand einer nochmaligen Erdrterung der Bundesversammlung vorgelegt werben moge.

Die Frage felbst, Die in dem entworfenen Beschlusse richtig ausgedruckt worden ift,

- « ob die Großherzoglich : Bessiefung, nachdem fie weder bei bem Versuch ber
- « Sute, noch bei ber Bereinbarung über Die Austragalinftang concurrirt hatte, zu einer
- Theilnahme an Diefem Rechtsftreite vor jener Austragalinftanz verpflichtet fep ? » fann bei jedem Bundesgliede vorkommen. Sie ift daber keine andere als diefe:

Rann ein deutscher Bundesfürst gezwungen werden, sich einem Gerichte zu unters werfen, zu dessen Wahl er nicht concurriren konnte? Giebt es (mit anderen Worsten) eine Austrägalinstanz für einen souverainen deutschen Regenten, ohne daß er an Borschlag und Auswahl des Gerichts hatte Theil nehmen konnen?

Einem folden 3mange fteht aber

I. die Natur eines jeden Austrägalgerichts und der Begriff eines jeden souverainen Staates oder Fürsten auf das Bestimmteste entgegen. Die deutschen Souveraine sind nicht Privatpersonen, die einem durch Andere angeordneten Richter sich unterwerfen mussen; sie sind unabhängige Rezenten, die nur selbst gewählten Gerichten, nur durch freie Wahl entsstandenen Schiederichtern, den Austrag ihrer Streitigkeiten übertragen konnten.

Es ware gewiß nicht paffend, hier umftandlich beweisen zu wollen, daß Austrage, daß alle Austragalinstanzen, schon nach ihrem Begriffe, schon nach ber Natur der Sache, ledige lich durch freie Wahl der Interessenten stets entstehen konnten und entstehen konnen.

II. Was hier erwähnt wurde, mußte, weil es dem Begriff einer jeden Austragalinstanz entspricht, von selbst sich verstehen, wenn es auch nicht in der bestehenden Bundesgesetz gebung ausgedrückt ware. Daß diese sich aber keineswegs hiervon entfernt hat, daß sie vielmehr diesen Grundsätzen in den einstimmig gefaßten Beschlussen von 1817 und 1820 vollständig und ausdrücklich gehuloigt hat, ist allgemein bekannt und anerkannt.

III. Will man daher dasjenige, was die Natur der Sache mit sich bringt, was zugleich die bestehende Gesetzgebung ausdrücklich bestätigt, bestreiten, D. h. weigert man sich, anzuserkennen, daß ein deutscher Fürst nicht gezwungen werden konne, sich einem von Andern bestellten Gerichte zu unterwerfen; so muß doch für eine solche Ansicht, die der Natur der Sache, die der über Austrägalinstanzen bestehenden Gesetzgebung widerspricht, ein bes stimmter entscheidender Grund angeführt werden.

Diefer Grund kann nach bem Stande diefer Discussion nur ein doppelter seyn: Unsanwendbarkeit des Beschlusses vom 3. August 1820 über die Austrägals Instanzen auf die durch den Artikel 30 der Schlußacte veranlaßten Austrägalinstanzen, und Möglichkeit einer Adcitation.

1) Unanwendbarkeit des Beschlusses vom 3. August 1820 über die Austragalinstanzen auf die durch den Artikel 30 der Schlußacte versanlaßten Austragalinstanzen.

Man hat namlich zu behaupten versucht, der Beschluß vom 3. August 1820 rebe nicht von dem Austrägalverfahren, das durch den Artikel 30 der Schlußacte, durch Privatsor; derungen von Gläubigern veranlaßt werde. Da nun dieser Artikel 30 das Recht der Bun; desglieder, an einer Bahl des Austrägalgerichts Theil zu nehmen, nicht ausspreche, so sew auch ein solches nicht vorhanden.

Dieseits widerspricht man dieser Behauptung auf das Bestimmteste. Diese Beschlusse ber Wiener Ministerial. Conferenz betreffen das bei Aufstellung der Austrägal: Instanzen zu beobachtende Berfahren ganz allgemein und ohne alle Ausnahme: sie unterscheiden nicht, ob die Austrägalinstanz auf Berlangen eines Bundesstaates oder auf Ansuchen von Gläubigern eröffnet worden; ob, mit andern Worten, die Beranlassung zum Austrage der Streitigkeiten zwischen Bundesgliedern, von diesen selbst, oder von Privatpersonen gegeben worden. Es ist nicht gegründet, daß die Beranlassung zur Austrägalinstanz eine doppelte, wesentlich verschiedene, Austrägalinstanz begründe; es ist nicht gegründet, daß, wie jene Behauptung von selbst mit sich führt, die Wiener Ministerial. Conferenz den großen, den ungemein großen Fehler begangen habe, durch den Artisel 30 der Schlußacte ein Institut, ein selbstständiges Institut, geschaffen zu haben, ohne die geringste Norm für das Versahren bei demselben gegeben, ohne im Geringsten bestimmt zu haben; wie denn dieß Institut ins Leben treten, wie es zu irgend einem gedeihlichen Resultate sich bewegen könne?

Bare aber auch dieser ungemein große und wahrlich nicht zu vermuthen de Fehler vorgefallen; mußte man annehmen, daß eine solche auffallende Lucke von keinem einzigen Mitgliede der Biener Ministerial Conferenz bemerkt worden ware (was man jedoch diesseits auf das Bestimmteste in Abrede stellt): so folgte doch noch keineswegs daraus, was man daraus ableiten will. Denn die Beranlassung einer Austrägalinstanz hat doch der angeführte Artikel 30 der Biener Schlußacte besohlen, und daß mit jeder Austrägalinstanz, nach ihrem Begriff, nach der Ratur der Sache, das Recht, an der Bahl des Gerrichts Theil zu nehmen, wesentlich verbunden ist, kann keinem Zweifel unterliegen.

Es kann also auf ben Artikel 30 ber Schlufacte eine Berweigerung ber bieffeits verlangten Anerkennung nicht gegrundet werden.

2) Möglichteit einer Abeitation.

Schon früher murde bemerkt, daß man neuerdings ziemlich allgemein Adcitationen im gemeinen deutschen Processe als ein Unding anerkenne. Jedenfalls aber ift für die Bundesgesetzgebung, ift für die Austrägalinftanzen diese Sache klar und entschieden.

In ben Verhandlungen ber Biener Ministerial: Conferenzen hatte ein Entwurf ber Beschluffe über Austrägalinftanzen die Möglichkeit von Abeitationen ausgesprochen. Allge-

mein stimmte man der Bemerkung ber Koniglich : Hannoverischen herren Bevollmachtigten bei

«daß die Adcitation eines Dritten zu einem Austrägal, Processe nicht zulässig sen, eweil die Jurisdiction des Austrägalgerichts einzig und allein auf der Wahl der Principaliter litigantium beruhe, und das adcitirte Bundesglied, wenn der Sat ebliebe, wie er in Antrag gebracht ist, ohne sein Zuthun, ex facto alieno, verbinds elich gemacht wurde, vor einem, in Ansehung seiner, incompetenten Richter zu ers scheinen und Recht zu nehmen, weßhalb die Herren Bevollmächtigten glauben, daß die Abcitation nur dann statt sinden könne, wenn selbige bei der Vermittlungs. Comsemission zur Sprache gebracht, und der Adcitat zur Wahl des Gerichts augezogen wird.

und mit allgemeiner Zustimmung dieser Conferenz, wurde hiernach der 3. Urt. der Wiener Ministerial Bestimmungen (Des nachherigen Bundestagsbeschlusses vom 3. August 1820) geandert, mithin jede Adcitation im Austrägalverfahren unterfagt.

Daß aber Berfügungen, welche Abcitationen enthalten, nicht bloß dem Austragals gerichte, sondern auch der Bundesversammlung untersagt sind, erhellet nicht bloß aus der Natur eines jeden gewählten Gerichts, sondern auch durch den 2. Art. der ebenerwähnten Bestimmungen, welcher der Bundesversammlung alle weitere Einwirkung auf Leitung des Processes und auf Entscheidung des Streites untersagt.

Bie will, wie kann man baber, vermoge angeblicher Moglichkeit einer Abcitation, fich weigern, anzuerkennen, daß ein deutscher Furft nicht gezwungen werden könne, sich einem Gerichte zu unterwerfen, an beffen Babl er nicht Theil nehmen konnte?

Man hat zwar in neueren Neusserungen erwähnt, daß hier von einer Avcitation in der That die Rede nicht sey. Allein eines Theils ist im Laufe dieser Erörterung nicht nur mehrmals von Avcitationen, ja sogar von einem möglicher Beise darauf folgenden Contumacialversahren die Rede gewesen, ohne daß die Unzulässigkeit solcher, dem Begriffe jeder Austrägalinstanz und den bestehenden Gesehen direct zuwider laufender, Berfügungen anerkannt worden ware, und man hat mitunter hierauf eine diesseitige Verbindlichkeit zu dem angesonnenen Beitritt zu gründen versucht. Andern Theils, wenn weder die Möglichkeit einer Abscitation, noch, wie unter 1) ausgeführt ist, die Unanwendbarkeit des Beschlusses vom 3. August 1820 über die Austrägalinstanzen auf die durch den Art. 30 der Schlußacte veranlaßten Austrägalinstanzen behauptet werden kann — wo wäre denn sonst ein bestimmter Grund gedenkbar oder vorhanden, um die diesseits verlangte Beantwortung der in dem hier entworsenen Beschlusse unentschiedenen Frage zu verweigern?

Es haben zwar mehrere Stimmen Unstand genommen, an der Entscheidung einer Frage Theil zu nehmen, welche, wie diese Erdrterungen zeigten, nicht unbezweifelt sew. Allein bei einem jeden, der Bundesversammlung vorgelegten und an und für sich zu ihrer Competenz gehörigen Gegenstande, kann es doch wohl nicht darauf ankommen, ob über eine oder die andere Unsicht Zweifel entstehen oder vorgetragen werden, sondern nur dars auf, worauf diese Zweifel beruhen, und ob die Grunde derselben von der Bundesverssammlung als richtig befunden werden.

Die Großherzogliche Gesandtschaft ist daher auch beauftragt, darauf anzutragen, daß diese hohe Versammlung nochmals die beiben Grunde, auf welche, vereint oder einzeln, man die Verweigerung der diesseits verlangten Anerkennung stuten zu konnen glaubt, einer Prusfung unterziehe, und sich darüber ausspreche, ob sie den einen oder den andern dieser Grunde als genügend und richtig anerkenne.

Bugleich muß die Gefandtschaft hiermit die Erklarung verbinden, wie das Großherzog, thum, nachdem einmal die Behauptung von seinem, ohne eigene freiwillige Bustimmung möglichen, Beitritt zu dem eröffneten Austrägalverfahren aufgestellt worden ift, sich es schulbig ist, bei einem jeden Beschlusse sich nicht zu beruhigen, der es nicht klar und deutlich ausspricht:

baß ein beutscher Furst nicht gezwungen werden tann, sich einem Gerichte, an bessen Wahl er nicht Theil nehmen konnte, zu unterwerfen, baß mithin heffen nicht verbunden ift, bem eröffneten Austragalverfahren beizutreten.

Sollte man indessen immer noch Anstand nehmen, diesem Begehren vollständig zu ents sprechen; sollte man glauben, durch eine solche Erklarung nicht bloß, wie man es diesseits ansieht, sich über den Sinn, in welchem man die Sache der Glaubiger an den Austrägals Gerichtshof früher gewiesen hat, auszusprechen, sondern zugleich einen Punct, der in gesetzgebende Verfügungen eingreife, zu bestimmen, oder sollte man der Wichtigkeit des Gesgenstandes es angemessen erachten, darüber vor einem Beschlusse zu berichten: so will man sich es diesseits gerne gefallen lassen, daß vorerst die Ansichten der verbündeten Regierungen selbst erbeten werden, daß man also alsbaldige Verichtserstattung und Instructions: Einholung beschliesse, wenn man nicht vorziehen will, ein neues selbstständiges Austrägalversahren zwischen Baiern und Hessen einzuleiten, welchem Hessen sich um desto weniger entziehen wird, da durch diese Einleitung von selbst zugleich sehr bestimmt ausgesproch en würde, daß Hessen, dem bereits erössneten Austrägalversahren beizutreten, keineswegs verpflichtet sen. Daß ihm die dadurch etwa entstehende Verzögerung in Ansehung der Gläubiger nicht zuz zurechnen sen, hat Hessen durch sein früheres Anerbieten bewiesen.

Protofolle

ber

Deutschen Bundesversammlung.

Bierzehnter Band. Drittes Beft.

Mithoher Bewilligung.

Gebruck in der Bundes: Prafidial: Buchdruckerei, und im Verlag ber Andreaischen Buchandlung in Frankfurt am Main.
1822.

•

•

Sechs und zwanzigste Sipung.

Gefchehen, Frankfurt den. 5. December 1822.

In Gegenwart

- Bon Seiten Desterreich &: bes von dem Raiserlich : Roniglichen prafidirenden Gefandten, Berrn Grafen von Buol: Schauenstein, substituirten Roniglich : Sachsischen Gefandten, herrn von Carlowiz;
- Bon Geiten Preuffens: bes Roniglichen wirklichen geheimen Staats und Cabinets; Ministers, herrn Grafen von der Golg;
- Bon Seiten Baierns: Des Roniglichen wirklichen Staaterathe, herrn von Pfeffel;
- Bon Seiten Sach fene: bee Roniglichen wirklichen Beheimen Rathe, Berrn von Carlowig;
- Bon Seiten Sannovere: bes Roniglichen Geheimen Rathe, Berrn von Sammerftein;
- Bon Seiten Burtembergs: bes Koniglichen herrn Staatsminifters, Freiherrn von Bangenheim;
- Bon Seiten Badene: Des Großherzoglichen herrn Bundestagsgefandten und Rammers berrn, Freiherrn von Blitteredorff;
- Bon Seiten Rurheffens: bes Kurfurstlichen Geheimen Rathe und Rammerherrn, Herrn von Lepel;
- Bon Seiten bes Großherzogthums Beffen: bes Großherzoglichen Geheimen Rathe, Berrn von Barnier;
- Bon Seiten Danemarks, wegen Solftein und Lauenburg: des von dem Roniglichs Danischen, herzoglich holstein: und Lauenburgischen Gefandten, herrn Grafen von Enben, substituirten Großherzoglich: Medlenburgischen Gefandten, herrn von Pent;
- Bon Seiten ber Niederlande, wegen bes Großherzogthums Luremburg: Des Roniglich: Niederlandischen Generallieutenants, herrn Grafen von Grunne;
- Bon Seiten ber Großherzoglich; und Herzoglich; Sachsischen Haufer: Des Großherzoglich; und Herzoglich; Sachsischen wirklichen Geheimen Rathe, Herrn Grafen von Beuft;

- Bon Geiten Braunschweigs und Raffau's: bes herzoglich: Naffauischen herrn Staats, minifters, Freiherrn von Marschall;
- Bon Seiten von Medlenburg: Schwerin und Medlenburg: Strelig: bes Groß: herzoglich: Medlenburg: Streligischen Staatsminifters, herrn von Peng;
- Bon Geiten holftein: Dloenburgs, Unhalts und Schwarzburgs: bes herzoglich: Solftein: Oldenburgifden Rammerberen, herrn von Both;
- Won Seiten von Sobenzollern, Liechtenstein, Reuß, Schaumburg: Lippe, Lippe und Balbed: Des Großherzoglich , heffischen herrn Geheimen Rathe, Freiherrn von Leonhardi;
- Bon Seiten der freien Stadte, Lubed, Frankfurt, Bremen und hamburgs, des herrn Syndicus Dr. Curtius;
- und meiner, des Raiserlich : Desterreichischen wirklichen hofrathe und Canzlei : Directore, Freiheren von Sandet.

§. 209.

Eroffnung ber Bunbestage: Sigungen und Gubstitutionen.

Der einstweilige Stellvertreter bes hohen Prafibii, ber Roniglich; Sachfische Befanbte, herr von Carlowiz, eroffnet:

Bufolge bes von ber hohen Bundesversammlung am 15. Juli dieses Jahres gefaßten Beschlusses, nehmen beren Sitzungen an dem heutigen Tage wieder ihren Unfang, und mir ist, in Abwesenheit des Raiserlich: Roniglich: Desterreichischen Prasidial: Gefandten, herrn wirklichen Geheimen Raths, Grafen von Buol: Schauenstein Excellenz, als dessen weiligem Stellvertreter, die Spre zu Theil geworden, selbige zu eröffnen.

Ich unterziehe mich jest dieses Auftrags — mit Freude, da ich Sie, höchstzuverehrende Herren! wieder zu unserm gemeinsamen Zwede, dem Bohle des deutschen Baterlandes, verseinigt sehe, — aber auch mit Trauer, denn seit unserer letten Zusammenkunft hat der Tod unserm Bereine ein höchst wurdiges Mitglied entrissen. Der Königlich Baierische Bunt destagsgesandte, Freiherr von Aretin, ist aus unserer Mitte geschieden und einer höhern, ewigen Bestimmung entgegen gegangen. Ber unter und empfände nicht, was unsere Bersammlung an ihn verloren habe, — ein Borbild durch Bissen, Thatigkeit, Pflichttreue und Charafterstärke, — und wer theilte nicht das Gefühl der Hochachtung für den unversgeslichen Tooten, welches stets in unsern, seiner Freunde, dankbaren Herzen fortleben wird.

An des Berewigten Stelle, tritt heute ein hochverehrter Staatsmann ein. Er hat durch langichrige, wichtige Dienste das besondere Vertrauen seines allerhochsten Souverains erworben und dadurch den gegründetsten Unspruch auf das unserige.

Ich zeige Ihnen zugleich an, daß fur den Koniglich Danischen, herzoglich Holftein; und Lauenburgischen Gesandten, herrn Grafen von Enben, der Großherzoglich Medlen, burgische Gesandte, herr von Pent, substituirt ift.

§. 210.

Legitimation bes Roniglich: Baierischen wirklichen Staatsrathe, herrn von Pfeffel, als Roniglich: Baierischen Bunbestagegefandten.

Der einstweilige Stellvertreter des Prafidii zeigt an, der Koniglich: Baierische wirkliche Staatsrath, herr von Pfeffel, habe sich als Koniglich: Baierischer Bundestagsgefandter, mittelst Bollmacht, d. d. Munchen den 14. November 1822, gehörig legitimirt.

Die Bollmacht wurde verlesen, und hierauf

Dieselbe im Bundesarchive niederzulegen und beglaubigte Abschrift davon bem herrn Bundestagsgesandten von Pfeffel zuzustellen.

Der Roniglich Baierische Berr Gefandte: Indem ich jum erftenmale bie Ehre habe, in dieser hoben Bersammlung den von meinem allerhochsten Sofe mir bestimme ten Plat einzunehmen, finde ich mich gebrungen, Die lebhaften Gefühle auszudruden, Die bei biefem feierlichen Unlag mich ergreifen. Geit meiner Jugend zwar ben Geschäften bes Staats gewidmet, doch meift in der Fremde, unter Berhaltniffen und in einer Sphare von Thatigkeit lebend, womit mein gegenwartiger Beruf vielleicht nur burch ben gleichen gewissenhaften Gifer fur Erfullung meiner Pflicht sich verwandt zeigen burfte, ben ich bier, wie dort, nach Rraften zu bewähren mich bestreben werde, - foll ich nun in diesem verehr: ten Kreise einem Manne nachfolgen, den ich nicht erwähnen kann, ohne in Ihren Augen, meine hochgeehrtesten Gerren! Diefelben Gefühle zu lefen, Die in meinem Berzen auf ewig ihm gewidmet sind (und beren beredten Ausbruck Sie so eben vernommen haben). Er mar Giner Ihrer thatigften Mitwirter, und Die Jahrbucher Des Deutschen Staatenbundes werden mit eben dem Stolze feinen Ramen aufbewahren, wie Baiernst treues Bolf ihn der Nachkommenschaft als ein Muster von unerschütterlicher Ergebenheit an Kurst und Baterland vorzeigen wird. Er war mein Freund, meine Herren! und ich hege die erfreuliche hoffnung, daß Gie biefe Eigenschaft als ein Unterpfand Ihres Mohlwollens und Butrauens, welchen ich mich bestens zu empfehlen die Ehre habe, zu betrachten mir erlauben werden.

§. 211.

Legitimation ber zur Militarcommiffion ber beutschen Bundesversamm: lung abgeordneten Generale und Stabsofficiere.

(17. Gis. \$ 146 b. 3.)

Baiern. Der Roniglich: Baierische Bundestagsgesandte beeilt sich, nach seinem Ginstreten in diese hohe Versammlung, derselben von der stattgehabten Veranderung in der Ros niglich: Baierischen Abordnung zur Militarcommission Nachricht zu ertheilen. Der bisherige Ronigliche Militar: Bevollmächtigte, Generalmajor von Maillot, ist nämlich während der Bundestagsferien von Seiner Majestat dem Ronige zu einer andern ehrenvollen Bestimmung abgerufen, und der Oberst und Flügel: Adjutant Seiner Roniglichen Majestat, herr Fürst August von Thurn und Taxis, zu seinem Nachfolger ernannt worden, wels cher Letztere demnach auch bereits seit einiger Zeit dahier eingetroffen ist.

hierauf murbe

beschloffen:

der Militarcommission der deutschen Bundesversammlung auf herkommliche Urt hievon Nachricht zu ertheilen.

§. 212.

Gefchaftsführung in der Gingaben: Commission betreffend. (24. Sig. §. 183 b. 3.)

Der Königlich: Sachfische Gefandte, Herr von Carlowiz, theilt einige von seinem allerhöchsten hofe vorläufig gebilligte Bemerkungen in Bezug auf die Geschäftsordnung der Bundestags. Commission zu Prüfung der Privateingaben mit, wozu die von der Königslich: Preussischen Bundestagsgesandtschaft unterm 6. Juni dieses Jahres dieser Commission übersgebene Note, sammt deren Beilage (Num. 23), und der hierauf in der 24. Bundestagssitzung am 11. Juli ej. a. gefaßte Beschluß (S. 183), den Unlaß gegeben haben.

Defigleichen giebt der Großherzoglich: Badische Berr Gesandte, Freiherr von Blitteredorff, die Bemerkungen seines allerhochsten hofes über denselben Gegenstand ab; worauf

murde,

- 1) die vorgetragenen Bemerkungen an die Bundestage: Commission zu Revioirung ber Geschäftsordnung zur Berudsichtigung abzugeben, auch
 - 2) solche unter Bahl 31 und 32 loco dictaturae drucken zu laffen.

§. 213.

Instruction &: Einholungen betreffend. (13. Sig. §. 104 d. 3.)

Burtemberg. Auf den in der 10. dießjährigen Sigung, von der Koniglich: Preuffischen Gesandtschaft gemachten, die Art und Weise der Instructions: Einho: Iung, deßgleichen der Abstimmung oder Beschlußziehung bei Berhandlungen der Bundesversammlung betreffenden Antrag, wurde beschlossen:

vaß der Roniglich Preuffische Antrag an die Regierungen mit dem Ersuchen einzus senden sen, darüber ihre Erklarungen baldmöglichst abzugeben, damit die zur Resvision der Geschäftsordnung gewählte Commission, welcher dieser Antrag zuzustellen ware, hierauf besondern Bortrag zu erstatten in den Stand gesetzt werde.

Die Roniglich : Burtembergische Gesandtschaft ift ermächtigt, in Gemäßheit Dieses Bes schlusses, auf jenen Antrag die vorläufigen Ansichten ihres allerhöchsten hofes, der von der Roniglich : Preussischen Gesandtschaft selbst gewählten Abtheilung ihres Antrags in sechs Puncte over so genannte Annahmen folgend, zur weitern Erörterung vorzulegen.

Die Abficht Des

Ersten Puncts geht dabin, daß die Theilung der Verhandlung eines Gegenstandes zwischen effentlicher und vertraulicher Sigung möglichst vermieden werden folle.

Dier kann naturlich nicht davon die Rede fenn, wenn, nach Unleitung der provisorischen Geschäftsordnung, I, Absat 5, bloß vorbereitende, unverbindliche Bespreschungen und Erdrterungen eines in den formlichen Sitzungen zu verhandelnden Gesgenstandes, in vertraulichen Sitzungen statt finden, sondern es ist anzunehmen, daß nur solche Fälle damit bezeichnet werden wollen, in welchen die Verhandlungen die angesgebene Grenze überschreiten und entweder

- a) ohne Führung eines Protofolls ober einer Registratur, die Berathungen Resultate ers geben, welche auf die weitern, in offentlicher Sigung zu pflegenden, von wesents lichem Ginflusse sind, oder auch nur diese erlautern; ober wenn
- b) unter Fuhrung eines abgesonderten Protofolls, oder einer Registratur, eine Berhandlung in vertraulicher Sigung über einzelne Puncte eines übrigens in offents licher Sigung behandelten Gegenstandes statt findet.

In folden Fallen ift bie Theilung einer Berhandlung wirklich worhanden.

Bur Befeitigung ber aus einer folden Berhandlungeform entstehenden Inconvenienz, balt man es allerdinge fur angemeffen, bag, in ber Regel, die Theilung ausgeschlossen, jeder

Gegenstand in offentlicher Sigung vollständig verhandelt und die Berhandlung ins Protos toll aufgenommen werde, es moge biefelbe mehr oder minder durch die vertrauliche Befpres dung vorbereitet fenn, ober nicht, und

daß die Ausnahmen, in welchen gleichwohl eine Berhandlung ber oben ad a und b bezeichneten Urt zugelaffen werden foll, ohne folche vollständig ins offentliche Protofoll gu übertragen, von der Buftimmung der Mehrheit der engern Berfammlung abhangig gu machen feven, welche in Fallen ad a) eine ausbrudliche ober ftillschweigenbe fenn fann.

Der

zweite Punct bezweckt, daß, wenn ausnahmsweise bie Theilung einer Verhandlung zwischen öffentlicher und vertraulicher Sigung ftatt finde, ber fich in letterer ergebende Stand ftreitiger Behauptungen, unter Un: borung und Bustimmung bes intereffirten Theile, flar und vollständig in das offentliche Protofoll aufgenommen werde.

Gegen diesen Untrag ift, wenn eine Theilung, in bem sub I ad a und b bezeichneten Ginne, vorhanden, nichts zu erinnern, und nur barauf zu seben, bag ber Buftimmung bes Betheiligten nicht zu viel eingeraumt wird.

In Diefer hinficht bat bie Ronigliche Bundestagegefandtschaft als nabere Beftime mungen folgende Gage in Untrag zu bringen:

- a) wenn in einer vertraulichen Gigung, worüber weder Protofoll noch Registratur auf genommen wurde, die Befprechungen zwar ein Resultat erhalten, welches auf die weitere Berhandlung bes Gegenstandes in offentlicher Sigung von wefentlichem Gin: Fluffe ift, oder diese erlautert, gleichwohl aber folche nicht vollständig in das offents liche Protofoll geeignet erfunden werden; fo find in daffelbe wenigstens die zu flarer Darstellung bes Gangs der Berhandlung dienenden Sauptmomente ju übertragen;
- b) wird hingegen', unter Fuhrung eines Prototolls ober einer Registratur, über einzelne Puncte vertraulich verhandelt; fo tann das offentliche Protofoll fich auf eine sums marifche Bezugnahme und Anführung bes Gegenftandes der abgefonderten Aufzeich: nung beschränken.
- c) In dem einen wie in dem andern Falle, ift jedem bei dem Gegenstande betheiligten Bundesgliede zuzugestehen, nicht nur in Beziehung auf Die Richtigkeit, sondern auch in Unsehung der mehrern oder mindern Ausführlichkeit ber Fassung seiner eigen en, in das offentliche Prototoll aufzunehmenden Erflarungen, Erinnerungen zu machen, melde vorzugsweise berudsichtigt werden sollen. Dagegen bleibt der übrige Theil bes

[Eintrags in Fallen, wo man fich darüber nicht follte vereinigen konnen, von der Unsicht und Entscheidung ber Dehrheit abhängig.

Den

britten Punct anlangend, der in fürzerer Zusammenfassung den Antrag enthält, daß, wenn bei der Instructions Einholung der Ausdruck: «daß die Bundes, versammlung Instruction einholen wolle, vermieden werden solle—boch, im einzelnen Falle, dessen Erledigung auf Instruction der Regiezungen ausgesetzt würde, entweder durch eine Registratur, oder durch das Protofoll selbst, beurfundet werden musse, daß—worüber und binenen welcher Frist! Instructionen einzuholen beschlossen worden sene; so fann diesem dieseits nur in so fern entsprochen werden, als damit bei einzelnen Berschandlungsgegenständen, worüber die Bundestagsgesandtschaften sich entweder vorher zu bedenken, oder Berhaltungsbesehle von ihren Regierungen einzuholen veranlaßt senn könnten, die Unberaumung einer für beides genügenden Frist zur Abstimmung und Beschlußs nahme bezweckt wird.

Dießfalls hat die provisorische Geschäftsordnung am Schlusse von II schon Vorsehung getroffen, und es ift der Natur der Berhältnisse gemäß, daß die Fristansesung so geräumig statt finden muffe, daß auch von der entferntesten Bundesregierung in der Zwischenzeit Insstruction eingehen könne.

Db besondere Puncte voraus bestimmt werden konnen oder wollen, über welsche die Abstimmungen, folglich auch die Instructions Ginholungen, sich zu verbreiten haben, hangt von dem individuellen Falle und den dabei eintretenden Rucksichten ab; inzwischen ist es immerhin nicht nur unbedenklich, sondern sogar nüglich, wenn festgesetzt wird, daß jedesmal, wo die Abstimmung nicht eine ganz einfache, an und für sich deuteliche Frage betrifft, die wesentlichsten Puncte deutlich zu bezeichnen seinen, worauf es, nach der Ueberzeugung der Bundesversammlung, bei der Entscheidung des vorliegenden Gezgenstandes vorzugsweise ankommt. Es kann dadurch manchen Irrungen und Misverständenissen vorgebeugt, eine richtige Fragestellung bei der Abstimmung vorbereitet und eine geznaue und umfassende Instructions Ertheilung befördert werden, ohne daß irgend eine Rezgierung dadurch in ihrer Abstimmung beschränkt werde, indem die Besugnis, einen andern, vielleicht nicht berührten, aber erheblich scheinenden Gesichtspunct, neben den übrigen bezzeichneten, in der Abstimmung vorzugsweise herauszuheben, keiner Regierung beschränkt werz den darf:

Wird die Zeit der Abstimmung und Beschluffnahme geräumig genug bestimmt, dann aber genau und mit dem, schon der provisorischen Geschäftsordnung ad I. entsprechenden, Prassprates. d. d. Bundesvers. XIV. 23

Es haben zwar mehrere Stimmen Unstand genommen, an der Entscheidung einer Frage Theil zu nehmen, welche, wie diese Erdrterungen zeigten, nicht unbezweifelt sen. Allein bei einem jeden, der Bundesversammlung vorgelegten und an und für sich zu ihrer Competenz gehörigen Gegenstande, kann es doch wohl nicht darauf ankommen, ob über eine oder die andere Unsicht Zweifel entstehen oder vorgetragen werden, sondern nur dar, worauf diese Zweifel beruhen, und ob die Grunde derselben von der Bundesver, sammlung als richtig befunden werden.

Die Großherzogliche Gefandtschaft ist daber auch beauftragt, barauf anzutragen, daß diese hohe Bersammlung nochmals die beiden Grunde, auf welche, vereint oder einzeln, man die Berweigerung der diesseits verlangten Anerkennung stützen zu konnen glaubt, einer Prüsfung unterziehe, und sich darüber ausspreche, ob sie den einen oder den andern dieser Grunde als genügend und richtig anerkenne.

Bugleich muß die Gesandtschaft hiermit die Erflarung verbinden, wie das Großherzog; thum, nachdem einmal die Behauptung von seinem, ohne eigene freiwillige Bustimmung möglichen, Beitritt zu dem eröffneten Austrägalverfahren aufgestellt worden ift, sich es schulz big ist, bei einem jeden Beschlusse sich nicht zu beruhigen, der es nicht klar und deutlich ausspricht:

baß ein deutscher Fürst nicht gezwungen werden kann, sich einem Gerichte, an deffen Wahl er nicht Theil nehmen konnte, zu unterwerfen, daß mithin Heffen nicht verbunden ift, bem eröffneten Austrägalverfahren beizutreten.

Sollte man indessen immer noch Anstand nehmen, diesem Begehren vollständig zu ents sprechen; sollte man glauben, durch eine solche Erklärung nicht bloß, wie man es diesseits ansieht, sich über den Sinn, in welchem man die Sache der Gläubiger an den Austrägals Gerichtshof früher gewiesen hat, auszusprechen, sondern zugleich einen Punct, der in gesetzgebende Berfügungen eingreife, zu bestimmen, oder sollte man der Wichtigkeit des Gesgenstandes es angemessen erachten, darüber vor einem Beschlusse zu berichten: so will man sich es diesseits gerne gefallen lassen, daß vorerst die Ansichten der verbündeten Regierungen selbst erbeten werden, daß man also alsbaldige Berichtserstattung und Instructions. Einholung beschliesse, wenn man nicht vorziehen will, ein neues selbstständiges Austrägalversahren zwischen Baiern und Hessen einzuleiten, welchem Hessen sich um desto weniger entziehen wird, da durch diese Einleitung von selbst zugleich sehr bestimmt ausgesproch en würde, daß Hessen, dem bereits erössneten Austrägalversahren beizutreten, keineswegs verpflichtet sen. Daß ihm die dadurch etwa entstehende Verzögerung in Ansehung der Gläubiger nicht zuzurechnen sen, hat Hessen durch sein früheres Anerbieten bewiesen.

Protofolle

ber

Deutschen Bundesversammlung.

Bierzehnter Band. Drittes Beft.

Mithoher Bewilligung.

Gedruck in der Bundes: Prafidial: Buchdruckerei, und im Verlag ber Andreaischen Buchhandlung in Frankfurt am Main.
1822.

•

Sechs und zwanzigste Sipung.

Gefchehen, Frankfurt den. 5. December 1822.

In Gegenwart

- Bon Seiten Desterreich &: bes von dem Raiserlich : Roniglichen prafivirenden Gefandten, Berrn Grafen von Buol: Schauenstein, substituirten Roniglich : Sachsischen Gefandten, herrn von Carlowiz;
- Bon Seiten Preuffens: bes Roniglichen wirklichen geheimen Staats und Cabinets, Ministers, herrn Grafen von der Golg;
- Bon Geiten Baierns: bes Roniglichen wirklichen Staaterathe, herrn von Pfeffel;
- Bon Seiten Sach fend: bee Roniglichen wirklichen Beheimen Rathe, Berrn von Carlowig;
- Bon Geiten Sannovers: bes Roniglichen Gebeimen Rathe, Berrn von Sammerftein;
- Bon Seiten Burtembergs: bes Koniglichen herrn Staatsministers, Freiherrn von Bangenheim;
- Bon Seiten Babens: des Großherzoglichen herrn Bundestagsgefandten und Rammers herrn, Freiherrn von Blitteredorff;
- Bon Seiten Rurheffens: bes Rurfurstlichen Geheimen Raths und Rammerherrn, Herrn von Lepel;
- Bon Seiten bes Großherzogthums Beffen: bes Großherzoglichen Geheimen Raths, Berrn von Barnier;
- Von Seiten Danemarks, wegen Holftein und Lauenburg: des von dem Koniglich; Danischen, herzoglich: holstein: und Lauenburgischen Gesandten, herrn Grafen von Enben, substituirten Großherzoglich: Medlenburgischen Gesandten, herrn von Pent;
- Bon Seiten ber Riederlande, wegen bes Großherzogthums Luremburg: Des Roniglich-Riederlandischen Generallieutenants, herrn Grafen von Grunne;
- Von Seiten ber Großherzoglich; und Herzoglich : Sachsischen Haufer: Des Großherzoglich : und Herzoglich : Sachsischen wirklichen Geheimen Rathe, Herrn Grafen von Beust;

weder neue Thatfachen, oder neue Gefichtspunete zur Beurtheilung der vorliegenden Frage enthalte.

Eines weitern, von der Koniglich: Preuffischen Gefandtschaft nicht ausgehobenen, aber, wenn man alle Falle, in welchen die Bundesversammlung den geräumigern Termin zur Instructions: Einholung ansetzen tann, zusammen stellen will, hieber gehörigen Falls gedenkt

d) die provisorische Geschäftsordnung ad III. 7. lit. c, wenn namlich ein Mitglied nach beendigter Umfrage, aus Beranlassung neuer, in spateren Abstimmungen vorgekommener Grunde, oder zu Aufklarung von Migverständnissen, um Aufschub ber Schufziehung nachsucht.

Dieser Fall unterscheidet sich von dem vorhergehenden dadurch, daß dort unterstellt wird, der die Termins-Erstreckung verlangende Gesandte habe noch nicht abgestimmt, bier aber die entgegengesetzte Voraussetzung statt findet.

Aufferdem muß aber jedem Bundesgliede überlaffen bleiben, einen, fur die Instructionse Ginbolung binreichenden Abstimmunge. Termin ju fordern, fo oft

e) im Laufe der Verhandlung neue, den Stand der Sache ganz andernde, Verhaltnisse eingetreten sind, über welche sich frühere Instructionen noch nicht verbreiten konnten, und die Bundesversammlung hatte in diesem Falle, wo gleichmäsig ein bereits angesetzter Termin aufzuheben ware, nur über das Daseyn des angegebenen Grundes zu erkennen, nach dessen Unerkonnung aber eine angemessene Frist nicht zu versagen.

Gleiche Befugniß muß auch jedem Bunbesgliede zugestanden werden, wenn

f) die Abstimmung einen neuen Berhandlungsgegenstand irgend einer Art betrifft, welcher überall noch nicht vorgekommen ist, und bessen Behandlungsweise mithin nicht nach früheren Borgangen beurtheilt werden kann.

Um jedoch auch hier Mißbrauchen zu begegnen, so wird die Bundesversammlung der Forderung einer geräumigen Termins. Ansehung nur in so weit zu entsprechen gehalten senn, als nicht nachgewiesen werden kann, daß derselbe Berhandlungsgegenstand bereits vorzgekommen oder doch seine Behandlungsweise in der Bundesgesetzgebung genau vorgezeichnet ift, worüber die Mehrheit in der Bundesversammlung zu entscheiden hatte.

Der

funfte Punct, auf beffen Unnahme Preuffen antragt, bestimmt:

daß jede Abstimmung, in der Regel, wenn auch beziehungsweise auf eine andere, doch Namens der einzelnen Regierung oder Stimme, auch einzeln und gesondert erfolgen solle, und daß, wenn dadurch bei minder erheblichen Gegenständen eine Gesammterklärung nicht ausgeschloffen werbe, boch, auf Berlangen ber nachft intereffirten Gefandtichaften, einzeln abgeftimmt werben muffe.

Der Unnahme dieser Bestimmung liegt nichts im Wege, sie ist auch schon in ber provisorischen Geschäftsordnung als Regel enthalten, und die Konigliche Bundestagsgesandtschaft ist ermächtigt, auf den Zusatz anzutragen, daß es jeder Bundesgesandtschaft zustehen solle, die einzelne Abstimmung, ohne Bescheinigung eines besondern Interesses, zu fordern.

Durch ben

fechsten und letten Punct des Preuffichen Antrags, foll endlich noch festgesetzt werden: daß die Bundesversammlung dafür forgen dürfe und muffe, daß sie durch die vorbemerkte Einrichtung sich in dem Falle befinde, das von jedem einzelnen Gefandten Erklärte für die Ansicht und Entschlieffung seiner Regierung halten zu können, ohne deß ihr jedoch die Befugniß beizulegen sey, sich darüber, daß dem wirklich so sey, durch irgend eine besondere Maasregel unmittelbar und direct zu verfichern.

Theils durch Befolgung ber schon in der provisorischen Geschäftsordnung hierüber ents haltenen Bestimmungen, theils durch die Beschlußnahme über die Preuffischen Antrage, wird dieser Sorge im einzelnen Falle Genüge geschehen.

Indeffen findet man es durchaus angemessen, wenn in dieser Beziehung ausdrucklich festgesetzt wird:

- 1) daß jede von einem Bundestagsgesandten abgegebene Erklarung oder Abstimmung nie als im eigenen, sondern immer nur als im Namen seiner Regierung abgegeben, ans zusehen und zu beurtheilen sen, so bald der Gesandte begehrt, daß seine Aeusserung nicht als vertrauliche Erdsfnung betrachtet, sondern in das Protokoll ausgenommen werde; wogegen
- 2) die Bundesversammlung nie berechtigt sen, in irgend einer Weise zu erörtern, oder zu untersuchen, ob die von einem Bundestagsgefandten zum Protofolle gegebene Erklarung, in Folge und in Gemäßheit erhaltener Instructionen abgelegt worden sen oder nicht, indem die Gesandten beschalb lediglich ihren Regierungen verantwortlich sepen.

Giner folden Bestimmung tritt man um fo bereitwilliger bei, ba, wie die Ronigliche Gesandtschaft ausbrucklich zu erklaren hat, ihr allerhöchster hof stets von diesen Grunds faten ausgegangen ist, beren ersterer insbesondere geeignet ist, den perfonlichen Unsiche ten der Bundestagsgesandten einen ungesetzlichen Spielraum zu verschliessen, der hin und wieder als möglich, und, wenn er statt finden konnte — mit Recht als durchaus unzuslässig — angesehen worden ist.

Bas endlich noch den in dem Preuffischen Antrage (Prot. Seite 211) aufgestellten Grundsatz betrifft,

daß in den Commissionen die Gesandten die ihnen zugewiesenen Gegenstände nur nach ihrer eigenen Ansicht begutachten follen; so ist diese Bestimmung zwar von der Bundesversammlung bereits anerkannt (f. Bundestags, Protofoll von 1821, §. 73, Seite 146), übrigens aber immerhin geeignet, in die neue Gesschäftsordnung aufgenommen zu werden.

In dem Falle, daß man es für gerathen halten sollte, über den Antrag der Konigslich: Preusischen Gesandtschaft, nach erfolgtem Commissionsvortrage, einen von der allges meinen Revision der Geschäftsordnung abgesonderten Beschluß zu fassen, ist die Konigliche Bundestagsgesandtschaft dazu mitzuwirken zwar ermächtigt, muß sich jedoch vorbehalten, die so eben mitgetheilten vorläusigen Ansichten ihrer allerhöchsten Regiewung bei der definitiven Abstimmung über den zu erwartenden Commissionsvortrag, nach Erforderniß, zu vervolls ständigen.

Indessen glaubt sie jest schon erwähnen zu mussen, daß sie nur unter der Boraus, setzung zu einem abgesonderten Beschlusse mitzuwirken ermächtigt sen; daß durch diese vorzläusige Beschlusnahme über die Königlich: Preussischen Antrage, weder die Bearbeitung der umfassenden definitiven Geschäftsordnung gehemmt, noch den Modisicationen Eintrag gesches hen werde, welche bei Zusammenstellung des Ganzen zu seiner Zeit, in einzelnen der vorzläusig angenommenen Puncte nothig erachtet werden mochten, um diese mit allen übrigen Theilen der desinitiven Geschäftsordnung in Uebereinstimmung zu setzen.

Diefe Abstimmung wurde ber betreffenden Commission zuzustellen beschlossen.

§. 214.

Denkschrift bes Vorstandes der katholischen Gemeinde zu Frankfurt am Main, ihre verfassungsmäsig anzuordnenden Verhaltnisse bestreffend.

(23. Sis. §. 179 b. J.)

Der Rurheffische Herr Gefandte von Lepel, trägt vor: Aus dem Protofolle ber 23. dießjährigen Sigung (§. 179), ist dieser hohen Versammlung erinnerlich, daß durch eine schriftliche Eingabe des Vorstandes der katholischen Gemeinde dahier, die angenehme Hoffnung gegeben wurde, die Beschwerde über ihre Verhaltnisse werde sich auf gutlichem Wege erledigen.

Diese Hoffnung ist vollständig erfüllt worden. Durch eine, mahrend der Ferien eins gereichte, weitere Eingabe, d. d. 27. August dieses Jahres (Rum. 126), hat der oben ers wähnte Vorstand angezeigt:

daß die durch ihn dieser hohen Versammlung vorgelegten und mittelst Beschlusses vom 20. September 1819 an eine dießfalls niedergesetzte hohe Commission zum Aussgleichungs: Versuche verwiesenen Differenzen, durch eine Erklarung des Senats vom 30. Juli dieses Jahres, auf eine die katholische Gemeinde beruhigende Weise erledigt worden seven,

und bemnach die deffallsigen Reclamationen, unter Berdantung ber benfelben gewidmeten Gorge, formlich abgerufen und gurudgenommen.

Unter Diefen Umftanden wird ber Untrag gerechtfertigt erscheinen:

baß die befagte Eingabe vom 27. August dieses Jahres zu ben Acten zu nehmen sen, und Die ganze Angelegenheit, als befinitiv erledigt, zu beruhen habe.

hierauf wurde, unter einhelliger Bustimmung zu Diesem Antrage, befchloffen:

daß die Eingabe des Borftandes der katholischen Gemeinde zu Frankfurt zu ben Acten zu nehmen fen, und die ganze Angelegenheit, als befinitiv erledigt, zu beruhen habe.

§. 215.

Die Streitigkeit zwischen bem Großherzogthume Sachsen, Beimar, Eises nach und bem Fürstenthume Schwarzburg, Rudolstadt, dann ben Herzogthümern Sachsen, Coburg, Hildburghausen, Meiningen und dem Fürstenthume Schwarzburg, Sondershausen, wegen der aus dem Thüringer Rayonverbande vom Jahr 1814 herrührenden Forde; rungen.

(19. Sig. S. 161 b. J.)

Der Großherzoglich: und herzoglich: Cachfifche herr Bundestagege: famte, that folgende Unzeige und Erflarung:

In der Thuringer Rayonsache sind Seiner Roniglichen Hoheit, dem Großherzoge von Sach sen Beimar und Eisenach, meinem allergnädigsten Herrn, von den Durche lauchtigsten Beklagten die Kronen Sachsen und Hannover, ingleichen des Rurfürsten von Hessen Königliche Hoheit, zur Wahl unter Allerhöchsteren obersten Gerichten, als Austrägalinstanz vorgeschlagen und von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzoge, jene auf das Hannoverische Oberappellationsgericht zu Celle gerichtet worden.

Da der erwähnte Vorschlag zum Theil nicht ohne gewisse Modificationen geschehen ift, welche ich zur Kenntniß hoher Bundesversammlung zu bringen befehligt worden bin, so muß ich der eben bewirkten Anzeige noch Folgendes binzufügen:

Nachdem über die lettern, in der 8. und 19. Sitzung von hoher Bundedversammlung in der Thuringer Rayonsache gefaßten, Beschlusse von mir berichtet worden war, liesen des Herzogs von Coburg. Meiningen Durchlaucht nach Weimar erklären, daß, wenn des Großherzogs Königliche Hoheit nicht noch das Oberappellationsgericht zu Jena als Austragalinstanz anzunehmen geneigen sollten, Sochisse die obersten Gerichte Ihrer Königlichen Majestäten von Sachsen und Hannover und Geiner Königlichen Hoheit des Kurfürsten von Hessen zur Auswahl Geiner Königlichen Hoheit des Großherzogs in Vorschlag bringen wollten.

Seine Herzogliche Durchlaucht liessen mit dieser Mittheilung die Hochstihrer Bergleiches geneigtheit verbinden, und befahlen mir zugleich, in einem hochsten Rescripte vom 24. Juni, beides zur Kenntnis hoher Bundesversammlung zu bringen. Nicht unbemerkt kann ich hier lassen, daß zwischen Seiner Koniglichen Hoheit dem Großherzoge von Sachsen-Weimar und des Herzogs von Sachsen-Toburg Meiningen Durchlaucht, auch nachstens eine gutliche Bereinigung in der Sache zu Stande kommen durfte.

Bon des herzogs zu Gachfen, hildburghausen Durchlaucht, erhielt ich, in Be ziehung auf den in der 19. Sigung von hoher Bundesversammlung genommenen Beschluß, ben hochsten Befehl, hier Folgendes zu erklaren:

Seine Herzogliche Durchlaucht saben Sich, bei aller Achtung für jenen, schon um deßt willen ausser Stande, demselben nachzukommen, weil, die verlangte Bereinigung über die vorzuschlagenden Austrägalgerichte zu erwirken, ausser Ihrer Macht läge; Höchstste müßten Sich aber auch gegen alle in materieller hinsicht etwa daraus zu ziehenden Folgerungen feierlichst verwahren, indem das zum Beschluß erhobene Gutachten der Commission nicht auf bereits bestehende, sämmtliche Mitglieder des Bundes verbindende Gesetze, sondern auf ergänzende, der kunftigen Legislation vorbehaltene Bestimmungen gegründet sen, und der Beschluß daher, dem vorhergegangenen ausdrücklichen Antrage gemäß, einer vorherigen Insstructions. Einholung bedurft hatte.

Um jedoch Höchstihre Bereitwilligkeit zur rechtlichen Erledigung Dieser Angelegenheit zu bethätigen, hatten Seine Herzogliche Durchlaucht den betheiligten Höfen die nothigen Vorschläge wegen des Austrägalgerichts gemacht.

Des herzogs zu Sachsen: Coburg: Saalfeld, Fürsten zu Lichtenberg, Durchlaucht haben mir, in einem Ministerial: Erlasse vom 23. Juli, Folgendes gnadigst zu erkennen geben lassen:

Daß Sochstsie zwar den von hoher Bundesversammlung unterm 10. Juni gefaßten Beschluß, durch die dafür aufgestellten Grunde, nicht für gerechtfertigt halten konnten, ind bem es zu offen vorliege, daß in dieser Angelegenheit zwischen den, Großherzoglich: Sachsen, Weimar; und Fürstlich: Schwarzburg: Rudolstädtischer Seits in Anspruch genommenen, vier

Regierungen, eine Streitgenoffenschaft durchaus nicht statt finde, um solches nur im Mindesten bezweiseln zu lassen; da inzwischen Seiner Durchlaucht dem Herzoge selbst an der
baldigen Erledigung der Sache gelegen sen, so hatten Hochstdieselben, unter dem erforders
lichen Borbehalte gegen die behauptete Streitgenossenschaft und daß namentlich nie die Einlassung auf eine gemeinsame Klage gegen höchstgedachte vier Regierungen, als hohe Streitgenossen, erfolgen werde, den hohen Gouvernements zu Sachsen: Weimar: Eisenach und Schwarzburg: Audolstadt Ihre Majestaten die Konige von Sachsen und Hannover und Seine Konigliche Hoheit den Kurfürsten von Hessen als Austrägalrichter in Vorschlag bringen lassen.

Renntniß hoher Bundesversammlung zu bringen, dabei aber zu bemerken, daß Sochstoies selben gegen die in den Bundestagsbeschlüssen vom 28. Februar und 10. Juni vorausgesetzte Streitgenoffenschaft Sich nochmals und um so mehr verwahren mußten, da diese weder durch die Ratur der vorliegenden Sache, noch durch bestehende Bundesgesetze, begründet sep, vielmehr nach diesen, und insbesondere nach dem, was bei den Biener Ministerials Conferenzen bei der 20. Sitzung wegen der Adcitation vorgekommen sen, der Grundsatzesstehe, daß kein Bundesglied wider seinen Willen in fremde Processe und Streithandel verstochten und keinem ein Richter aufgedrungen werden könne, der nicht auf gesetzmäsigem Bege, durch den Borschlag und die Bahl der streitenden Theile, dazu berufen sen.

Sollte hohe Bundesversammlung darauf bestehen, daß die Thuringer Raponsache von ben in Unspruch genommenen Regierungen als Streitgenossen gemeinschaftlich vor Sinem Richter behandelt werde, so mußte die Einlassung auf die erhoben werdende Rlage versagt, und darauf angetragen werden, daß vorerst über die in Fallen der vorliegenden Art zu beobachtenden Regeln des Berfahrens von Seiten des Bundes bestimmte Normen festgestellt, und zu dem Ende die Instructionen der Hofe eingeholt wurden.

Später, und zwar unterm 17. August. haben des Herzogs von Sach sen : Coburg : Saalfeld Durchlaucht mir gnädigst eröffnen lassen: daß von des Großherzogs zu Sach; sen : Weimar : Eisenach Königlichen Hoheit, die Krone Hannover, und insbesondere das obere Justiztribunal zu Celle, als Austrägalrichter erwählt worden sen, und Seine König; liche Hoheit der Großherzog haben mir seitdem auch allergnädigst nicht verhalten, daß von den sämmtlichen hohen Beklagten der mehrberührte Vorschlag, von Seiner Königlichen Hoseit aber die eben berührte Wahl des Königlich : Hannöverischen Obertribunals zu Celle, ges ichehen sen.

Der Herr Gefandte ber 15. Stimme, für Schwarzburg Rudolstabt: In volliger Uebereinstimmung mit der Anzeige des Großherzoglich Beimarischen herrn Ges fandten, setze ich, mir ertheiltem bochsten Auftrage zufolge, die hohe Bundeeversammlung bavon in Renntniß: daß Seine Durchlaucht der Fürst zu Schwarzburg: Rudolftadt unter ben, Sochstenenselben als Austrägalinstanz in der Thuringer Rayons: Angelegenheit vorzgeschlagenen, drei obersten Gerichtsstellen von Sachsen, Hannover und Heffen: Cassel, gleich; falls das Roniglich: Hannoverische Oberappellationsgericht in Celle erwählt haben.

Bei der hierauf erfolgten Umfrage, hat fich der herr Gefandte Graf von Beuft der Abstimmung enthalten.

Alle übrige Abstimmungen fielen gang einhellig aus; baber

Befdluß:

Unter Beziehung auf ben in der 8. Sitzung am 28. Februar diefes Jahres gefaßten einhelligen Beschluß, somit auch ohne Berucksichtigung der von einigen Seiten eingelegten Berwahrung (wobei es sich jedoch von selbst versteht, daß einem dereinstigen richterlichen Erkenntnisse hiedurch in irgend einer Beise, und insbesondere über die Einrede der ermanzgelnden Streitgenossenschaft, nicht vorgegriffen werden soll), wird, nach der nun erfolgten gemeinschaftlichen Ernennung des Oberappellationsgerichts zu Celle, der Königlich: Hannoverrische Herr Bundestagsgesandte ersucht, seinem allerhöchsten Hofe hievon die Anzeige zu machen, damit der gedachte oberste Gerichtshof, in der Eigenschaft als Austrägalinstanz, sich diesem Geschäfte, in Gemäßheit der Bundesacte und der Beschlüsse vom 16. Juni 1817 und 3. August 1820, unterziehe, und demnächt in der Sache, im Auftrage und Ramens der Bundesversammlung, den Rechten gemäß erkenne. Zu diesem Ende wären dem Königslich: Hannoverischen Gesandten, Herrn von Hammerstein, die bisher bei der Bunz desversammlung und der Vermittlungs: Commission gepstogenen Verhandlungen, unter Anz seigung obgedachter Beschlüsse, zur weitern Beförderung ans das Austrägalgericht zuzustellen.

§. 216.

Reclamation ber Graflich: Sahn'schen Familie und der Curatel des Freis herrn Carl Reinhard von Gemmingen: Guttenberg, die Gleichstels lung der Glaubiger der ehemaligen mittelrheinischen Reichsritters schaft, — auch Stand der Auseinandersetzung der ehemaligen mittels rheinischen reichsritterschaftlichen Angelegenheiten im Allgemeinen betreffend.

Großherzogthum heffen. Die Gefandtschaft erklarte in ber 22. Sigung bieses Jahres, wie ihr hochster hof keinen Anstand nehmen werde, berjenigen Auseinans bersetzung ber mittelrheinischen ritterschaftlichen Angelegenheiten, welche von ben Commissa.

rien ber betheiligten Staaten in biefem Berbfte zu Stande gebracht worben ift, ihrerseits Die Genehmigung zu ertheilen.

Dieser Meldung kann man nachtragen, daß die Großherzogliche Genehmigung wirklich ertheilt worden ist, und nunmehr den anderseitigen Ratificationen entgegengesehen wird. Es hat zwar an dem letten dießiahrigen Zusammentritt der Kurhessische Commissarius, nach seiner Angabe, wegen Mangels an Instructionen, keinen Theil genommen.

Da berselbe aber im vorigen Jahre gegenwartig war, wo bereits alles Wesentliche verabredet wurde; so giebt man sich gern der hoffnung hin, daß Rurheffen keinen Unstand nehme und die geschehene Einladung, dem Hauptschluß: Recesse der Verhandlungen beizustreten, nicht ablehnen werde.

Diefe Unzeige murbe an Die Reclamatione Commiffion abgegeben.

§. 217.

Beiträge zu der Bundes: Matrikular: und Canzlei: Casse. (22. Cie. §. 175 d. 3.)

Der herr Gefandte der Großherzoglich: und herzoglich: Sachfischen Saufer, zeigt an, daß im Laufe der Ferien für Sachfen : Hildburghausen die in der 6. diepidhrigen Sigung beschloffenen Beitrage zu der Bundes. Matrifular, und Canzlei: Casse entrichtet worden waren.

§. 218.

Sammlung der in den deutschen Bundesstaaten geltenden Befete. (25. Gis. S. 205 b. 3.)

Der herr Gefandte ber sechzehnten Stimme, Freiherr von Leonhardi, übergiebt die Sammlung der Gesetze und Berordnungen für das Fürstenthum hohens zollern: Sigmaringen von den Jahren 1808 bis 1820, welche in die Bibliothek der Bundesversammlung abgegeben wurden.

§. 219.

Die Streitigkeit zwischen dem Großherzogthume heffen und bem herzogs thume Nassau, hinsichtlich des von Nassau zu übernehmenden vers haltnißmäsigen Antheils Althessischer Landess und Cameralschulden für die im Jahr 1802 erworbenen Althessischen Landestheile, inst besondere die von Maximilian von Riese und Jacob heinrich Rühle von Lilienstern, Namens zweier Creditoren, Consortien, betriebene Forderung betreffend.

(36. Sig. §. 207 v. 3. 1820.)

Prafit ium giebt Renntniß von einem mahrent ber Ferien bei ber Roniglich : Baierie

schen Bundestagsgesandtschaft eingegangenen und demselben übergebenen Schreiben bes Roniglich : Baierischen Oberappellationsgerichts zu Munchen , als Austrägalgerichtshofes in eben bezeichneter Streitsache, d. d. Munchen ben 3: Geptember laufenden Jahres , worin dasselbe nachweist , wie weit die Verhandlung gedieben sey und aus welchen Grunden das Erfenntniß nicht binnen der vorgeschriebenen Jahresfrist, von dem Tage der überreichten ersten Rlageschrift an, erfolgen konne.

Beide Theile, die Großherzoglich,heffische und herzoglich: Raffauische Gefandtschaft, erklarten, daß sie gegen diesen, durch die Berhandlung selbst nuthwendig gewordenen Berzug nichts einzuwenden haben, — es wurde daher einhellig

beschloffen:

daß man die von dem Austragalgerichtshofe ausgeführten Grunde fur hinreichend annehme, und den Roniglich Baierischen Herrn Bundestagszesandten von Pfeffel ersuche, solches zu deffen Kenntniß zu bringen.

§. 220.

Der Rosine Elisabeth, verwitweten Opig, gebohrnen Staub, in Brandis im Ronigreiche Sachsen, und ihres Sohnes, Udv. Friedrich Ferdinand Opig, in Eilenburg, im Roniglich: Preussichen Derzogthume Sachssen, Justize und andere Beschwerden wider Preussen.

(19. Sig. 6. 129 v. 3. 1821.)

Der Ronigliche Sachfische Bundestagsgefandte, herr von Carlowiz, trägt vier von der Rosine Glisabeth, verwitweten Opit, gebohrnen Staub, in Brandis, im Ronigreiche Sachsen, und ihrem Sohne und legitimirten allgemeinen Geschlechtsvormunde, Abv. Friedrich Ferdinand Opit, in Eilenburg, im Königlich, Preussischen herzogthume Sachssen, theils gemeinschaftlich, theils besonders, an die hohe Bundesversammlung gerichtete, Justiz und andere Beschwerden gegen Preussen betreffende, unter Num. 137 verzeichnete Einsgaben, vom 28. Mai, 16. Juni, 30. August und 13. November dieses Jahres, vor, und ertheilt hierauf folgendes Gutachten.

Dbige Gingaben betreffen vier verschiedene Begenstande :

- 1) die Beschwerde der Opit über den Verzug der Regulirung des Wachsmuth'schen Nachlasses in Torgau;
- 2) die von dem 2ov. Opig wider den Koniglich : Preuffischen Fiscum gerichtete Ents schädigungeklage;
- 3) beffen Gefuch, ihm und feiner Mutter bas Urmenrecht zu ertheilen, und einen Ur: men : Abvocaten zu bestellen;

4) beffen ferneres Gesuch, zu Sistirung des von dem Inquisitoriate zu Gilenburg wider ihn begonnenen Eriminal- und fiscalischen Verfahrens, Inhibitorialien zu erlaffen.

Die Competenz ber hoben Bundesversammlung in Bezug auf die Rechtspflege in ben einzelnen Bundesstaaten, grundet sich auf den 29. Artikel der Biener Schlufacte.

Dieser lautet ;

- « Wenn in einem Bundesstaate der Fall einer Justizverweigerung eintritt und auf agefetlichen Begen ausreichende hulfe nicht erlangt werden kann, so liegt der
 - « Bundesversammlung ob, erwiefene, nach der Verfaffung und ben beftebenden
 - « Befeten jedes Landes zu beurtheilende Befchwerden über verweigerte oder gehemmte
 - . Rechtspflege anzunehmen und darauf Die gerichtliche Sulfe bei ber Bunbedregie:
 - erung, Die zu ber Befchwerde Unlag gegeben bat, zu bemirten ».

Hiernach liegt also zuvorderst dem Beschwerdeführer ob, zu erweisen, daß die Rechtst hulfe, wie er sie nach der Beschaffenheit seiner Sache, wenn die Berfassung und die bestes henden Gesetz seines Landes darauf angewendet werden, zu erwarten berechtigt war, wirts lich verweigert oder verzögert worden sep, und daß selbige auf gesetzlichen Begen nicht aus reichend habe erlangt werden konnen.

Dieser Erweis mangelt aber in den Eingaben des Abr. Opig und seiner Mutter ganzlich. Bu 1) Aus der von der Opig angebrachten und von ihrem Sohne mit unterschries benen Beschwerde, über den Berzug bei Regulirung des Wachsmuth'schen Nachlasses, läßt sich nicht ersehen, welche Bewandniß es mit dieser Sache habe und ob hiebei wirklich eine Justizverzögerung vorwalte. Es ist nicht einmal nachgewiesen, daß die Opig oder ihr Sohn überhaupt ein rechtliches Interesse an der Regulirung des Nachlasses habe, indem weder beigebracht ist, in welcher Maaße Erstere, wie sie anführt, Gläubigerin desselben, noch daß Einer von Beiden Miterbe oder der Bormund der Erben sep.

Eben so wenig hat

zu 2) der Adv. Opit angegeben, welche Bewandniß es mit seiner Entschädigungeklage gegen den Koniglich Preussischen Fiscum habe, ob und bei welcher Gerichtsstelle selbige eine gereicht worden sen, und in welcher Lage sich die Sache dermalen befinde.

Da übrigens

zu 3) die hohe Bundesversammlung kein Gerichtshof ift, auch keine Rosten liquidirt, so folgt von selbst, daß bei selbiger nicht um Ertheilung des Armenrechts und Bestellung eines Armen Advocaten angesucht werden konne.

Endlich hat

Bu 4) der ADV. Opit felbst nicht behauptet, daß bei dem vor dem Inquisitoriate zu Gilenburg wider ihm begonnenen Criminals und fiscalischen Berfahren eine Berweigerung

oder Berzögerung der Rechtspflege statt gefunden habe, vielmehr im Gegentheile durch die, seiner Eingabe abschriftlich beigefügte, prajudicielle Ladung des Inquisitoriats jum Erscheic nen in dem zu Fortsetzung der Untersuchung anderaumten Termine am 16. November dieses Jahres bewiesen, daß dermalen die Untersuchung wirklich im Gange und die Sache noch nicht einmal an eine höhere Gerichtsstelle gelangt sey.

Demnach ist dahin anzutragen, daß Rosine Elisabeth, verwitwete Opig, und beren Gohn und Curator, Adv. Friedrich Ferdinand Opig, mit ihren, in den Eingaben an die hohe Bundesversammlung vom 28. Mai, 16. Juni, 30. August und 13. November dieses Jahres enthaltenen Beschwerden und Gesuchen abgewiesen werden.

Sammtliche Gefandtichaften vereinigten fich mit bem Antrage bes herrn Resferenten; baber

Beschluß:

daß Rosine Elisabeth, verwitwete Opig, und deren Sohn und Curator, Abv. Friederich Ferdinand Opig, mit ihren, in den Eingaben an die hohe Bundesversammlung vom 28. Mai, 16. Juni, 30. August und 13. November dieses Jahres enthaltenen Beschwerden und Gesuchen abgewiesen werden.

§. 221.

Reclamation des Regierunge-Directors herquet zu Fulda, Penfion betreffend.

Der Roniglich: Burtem bergische herr Bundestagsgefandte, Freiherr von Bangenheim, erstattet Bortrag auf die von dem Rurfürstlich: heffischen Regie: runge: Director herquet, vormaligen Prafecten zu Fulda, unter den Zahlen 39 und 73 eingefendeten Reclamationen, Pensionssache betreffend, und nach vollständig mitgetheiltem Auszuge ber erwähnten Borstellungen, aussert ber herr Referent sein Gutachten dabin:

Es handle sich nach der Art und Weise, wie der Reclamant sein Petitum gestellt habe, nicht von einer von ihm, dem Reclamanten, gegen das Kurhessische Gouvernement bei dieser hohen Versammlung erhobenen Beschwerde und von den Einleitungen, welche zur Wurdigung und Erledigung derselben auf bundesverfassungsmäsigem Wege zu treffen waren, sondern lediglich von der Frage: ob die Bundesversammlung berechtigt und verpflichtet senn könne, die Königlich Preussische Regierung zu einer Intercession für den Reclamanten bei dem Kurhessischen Hofe zu vermögen?

Mußte diese Frage, wie es allerdings der Fall zu senn scheine, verneint werden; so ware es ganz überflussig, in den Gegenstand der Reclamation selbst und in eine Beurtheis lung derselben jetzt schon einzugehen.

Sollte die Bundesversammlung zu einem Schritte der gebetenen Art verfassungsmaße berechtigt und verpflichtet erachtet werden konnen; so mußte nicht nur die rechtliche Verbinde lichkeit der Königlich Preussichen Regierung zu einer Intercession, wenn eine solche überz haupt als möglich gedacht werde, nachgewiesen, sondern, wenn eine solche Verbindlichkeit wirklich vorhanden sepe, auch klar gemacht werden, einmal, daß die Königlich Preussische Regierung dieser rechtlichen Verbindlichkeit nicht nachkommen wolle, und dann, daß alle in der Preussischen Landesverfassung geöffnete Wege, sie zur Erfüllung jener Verbindlichz keit zu vermögen, betreten und durch verweigerte Justiz unzugänglich gemacht worden seven,

Die Frage: ob eine rechtliche Verbindlichkeit einer Regierung, bei einer andern Regierung für einen Privaten sich zu verwenden (eine in dem Falle, wenn jene Eviction zu leisten hatte), überhaupt als möglich gedacht werden könne, und ob, in solchem Falle, die Roniglich: Preussische Regierung die rechtliche Verbindlichkeit, den Reclamanten bei der Rurz hessischen Regierung zu vertreten, auf sich habe, könne hier um so leichter ganz unbeants wortet gelassen werden, da diese Regierung die gebetene Intercession nur sehr bedingt verzweigert habe.

Da diese hochste Regierung die Intercession unbedingt keineswegs verweigere, und da, wenn diese auch unbedingt verweigert worden sen, weder eine Nachweisung der Berbind; lichkeit dazu, noch eine Justizverweigerung vorliege; so konne, nach dem Dafürhalten des Referenten, das Recht und die Verpflichtung der Bundesversammlung zu einem Schritte der gebetenen Art auf keine Weise behauptet werden.

Ge durfte daber der Untrag:

den Reclamanten mit seiner Bitte, ben Koniglich Preussischen hof zu einer Inters cession für ihn bei dem Kurfurstlich Heffichen hofe zu vermögen und bei dem lettern die Remedur der ihm zugefügten Beschwerde zu bewirken, abzuweisen, gerechtfertigt senn.

Sammtliche Stimmen traten bem Gutachten und Untrage bes herrn Referen, ten einhellig bei; baber

Beschluß:

baß ber Regierungs-Director Herquet zu Fulda mit seiner Bitte, den Koniglich-Preufischen Hof zu einer Intercession für ihn bei dem Kurfürstlich-Hössischen Hofe zu vermogen, um bei dem letztern die Remedur seiner gerechten Beschwerde zu bewirken, abgewiesen werde.

§. 222.

Rrug's Schrift über Profelptenmacherei.

Der Großherzoglich: und Berzoglich: Sachfische Bundestagsgesandte, Berr Graf von Beuft, trägt vor: Unter Num. 130 der Eingaben übersendet der Professor Portof. d. d. Bundesvers. Bb. / XIV.

Rrug in Leipzig ber hohen Bundesversammlung ein von ihm verfaßtes Buch, welches ben Litel führt: «Darstellung des Unwesens der Prosehrtenmacherei durch eine merkurdige Betehe rungsgeschichte. Der hohen deutschen Bundesversammlung ehrerbietigst zugeeignet vom Bersfasser. Leipzig in Commission bei hartmann 1822 ».

Der Rame des Verfassers berechtigt zu der Erwartung, daß der Inhalt dieser Schrift gelesen und erwogen zu werden verdiene, und es durfte darum sammtlichen herren Gesandten burch Aufnahme derselben in die Buchersammlung ber hohen Bundesversammlung hiezu die Gelegenheit zu geben seyn.

hierauf murde

beschloffen:

bie Schrift bes Professors Rrug in Die Bibliothet abzugeben.

§. 223.

Aussehung ber Bundestags: Sigungen bis zum 1. Februar fünftigen Jahres.

Der einstweilige Stellvertreter des Prafidii, herr von Carlowiz, machte, nach Beendigung der in der heutigen Sigung vorzunehmen gewesenen Gegenstände, auf die augenblickliche Lage der der hohen Bundesversammlung eben vorliegenden Geschäfte im Allgemeinen aufmerksam, und hielt bei den herren Gesandten eine generelle Umfrage, in wie fern sie dermalen zu Fortsetzung dieser Geschäfte in den im Laufe des jetzigen und nachstäunftigen Monats eintretenden Situngen vollig vorbereitet seyen?

Da sich nun hiernach ergab, daß eine solche Borbereitung noch nicht allenthalben statt finde, mithin Situngen innerhalb jener Zeit weder einen hinreichenden Stoff zu angemessener Beschäftigung darbieten, noch Resultate, welche ben Gang der Geschäfte wesentlich fördern könnten, erwarten lassen wurden; so gab der Herr Gesandte von Carlowiz and heim, ob nicht, theils wegen der jetigen Geschäftslage, theils in Betracht, daß die begons nenen Geschäfte ohnehin bald wieder durch die bevorstehenden Weinachts, und Neujahröserien auf einige Zeit unterbrochen werden wurden, für angemessen zu erachten sen, die gewöhnlichen wöchentlichen Situngen bis zum 1. Februar kunstigen Jahres auszusetzen und diesen Zeitraum zu möglichster Förderung mancher Commissionsarbeiten und vollständiger Vorbereitung der übrigen Geschäftsgegenstände, sowohl durch eigene Aufarbeitung der Rückstände, als durch Erinnerung derselben bei den höchsten Regierungen, zu benuten ?

Es wurde hierauf dieser Bortrag in Erwägung gezogen und die Triftigkeit der Grunde für einen Aufschub der weitern formlichen Sigungen allgemein anerkannt; — insbesondere aufferte der Roniglich : Burtembergische herr Gesandte, Freiherr von Bangenheim: Die Gesandtschaft glaube nur mit wenigen Erklarungen im Ruckstande zu fenn; in jedem Falle aber fen fie bereit, bas, mas etwa rudftandig fenn mochte, in gang turger Zeit nachzutragen; - in Erwägung jedoch, bag es

- 1) nach den fo eben gemachten Meufferungen mehrerer Gefandtschaften, vor der Sand an fruchtbarem Stoffe, sowohl zu fortgesetzten Berathungen, als auch zu Beschlugnahmen, gebrechen werde; daß ferner
- 2) die Thatigleit der Commissionen, durch Abwesenheit der meisten ihrer Mitglieder, besonders auch durch den Tod des allgemein verehrten Koniglich Baierischen herrn Ges sandten, Freiherrn von Aretin, allzusehr gelahmt war, als daß, in der nachsten Beit, von ihnen die Beranlassung zu fortgesetzen Berathungen erwartet werden konnte; daß ferner
- 3) die Gigungen, wegen der bevorstehenden Beinachte: und Reujahrefeiertage, ohnedieß ausgesett werden muffen; und daß endlich
- 4) teina, die Rechte Dritter berührende, Terminsbestimmungen vorliegen; in Erwas gung diefer Umstande nimmt der Roniglich Burtembergische Gefandte feinen Anstand, dem Prafidialantrage beigustimmen.

In Betracht obiger vorwaltenben Umftanbe, murbe einstimmig

beschloffen:

daß die gewöhnlichen wochentlichen Sigungen der hohen Bundesversammlung bis zum 1. Februar funftigen Jahres ausgesetzt, und immittelft die vorliegenden Geschäfte, in der vom herrn Stellvertreter des Prafidit anheim gegebenen Maaße, moglichst gefordert und vorbes reitet werden sollen.

S. 224. Einreichungs, Protofoll.

Rachstehende, während ber Bertagung eingekommenen Gingaben, als:

- Rum. 124, eingereicht am 10. August, von der Marr's chen Buchhandlung zu Carlorube, ein Werk unter dem Titel: «Quellen des offentlichen Rechts ber deutschen Bundesstaaten; oder Gammlung der wichtigsten Urkunden, die zur Kenntniß des allgemeinen deutschen Bundesstaatsrechts dienen. Bon 1800 bis 1821. Erster Band».
- Rum. 125, einger. am 26. August, durch den Registrator hofmann zu Aschaffenburg, als Bevollmächtigten der Mainzer Exjesuitenfonds: Individuen, in Betreff der Pensions: Rudftande von Preuffen und Kurbeffen. Mit 2 Anlagen.
- Rum. 126, einger. am 30. August, vom Borftande der katholischen Gemeinde dahier, Anzeige wegen definitiver Erledigung bestandener Differenzen mit dem Senate der freien Stadt Frankfurt.

- Rum. 127, einger. am 12. October, durch Dr. Ohlen ich lager dahier, ale Bevollmach: tigten des Großherzoglich Badischen Rechnungerathe Muller zu Manuheim, Pensione Reclamation gegen die, in Regierung und Einkunfte der vormaligen Rhein: pfalz gesetzen, hochsten Regenten, in specie Revision seines Processes betreffend.
- Rum. 128, einger. am 15. October, durch den Amtsactuar Robermann zu Reinheus bach, wegen Wiederanstellung als Staatsbeamter und Rudzahlung der baar geleisteten Caution.
- Rum. 129, einger. am 21. Rovember, burch Dr. von hornthal, Koniglich? Baierifchen Oberjustigrath zu Bamberg: «Abhandlung über ben Congrest zu Berona».
- Rum. 130, einger. am 21. November, durch Professor Krug zu Leipzig: « Darstellung Des Unwesens der Proselytenmacherei».
- Rum. 131, einger. am 21. Nov., durch hor ir zu Mainz, Denkfchrift, Den Penfiond. anspruch des vormal. Rurmainz. Zolleinnehmers Christian Ludwig Rnecht betr.
- Num. 132, einger. am 26. Nov., durch Schubert zu Buhl, wegen Auszahlung des Carenzguthabens von 150 fl. und eines Penfiondruckstandes von 225 fl. feines verstorbenen Baters, des R. K. Gerichts Canzlisten Schubert zu Wetlar.
- Num. 133, einger. am 4. Dec., durch Dr. Ehrmann dahier, als Anwalt des k.k.priv. Großhandlers, Joh. Georg von Scheidlin zu Wien, eine Forderung an die vormalige R. D. Casse von 3015 fl. 2 fr. betreffend. Mit 4 Anlagen.
- Num. 134, einger. am 4. Dec., durch denselben, als Anwalt des Handlungshauses Fin, fenstein und Comp. zu Pforzheim, wiederholtes Forderungsgesuch an das ehemalige Konigreich Westphalen.
- Rum. 135, einger. am 4. Dec., durch Glawif Edlen von Glawikowa zu Altgedein in Bohmen, Auffatz, die Vertilgung der Raupen und ein dießfalls erfundenes bewährtes Mittel betreffend.
- Num. 138, einger. am 5. December, durch Dr. Schloffer dahier, im Namen des Comité der Pralaten und Ritterschaft des Herzogthums Schles: wig: Holftein, Vorstellung und Denkschrift derselben, enthaltend die Darsstellung ihrer in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassung, insbesondere ihrer Steuergerechtsame. "Mit-3 Anlagen.
- Rum. 137, einger. am 5. December, durch den Abr. Opig zu Glenburg, für sich und Ramens feiner Mutter, der Rofine Glifabeth verwitweten !Opig, gebohrnen Staub, Justig, und andere Beschwerden wiber Preuffen betreffend.

murben ben betreffenden Commissionen guzustellen beschloffen.

Folgen die Unrerfchriften.

3 n h a l t

bes

pierzehnten Bandes.

Unmert. Die in den §§. 149, 183, 193, 197, 198 u. 206 angeführten Beilagen 19, 23, 24, 25, 26, 28, 29 u. 30, konnten in diesem Bande beghalb nicht mit aufgenommen werden, weil fie dem Original Folio Abbruck als geheime (loco dictaturae) Beilagen angefügt find.

	Seite
9. 144. Beitere Eingabe des Grafen Frang ju Erbach, wegen Bollgiehung des 14. Met. der Bundebacte	}
in dem Großherzogthume Bessen (§ 190)	. 6
6. 145. Abstimmung von Baden über die Borftellung des Grafen von Sallberg. (6.106)	. 7
5. 146. Legitimation des Ronigl. Damifchen Oberften v. haffner, jur Stimmführung in der Militarcom	;
miß, für die jur 2. Div. des 10. Armeecorps gehörenden Staaten	. 8
5. 147. Reclamationen der Penfionirten des vormal. Erjefuiten : u. Schulfonds ju Main;	j
u. einiger andern dafigen Beneficiaten, um Gemabrung ihrer Penftonbraten Befching beghalb	9
5. 148. Bortrag über die neuefte Gingabe ber Rurheffijchen Gemeinte Gotthards ic	. 11
5. 149. Bortrag der am 13. Dec. 1821 erneuerten Reclamation & Commiffion überihre Gefchaft.	:
führung. Mit Beil. 19	: 13
S. 150. Einreichunge - Prototoll, Rum. 71 bis 73	14-
Achtzehnte Sigung vom 30. Mai.	
9. 151. Reue Bollmacht des herrn Bundestagsgefandten Grafen von Beuft, für Gachfen Gotha .	15
§. 152. Befuch der Direction der Rheinifch : Beftindifchen Compagnie ju Glberfelb	15
9. 153. Eingabe der Deglerichen Buchhandlung in Stuttgart, den Buchernachdrud'betr. '	20
9. 154. Abstimmung von Daffau über bas Befuch bes Gervag Gos, Schaffners bes aufgefoffen Beife	· ·
frauenklofters ju Daing, wegen Penfion (§. 191)	22
5. 155. Abstimmung von Preuffen, betr. Die Bitte des ehemal. Rheinzollichreibers ju Dberfahnftein,	
hofgerichterathe Beisler, fur fich und mehrere Rheingollbenfienfien, um misablung	•.
rudftandiger reichsichlusmäfiger Penfionen (6.174)	23
5. 156. Beitrage jur Bundesmatritulars und Cangleicaffe (5. 175)	25
a print application and the same of the contract of the contra	26
Reunzehnte Siguna vom 10. Gun.	
S. 158. Substitution	. 27
9. 159. Legitimation bes herrn Sondicus Dr. Eurtius, ale Gefandten der freien Danfeftabt Lubed	27
5. 160. Angeige von einem Schreiben Des Oberappellationegerichts ju Celle, ale Austragalinftang in ber Be-	
ichwerdesache ber Rheinpfals. Staatsglaubiger u. Befiger ber Partial Difgationen	
lit. D. ic Ertfarung vom Groß berjogthume Deffen, u. Bahl einer neuen Commiffion	
gur Prufung beider. Dit Beil. 20. (§. 176)	28
and designing absence where were children	20

§ . 161.	Commiffionsvortrag, Die Streitigkeit wegen der aus tem Thuring er Ravonverband vom Jahr 1814 herrührenden Forderungen bett. — Befchluß hierauf. Mit Beil. 21. (§. 215)	32
§ . 162.	Abstimmung von den Großbergoglich. u. Bergoglich-Gachfifden Baufern megen Ues bernahme der Garantie des Gesetes, die ftandische Berfassung des Bergogthums Cos	
		34
§ . 163.	Borfchuß für bie Militarcommiffion ber b. Bundesversamming jur Bestreitung ber gemeins	-
•		34
§. 164.		35
§. 16 5.	Einreichungs Prototoll, von Rum. 76 bis 78	35
Beilag	e 20 (zu S. 160). Schreiben bes Ronigl. Oberappellationsgerichts zu Celle, ale Anstra- galinstanz in ber S. 160 angegebenen Beschwerbesache, an die hohe d. Bunbesver-	
		36
		3 9
	Anl. 2. Antwortschreiben bes Großherzogliche Dessischen Ministerit ber	
	auswart. Angelegenheiten an das Großh. Babifche Ministerium	41
	21 (au S. 161). Commissionsvortrag, Die Streitigfeit wegen ber aus bem Thurin-	
۶.	ger Ranonverband v. J. 1814 herruhrenden Forderungen, jego die Einwen-	
•		
	bungen betr., welche gegen bie, jur Ginleitung bes Austragalverfahrens, burch	
	ben Bundestagebeschluß v. 28. Febr. b. 3., membro 2, getroffene Berfügung erho-	
	ben worden find	L 3
2manii	gfte Sigung vom 15. Juni.	
6. 166.	Ertlarung von Sach fen Beimar über bas Penfionegeluch bes Peter Blatiched ju guiba	
•	(6.173)	59
6. 167.	Befdluß megen Hebernahme ber Garantie ber ftanbifden Berfaffung bes Bergogthums	
•	Sachfen. Coburg. Gaalfelb (§. 162)	ęο
S. 168.	Meberreichung ber in ben Bergogthumern Bolftein u. Lauenburg geltenden Gefege, bann ber	
•	Labedichen Berordnungen aus den Jahren 1813 bis 1817, jur Sammlung in der Bundescange	
		60
		61
		61
Gin un	b zwanzigfte Sigung bom 20. Juni, mar vertraulich.	
3mei u	nb zwanzigfte Sipung vom 27. Juni.	
§. 171.	Grifferung von Preuffen u. bem Großbergogthume Beffen, in Betreff ber Reclamation ber	
	graff. Dabn'ichen gamilie u. ber Euratel bes grorn. v. Gemmingen. Suttenberg, wegen	
		62
§. 172.	Ein von dem Buchhandler Deper ju Gießen überreichtes Eremplar der Berfaffungbur-	
•		63
§ . 173.	Ertfarung von Preuffen u. Sachfen : Beimar über das Penfionsgesuch des Peter Blat-	
		64
§. 174.		
	fein, hofgerichterathe Beister, für fich und mehrere Rheinzollpenfioniften, um Aus-	•
		65
§. 175.	Beitrage jur Bundesmatritulars u. Cangleicaffe (§ 217)	6 5

	· · ·	
§. 176.	Bortrag in Betreff ber Beschwerbesache ber Rheinpfalz, Staatsglaubiger u. Befiger ber	•
6 450	Partial Dbligationen lit. D, nebst Ertlärung von Baiern hierauf. Mit Beil 22. (§. 182) . Einreichungs Prototoll von Rum, 80 bis 83	65 66
	e 22 (gu S. 176). Commissionevortrag nebst Gutachten, Die Beschwerdesache ber Rhein-	-
wei iag	e 22 (fit 5. 1/0). Committhonovertrag nebit Gatachen, die Selandervelande der Styerns	
	pfalg. Staatsglaubiger ze., jego die Bugiebung ber Großherzogl. heffischen Res	
•	gierung zu dem in diefer Sache eingeleiteten austragalgerichtlichen Berfahren betr.	67
	nd zwanzigste Sipung vom 4. Juli.	
9. 178.	Mebergang der Stimme von Braunfchweig auf Raffau	102
§. 179.	Dentidrift bes Borfandes der tatholifden Comeinde ju Frantfurt, ihre verfaffungs-	
,	mäfig anzuordnenden Berhaltniffe betr. (g. 214)	102
•	Einreichunge Prototoll von Rum, 84 bis 94	103
	ud zwanzigste Sigung vom 11. Juli.	
	Substitution	108
•	Ertfärung vom Großbergogth ume Beffen, und Abstimmung über ben §. 176 ermähnten Bor-	
	trag in der Befdwerdefache der Rheinpfälzischen Staatsglanbiger u. (5. 196)	108
§ . 183.	Bemerkungen von Preuffen jur Geschäftsführung ber Eingabencommiffion, Mit Beil. 23. (§. 212)	130
§. 184 ,	Ameige von dem gegenwärtigen Stand ber, ber Dilitarcommiffion der deutschen Bundesver-	
	sammlung übertragenen Geschäfte	130
• •	Beiterer Bortrag über die Penfions. u. Schuldforberung bes Oberften v. Mogen (f. 169)	131
	Forderung des Georg Friedr. Belli an die vormal, Rur. u. Oberrhein, Rreiscaffen	132
•	Forderung des Sandelsmanns Remp, wegen Lieferungen ju der ebemal, Aurtrier, Seftung Ch-	
	renbreitstein (5, 96)	133
,	G. D. Bufe's Comproirbuch, I. Theil	134
•	v. Meyer's Repertorium ju den Berbandlungen der d. Bundesversamml, 4, heft	135
		135
	Abstimmung vom Grofberg, Deffen über das Gesuch des Schaffners Gog in Maing (§. 154)	136
•	Abstimmung Raffau's, das Entschädigungegesuch der ehemal. Rurpfalz, Erbpachter der	
	Gräfenauer u. Demshöfe betr. (§. 135)	136
•	Bericht des Bundestags : Ausschuffes über die fünf letten Abschnitte der Grundzüge 2c., Abftim.	
	mung hieruber, und definitive Annahme derfelben. Dit Beil. 24, 25, 26.	137
	Bestimmungen der Kriegeverfassung des Deutschen Bundes	140
-	Einreichungs Protofoll, Rum. 95	151
٠,	über die Formation des Hauptquartiers vom Oberfeldherrn	152
•	nd zwanzigste Sipung vom 15. Juli.	
		\$53
	Erffärung von Baiern u. Großberg. Deffen in der Beschwerdesache der Mheinpfalg.	
	Staatsglaubiger lit. D. Beschluß hierauf. Mit Beil. 27. (5. 160, 176, 182)	153
•	Commiffionevortrag, tie Befoldunge . u. Penfionerudftande der jum vormaligen Reich 6.	
		155
•		_
		156
•	Abstimmung von Preuffen, die Penfionsangelegenheit der Mitglieder u. Diener des D. Ordens	
		156
-	Bortrag über mehrere, die transphenan. Sustentations-Angelegenheit betreffende	
	Segenftande (§, 52)	157

•	. :	202.	Commiffionsvortrag uber bie Borfiellung ber Grafin v. Dttweiler, die Mebernahme einer	
•			Capitalfduld von 30,900 fl. betr., auch Erganjung der defhalb bestehenden Commiffion (6.73)	158
6		203.	Ertlarung von Rurbeffen u. Frantfurt in Betreff ber Rudfandeforderung der Teftamente:	
•	• •		and the same of th	159
6	9	204.	Ertlarung von Raffau über die Reclamation ber graft. Da bu'ich en Familie u. Der Euratel bes	200
,	-		grbrn. v. Bemmingen : Buttenberg, wegen Gleichftellung ber Glanbiger ber chemal, mit-	
			the transfer of the supplication of the transfer of the transf	160
4	•	104	Ueberreichung der Jahrgange 1811 u. 1812 bes Ronigl. Burtemberg. Staate: u, Regierungeblatts	100
7	• 4	000,	jur Bibliothet ber B. B. (§.218)	461
•	_	ne	Bemerkungen von Rurheffen ju bem Entwurf eines B. T. Bejdbluffes über bas Berfahren in	Tor
>	. 4	2004	and the first term to be a first to the first term of the first te	٠ _
	^	107	and the state of t	161
			Bertagung der Bundesversammlung vom 1. Aug. Dis Ende Rovember (§. 223)	161
Ðε	11	ı a g	e 27 (zu \$.196). Erklarung bes Großberzoglich Hessischen Gesandten, herrn p. har-	
				164
⊘ €	ď,	18 1	und zwanzigfte Sigung vom 5 December.	
6	. 2	09	Eröffnung der Bunbestags . Sigungen, anch Gubftitutionen	172
Ś	. 2	210. ·	Legitimation bes Roniglich-Balerifchen wirklichen Staatsrathe, herrn von Pfeffel, als Roniglich	:
•	•	•	Baierifchen Bundestagsgefandten	173
.	2	11.	Abrufung des R. Bafer, Bevollmacht, bei der Militarcommiffion, Generalmafore v. Raillot, u.	
•			Legitimation bes gurften August v. Thurn u. Caris (f. 146)	174
ζ.	2	12.	Abstimmung von R. Sachfen u. Baben in Bezug auf ben R. Preuf. Antrag über bie Ge-	
•	_		ichäftsführung in ber Eingabencommiffion. Mit Beil. 31 u. 32. (§ 183)	174
ζ.	2	213.	Abstimmung von Burtemberg über den R. Preufifchen, die Inftructions-Einbolung zc.	
•	_		betreffenden Antrag (5. 104)	175
•	. 0	214.	Ungeige wegen befinitiver Erledigung ber Befdwerbefache ber tatholifchen Semeinde ju Frant-	
7	•		furt gegen ben Genat bafelbft (§. 179)	184
8	9	15.	Ertlärung von Cachfen. Beimar, Silbburghaufen u. Coburg, bann Schwarzburg:	
	~	•	Rubolftabt, Borfchlag u. Bahl bes Dberappellationsgerichts ju Celle, als Austrägalinftang in	
			ber Thuring er Rayonftrettfache betr. Deffalfiger, Befchluß (§. 161)	185
	,	216	Beitere Erflarung vom Großhergogthum Deffen, in Der Reclamations-Angelegenheit ber graff.	
3	• •	210.	Dabn'ichen gamilie u. ber Euratel bes grhen, b. Gemmingen-Guttenberg (§. 171. 204)	188
•	•	17	Beitrag ju ber Bundesmatritular : u. Cangleicaffe bon G. Silbburgh aufen (§ 110, 136, 175)	189
3.	4	18.	Aleberreichung ber Gefehfammfung für bas : gurftentimm Dobengollern : Gigmaringen jur	
3.	4	,10.	Bibliothet ber Bundesversammlung (§. 17. 168. 205)	189
•	^	19.	Praffbialanzeige von einem Schreiben bes D. M. Gerichts ju Munchen, ale Austragalinftang in ber Streis	
7.	*	19.	tigfeit zwifchen dem Großberzogthume Deffen u. dem Berzogthume Raffau, hinfichtlich des von	
			letterm ju übernehmenden verhaltnismaßen Antheils Attheffifder Landes. Eameral	
			foulben ic., den Stand diefer Angelegenheit betr.	480
	_	200	Der Rofine Elifabeth, verw. Opis, geb. Staub, in Brandis, im R. Sachfen, u. ihres Gobnes,	
3	2	220.	Abr. Doig, in Eilenburg, im R. Preus. Bergogthume Sachfen, Juftig u. andere Beschwerde gegen	
				400
	_	1	and the same to th	190
		221.	and the Maria Maria Administration of the control o	192
		222.		193
		228.		194
5	. 2	124.	Einreichunge. Prototoll von Rum, 124 bis 137	195

Alphabetisches Register

über

Die Protokolle ber Deutschen Bunbesverfammlung,

mit Inbegriff

der Eingaben bei berfelben,

vom Jahre 1822.

28d. XIII und XIV.

(Die romifche Bahl zeigt ben Band an, Die arabifche die Seite beffelben. B. bebeutet Beilage. A. C. - Armeecorps. B. A. - Bundebacte. B. T. - Bundebtag. B. B. - Bundesversammlung. D. — Deutsch. Gef. — Gefandte. G. Deffen — Großberzogthum Beffen. G. und D. Sachsen — Großberzogthum u. herzogthumer Sachsen. R. Sachfen - Konigreich Sachsen. M. B. - Militarverfaffung. R. — Rummer ber Eingabe im Einreichungs - Protofoll. D. A. Gericht — Oberappellations gericht. R. R. G. - Reichstammergericht. R. D. Caffe - Reichsoperationscaffe. G. - Gachfen.

Ableben bes Herzogs August von S. Gotha, XIV. 15. - des gurften Beinrich des LI. v. Reuß j. 2. XIV. 153. - bes Baier. Gefandten, Frhrn. v. Aretin, XIV. 172. Abrufung des Gesandten der fr. Stadt Lubedt, Cynbiscus Gutichow, XIV. 27.
— des R. Baier. Abgeordn. bei der Militarcommif.,

v. Maillot, XIV. 174.

Adermann, f. Comidt. Acte über die Elbeschifffahrt, f. Elbeschifffahres

Adel, vormal. Reichs =, f. Reich badel.

- Abrocaten u. Procuratoren des vormas. R. R. Berichts, Gefuch wegen ihrer Penfions : u. refp. Alimen : ten = Rudftande v. 3. 1807 bis 1816, R. 81. Siebe auch Reich stammergericht.

Ablefeld, v., Grafen v. Solftein, v. Moltke, v. Rantzau u. v. Reventlow, Bevollmächtigte ber Pralaten und Ritterfchaft bes Bergogth. Bolftein, R. 136. Undregifte Buchbruderei. Mit berfelben foll in

Betreff ber Roften bes Drud's ber B. T. Berhandlungen ein neues Hebereinkommen abgeschloff. werden, XIII. 233.

Anhalt. Bernburg, Cothen und Deffau, Bergog-thumer, bewilligen ber Gefellschaft für Deutschl. altere Geschichtstunde ein gemeinsthaftl Geschent v. 600 Mthlr., u. auf zehn Jahre zusammen eine jährl Unterstützung v. 300 Rthir., XIII. 21. deren Bevollmacht. bei ber Elbeschifffahrts Commig. in Dresben (Reich), XIII 134. S. auch Anhalt: Cothen u. Stimme (funfgehnte).

Anhalt . Eothen, Bergog, Beschwerde gegen Preuffen, wegen Erhebung der Preuf. Tranfito . u. Berbrauch fteuer auf ber Elbe; Deffallf. weitere Ertlar., u. Untrag auf 2 monatt. Bertagung des Termins jur Abstimmung über gedachte Streitsache, XIII. 28. Erwieder. auf die von Preuffen gemachte Bemerkung, XIII. 115. Anzeige wegen Freigebung der dem Raufmann Friedheim geborigen Schiffsladung, und Zurudnahme ber beffalls unterm 25. Jan. v 3. am Bundestag erhobenen Beschwerbe, XIII. 194. S. auch Anhalt. Bernburg,

Steuererhebung, und Stimme (funfzebnte), Appelius und Marts, in Beglar, Gesuch Namens der Canzleipersonen des ebemal. R. K. Gerichts, R. 31. Appelius, Marts, Paul, Hert u. Bach, deren Ernennung zu Gehülfen bei der für das R. R. G. Archiv verordneten Commis. , XIII. 202. S. auch Reichs fa m.

Ardin bes ehemal. R. R. Gerichts, flehe Reich stam-

mergericht.

Aretin, Frhr. v., R. Baier. Gefandte, Mitglied ber Commission ju Prufung ber Eingaben, XIII. 278; jur Begutachtung ber aufzustellenden Bortebrungen gegen ben Rachtund, XIII. 221; beffen Bortrag über die Schrift des Ritters v. Lewenau, XIII. 22; über die Eingaben des Handelsmann Remy, XIII. 22, 36. 174. 215. XIV. 133; über das alphabet. Register des Frhrn. v. holzbausen, XIII. 58; über das Wert des Sauptm. Rigel, XIII. 69; über Die 2 Schriften Des Mungraths Dieze, XIII. 175; über die neue Borftell, bes Gr. v. Halberg, XIII. 176; über das Gefuch des Oberften v. Mogen, XIII. 196. XIV. 131; über die Beschwerde bes Conr. Glashoff, XIII. 214; über eine Borftell. Des Dr. Dieve in der Thuringer Raponstreitigkeit, XIII. 219; über die Forder. der Kaufleute Arnoldi u. Elfan, in derfelben Angelegenh. , XIII. 226; über die Schrift des Dr. Griefinger, ben Buchernachdr. betr., XIII. 220; über die von der Meglerifchen Buchbandl. eingefandte Druckschrift in gleichem Betreff, XIV. 20; über bas Promemoria des Buchandlers Wenner, megen Beraus: gabe des genealog. Staatshandb., XIII. 269; über bas Gejuch des Ritters v. Mandel Schönflur, XIII. 272; über die Forder. des Frhrn. v. Muller und Conf. ju Bien, XIII. 279; über die Rote ber R. Dreuß. Gefandtichaft, einige Berbefferungen in der Geschäftsführ. der Eingaben:Commif. betr., XIV. 130; über die Forderung von Belli an den Rur: und Oberrhein. Rreis, XIV. 132; über Bufe's Comptoirbuch, XIV. 134; erstattet Namens ber Commig. Bortrag über bie neue Eingabe bes Borftandes der tathol. Gemeinde ju Frantfurt, XIII. 278. XIV. 102; verlieft ben Bortrag ber Reclamations : Commis. über ihre Gefchäftsführung, XIV. 13. Prafidialanzeige von dem am 16. Aug. d. 3. erfolgten Ableben des Frhen. v. Aretin, XIV. 172. Giebe auch Baiern.

Armeecorps, beren Eintheilung, f. Militarverh. Arnoldi ju Gotha, u. Elfan ju Beimar, neue Borftell. wegen ihrer Forder. für geleiftete Lieferungen in den Thuringer Raponverband, R. 45. (Bev. Ohlenschlager.) Bortrag des Gef. Frhrn. v. Aretin hierauf,

XIII. 226.

Afchbach, Reunkirchen, Griesheim u. Efcoll. bruden, Gemeinden in G. Deffen, Forder. an Die vormal. R. D. Caffe, R. 96.

N f mann, R. R. G. Pedell, nochmal. Gefuch um Pension, R. 23. — Bortrag Des Gef. von Sammerftein hierauf, u. Befchluß, XIII. 189.

Ausschung ber Gig., f. Ferien u. Bertagung. Ausschuß, f. Bunbestags-Ausschuß u. Com=

m iffion.

Mustragal-Inftang. Abstimmung v. R. Sachfen über ben Entwurf eines B. E. Beichluffes, bas Berfahren in Streitigkeiten der Bundesglieder unter einander betr., mit besonderer Rudficht auf bie Badischen Erklärungen in der Beschwerdesache der Rheinpfalz. Staateglaubiger u. Befiger ber Partial Dbligat. lit. D. XIII. 126; von Bolftein: Oldenburg, XIII. 224; v. holftein u. Lauen-burg, XIII. 242; v. Kurheffen, XIV. 261. — Der jur Revision des Beschluffes vom 16. Jun. 1817 wegen des Austrägalverfahrens gemählten Commis. merden die in

der Thuringer Raponstreitigkeit abgegebenen Erflar. jur Begutacht. mitgetheilt, XIII. 233. 276. Giebe auch Competeng, Celle u. Munch en.

Austrägal-Dronung, Berfahren, f. Austrä.

gal=Inftang.

Muth, Sauptm., Borftellung wegen rudfrand. u. lauf. Gehalts, R. 65. (Bev. Chrmann.) Bortrag bes Gef. Frhrn. von Bangenheim bierauf, XIII. 284.

Bach, R. R. G. Rotar, fiehe Appelius. Baden, Großherzogthum, erklärt fich in ber Beichmerbesache Anhalt. Cothens gegen Preuffen , XIII. 32; wer gen Uebernahme ber Garantie ber ftand. Berfag. des Bergogth. G. Coburg, XIII. 182; wegen der Befell, fcaft fur Deutschlands altere Gefchintetunde, XIII. 268; über die B ritell. Des Gr. von Sallberg, XIV. 7; über die Benfionsford. Des Oberften v. Mogen, XIV. 61; über den Untrag der Preuß. Befandtich. megen Infructione : Einholung, XIII. 235; besgl. über einen weitern berselben, die Geschäftsführung in der Eingaben : Commig. betr., XIV. 174; wegen Annahme ber 5 letten Abichnitte ber Grundzuge der DR. B., XIV. 138. Giehe auch v. Blittereborff, v. Baumbach,

u. Staateg Laubig er, Rheinpfalz. Baier, Sufanna, zu Beblar, Gejuch um ben Penfiones rudftand ihres Baters, bes R. R. G. Abvocaten Gom-

bell , D. 13.

Baiern, Königr., erklärt fich über das Gesuch der Witme Zwenger ju Fulba, und zeigt an, daß von Seiten Baierns dem zwischen ben Bevollmächt. Defterreichs, Preuffens und Baierns geschloffenen Bertrage über bie befinitive Bertheil. ber Fuldaifden Landesschulden Die Genehmigung ertheilt worden, XIII. 12: über die neues ften Antrage Anhalt Cothens in beffen Beichwerbefache gegen Preuffen, XIII. 32; wegen ber transrbenan. Gu-ftentations Angelegenheit, XIII. 166; wegen Uebernahme der Garantie der ftand. Berfaß. des Berjogth. G. Coburg , XIII. 184; in Betreff des Preuß. Antrags über Infrinctions Einhol., XIII. 212; über das Gesuch des Gr. v. Bieregg, XIII. 296; in der Beschwerdesache der Rheinpfälz. Staatsgläub., XIV. 65. 153; wegen desinitiver Annahme der 2. Abtheil. der Grundzüge der K. B., XIV. 138; entrichtet einen neuen Beitrag in bie Bundes u. Cangleicaffe, XIII, 223; ernennt den Frbrn. v. Bertling als Commiffar bei ber Auseinanderfepung des Kurmainz. Schuldenwefens, XIII. 13; desgl. Dei Bertheil. der Johanniterordensschuld an das Haus Lindenkampf und Olfers, XIII. 214; einen neuen Ge-fandten am Bundestag, XIV. 173; und den Fürsten Aug. v. Thurn u. Taris als neuen Bevollmächtigten bei der Militarcommiffion, XIV. 174. Giebe auth v. Are= tin, v. Pfeffel, und Staatsglaub., Rheinpfalz. Baffenbeim, Gr. v. , Bevollmacht. ber Standesberren im R. Burtemberg, boffen Untrage und Bunfche bei ben auf beren Rechteverhaltniß Bezug habenden Ber-

handlungen in Stuttgart, XIII. 93. au m b ach, Frhr. v., R. Burtemberg. Major, Stimm-führer bes 8. Armeecorps bei ber Militarcommission,

XIII. 222.

Beder, in Altona, Borftell., Die Errichtung eines D. M. Gerichts für bas Bergogth. holftein, als 3. Inftang, u. angebl. verweigerte Juftig betr. (Eing. R. 114 von 1821. Bev. Guler.) Bortrag des Gef. Dang bierüber, XIII. 38. 3weite Borftell., R. 15. Bortrag Ebenbeß. hierüber, XIII. 199. Dritte Borftell., R. 123.

Beglaubigung, f. Legitimation u. Bollmacht. Beibler, ebemal. Rheinjollichreiber, Bitte für fich und mehrere Rheinzollpenfioniften , um Auszahlung rudftand, reichsichlugmäfiger Benfionen. Bortrag des Bef. v. Lepel hierauf und Babl eines Ausschuffes jum Berfuch gutl. Uebernahme Diefer Penfionerudftande unter ben betheil. Regier. , XIII. 301. Erflar. von Preuffen, XIV. 23; v. S. Beimar, XIV. 65. S. auch Schmidt. Beitrage jur Matribular. u. Cangleicaffe, fiebe Bun-

descaffe.

Belli, ju Frantf., Gefuch für fich u. Ramens feiner Geschwister, die Rudfablung ber von ihrem Bater, als Rur- u. Oberrhein. Kreiscaffier, erlegten Caution betr., R. 74. Bortrag bes Gef. v. Lepel hierüber, u. Befchl., Die Borftell, an die Commig. für bas Rreisschuldenme: fen abjugeben, XIV. 132.

Bentheim, Gr. v., f. Johanniter orden.

Berichterffattung, über das Unternehmen der Ge-fellich, für altere Geschichtstunde ju Frankf., XIII. 269; über die Anzeige v. Wenner wegen Biederherausgabe bes allgem. genealog. Staatshandb. , XIII. 271. Siehe auch Infructions . Einholung.

Bernftorff, Graf, R. Preug. Minifter ber auswärt. Angelegenh., beffen Roten an ben Anhalt-Cothenichen Bevollmächt., Frhrn. v. Sternegg, XIII. 43. 46. Siebe

auch v. Sternegg.

Beuft, Gr. v., Gefandte ber 12. Gefammtftimme, beffen neue Bollmacht fur Gachfen-Deiningen, XIII. 6; für S. Gotha, XIV. 15. Mitglied der Commig. gu Prus fung ber Eingaben, XIII. 278; jur Berichterftatt über ben Deutschen und Joh. Orden, XIII. 172; jur Begutacht. ber Untrage Des'D. A. Berichts ju Celle u. ber G. Def Ertlar. in Betreff &r Rheinpfalg. Staatsglaubiger, XIV. 31; beffen Bortrag u. Gutachten in lestgedachter Sache, XIV. 65. 67; und über Rrug's Schrift, Darftell. bes Unwesens der Profelytenmacherei, XIV. 193. Giebe auch G. u. B. Sachfen.

Bibliothet ber Buntesversammlung, f. Gammlung. Bingenbeim, 2mt im G. Beffen, Forberung an Die

ebemal. R. D. Caffe, N. . 97. Blantenftein, Amt im G. Beffen, Forderung an die ebemal. R. D. Caffe, R. 98.

Blatiched ju gulda, wiederholtes Gefuch um Penfion (Bev. Ehrmann). Bortrag des Gef Frbrn. v. Bangens heim hierauf, XIII. 286. Erklär, v. S. Beimar, XIV. 59; v. Preuffen u. S. Beimar, XIV. 64. Blatsched's Anzeige megen erfolgter Auszahl. des Pensionsantheils von G. Beimar, R. 17.

Blitteredorff, grhr. v., Großherz. Bad. Gefandte, Mitglied der Commis jur Bermittl. der Forder. ber Testamentes Executoren tes Rurf. v. Erier, XIV. 160. Stellvertreter bei ber Commif. ju Erörter. ber über ben Nachdruck aufzustellenden Berfügungen, XIII. 221.

Siebe auch Baten.

t

Blum, in Frankfurt, R. R. G. Prototollift, Borftellung wegen Berleihung einer Penfion b. 200 fl., R. 14. 35.

Bonn, R. R. G. Protonotar, f. Orth.

Boos, Frhr. v., Forderung Namens des Mainger Doms capitels an die bei dem aufgeloften Gr. Frankf. betheis ligten Staaten (Eing. R. 84 v. 3. Rev. Ehrmann). Bortrag des Ges. v. Carlowig hierüber, XIII. 271. Zweite Borfell., R. 16 Giebe auch Sofmann.

Boft el, v., in Benlar, graffl. v. Sahn'icher u. freiherrl. v. Gemmingenicher Geschäftsführer, R. 50.

Boten des ebemal. R. R. Gerichts, Borftell um Berud-fichtigung ibrer fruberen Gefuche, R. 6. 78. 94.

Both, b., Gefandte der funfgehnten Befammtftimme, f. Anhalt, Solftein : Oldenburg, Gomariburg u. Stimme (funfzehnte).

Braunichweig, Berzogthum, übernimmt die Stimmführung in ber engern Berfammlung, XIII. 189; beffen Bevollmächtigter bei ber Dilitarcommiffion (Deinete),

XIII. 234. Siehe auch Stimme (breizehnte). Bruns, in Lauenburg, f. Stohlte.

Buch bruderei, f. Andrea. Buchernach brud. Bahl e. neuen Commission, u. Ersuchen an die Regierungen, die rücktand. Erklar. über ben Entwurf einer beffallf. Berordnung mitzutheilen, XIII. 221. Siehe auch Griefinger u. Degler. Bunau, v., g. Sachi. Bevollmacht. bei ber Elbeschiff-

fahrtecommiß. ju Dreeden, XIII. 134.

Bundescanglei, Beitrage jur Dedung ihrer Bedurfs niffe, f. Bundescaffe.

Bundescanglei-Director, f. v. Sandel. Bundescaffe. Beitrag v. G. Bildburghaufen u. Anhalt zu dem Matrikularausschlag vom 19. Jul.v. 3., XIII. 21. Unzeige bes Arhrn. v. hantel über ben Stand ber Bundes. matritulars, auch Cangleicaffe; Antr. auf neue Bufchuffe, u. Beichluß, 30,000 fl. in die Matrifular . u. 34,000 fl. in Die Cangleicaffe gemeinschaftl. einzugablen, XIII. 173. Anzeige megenEntricht. ber meiften diefer Beitrage, XIII. 223. Beitragev. der 15. u. 16. Stimme, XIII. 243; v. G. Meiningen, XIV. 20; v. S. Coburg, XIV. 6. ; v. S. Hibburgs hausen, XIV. 189. — Borfchuß aus der Matrikularcaffe v. 3000 fl. für die Militärcommiß, XIII. 203; u. eines weitern v. 3000 fl., XIV. 34. Mitheilung ber Rechnungen ber Militar : Localcommiffion an die ju Prufung ber Bundescaffe-Rechnungen gewählte Commif., XIII 242. Com: miffionevortrag über die Roften bes Drud's ter B. I. Berhandlungen, XIII. 233. Befdluß, bas alphab. Regifter bes Frbrn. v. Solzbaufen über Die B. T. Berbandlungen auf Rechnung ber Bundescanzleicaffe bruden ju laffen, XIII. 58. - Die Caffeverwaltung wird angewiefen, bas bei ihr hinterlegte, aus ber Regulir. ber R. R. G. Gustentat herrührende Depositum an die R. Preuß. B. T. Gesandtschaft auszuzahlen, XIII. 59.

Bundesfeldberr, f. Dberfeldberr. Bundesfestungen, Mainz, Luremburg und Landau. Deffaulfige Note der Militarcommifion, XIV. 130.

Bundesmatrikularcaffe, f. Bundescaffe. Bundes Prafidial Canglei, fiebe Bundes:

canglei.

Bundestags : Ausschuß ju Grörterung der Militar: verhaltniffe des D. Bundes, deffen Bortrag über Die 2. Abtheil. ber Grundzuge ber Rriegeverfaffung, XIV. 137; über Die Rote der Militarcommiß. , eine Heberficht ber ihr aufgetragenen Geschäfte betr., XIV. 130.

Bundestags: Commiffion, f. Commiffion.

Bundestagsordnung, f. Geschäftsordnung.

Bundesversammlung, beren Bertagung, serien n. Bertagung, auch Protofolle.
Buol: Schauenstein, Gr. v., R. R. Desterreich, prasidir Gesandte, berselbe substituirt den R. Sächs. Gesandten v. Carlowiz, XIV. 172. S. auch Desters reich und Prasidium.

Bufe, in Brunn, deffen Comptoirbuch, I. Th., R. 82. -Bortrag des Gef. Frhrn. v. Aretin bierauf, u. Befchl., daffelbe an die Commis. wegen Bollziehung des 19. Art. ber B. A. abjugeben, und die Regierungen auf Die barin gemachten Borfchlage jur Ginführ. eines allgem. Daasivstems aufmertsam zu machen, XIV. 134.

Bugbad, Gemeinde, f. Dberrogbad.

Cameral. u. Landesschulden, Althefifche, f. von Riefe, und auch Landesschulden.

Canzlei, s. Bundescanzlei.

Cangleibirector, f. v. Sanbel. Cangleiperfonen bergum Reichskammergerichtsarchiv

gu Beglar verordn. Commiß., deren Ernennung, XIII. 202 Carlowig, v., R. Gachf. Gefandte, Mitglied ber Commiß. jur Begutachtung der aufzustellenden Berfügungen gegen ben Nachdruc, XIII. 221; jur Prüfung der Privaterngaben, XIII. 278; jur Bermittl. der Forder. des Gr. v. Bieregg, XIII. 298; jur Bermittl. der Forder. des Hofgerichter. Beisler, XIII. 302; jur Bermittl. der Forder. des Hofgerichter. Beisler, XIII. 302; jur Bermittl. der Forder des Hofgerichter. jur Bermittl. der Forder der Testaments. Executoren des Rurf. v. Trier, XIV. 160. — Deffen Anzeige von dem Bechsel der Stimmführung für das 9. A. C. bei der Militarcommiß., XIII. 222; erstattet Bortrag über die Meclamat. des Frhen. v. Boos, Namens des vormal. Rainzer Domcapitels, XIII. 271; über das Sustentationsgesuch des Servaz Göß, XIII. 281; über die Besschwerden des G. v. Erbach, XIV. 6; über die Reclamat. der Pensionirten des Mainzer Erjesuiten : u. Schuls fonds, XIV. 9; u. über die transrhenan. Guftentations: Angelegenb., XIV. 157; über bie Eingaben des Adv. Opig, XIV. 190; deffen Substitution für den R. R. prafibir. Gefandten, u. Rede bei Wiedereröffnung der B. T. Sigungen am 5. Dec., XIV. 172.

Caffel, Joseph, fiebe Lambert. Caftel u. Roftheim, barauf haftenbe Guftentutions, beitrage, f Mainger Erjesuitenfond.

Celle, R. Dannov. D. A. Gericht, Schreiben beffelben an die B. B. in der Beschwerdesache der Rheinpfalz. Staatsglaubiger, XIV. 28. 36. Bahl beffelben als Aus-trägalgericht in d. Thuringer Raponstreitigfeit, XIV. 188.

Clemens, in Frankfurt, Bevollmacht. mehrerer Inte. reffenten in Betreff der Bezahlung der vormal. R. D.

Caffeforder., R. 61.

Collenbach, gror. v., u. v. Dorft en, ju Duffeldorf, Gesuch um Penfionserbobung als ebemal. Bergifche Regierungerathe. Bortrag des Gef. v. Dammerftein bierauf, XIII. 24.

Commiffion jur Revision und Erganjung des Beschlusses über das Austrägalverfahren, s. Aus= tragal-Instanz.

Commiffion jur Revision der Bundescaffe : Rech : nungen, f. Bundescaffe.

Commiffion v. 17. Juli 1817 (Gols, Aretin, Dar, tens, Epben, Berg), um über Die Angelegenheit Des Deutichen u. Jobanniter Drbens Bericht gu erftatten: Bahl zweier neuen Mitglieder (hammerftein u. Beuft) ju berfelben, XIII. 172

Commiffion jur Revision der Gefchäftsordnung,

f. Beschäftsordnung.

Commission ju Erfullung Des 19. Art. ber B. A., f. Sandel u. Bertebr.

Commiffion v. 22. Juni 1818 (Martens, Berdheim, Berg), um über die Abfaffung gleichformiger Berfüg: ungen gegen ben Rachbrud Gutachten ju erftatten: Bahl neuer Mitglieder (Aretin, Carlowig, Sammer-ftein; Stellvertr. Bangenheim, Blittersborff), XIII.221.

Commiffion v. 6. Jul. 1820 (Martens, Lepel, Beuft), jur gutlichen Ausgleichung der Anspruche Der Grafin v. Ottweiler: Babl e. neuen Ritglieds (Carlowiz) zu derfelben, u. Auftrag an bieselbe, auch die Aus-gleichung der übrigen Gläubiger der Saarbrucker Generalu. Special-Landescaffen ju übernehmen, XIV. 159.

Commiffion jum Bortrag u. Begutachtung ber Pri:

vateingaben, f. Reclamationen.

Commiffion (Carlowig, Sammerftein, Bangenbeim), jur Ausgleichung u. Uebernahme ber Penfionerudftanbe ber Rheinzollpensioniften, jw. Raffau u. den übrigen betheiligten Staaten, XIII. 302. Commission, zu dem Reichekammergerichtearchiv

ju Beglar von der b. B. B. verordnete, XIII. 202.

Commiffion (Beuft , Dang) , jur Erstattung e. Bortrags u Gutachtens über die Antrage des D. A. Gerichts ju Celle, als Austragalinftang in der Beschwerdesache der Rheinpfalz. Staatsglaubiger zc., dann über die bierauf von der G. Beg. Gesandtsch. abgegebene Erflärung, XIV. 31.

Commission (Carlowiz, Hammerstein, Blittersdorff), um e. Bergleich unter fammtl. an bem ehemal. Ergtanglerifchen Rurftaat u. dem nachmal. Großbergogth. Frankfurt betheil. Regier. über die Forder. der Teftamente Erecutoren von Erier zu Stande zu bringen, XIV. 160.

Commiffion (Carlowig, Level, Epben), jur gutt. Ausgleich. ber Reclamation bes Grafen v. Bieregg,

zw. Baiern u. G. Beffen, XIII. 298.

Commiffion & bericht über die Eingabe der Direction ber Rheinifch-Bestindischen Compagnie ju Giberfelb, XIV. 15; in Betreff der Rosten bes Drud's ber B. T. Berhandlungen, XIII. 233; über die Lage der jur gutl. Ausgleich. verftellten Beschwerden d. Frankfurter fathol. Gemeinde, XIII. 278. XIV. 102; über die Forder. der Gräfin von Ottweiler, XIV. 158; in der Thüringer Raponstreitsache, XIII. 184. XIV. 32. 43; über Die von der Reclamations : Commission für die Periode v. 9. Aug. 1821 bis Oftern 1822 übernommenen Eingaben, XIV. 13; wegen Auseinandersegung bes Reichskammergerichts. Archivs, XIII. 120. 200; über die Depositen beffelben, XIII. 123. XIV. 155; in Betreff der Besoldungs. u. Venstons. rudftande der Reichstammergerichts. Indivibuen, XIV. 155; über bie Antrage bes D. A. Gerichts ju Celle u. über bie Groft. Seffiche Ertlar, in Betreff ber Beschwerbesache ber Rheinpfals. Staatsgläubiger x., XIV. 65. 67.

Compagnie, Rheinisch-Beftindische, ju Elberfeld. Angeige ber Direction berfelben von beren Conftituirung. mit Bitte, beren Gemeinunigkeit burch eine Dieselbe billigende Entichlieffung ju erkennen ju geben, R. 56. (Bev. Schulin.) Bortrag des Gef. Gr. v. Epben, Ramens der Commiß. für die Dandelsverhältniffe, hierüber, XIV. 15.

Competen; ber B. B. bei Streitigkeiten unter Bundes: gliedern; deffallfiger Antrag Preuffens, XIII. 212. Siehe auch Infructions Einbolung, u. Aus.

trägal: Infang.

Conft an ; Domftift, wiederholtes Gefuch der Mitglieder beffelben um Befreiung ihrer Suftentationen von der von Baden ausgeschriebenen Befoldungs : u. Denfionsfteuer, R. 21.

Contingente ber Bundesftaaten, f. Militarver.

nisse.

Corps commandanten, f. Abschn. VII. der näheren Bestimmungen, XIV. 144.

Corpus juris confoederationis Germanicae. f. v. Meper.

Coudenhoven, Gr. v., Penfionsgefuch als Maltefer-ordensritter: Erffar. v. G. heffen bierauf, XIII. 172.

Euriatftimmführung. Hebernahme der 13. v. Braunschweig, XIII. 189; und v. Raffau, XIV. 102; ber 17. von der fr. Stadt Lübed, XIV. 35. Eurtius, beffen Legitimation als Gesandter ber fr.

Sanfestadt Lubed, XIV. 27. Siebe and Lubed und Städte.

Danemart, f. Bolftein.

Dang, Gefandte der fr. Stadt Frankfurt, Mitglied ber Commif. jur Begutachtung ber Antrage bes D. A. Gerichte ju Celle u. der Großh. Def. Ertlar. in Betreff ber Rheinpfälz. Staatsgläubiger lit. D, XIV. 31; deffen Gutachten hierüber, XIV. 65. 95; verlieft die Commiffionsvortrage über die Bertheil. Des R. R. G. Archivs, KIII. 120. 200; über die Depositen deffelben, KIII. 123. XIV. 155; erstattet Bortrag über die Borstellung der Holzhandler Stöhlte und Bruns, XIII. 37; über die Befdwerde des hoftammerr. Plaggino gegen Baben, ebend; über die des Biceconfule Becker in Altona, XIII. 38. 199; über ben Grand ber Reclamations; sache megen Bertbeilung einer Schuld des Johannitersordens an bas haus Lindenkampf u. Olfers, XIII. 68. Neue gemeinschaftl. Bollmacht für benselben, XIV. 27. Siehe auch Frankfurt u. Städte.

Darmftadt, Amt, Forder an die ehemal R. D. Caffe, N. 100.

Darmftadt, Dberforftamt bafelbft, Forderung an die ebemalige R. D. Caffe, R. 111.

Darmstadt, Stadtrath daselbik, Forder. an die ehemal. R. D. Casse, R. 27. S. auch Seffen, Großberzogthum. Depositen bei dem ehmaligen R. R. Gericht, siehe

Reich stammergericht.

Dessau, f. Anhalt.

Detachirung jur großen Cavalerie : u. Artillerie-Referve. Bestimmung deghalb in den 6g. 55 u. 56 ber näheren Bestimmungen, XIV. 142.

Detmold, f. Lippe.

Deutscher Orden. Abstimmung von G. Deffen, wegen ber Benfionsangelegenheit der Mitalieber u. Diener Des D. Orbens, XIII. 157; v. R. Sachsen u. der 16. Stimme, XIII. 234; v. Preuffen, XIV. 156. Wabl 2 neuer Mit-glieder (hammerstein u. Beuft) ju der deshalb ernannten Commig., XIII. 172. Giebe auch v. Bollwarth.

Dien beim, Gemeinde im Großh. Beffen, Forder an bie ehemal. R. D. Caffe, R. 86.

Diege, Rungrath ju Mannheim, beffen «Gefchichtl. Darftell. bes altern u. neuen b. Mungmefens, nebft einer « Bertheidigung gegen die in der Allgem. Lit. Zeit. enthaltene Eritit diefes Bertes », R. 18. — Bortrag des Gef. Frhrn. v. Aretin hierüber, u. Mittheil. derfelben an die Commiß. für Erfüll. des 19. Art der B. A., XIII. 175.

Dieze, General-Munzwardein, in Defth, Benfionerudftanbegefuch, R. 40. (Bev. Beife.) — Bortrag besef. v. Sammerftein hierüber , XIII. 273.

Dieg, Dr., Ernennung beffelben jum Ditgl. ber Reichs-fammergerichts-Commiffion in Beglar, von Seite ber B. T., XIII. 122; deffen Revers, XIII. 200. Siehe auch Rraus.

Domcapitel ju Conftang, f. Conftang.

Domcavitel zu Mainz, f. v. Boos u. hofmann. Domcapitel ju Speper, f. v. Dobenfeld.

Donauefdingen, f. Bunbesfestungen. Dornberg, Amt, u. Ruffelsbeim, Gemeinde im Großbergogthum Beffen, Forderung an die ehemal. R. D. Casse, R. 99.

Dorften, b., f. v. Collenbach.

Dofch, Juftigr., Bevollmacht. bes Gr. Frang v. Erbach, R. 30. 77.

Dreizehnte Stimme, s. Stimme.

Edard, ju gulda, f. Müller.

Chrmann, Dr., ju Frantfurt, Bevollmacht. des Bergogi. Baufes G. Meiningen, in der Thuringer Raponstreit: fache, XIII. 185; bes Frorn. v. Boos, R. 16; bes Peter Blatiched, R. 17; des Frorn. v. Hobenfeld, R. 19. 76; des Grafen v. Bieregg, R. 25; des Sauptm. Auth gu Fulda, R. 65; des Peter Molinari ju Maing, R. 68; bes 3oh. Ge. v. Scheiblin, R. 133; bes handlungs-baufes Fintenftein u. Comp., R. 134. Eingaben, f. Reclamationen.

Elbe, Streit zwischen Anhalt. Cothen u. Preuffen wegen Struererbebung auf derselben, f. Steuererbebung. Elberfeld, Rhein. Bestind. Compagnie daselbft, f.

Compagnie. Elbefchiffahrt-Acte p. 23. Juni 1821, deren Bor-

lage von Seite Desterreichs, XIII. 126. 133. Elfan, Jul. u. Alex., zu Beimar, f Arnoldi.

Erbach, Graf, Beschwerte gegen die Großt. Dessische Regier. in Bezug auf sein Berhaltuis als mediat. vormal. Reichsstand, N. 30. (Bev. Dosch.) — Bortrag des Ges. v. Carlowiz hierauf, XIV. 6. Weitere Eiagade, N. 77. Erklärung von G. Dessen, XIV. 135.

Erbpach ter, Aurpfalgifche, ber Grafenauer u. Demes bofe, weitere Borftell wegen Rriegefchabenersag, R. 2. (Ben. Goll.) — Bortrag des Gef. v. Lepel hierauf, XIII.

294. Ertlar. v. Naffau, XIV. 136.

Efchollbruden, Gemeinde im Großherzagthum Deffen, . ¥íchbach.

Ettwein, ju Frankf., Borftell. wegen Besoldungeruckt. des R. R. G. Cangleipersonals, R. 9.
Euler, Dr. ju Frankf., Bevollmächt. des Gr. v. Hallberg, R. 20; des Frben. von Böllwarth, R. 71; des Biceconfuls Beder , R. 123.

Erjesuiten: und Schulfond, Mainzer, f. Mainz. Enben, Grafen v., R. Danijcher Gefandte, Mitglieb ber Commis. jur Prufung der Eingaben, XIII. 278; jur Bermittl. der forder. des Gr. v. Bieregg, XIII. 298; verlieft den Commiffionevortrag über die Eingabe der Rhein. Beftind. Compagnie ju Giberfeld, XIV. 15 beffen Anzeige von dem Bechfel ber Stimmführ. für bas 10. Corps bei ber Militarcommis. , XIII. 222.

₹.

Ferien der Bundebverfamml., ju Dftern, v. 28. Mar; bis 18. April, XIII. 225; v. 5. Dec. bis Febr. 1823, XIV. 194. Siehe auch Bertagung.

Festungen, f. Bundesfestungen. Festungs: Local : Commiffionen, f. Militär:

commission.

Repbert, Bitme, in Bien, Gefuch um Entschädigung bes, ihrem verftorb. Gatten gehörig gewesenen, im 3. 1792 bemolirten Baufes in Luremburg, R. 22.

Fintenftein u. Comp., ju Pforzbeim, wiederholtes Befud, eine Forder. an bas ebemal. Ronigreich Beftphalen für gelieferten Galpeter betr., D. 134. (Bev. Ebrmann.)

Rrantfurt, freie Stadt, deren Menfferung in Betreff der Eintheil. der 3. Div. des 8. Corps, XIII. 18. Proposition über die Unegleichungeweise wegen Bertretung ber toftspieligeren Baffengattungen, XIII. 164; trägt in Betreff ber Rudftandeforber. ber Teftamente Erecutoren bes Rurfürsten v. Erier auf eine Bermittl. Com: mig. an, XIV. 160. Giebe auch Dang, Militar: verhältniffe, und Städte.

granffurt, tatholifche Gemeinde dafelbft. Bortrag ber jur gutlichen Ausgleichung der Befchwerden derfelben mit bem Genat ber freien Stadt Frantfurt ernannten Commig. , XIII. 278. Commiffions-Anzeige von zu hoffenber gutl. Erledigung Diefer Angelegenh., XIV. 102. Anzeige des Borftandes befagter Gemeinde wegen befis nitiver Erledigung ihrer Differenzen, R. 126. Bortrag bes Gef. v. Lepel hierauf, XIV. 184.

Freie Städte, f. Städte.

friedheim, Raufmann, s. Steuererhebung. Friis v. Irgens Bergh, R. Dan. Bevollmachtigter bei ber Elbeschifffahrte Commig. in Dreeben, XIII. 134.

Fuldaer Departemental-Ausgleichungs - Com-miffion, wird ersucht, ber B. B. factifche u. rechtl. Aufflarung über die Reclamation Des Nonnenconvents ad Sum Mariam ju gulba ju ertheilen, XIII. 288. Fulbaer hofbiener, f. Duiller.

- guldaer Landesschulden. Anzeige Baierns, bag bem gwifden ben Bevollmacht. Defterreiche, Preuffens u. Baierns gefchloffenen Bertrage über die befinitive Bertheilung der Fuldaischen Landesschulden von Geite Baierns die Genehmigung ertheilt worden, XIII. 12.

guldaer Ronnenconvent, f. Ronnenconvent. Fuldaer Penfionare, f. Blatiched. Buldaer Staatediener, f. Berquet. Funfzehnte Stimme, s. Stimme.

Barantie ber landftand. Berfag. Des Bergoath. Co: burg : Saalfeld, f. Sachfen : Coburg.

Geldbeitrage gur Bundesmatritular : u. Cangleicaffe. f. Bundescaffe.

Gemeinde, tatholische, ju Grantf., f. Frantfurt. Gemmingen Butten berg, grbr. v., f. v. Sahn. Gensbarmerie bei dem Bundesbeere. Beftimmung defbalb in dem 6. 97 der naberen Bestimmungen, XIV. 150.

Gerichtsbarteit bei bem Bunbesbeere , f. Abichn. X. ber naberen Bestimmungen ic. §. 87 - 97 , XIV. 149.

Germerebeim, f. Bunbesfeftungen. Gernebeim, Amt im Groft. Deffen, Forber. an bie

ernsbeim, and in. 2. 102. ehemal. R. D. Caffe, R. 102. achaftebrbnung. Die Bemertungen Preuffens Gefcaftsorbnung. Die Bemertungen Preuffens megen Inftructions Ginbolung, werden ber mit Revifion der Geschäftsordnung beauftragten Commig. jus gestellt , XIII. 12; deggl. die weitern Untrage Breuffens hieruber u über die Art u. Beife der Abstimmung oder Befchlugziehung, XIII. 212; bann bie Ertlar. Babens bierauf, XIII. 238; fo wie die Bemertungen Burtemberge hiezu, XIV. 184; auch ber Borfchlag Preuffens, einige Berbefferungen in der Geschäftsführung der Gingaben : Commis. betr , XIV. 130; nicht minder bie R. Gachf. und Babifche Abstimmung hierauf , XIV. 174.

Gefdichtstunde, Gefellichaft für biefe, fiebe Befellich aft.

Gefell ich aft fur Deutschlands altere Geschichtskunde. Anzeige des Gef. der 15. Stimme, daß die Bergoge von Anhalt gedachter Gefellichaft ein gemeinschaftl Geschent v. 600 Rthir., und auf 10 Jahre eine jabrliche Unterftunung v. 300 Rthlr bewilligt hatten , XIII. 21. Bortrag des Prafidit über die neue Dentschrift der Befellschaft, mit Ueberreichung des 3. Bos ihres Archivs, nebft Erflar. v. Baden, XIII. 266.

Gefene, in den Bundesstaaten geltende, f. Sammlung. Glashoff, Ceffionar von Ohlandt, wiederholte Borftellung, Juftigverweigerung und Entziehung ber 3. Inftang betr. - Bortrag bes Gef. v. Dammerftein biers über, XIII. 59. Erklärung v. Hamburg, XIII. 178; weiterer Bortrag des Gef. Frhrn v. Aretin, XIII. 214.

Gorg, ju Beimersheim, im G. Deffen, Forber, an Die ebemal. R. D. Caffe, R 88.

Sig, ju Maing, erneuertes Suftentationsgefuch, als Schaffner bes Weißfrauenklofters bafelbft, R. 54. 55. Bortrag des Gef. v. Carlowiz hierüber, XIII. 281. Erklarung v. Nassau, XIV. 22; v. G. hessen, XIV. 136. Siebe auch Mainger Erjesuitenfond. Golbschmidt, Dr. in Frankf., Bevollmächt, der Mainger

Staate - u. Pfandhausgläubiger , N. 69. 70.

Goll, Dr. in Frankf., Penfionsgefuch als vormal. R. R. G. Advocat, R. 64.
— Bevollmächt, der Kurpfalz, Erbpächter ber Grafc.

nauer u. Demehofe, R. 42; des Bandelem. Utfch, R. 65.

Golg, Graf v. ber, R. Preuf. Befandte, f. Dreuffen. Gombell, R. R. G. Advocat, f. Baier.

Gotha, f. Sachfen Botha.

Botthards, Gemeinde, erneuertes Befuch berfelben um Ernennung eines Gerichts jum Bolljug eines Erfenntniffes gegen bie, bas Fürstenth. Rulca theilenden Regierungen. Bortrag bes Gef. Frhen. v. Bangenbeim bierauf, XIV. 11.

Brafenauer und Demshofer Ertpachter, fiebe Erb:

pächter.

Gravelius, in Frantf., Gefuch megen Auszahlung feiner Befoldung als Gecretar bei ber transtbenan. Guften-tations : Commis. von jabrl. 300 fl., R. 44.

Bries, Gefandte der fr. Ctadt Samburg, gemeinschaftl. Bollmacht der freien Städte für denselben, XIV. 27.

Siehe auch Hamburg.

Griesheim, Gemeinde im Großh. Beffen, f. Afchbach. Griefinger, Dr., in Stuttgart, Abhandl. unter dem Titel: « Der Buchernachbrud, aus dem Genichtsvunct bes Rechts, der Moral u. Politif betrachtet», N. 24. -Bortrag des Gef. Frorn. v Aretin hieruber, XIII. 220. Siehe auch Buchernach brud.

Gröff, in Cobleng, f. Bimmermann.

- Grunberg, Amt im G. Deffen, Forder. an die ebemal. R. D. Caffe, R. 101.
- Grunne, Graf v., R. Riederlandischer Gefandte, fiebe Luremburg.
- Gulich, v., zu Roftock, vormal. R. K. G. Advocat, Gefuch um Pensionsbewilligung, R. 62.
- Butichow, Gefandte der freien Banfestadt Lubed, beffen Abrufung, XIV. 27.

Guting, ju gulda, f. Duller.

H.

Saffner, v., R. Dan. Oberft, Bevollmacht. der 2. Div. bes 10. Armeecorps bei der Militarcommif., XIV. 8.

Siehe auch v. Hinüber.

Bahn, Graf v., u. Frhr. v. Gemmingen: Gutten: berg, Reclamation wegen Gleichstellung ber Glaubiger ber ehemaligen mittelrhein. Reichsritterichaft, . 50. (Bev. v. Boftel.) — Bortrag des Gef. Frhrn. v. genheim, XIII. 294. Abstimmung von Preuffen u. Beffen hierauf, u. Ertlar. über den Stand der c. miffar. Berhandl. Diefes Schuldenmefens, XIV. 6 v. Raffau, XIV. 160; nachträgl. Beufferung von C. Seffen, XIV. 188.

Sallberg, Graf, Gefuch um Beforberung ber Abstim-mungen in feiner Angelegenheit, N. 20. (Bev. Guler.) -Bortrag bes Gef. Frhrn. v. Aretin; Acufferung bes Burtemb Gefandten hierauf, u. Antrag an bie mit ihren Erklärungen noch rudftand. Regierungen, XIII. 176. Abstimmung v. Luremburg, XIII. 198; v. G. Beffen, und ber 16. Stimme, XIII. 238; v. Baben,

XIV 7.

Samburg, freie Dansestadt, beren Bevollmächt. bei der Cibeschifff. Commig. in Dresden (Pehmöller), XIII 134; erklärt fich über die Borftell. bes Conr. Glashoff bas., wegen Justigverweigerung, XIII. 178. G. auch Gries, u. Städte.

Sammerftein, v., R. Sannoverifcher Gefandte, Dit: glied der Commission jur Berichterstattung über den

D. u. Johanniter-Orden, XIII. 172; jur Begutachtung ber Berfugungen über ben Rachbrud, XIII. 221; jur Bermittl. der gorder. ber Rheinzollvenftoniften. XIII. 302; jur Bermittl. der Forder. ber Teftamente . Erecutoren des Rurfürften v. Trier, XIV. 160; - verlieft ben Commissionsvortrag , die Befolbungs- u. Pensions-ruduande ber pormal. B. R. Gerichte personen betr., XIV. 155; erstattet Bortrag über die Reclamation bes Frbrn. v. Collenbach u. v. Dorften, XIII. 24; über Die Borftell des E. Blashoff, XIII. 59; wegen Burudgabe eines Depositums bei ber Bundescanglei an Die Preug. B. E. Gefandtichaft, XIII. 59; über das Penfionsgesuch des ebemal. R. Gerichts : Bedellen Afmann, XIII. 189; über das Penfionsgefuch des C. 3. Dieje, XIII. 273; übergiebt die Schrift des Auditore von Schwarzfopf: Expose etc., XIII. 222; besgleichen ein Schreiben bes D. A. Gerichts zu Celle, in Betreff ber Beschwerbesache ber Gläubiger lit. D., XIV. 28. 36; wird erfucht, die Acten über die Thuringer Ravonftreis tigfeit an bas D. A. Bericht nach Celle ju beforbern, XIV. 188. Giebe auch Braunschweig, Sanno: ver u. Stimme (breigebnte).

Bandel, Frhr. v., deffen Ernennung jum R. Defterreich. Bevollmächt, bei den Berhandl, wegen Bertheil, der 30h. Ordensschuld an das haus Lindenkampf u. Olfers. XIII. 68. Ungeige von dem Stande ber Bundesmatri: kular . u. Canaleicaffe, XIII. 173; erhält ben Auftrag, ein neues Uebereinkommen wegen der Roften bes Drucks ber B. T. Berhandl. mit der Andreaifchen Buchdruckerei

ju treffen, XIII. 233.

Sandel und Bertebr. Bortrag der wegen Erfullung bes 19. Art. ber 28. A. niebergefesten Commig. über Die Eingabe der Rhein. Bestind. Compagnie gu Elber-

feld, XIV. 15. Giebe auch Bufe u. Diege. Dannover, Ronigr., beffen Abstimmung über bem neueften Antrag Anhalt Cothens in der Beschwerdesache mit Preuffen , XIII. 49; wegen Uebernahme der Garantie ber ftand. Berfag. v. G. Coburg, XIII. 182; über die fünf legten Abichn. der Grundjuge der M. B., XIV. 138; u. in Betreff der Rheinpfalz. Staatsglaubiger lit. D, XIV. 111; entrichtet einen neuen Beitrag in die Matritular: u. Canzleicaffe, XIII. 223; ernennt den Major Meineke als Abgeordneten für die 1. Div. bes 10. Corps bei ber Militarcommiffion, XIII. 234; deffen Bevollmacht, bei ber Elbeschiff. Commig. in Dreeben (v. Strabler eim) XIII. 134. Siehe auch von hammerftein u. Binuber.

Darnier, v., Großherzoglich-Deffifcher Befandte, beffen Ernennung jum Bevollmächtigten bei der Commig. jur Auseinandersetung der Schuld des Joh. Ordens an das haus Lindenkampf u. Olfers, XIII. 35. auch

Beffen, Großherzogthum.

hauptquartier des Oberfeldheren, f. Oberfeldh. Bedingen, f. Bobengollern : Bedingen.

- Beidesheim, Gemeinde im G. Heffen, Forder. an die vormal. R. O. Casse, R. 85.
- Berquet, Regier. Dir. in Fulda, Anzeige für fich und mehrere ehemal. Fuldaer Staatsdiener, wegen erfolg. ter Auszahlung ibrer Befoldungs : und Pensionsruck-ftande, R. 10. Bortrag des Gef. Frhrn. v. Bangen-beim hiemuf, XIII. 289.

Berquet, beffen Reclamation wegen Penfionsverfürzung als vormal. Prafect bes Departements gulba, R. 39.73. Bortrag bes Gef. grbrn. v. Bangenbeim, XIV. 192.

Sert, R. R. Berichte . Copift, f. Mppelius. Hert, M. R. Getinits Copin, 1. Appetius. Herten ftein, v., ju Lujern, Pensionsansprüche als Kitter des Johanniterordens, N. 8. (Bev. Hiepe.) Hertling, Frhr. v., dessen Ernennung zum K. Baier, Bevollmächt. wegen Auseinanderses, des Schuldenwes

fens des vormal. Rurftaats Main, XIII. 13; und tei den Berbandl. wegen Bertheil. der Joh. Ordensschuld an das Haus Lindenkampf u. Olfers, XIII 214.

Beffen, Großherzogthum, erflart fich wegen Organi: fation des 8. M. C., u. trägt auf Berlanger. des Termins ju Ginbringung ber Formations : u. Reluitionsvertrage an, XIII. 16. 163; wegen Annahme der 5 legten Abschid. der Grundzüge der R. B., XIV. 139; bevollmächtigt beffen Gesandten am Bundestag ju den Berhandl, wegen Bertheil. ber Joh. Ordensschuld an das haus Lindenfampf u. Olfers, XIII. 35; ertlärt fich auf ben neuesten Untrag Anhalt Cothens in ber Befcmerbefache gegen Preuffen, XIII. 55; wegen Uebernahme der Garantie der landständ. Berfaß. Des Bergogthums G. Coburg, XIII. 113; in der Penfionsangelegenh. der Mitglieder u. Die: ner bes D. Orbens, XIII. 167; u. ber Mitglieder bes 306. Ordens, XIII. 171; über das Penfionsgesuch bes Grafen von Coudenhoven, XIII. 172; über Gieber's Schrift, die Bafferscheu betr., XIII. 217; über die Borstell. des Gr. v. Hallberg, XIII. 238; des Gr. von Bieregg, XIII. 297; in Sachen der Rheinpfalz. Staatsgläubiger u. Besither der Obligat. lit. D, XIV. 28. 108. 124. 154. 164; auf das Schreiben des Munchner D. A. Gerichts, als Austragalbehörde wegen Theilnahme Naffau's an ben althefischen Candeschulben, binfichtl. eingetretenen Berzugs in diefer Angelegenh., XIV. 1903 ber gräfl. Familie v. Sahn u. bes Frhrn. v. Gemmingen: Guttenberg, XIV. 63. 188; über bie Beichwerbe bes Gr. Frang v. Erbach, XIV. 135; über das Gesuch bes Servas Gob, XIV. 136; entrichtet einen neuen Beitrag gur Bundesmatrifular und Cangleicaffe, XIII. 223. Berfaffungsurfunde des Großherzogthums, einger. v. Buchhändler Beper, XIV. 63. Siebeauch v. Barnier, v. Baumbach, Militärver baltniffe, R. III. 1, v. Riefe, u. Staatsglaubiger, Rheinpfalz.

Beffen, Großberzogthum, Forderungen an die vormal. R. D. Caffe von den Memtern u. Gemeinden a) des pormal. Fürstenthums Beffen-Darmstadt, D. 112. 116; b) ter porhinigen obern Grafichaft, R. 113; c) bes pormal. Dberfürstenthums, R. 114; von mehreren Meintern bes Großbergogth., D. 115; von der ehemal. Landgraffchaft, D. 117. Siehe auch Darmstadt.

Beffen : Caffel, f. Rurbeffen.

Beffen : Darmftadt, f. Darmftadt u. Beffen. Dever, ju Giefen, überreicht ein Eremplar der Berfaß. Urfunde des Großherzogth. Deffen, XIV. 63.

Begge f, Georg, f. Gorg. Fourier, Borftellung wegen Det et, ehemal. Rurmainz. Fourier, Borftellung wegen vorenthaltener Gage von Seite Naffau's. Bortrag des Gef. v. Lepel hierauf, XIII. 298.

Dieve, Dr. in Frankfurt, Bevollmächt. bes Nitters v. Bertenstein, N. 8; bes Prinzen Ph. v. Hohenlobe-Balbenburg Schillingsfürft, 37, 80; bes Frhrn. v. Wigand, N. 38; bes Comthurs v. Streicher, N. 43;

bes gurften v. Golme. Braunfels und ber garftin von Golme. Lich, R. 92; ber Bergoge v. G. Coburg, Sildburghausen u. bes gurften v. Schwarzb. Conderbhausen, in der Thuringer Ravonsache, XIII. 219; deffen Anfuchen megen weiterer Frift ju Beibringung der Erklat. für Sachs. Hildburghausen u. Schwarzb. Sondershausen in dieser Sache, XIII. 185.

himl v, geb. Legat. R., beffen Ernennung jum Preuß. Bevollmacht, bei ben Berhanbl, wegen Bertheil. Der Joh. Orbensichuld an bas baus Lindenkampf u. Olfers, XIII. 166.

Bin aber, v., R. Sannov. Generallieut., Reprafentant der 1. Div. des 10. Corps in der Militarcommis, verfieht einstweilen die Stimmführ. für die 2. Div. desfel-

ben, XIII. 222. Siehe auch Meinete. Birich born, Gemeinde im Großt. Deffen, Forder. an Die vormal. R. D. Caffe, R. 58.

Hofdiener, Fuldaer, f. Duller. Dofmann, in Afchaffenburg, Gefuch für die Mitglieber bes vormal. Mainger Domcapitels wegen Guftentations. beitrage v. Sobenlobe-Ingelfingen, R. 1. Bortrag Des Gef. v. Carlowi, hierauf, XIV. 9. Bevollmächt. ber Erjefuitenfonde : Individuen, R. 2, 3, 5, 52, 53, 125; der Bitme Thollaus, R. 51; des Schaffnere Gog, N. 54, 55.

Dobenfeld, v., Domdechant, erneuertes Gefuch für fich u. die Capitularen des ehemal Domftifts ju Speper, um Befreiung von der Badifchen Claffen : u. a. Steuern bei Bejug ihrer Sustentationen, R. 19. 76. (Bev.

Chrmann.)

Hohenlobe-Ingelfingen u. Revenstein, fiebe

Mainger Erjesuitenfond.

Hobenlobe: Waldenburg: Schillingsfürst, Fürft, Gesuch wegen Regulirung feiner Penfion, als 3. D. Commenthur, auch Entschädigung betr., R. 37. 80. (Bev. Diepe.)

Dobengollern Bedingen u. Gigmaringen, Fürstenthumer, beren Erflar. wegen ber Gintheil. bes 8. Armeecorps, XIII. 17. 164. Gefege und Verordn. bes Fürstenth. Dechingen v. 1808 — 1820, XIV. 189. Siebe auch v. Baumbach, Militarverhältniffe, R. II, und Stimme (fechiehnte).

Holstein, Graf, s. v. Ahlefeld.

Bolftein, Bergogthum. Befcomerbe der Pralaten und Ritterschaft baselbit, ihre landständische Berfaffung betr.

R. 136. (Bev. v. Ahlefeld ic. u. Schloffer.) Bolftein u. Lauenburg, Berjogthumer, bestätigen ben Beitritt ber Contingente von Schaumburg . Lippe , Lippe u. Balded jur 2. Divifion des 10. Corps, XIII. 19, u. den Beitritt der Contingente v. Balded'u. Schaumb. Lippe ju der Danisch-Bolftein. Brigade, XIII. 166; besgl. ben des Lippischen Contingents (Gep. Prot. v. 21. Mai); zeigen an, wie weit die Organis der 2. Div. Des 10. Corps gedieben , XIII. 165; deren 26ftimmung wegen Annahme ber 5 letten Abichn. ber Grundzuge ber R. B., XIV. 139; über ben neuesten Antrag Anhalt- Cothens in ber Beschwerbesache gegen Preussen, XIII. 55; wegen Nebernahme der Garantie der landständ. Berfaffung v. G Coburg, XIII. 113; über den Entwurf e. B. T. Befchluffes, das Berfahren in Streitigkeiten der Bundesglieder unter einander betr., XIII. 242; in Betreff der Rheinpfalz. Staatsglaubiger, XIV.

124; entrichten e. neuen Beitrag jur Matrifular . u. Cangleicaffe, KIII. 223. Sammlung ber Gefege und Berordn. beider Bergogthumer, XIV. 60; beren Bewollmächtigter bei berElbeschifffahrts Commistin Dresben (Fries), XIII. 134; befigl. bei ber Militarcommiß. (v. Haffner), XIV. 8. Siehe auch von Epben, und Militärverhältniffe R. II. 3.

Solftein Dibenburg, Bergogthum, auffert fich megen ber Bereinigung bes Contingentes v. Schaumburg-Lippe, Lippe und Balded mit der 2. Div. des 10. Corps, XIII. 20; u. wegen Bereinigung Des Lippifchen Contingentes mit bem Oldenburgifden, XIII. 166; bann über beffen Rudtritt u. Bereinigung mit bem Solfteinischen (in dem loco dict. gedrudten Gep Prot. vom 21. Mai); über Abichluß e. Hebereinfunft wegen Dr-ganifat. gedachter 2. Div., XIII. 165. Siehe auch von Both, von haffner, Militärverhältniffe, R. II. 3, und Stimme (funfzehnte).

Dolahaufen, grhr. v., beffen alphabet. Register über bie B. T. Berhandlungen, XIII. 7; daffelbe wird auf Roften ber Bundescangleicaffe ju bruden befchloffen,

XIII. 58.

fin 19

1, \$2

iban c .

a s

Œffi:

batte

Itai 7 9

2.70

ence , <u>*</u>

ìo.

7. 8

fiete

714

<u>' *</u>

ķ

.

•

Bomburg, f. Heffen: Domburg. Horix, in Mainz, Bevollmächt. des Chr. Knecht daf., N. 131.

forir, in Maing, wiederholte Bitte um Anweisung e. Pension als ehemal Kaufhausmeister. — Bortrag bes Ges. v. Lepel hierauf, XIII. 299.

Bornthal, v., in Bamberg, deffen Abhandl. über den Congreß ju Berona, R. 129.

Inftruction 6 . Einbolung. Bemerfungen Prauffens wegen Inftructions Einbolung im Allgemeinen; u. Ueberweisung derfelben an die jur Revision der Geschäftsord, nung beauftragte Commig., XIII. 8; weiterer Antrag Preuffens megen ve ichiedenen Competenzumfangs bei Streitigfeiten unter Bundesgliedern, megen festguftellenber Berhandlungsformen in der Art und Beife der Inftructions . Ginhol. , ber Abstimmung oder Befchluggies hung ; Abstimmung hierauf u. Befchluß, ermähnten Uns trag an die Regierungen einzusenden, zugleich aber an die vorgedachte Commis. abzugeben, XIII. 204. Erklär.

v. Baden hierauf, XIII. 235; v. Burtemberg, XIV. 175. Inftruction 6: Ein holung wurde beichloffen: 1) über den Antrag von Preusen in Betreff der Instructions Einholung, XIII. 212; 2) über die Antrage der K. Preuse. B. T. Gesandisch, in der Geschäftsführ, der Einstrumis gabencommiß., XIV. 130; 3) über ben Commissiones portrag megen ber Befoldungs : und Pensionerud tanbe Der Reichstammergerichts-Individuen, XIV. 155. Giebe auch Berichterstattung.

Johanniterorden. Abstimmung von G. Deffen über bie Pensionsangelegenheit ber Mitglieder des D. Groß-priorats des J. D., XIII 171. Babl zwei neuer Mit-glieder (hammerstein und Beuft) zur deffalls bestehenden Commission, XIII. 172. Siehe auch v. Couden = boven, v. Bertenftein, v. Sobenlohe, von

Streicher u. v. Bigand. Johanniterordens-Schuld.

Erflar. v. Preuffen über die Berthill. einer Schuld des D. Grofpriorats des

3. D. an das Haus Lindenkampf u. Olfers zu Münster, XIII. 7. Anzeige ber Großh. Def. Gefandtichaft, an bem Ausammentritt der betreffenden Befandtichaften ju e. gutl. Ausgleichung Theil nehmen ju wollen, XIII. 35. Boitr. bes Gef. Dan; über den Stand Diefer Reclama. tionsfade, u. Antrag jum Busammentritt ber Bevoll-mächtigten; Einennung bes Frhrn. v. Sandel als Be-vollmächtigten für Defterreich, XIII. 68; des geh. Lega-tioner. Simlo für Preuffen, XIII. 166; des Legationer.

Frbru. v. hertling für Baiern, XIII. 214. Jordan, v., R. Preuß. Bevollmächt. bei ber Elbeschiff-fahrts : Commiß. in Dresten, XIII. 133. Sfenburgifde Nemter u. Gemeinben im Großberg.

Deffen, Forderung an die ebemalige R. D. Caffe, N. 122.

Rammergericht, fiebe Reichskammergericht. Rarder, in Gaarbruden, Bevollmachtigter ber Raffau : Saarbructischen Staatsbiener, R. 28. Siebe auch

Satholifde Gemeinde ju Frantfurt, f. Frantfurt. Relfter bath, Gemeinde im Groft. Beffen, Forder. an die vormal. R. D. Caffe, R. 103.

Rirdgons, Gemeinbe, f. Dberrogbach. Rnecht, ju Dani, Dentidrift, beffen Penfionsanipruch als vormal. Rurmaing. Bolleinnehmer betr., R. 131. (Bev. Horix.)

Rolb, ju Fulra, f. Müller.

Roftheim, f. Caftel.

Rrang, ebemal. R. R. G. Protonotar, beffen Ernen: nung jum Ditgliede ber R. R. Gerichts . Commig. in Mehlar v. Seite der R. Preug. Reg er., XIII. 122; Revers desselben, XIII. 200. Siehe auch Diez. Kreisschuldenwesen, Kur- und Oberrhein., siehe Belli, Dieze und v. Mogen.

Rriegoverfassung des D. Bundes, f. Militar. verhältniffe.

Rrug, in Leipzig, beffen Schrift: "Darftellung bes Unmefens ber Profelytenmacherei ", D. 130. - Bortrag des Gef. Grafen v. Beuft hieruber, XIV. 193.

Rrufe, Frhr. v., Generalmajor, Abgeordn. jur D. C. für Raffau, Luremb. u. G. Beimar, auch Stimmführer für das 9. 21. C., XIII. 223. Siehe auch v. Schrei:

berøhofen.

Rurheffen, beffen Abstrimmung über ben neuesten Un-trag Unhalt : Cotbens in ber Befchwerdesache gegen Preuffen, XIII. 4; wegen Uebernahme der Garantie ber landständ. Berfaß. v. G. Coburg, XIII. 113; megen Annahme ber 5 lepten Abichn ber Grundjuge ber M. B., XIV. 138; wegen ber Rheinpfalz. Staatsglaubis ger lit. D., XIV. 119; trägt in Betreff ber Rudftands-forder. ber Testaments : Executoren des Kurf. p. Trier auf eine Bermittl. Commis an, XIV. 159; beffen Be-mert. ju bem Entwurf e. B. E. B. fchluffes, Die Bermittl. der B. B. bei Streitigkeiten de Bundesglieder unter fich betr., XIV. 161; entrichtet einen neuen Reis trag jur Matritular = u. Cangleicaffe, XIII. 223. Giebe auch v. Lepel und v. Krufe.

Rurmaing, f. Maing. Rurpfalg, f. Rheinpfalg.

Protof. b. d. Bundesvers. XIV. Bb.

Rure und Oberrhein. Rreis, f. Rreisfdulben= mefen. Rurtrier, f. Remv u. Trier.

Lambert und Caffel, ju Mainz, Forder. an bie vor-

Kambert und Eafiet, ju Mainz, yorder. an die vormal. R. D. Eaffe, R. 89.
Lampertheim, Amt im Großt. Deffen, Forder. an die vormal. R. D. Eaffe, R. 104.
Landau, Festung, s. Bundesfestungen.
Landes u. Cameralschulden, Althefe., s. Riese.
Landesschulden, Fuldaische, s. Fulda.
Landesschulden, Rurmainzische, s. Staatsgläub.
Landesschulden, Roeinpfäl., s. Ctaatsgläubiger. Landesich ulben, Gaarbrudifche, f. v. Ottweiler und Staatsbiener.

Die Lage Des Ausgleichungsgeschäfts ber gu Cobleng beßbalb bestebenden Commis. Austunft ju erhalten, XIII.

217. Siebe auch Remb. Lanbftanbifche Berfaffung in ben D. Bunbesftaa-

ten, fiebe Berfaffung.

Langgons, Gemeinde, f. Oberrofbach.

Lauenburg (Sachsen'), f. Dolstein. Legitimation der Bundestagsgefandten, f. Bollmachten.

Legitimation ber jur Militarcommiffion Abgeordneten:

1) bes Obersten, Fürsten Aug. von Thurn u. Taris, für Baiern, ober bas 7. A. C., XIV. 174.
2) bes R. Bürtemberg. Maj., Frbrn. v. Baum bach, für die 1. Div. des 8. Corps (Bürtemberg), auch Stimmführer beffelben, XIII. 222.

3) des R. Gachf. Dberftlieut. v. Schreibers hofen, für die 1. Div des 9. C. (R. Sachfen), XIII. 222; befgl. für S. Gotha, Coburg, Meiningen u. Sildburghausen, XIII. 276; und für die Fursten Reuß beiber Linien, XIII. 303.

4) bes Berjogl. Rag. Generalmajors, grbrn. v. Rrufe, für Die 2. Div. des 9. C. (vorläufig bevollm. von Raffau , Luremburg u. G. Beimar), auch Stimm-

führer für daffelbe, XIII. 223.

5) des R. Bannev. Majors Deinete, für die 1. Div.

bes 10. E., XIII. 214.
6) bes R. Dan, Dberften v Daffner, für bie 2. Div. bes 10. E. (Holftein, Medlenb., Holftein Dlbenburg, Lubed, Bremen u. Samburg), auch Stimm= führer, XIV. 8; bis ju beffen Antunft aber verfieht ber Reprafentant der 1. Div., Generall. v. hinüber, bie Stimmführ., XIII. 222.

Leonhardi, grhr. v., Befandte der 16. Gefammtftimme, neue Bollmacht beffelben fur Reuß j. L., XIV. 153.

Siehe auch Stimme (fechzehnte). Lepel, v., Rurheß. Gefandte, Mitglied der Commiß. jur Bermittl. der Forder. des Gr. von Vieregg, XIII. 298; verlieft den Commissionsvortrag über die Borftell. her Graffin v. Ottweiler, XIV. 158; beffen Bortrag über das Gesuch der ehemal. Kurpfalz. Erbpachter der Brafenauer : u. hemshofe, XIII 294; über die For-ber. des Gr. v. Bieregg, XIII. 295; über die Borftell. bes Fouriers Begel, XIII. 298; ber Octroibeamten Schmidt u. Adermann, XIII. 299; des Raufhausmeis ftere Borir, XIII. 300; bes Hofgerichterathe Beisler,

XIII. 301; der frantf. tathol. Gemeinde, XIV. 184. Giebe auch Rurheffen.

Lewenau, v., beffen Schrift: «Mittel jur fparfameren u. nuglicheren gutterung ber Pferbe ... Bortrag bes Gef. Frbrn. v. Aretin, u. Beschuß, solche ber Militarcommission mitzutheilen, XIII. 22.

Lied tenftein, Fürstenthum, beffen Erflar. wegen Einstheil. des 8. Armeecorps, XIII. 17. 164. S. auch Mislitärverhaltniffe, II. 1, u. Stimme (sechzehnte).

Lilian fern, v., zu Frankfurt, s. v. Riese. Linden fels, Oberamt im Großt. Deffen, Forder. an die vormal. R. D. Casse, R. 120. Linden fels, Oberamt, Forderung mehrerer Gemein-den desselben an die vormalige R.D. Casse, R. 121. Lindentampf u. Difers, f. Johanniterorden 6: Schuld.

Lanbesichulben, Drierifche. Bunfc ber B. B., über Lippe, Fürftenthum. Anzeige, daß beffen Contingent mit ber 2. Div. bes 10. Corps vereinigt, XIII. 19, u. ber Bergogl. Oldenburg Balbbrigade angeschloffen werde, XIII. 165; weitere Anzeige, baffelbe, fatt beffen, mit ber Solftein. Brigade ju vereinigen (Gep. Prot. v. 21. Mai). S. auch Stimme (fechjehnte), u. Militarverbaltniffe, R. II. 3.

Lippe: Shaumburg, f. Shaumburg. Lippe. Localcommiffionen, f. Militar:Local: Com: miffion en.

Lohned, Rente, f. Staatsgläubiger, Rurmainz. Lorid, Gemeinde im Grogs, Deffen, Forder. an Die pormal. R. D. Caffe, R. 79.

Lubed, freie Banfestadt, ernennt einen neuen Bef. am Bundestage, XIV. 27; übernimmt die Führ. der 17. Stimme, XIV. 35; deren Berordnungen v. 1813 bis 1817, XIV. 60. Siehe auch Eurtius, u. Städte. guremburg, Großbergogthum, deffen Abftimmung über ben neueften Untrag Unhalt : Cothens in der Beschwers defache gegen Preuffen, XIII. 34; über die Borftell. bes Gr. v. Hallberg, XIII. 198; wegen Uebernahme ber Garantie ter landständ. Berfaß. v. G. Coburg, XIII. 243 ; u. in Betreff der Rheinpfalz. Staatsglaubiger, XIV. 124; wigen Unnahme ber 5 legten Abschnitte ber Grunds juge ber M. B., XIV. 139; entrichtet e. neuen Beitrag jur Matritular - und Cangleicaffe, XIII. 223. Giebe auch v. Grunne u. v. Rrufe.

Luremburg, Festung, f. Bundesfestungen.

M.

Maabfpftem, über Ginführung e. allgemeinen in ben deutschen Bundesftaaten, f. Bufe.

Maillot, v., Generalmajor, Abrufung deffelben als R. Baier. Abgeordneter bei der Militärcommiß., XIV. 174.

Mainz, Festung, f. Bundesfestungen. Mainzer Domcapitel, f. v. Boos, auch Hofmann. Mainzer Erjesuitenfonds : Individuen, wieberholte Gefuche berfelben um Berabreichung ber Guftentationsbeitrage von den Orten Caftel u. Roftheim, R. 2. u. 53; v. Preuffen u. Rurbeffen, R. 3, 52 und 125; von Burtemberg, wegen hobenlobe Neuenstein und Ingelfingen, R. 5. (Bev. hofmann.) — Bortrag bes Gef. v. Carlowig hieruber, bann Befchluß, und Berweisung ber auf Caftel uib Roftheim Bezug habenden

Suftentationsgesuche einiger Individuen des Erjesuitenu. Schulfonds, fo wie der Stifter St. Stephan, St. Gangolph u. St. Peter, an die ju Erörter. der Forder. ber Mainzer Staatsglaub. ernannte Commig., XIV. 9. Mainger Staats : u. Pfandhausgläubiger, f. Staat &:

glaubiger, Kurmain. Mainzer Stifte, St. Stephan, St. Gangolph und

St. Peter, f. Mainger Erjef. Rainger Beiffrauentlofter, f. Got.

Malteserorden, f. Johanniterorden. Mandel v. Schonflur, erneuerte Pensione. u. Schulde forderung an den Canton Bern. Bortrag des Gef. von Carlowis hierauf, XIII. 272.

Marts, in Beplar, f. Appelius.

Darfchall, Frir. v. , Bergogl. Nag. Gefandte, fiehe Rafs

fau und Stimme (breitente). Maricall, Graf, Gefuch um Benfion als ebemaliger Großb. Frankfurt. Gefandte. — Bortrag bes Gef. Frbrn. v. Bangenheim hierauf, XIII. 292. Martens, Frbr. v., beffen Bert: «Manuel diploma-

tique etc. », vorgelegt v. Prafidium, XIII. 6. Marr'iche Buchbandi., in Carlerube, diejelbe überfen-Det: « Quellen des öffentl. Rechts ber b. Bundesftaaten, oder Sammlung der wichtigften Urfunden , die jur Rennts niß des allgem. b. Bundesftaaterechts bienen », R. 124. Matrifularbeitrage ber Bundesftaaten, f. Bun:

bescaffe.

Medlenburg. Schwerin und Strelis, Großhets jogthumer, auffern fich megen bes Beitritte ber Contins gente v. Schaumburg Lippe, Lippe u. Balded jur 2. Div. des 10. Corps, XIII. 19; u. wegen Abschluß einer Nebereinkunft, in Betreff der Organis, gedachter Div., XIII. 165; wegen Annahme ber 5 letten Avfchn. der Grundzüge der M. B. , XIV. 139; über ben neuesten Antrag Anhalt Cothens in ber Beschwerdesache gegen Preuffen, XIII. 35; wegen Uebernahme ber Garantie ber landständ. Berfag. Des Bergogth. G. Coburg, XIII. 182; wegen ber Rheinpfalg. Staatsglaubiger , XIV. 124; entrichten einen neuen Beitrag jur Bundes, und Cangleicaffe, XIII. 223; beren Bevollmächtigter bei ber Militärcommission (v. Haffner) XIV. 8. und bei ber Elbefdifffabrts. Commig. in Dresden (Steinfeld), XIII. 134. Giebe auch v. Pens. Mebiatifirte, f. Standesherren.

Meinete, R. Hannov. Major, Bevollmacht. der 1. Div. des 10. A. E. bei der Militarcommif., XIII. 234.

Meiningen, s. Sach sen, Meiningen.
Meiningen, s. Sach sen, Meiningen.
Meyer, v., dessen Schrift: Corpus juris confoederat. Germanicae, Tom. I, vorgelegt vom Präsidium, XIII. 234. Tom. II, XIV. 156.

— Repertor. zu den Berhandl. der d. B. B. 4. Heft,

vorgelegt vom Prafibium, XIV. 135. Meglerifde Buchhandl., in Stuttgart, Diefelbe überfendet: a Debatten über ben Buchernachdrud, welche in ber Burtemberg. Kammer ber Abgeordn. fatt fanben », D. 72. Bortrag des Gef. grorn. v. Aretin bierauf, XIII. 20. Siehe auch Buch ernach brud. Militarcommiffion ber beutschen Bundesversamm-

lung. Rote in Betreff e. neuen Borfchuffes von 3000 fl. für die Localcommiffionen, Bewilligung beffelben, und Auftrag jur Abgabe ber Rechnungen ber letteren, XIII. 203; weitere Note wegen e. gleichen Borfcuffes, KIV. 34. Rote an ben B. E. Ausschus, mittelft Bor-lage gedachter Rechnungen ber L. E. bis jum Schlufe bes 3. 1821, u. Abgabe berfelben an bie jur Prufung ber Bundescaffe : Rechnungen gewählte Commif., XIII. 242. Rote über die ihr von der B. B. aufgetragenen Seichäfte, XIV. 180. — Derselben wird die Schrift bes Ritters v. Lewenau, über frafamere und nüglichere Fütterung ber Pferde, mitgetheilt, XIII. 22; bann ber Beschluß der B. B. über die Annahme der 5 legten Abichn. der R. B., XIV. 151. Abrufung bes R. Baier. Abgeordneten (v. Maillot) bei derfelben, XIV. 174. Siebe auch Legitimation und Dilitar: verhältniffe.

Militar= Local-Commissionen, denselben gelei= ftete Boricuffe und Rechnung baraber, f. Militar.

commission.

Militarverhältniffe des Deutschen Bundes. I. Militarverfassung überhaupt. Prafibialan: jeige von den Urfachen der verzögerten Abgabe bes Commiffioneberichte über den 5. bis 10. Abichnitt der Grund: jüge, u. Antrag, daß die der endlichen Einrichtung der Div. in den gemischten Corps noch im Wege stebenden Binderniffe balbigft geboben werben mochten, XIII. 18; begfallf. Bericht Des B. T. Ausschuffes, Bufammenftellung ber von den verschiedenen B. T. Gefandtichaften ju ben einzelnen SS. Diefer 2. Abth. gemachten Bemertungen, und neue Redaction biefer 5 letten Abichn., XIV. 137; Abstimmung hierauf (ebend.) Annahme gedachter Abschnitte. (6. Oberfeldherr. 7. Corpscommandanten. 8. Bildung des Hauptquart. 9. Berpflegung. 10. Gesrichtsbarkeit) als Rähere Best im mungen ber Rriegeverfaß. des D. Bundes (ebend.) G. 140. Tabelle über die Formation des Sauptquartiers vom Oberfeldheren, XIV. 152. Bortrag des B. E. Ausschuffes über die Rote der Militarcommis, v. 22. Marz v. 3., eine Ueberficht des Standes ber ihr von der B. B übertragenen Geschäfte, insbef. Die Bundesfestungen Mains, Luxemburg und Landau, dann die zu befestigenden Puncte Germersheim, Illm, Raftadt u. Donaueschingen betr., XIV. 130.

II. Eintheilung ber gemichten Armeecorps:
1) bes achten. Anzeige v. G. Deffen, wegen noch nicht ju Stande gefommener Bereinbarung mit ben Bun: desstaaten der 3. Div. des 8. Corps, und Antrag auf Terminsverlängerung zu Einbringung der Kormations: u. Reluitionspertrage zw. dem G. Beffen u. den übris gen jur 3. Div. geborigen Staaten, XIII. 16; vor-läufige Leufferung des Gesandten der 16. Stimme für hobenzollern u. Liechtenstein, auch Frankfurts u. des Prafibur, hierauf, XIII. 17. Beitere Ungeige von G. Beffen , u. Erwieber. von Sobenzollern, Liechtenftein

u. Frankfurt hierauf, XIII. 163.

2) bes neunteu. Erklär. v. R. Sachsen wegen Orga-nisation der Armeecorps, Einreichung der Standes-tabelle der 1. Div. des 9. Corps, u. Mittheil. der letstern an die Militarcommif. , XIII. 16. Angeige Des R. Gachfischen Gefandten von den der Formation des 9. Corps noch im Bege ftebenden hinderniffen u. Ans trag auf Festenung eines Termins ju Ginreichung ber Standes u Dienstabellen ; Befchluß, folchen auf den 14. März dieses Jahres definitiv anzuberaumen. XIII. 164.

3) bes gehnten. Anzeige bes Gefandten ber 16. Stim. me, daß die Contingente v Schaumburg-Lippe, Lippe u. Balbed mit ber 2. Div. Des 10. 2. C. vereinigt wurden ; Erflar. Der Gefandten von Dolftein u. Lauenburg, Medlenburg, Solftein: Oldenburg, bann Dam-burg, Lubed u. Bremen hierauf, XIII. 19. Anzeige v Solftein u. Lauenburg, daß die Staaten der 2. Div. bes 10. A. C. ju Ausbild. ihrer innern Organisat. eine Commig. niedergefest, eine Bereinbar. abgefaßt und jur Ratification eingefandt hatten, XIII. 165; beis frimmende Meuffer. ber Gefandten v. Medlenburg u. Bolftein:Oldenburg bierauf (ebend.). Beitere Anzeige des Gefandten der 16. Stimme, daß bas Lippische Contingent ber Oldenburg. Dalbbrigabe, u. Die Con-tingente v. Schaumburg Lippe und Balbed mit ber Solftein. Brigade vereinigt murben (ebend.). Er-wieder, der Gesandten v. Holftein und Lauenburg, Oldenburg, auch Lubed, Bremen u. hamburg hierauf (ebend.) 166. (Eine abermal. Angeige, daß das Lippifche Contingent, fatt mit bem Oldenburg. , ebenfalls mit der Solftein Brigade vereinigt werden folle, u. die beffalls. Beftätigung ber Gefandten v. Solftein und Lauenb., auch Solftein : Oldenburg murde in dem Separat-Protofolle v. 21. Mai mit aufgenommen).

III. Webereinfünfte unter ben gemischten Corps. Termin wegen Berlangerung ju Ginreich, berfelben: bege fallfiger Antrag v. G. Beffen, u. Befdluß, folden v. 1. Oct. v. 3. auf den 14. Febr. d. 3. festiglegen, XIII. 19; weiterer Termin v. 14. Febr. bis 14. Mars, XIII. 165; nochmalige Berlanger. vom 14. Mar; auf ben 15. Mai, XIII. 214. Fernerer Beschluß, in einer ber nachften Sigungen über die weitere Ginleit. Diefer Gache Berathung ju pflegen, XIII, 303. Siehe auch oben II.

Mittel, zur fparfameren u. nüplicheren Fütterung ber

Pferde, f. v. Lemenau.

- gegen die Bafferscheu, f. Gieber. - — gegen die Raupen, f. v. Glawik.

Mogen, v., abermal. Gesuch um Auszahlung seiner Geshalts, dann Capital: u. Zinsenrucktande, R. 34. Borstrag des Ges. Frhrn. v. Aretin, XIII. 196. Erklär. v. Preuffen, XIII. 224; v. Baden, XIV. 61. Die Bad. Ertlär. wird, auf Antrag der Reclamat. Commif., an die für das Rreisschuldenwesen ernannte Commig. abgegeben, XIV. 131.

Molinari, ju Maing. Legitimation des Dr. Ehrmann alt Anwalt, in Berreff beffen Forber. für die mabrend bes Feldauge v. 1813 in Bidert an R. R. Truppen abge-gebenen 25 Stude Bein, N.68. Bortrag bes Gefand-ten Frhen v. Bangenheim bierauf, XIII. 291.

Moltte, Graf, f. v. Ablefeld.

Montibeller, in Bien, f. v. Muller. Muller, Frhr. v., Montibeller u. Schloffer Forberung an den Grafen Jos. v. Neipperg, N. 66. Bortrag des Ges. Frhrn. v. Aretin bierauf, XIII. 279.

Muller u Conf. (Blatiched, Edard, Guting, Rolb, Reibelbachs Bitwe, Ripp und Ritter), ehemal. Fulb. Bofdiener, Gefuch um Gehalteruditande. - Bortrag bes Gef. Frhrn v. Bangenheim hierauf, XIII. 285.

DRuller, in Mannbeim, Befdwerbe gegen bie, in Regierung u. Einkunfte ber vormal. Rheinpfalz gefesten, hochsten Regenten, Penston betr., R. 127. (Bevollm. Ohlenschlager.)

Mund : Bellinghaufen, grhr. v., R. R. Defterr. Bevollmächtigter bei ber Elbeschifffahrte : Commig. in Dreeden, XIII. 133.

Dunden, R. Baier. D. A. Gericht, als Austrägalger. in Sachen des G. Beffen gegen das B. Raffau. Schrei: ben an die B B. über den Stand Diefer Angelegenheit, XIV. 189 Siehe auch v. Riefe. Rungvalvations-Tabelle für die Elbezolle, XIII. 154.

Dungmefen, Abhandlungen bieraber, f. Diege.

Rachbrud, f. Büchernachbrud.

Raffau, Bergogth., erflärt fich über die Borftell. der Gr. v. Ottweiler, XIII. 187; über das Gefuch des Gervan Gon, XIV. 22; über das Enischädigungsgesuch der Rurpfälz. Erbpächter, XIV. 136; über die Reclam. ber graft. Familie v. Dabn u. ber Euratel bes Erben. v. Gemmingen: Buttenberg, XIV. 160; über das Schreis ben des D. A. Ger. ju Munchen, wegen eingetretenen Berzugs in der Streitsache zwischen G. heffen u. Raffau, XIV. 189; bevollmächt. ben Generalmajor v. Rrufe gur Stimmführ. in der Militarcommig., XIII. 223; ubernimmt die gubrung ber 13. Stimme, XIV. 102. Siebe and v. Marichall, Stimme (dreizehnte), und von Riefe.

Rassau : Saarbrückisch e Staatsdiener u. Ereditoren.

f. Staatediener.

Reapel, f. Gicilien. Redarft ei nach, Gemainde im Großh. heffen, Forder. an die vormal. R. D. Caffe, R. 59.

Reipperg, graft. Familie, Forder. an diefelbe, fiebe v. Düller.

Reuentirden, f. Afchbach.

Rid, ju Ravensburg, Forder. an die vorm. R. D. Caffe, D. 33.

Ridda, Amt im Großb. Deffen, Forder. an Die vorm. R. D. Caffe, R. 105.

Riederlande, Ronigr. ber, f. Luremburg.

Ronn enconvent ad Stam Mariam, ju gulba, Bor-ftellung wegen rudftanbiger Gefalle. Bortrag bes Gef. Frhrn. v. Bangenheim hierauf, XIII. 288.

Roten, gewechfelt gw. bem Anhalt - Cothenfchen Bevollmacht., Frorn. v. Sternegg, A. bem R. Preug. Min. ber auswart. Angelegenb., Gr. v Bernftorff, XIII. 41 - 48.

Note der R. Burtemb. Commiffarien an den substituirten ftandesberri. Bevollmächt., Fürften v. Balbburg ju Beil : Trauchburg, XIII. 70. G. auch Schreiben. — der Militarcommiß. an die B. B., wegen eines

Borichuffes für die Localcommiß., XIII. 203. — wegen eines weitern Borichuffes, XIV. 34. — wegen ber Rechnungen der Localcommissionen, XIII. 242. - den Stand ber ihr von ber B. B. übertragenen Geschäfte betr., XIV. 130.

D.

Oberappellationsgericht. Auftrag an den Gef. Grafen v. Epben, wegen Anordnung eines D. A. Gerichte für holftein, XIII. 39. Giebe auch Beder.

Dberfeldherr des Bundes, f. Militarverhalt.

niffe, M. I.

Dberrogbach, Amt im Großt, Beffen, nebft ber Ge-meinden Bugbach, Rirchgons, Pohigons u. Langgons, Forder. an die pormal. R. D. Caffe, R 106. Defterreich, erflart fich für Terminsverlangerung megen Anzeige ber in ben gemischten Corps ju treffenben Uebereinkunfte, XIII. 18; wegen Annahme der 5 letten Abschnitte ber Grundzuge ber R B., XIV. 137; über die Beschwerbesache Anhalt Cothens gegen Preuffen, XIII. 31; für die Garantie der ftand. Berfag. des Bergogth. S. Coburg, XIII. 112; ernennt den grbrn. v. Sandel als Bevollmacht. jur Berhandl. der Bertheil. der Johanniter= orbeneichulb, XIII. 68; beffen Bevollmächt. bei ber Elbeschifffahrte-Commis. in Dreeben (v. Munch-Bellingbaufeil), XIII, 133. Bertr. mit bem Rönig beiber Sicislien, XIII. 202; erklärt fich auf Preuffens Antrag wegen Infructions: Einhol., XIII. 211; in Betreff ber Rheinspfälz. Staategl. lit. D, XIV. 110; entrichtet einen neuen Beitrag gur Bundes : u. Cangleicaffe, XIII. 223. Giebe auch v. Buol: Schauenstein, u. Prafidium. Dhlandt, f Glashoff.

Dhlenichlager, Dr. in Frantfurt, Bevollmächtigter ber Raufleute Arnoldi ju Gotha und Elfan ju Beimar, R. 45; ber Teftamente Crecutoren bes Kurfürsten v. Trier, R. 57. 93; bes Rechnunger. Müller ju Mann-beim, R. 127.

Dibenburg, f. Solftein Dibenburg. Dpig, in Gilenburg, Borfiell, fur fich u. feine Mutter, Juffig : u. andere Beidmerben gegen Preuffen betr., R. 137. Bortrag bes Gef. v. Carlowig bierauf, XiV. 190. Organisation ber gemischten Armeecorps, f. Milis tarverhaltnisse, R. II.

Drth, ju Maing, Dentichrift in Betreff bes Befoldungs. rucks. des vormal. R. R. Ger. Cangleipersonals für fich u. Namens der Erben des Protonot. Dr. Bonn, N. 26. Ottweiler, Grafin v., Porstellung wegen Uebernahme einer Capitaliculd v. Raffau. Ertlar. v. Preuffen, XIII. 115. 128; v. Raffau, XIII. 187; weitere v. Preuffen, XIII. 195. Commissionsvortrag, Ergang. ber bestalls. Bermittlungs-Commis. burch ein 3. Mitglied Carlowis), u. Befchluß, gedachter Commif. auch die Ausgleich. Der Schuldforder. der übrigen Gläubiger der Gaarbruder General: u. Speciallandescaffen zu übertragen, XIV. 158. Dhberg, Oberamt im Großh. Hoffen, Forder. an die

vormal. R. D. Caffe, R. 119.

Paul, R. R. G. Notar, f. Appelius.

Dehmöller, Bevollmächt. der freien Stadt Samburg bei der Elbeschifffahrts-Commig. in Dreeden, AIII, 134. Peng, v., Groft. Dedleuburg. Gefandte, fiebe De ed. lenburg.

Pfeffel, v., R. Baier. Gefandte, Legitimation deffelben und Antritterede in der B. B., XIV. 173

Pferde, Mittel ju einer fparsameren u. nuglicheren gut-terung berselben, s. v. Lewenau. Piaggino, ju Offenbach, Beschwerbeführ. wegen ihm angeblich im Großb. Baben verweigerter Juftig. Bortrag des Ges. Danz bierauf, XIII. 37.

Poblgons, Gemeinde im G. Deffen, f. Oberrogbad.

Prafibialcanglei, f. Bunbescanglei. Prafibium, übergiebt tas Wert bes grorn. v. Martens : Manuel diplomat etc., XIII. 6; bas alphabet. Regifter bes grorn. v. Solzbaufen, XIII. 7; bie unterm 23. Jun. 1821 abgeschloffene Elbeschifffahrtbacte, XIII. 126. 133; v. Meper's Corp. jur. confoed. Germ., XIII. 243. XIV. 156; u. bessen Repertor. ju ben Bershandl. der d. B. B. 4. Heft, XIV. 135; ein von dem Buchhandl. Beper ju Gießen eingefandtes Erempl. ber Berfaß, Urt. Des G. Deffen, XIV. 63; legt den Ents wurf Beichluffes in ber Anhalt : Eothenichen Gache vor, XIII. 62; befgl. den über bas G. Coburg. Garantiegefuch, XIV. 60; die Anzeige bes Frben. v. Bandel, über ben Stand ber Bundesmatrifular : und Cangleicaffe, XIII. 173; erftattet Bortrag über die Denkichrift ber Gefellichaft für Deutschlands ältere Geschichtskunde, XIII. 266; wunscht, bag die gutliche Bereinbarung in den gemischen Divisionen und Corps baldigft erfolgen nioge, XIII. 18. Antrag wegen Mabl einer Commission jur Prufung ber neuen Antrage bes D. A. Gerichte ju Celle u. ber Groft. beg. Erflärung, in Betreff ber Rhein pfalg. Staatsglaub. lit.D. XIV. 31; beggl. auf Bertagung ter B. B. bis Ende Rov. b. 3., XIV. 163; u. wegen weiterer Aussehung bis gebr. t. 3., XIV. 194. Siehe auch v. Buol Schauenftein u. Defterreich.

Breuffen, Konigreich, erklart fich wegen Bertheil. ber Joh. Ordensschuld, XIII. 7; ernennt den geh. Leg. Rath himly jum Bevollmächt. in dieser Angelegenh., Alll. 166; deffen Bevollmacht. bei ber Elbeschifffahrte. Commig. in Dresben (v. Jordan) XIII. 133. Abstimmung über die Pensionsangelegenh. der Mitglieder u. Diener bes D. Ordens, XIV. 156; über bas Commig. Gutach: ten, die Forder. an die vormal. R. D. Caffe betr., XIII. 8. Antrag wegen Instructions Einholungen im Allge-meinen, XIII. 8; weitere deßfalls. Antrage, XIII. 204; defigl. in Beziehung auf Die Competen; ber B. B. bei Streitigkeiten unter Bundesgliedern, XIII. 212. Borfchlage, einige Berbefferungen in der Geschäftsführ. der Eingabencommiß. betr., XIV. 130; übergiebt einige, die Unhalt: Cotheniche Beichwerdesache betreffende Roten, mit Erflar auf die neuefte Eingabe v. Cothen, XIII. 31. 41; weitere Meufferung depfalls, XIII. 114; wegen Uebernahme der Garantie ber landftand. Berfag. v. G. Coburg, XIII. 112; in Betreff der Forder. ber Gr. v. Ottweiler, XIII. 115. 128. 195; über die Penfionsforder. bes Oberften v. Mogen, XIII. 224; wegen der Forder. bes Raufm. Remp, XIII. 224; über bas Gesuch des hofgerichter. Beisler, XIV. 23; über die Reclamat. ber graff. v. Sahn'ichen Familie u. des Frhrn. v. Gemmingen Buttenberg, XIV. 62; über bas Penfionegesuch bes Peter Blatiched, XIV. 64; in Betreff ber Rheinspfälz. Staateglaubiger lit. D. XIV. 110; wegen Annahme der 5 letten Abschn. der Grundzüge der R. B., XIV. 137; Uebereinkunft mit Defterreich, Rugland u. dem Ronigr. beider Sicilien, wegen deffen militar. Befegung, XIII. 202; entrichtet einen neuen Beitrag jur Bundes . u. Cangleicaffe, XIII. 223. Siehe auch v. Golg, und Steuererhebung.

Privat. Reclamationen, f. Reclamationen. Brocuratoren des vorm. R. K. Gerichts, s. Reich &: tammergerichts Suftent.

Protofolle der b. B. B. Bortrag der Commis. jur Prüsfung der Bundescaffe-Rechnungen, über die Kosten des Orucks derfelben, u. Beschill, mit der Andreaischen Buchdruckerei desfalls eine neue Uebereinkunft ju treffen, XIII. 223.

R.

Rantzau, Graf, f. v. Ablefeld. Raftatt, f. Bunbesfestungen. Naupen, Mittel bagegen, f. v. Glawit.

Rayonverband, Thuringer. Bortrag u. Anzeige der deßfalls ernannten Bermittl. Commis., daß ihr Bersuch zur gutl. Ausgleichung dieser Streitsache ohne Erfolg geblieben; Beschluß, die beklagten Regier. zur Benennung dreier nicht betheiligter Bundesglieder aufzusordern zc., XIII. 184. Borstellung des Dr. Diepe, als Bevollmächt. für S. Coburg, Hilburghausen u. Schwarzburg. Sondershausen, nebst Gutachten der Universität Würzburg in dieser Sache, XIII. 219. Erklär. von S. Coburg, Meintigen u. Didburghausen, dann S. Beismar u. Schwarzb. Sondershausen; Mittheil. dieser Abstimm. an die wegen des Austrägalversahrens gewählte Commis. zur Begutachtung, XIII. 226. Nachträgl. Erklär. v. S. Hilburghausen, auch Schwarzb. Rudolstadt, XIII. 274. Bortrag der Commis, hierauf, n. Beschluß, wegen nochmal. Aufforder. zur Benennung der drei Bundesglieder, XIV. 32. 43. Anzeige u. Erklär. v. S. Weimar, Hilburghausen u. Coburg, dann Schwarzb. Rudolstadt, wegen erfolgten Borschlass der 3 obersten Gerichte v. R. Sachsen, Hannover u. Kurhesen; Bahl des Könisl. D. A. Gerichts zu Eele, als Austrägalsinstanz in dieser Angelegenb., und deßfalls. Beschluß, XIV. 185. Siehe auch Arnoldi.

Reclamationen. Bortrag ber am 13. Dec. 1821 gemählten Reclamat. Commiß. über ihre Geschäftssührung,
KIII. 13. Wahl einer neuen Commiß. 3um Bortrag u.
Begutachtung berselben (Aretin, Carlowis, Wangenhein, Evben, Beust), XIII. 278. Note der K. Preuß.
Gesandtschaft an die Reclamat. Commiß., einige Berbesser, in der Geschäftssühr. derselben betr., XIV. 130.
Abstimmung v. R. Sachsen u. Baden hierauf, XIV. 174.

Reglements für das Bundesheer und die Bundesfestungen, f. Militarverhältniffe.

Reich, Bevollmächt. ber Bergoge v. Anhalt bei ber Elbeichifffahrte Commig. in Dresben, XIII. 134.

Reich babel, ehemal. unmittelbarer. Rachträgliche Erflär. Burtemberge wegen befinitiver Festsehung befien Rechtegustandes im Ronigr., XIII. 14. S. auch Stans besherren.

Reichskammergerichts: Archiv. Commissionsvorstrag in Betress ber Auseinandersetung deselben, dann Ernennung des Stadtgerichtsdir. Krauß, als Preuß., u. des hofr. Diet, als von der B.B. ernannter Commisar, zu Mitgliedern der deskalls von der B.B. in Weblar anzuordnenden Commis., XIII. 120; weiterer Bericht der B. T. Commis., u. Beschluß, wegen Constitutung der vorgedachten R. R. G. Commis. u. der dabei zu verwendenden Kammergerichts Individuen (Appelius, Marks, Paul, Hert, Bach), XIII. 2002.

Reichstammergerichts. Depositen. Commissionsvortrag u. Beschluß, XIII. 123; weiterer Commissionsvortrag u. Beschluß, wegen Regulirung der Ansprüche an die ültern Depositen, XIV. 155 — Zurückzehlung eines Depositi bei der Bundescanzsei v. 167 Kl. 9 Kr., herrührend aus Regulir. der R. K. G. Sustentation, an die R. Preuß. B. T. Gesandtschaft, XIII. 59.

Reich & fammergerichts Gustentation. Commissionsvortrag, die Besoldungs u. Pensionsrücksinde der R. R. G. Individuen die Abel [16 betr., Neusserung des R. Sach]. Gesandten hierauf, y. Einsendung jur Instructions: Ertheil., XIV. 155.— Gesuche 1) der Advocaten u. Procuratoren, R. 31; des Advoc. Goll, R. 64; des Advoc. Gombell, R. 13; des Advoc. Goll, R. 64; des Advoc. Gombell, R. 13; des Advoc. v. Gülich, R. 62.— 2) der Boten, R. 6. 78. 94.— 3) der Cangleiverständen, R. 29; des Protonot. Appelius u. Archiv. Marts, Ramens der Cangleiversonen, R. 31; des Protof. Blum, R. 14 u. 35; des J. B. Ettwein, R. 9; des Orth zu Mainz, R. 26; des Job. Schmitt, R. 11; des Canglisten Gchubert, R. 46 u. 132.— 4) des Pedellen Assann, R. 23.

Reichsoperations casse, ehemalige. Erklär. v. Preusen über das Commissionsgutachten v. 12. Apr. 1821, XIII. 8.

Reich 8 o peration scasse Forderungen. Bon den Gemeinden Aschdach, Reunkirchen, Griedheim und Cschollorücken, R. 96; v. Amt Bingenheim, R. 67; v. Amt Blankenskein, R. 98; v. Elemens, R. 61; v. Stadkrath zu Darmstadt, R. 27; v. Amt Darmstadt, R. 100; v. Oberforstamt Darmstadt; R. 111; von der Gemeinde Dienheim, R. 86; v. Amt Dornberg und der Gemeinde Kusselsheim, R. 99; v. Amt Gernsheim, R. 22; von Joh. Funk, R. 99; v. Amt Gernsheim, R. 102; von Ge. Görz, R. 88; v. Amt Gernsheim, R. 102; von Ge. Görz, R. 88; v. Amt Gernsheim, R. 101; v. der Gemeinde Deidesheim, R. 85; v. den Aemtern und Gemeinden des vorm. Fürstenth. Dessen, R. 101; v. der Gemeinde Deidesheim, R. 85; v. den Aemtern und Gemeinden des vorm. Fürstenth. Dessen, R. 113. v. der ehemal. Landgrasschaft Dessen, R. 115; v. der Gemeinde Hentern des Großt. Dessen, R. 115; v. der Gemeinde Dirschehorn, R. 58; v. den Isenburgischen Aemtern und Gesmeinden, R. 122; d. der Gemeinde Relsterbach, R. 103; v. Earl Lambert und Joseph Cassel, R. 89; v. Amt Lampertheim, R. 104; v. Oberamt Lindensels, R. 120; v. verschied. Gemeinden diese Oberamtes, R. 121; v. der Gemeinde Korsch, R. 79; v. der Gemeinde Reckarsteinach, R. 59; v. Rick, R. 33; v. Amt Ridda, R. 105; v. Amt Oberrosbach nehst den Gemeinden Bugbach, Kirchgöns, Poblysöns und Langsöns, R. 106; v. Cheidlin, R. 133; v. Adv. Schmitt, R. 67; v. Amt Schotten, R. 108; v. Gegelberth Schubert, R. 91; v. Oberamt Earfenburg, R. 48; v. Amt Scheinheim, R. 109; v. 30h, Deinr. Unstadt, R. 118; v. der Gemeinde Baldubersheim, R. 41; v. Amt Zwingenberg, R. 110.
Reichstelm, R. 41; v. Amt Zwingenberg, R. 110.

Reichsftände, ehemalige, f. Standesherren. Reidelbach, Witwe, ju Bulda, f. Müller. Reluitionsverträge, f. Militärverhältniffe,

N. III.

Remy, Forberung an Raffau, wegen Lieferungen gu ber ehemals Rurtrier. Feftung Chrenbreitsteins Bortrag des Gef. Arbru. v. Aretin über deffen fechfte und fiebente Borftellung. (R. 94 u. 110 v. 1821), XIII. 22. Achte Borftellung R. 4. Bortrag Ebendeß hierauf, XIII. 36. Reunte Borftell. R. 12. Bortrag Ebendeß., XIII. 174. Behnte Borftellung R. 36. Bortrag Ebendeß, bierauf, XIII. 215. Ertlar. v. Preuffen, XIII. 224. Eilfte u. zwölfte Borftellung, R. 75 u. 83. Bortrag. Ebendeß.

- - deffen dritte Borstellung, wegen Forderung an die

ehemal. R. D. Caffe, R. 60. Repertorium über die Bundestageverhandlungen,

f. v. Bolghaufen, u. v. Meyer. Reuß, altere u. jungere Linie, Fürstenthumer, bevoll-machtigen ben Oberftlieut. v. Schreiberebofen bei ber Militarcommis., XIII. 303. Anzeige von dem Ableben bes Fürsten Beinrich LI., u. neue Bollmacht ber jungeren Linie für beren Gefandten am Bundestage, XIV. 153. Siehe auch Stimme (fechzehnte).

Reventlow, Graf, f. v. Ahlefeld. Rheinisch = Bestindische Compagnie zu Elberfeld, f. Compagnie.

Rheinpfalz, f. Erbpachter, Muller u. Staats-glaubiger, Rheinpfalz.

Rheinschifffahrte. Octroibeamten, f. Schmidt.

Rhein blipen fioniften, f. Beisler. Rigel, beffen Geschichte bes lesten fpanifch-frangofichen

Rriege, 3. Th., R. 7. — Bortrag bes Bes. grbrn. v. Aretin, XIII. 69. Riefe, p., u. v. Lilienftern. Schreiben bes D. A. Berichts ju Munchen, ale Austrägalbehörde in ber Reclamationssache des v. Riese u. v. Lilienstern wegen Schuldenauseinanderfegung gw. G. Deffen u. Raffau, ben Stand gedachter Angelegenheit betr. , XIV. 189.

Ripp, zu Fulda, f. Müller. Ritter, zu Bulda, f. Müller.

Robrmann, in Rleinheubach, wiederholte Borftellung, wegen Ruckablung feiner Dienstraution v. Aurheffen, als Cantonsnotar, R. 32. 128.

Roos, ju Daing, wiederholtes Gesuch in Betreff einer Forder. für die in den Jahren 1813 u. 1814 an den Militargebauben dafelbft verfertigten Arbeiten, R. 95. Rofenberg, ehemal. R. R. G. Secretar, f. Schmitt. Rubolftabt, f. Schwarzburg. Ruffelsheim, Gemeinde im Großt. Heffen, fiehe

Dornberg.

Rugland, Raiferthum. Hebereintunft mit Defterreich, Preuffen u. dem Ronigreich beider Sicilien v. 18. Oct. 1821, megen militar. Befegung des lettern, XIII. 202.

Saarbrücker Landesschulden, f. Ottweiler. Sachfen, Ronigreich, beffen Uebereintunft mit G. Beimar wegen Uebernahme der Baganten, XIII. 21; Def: gleichen mit G. Gotha, XIII. 60; übergiebt bie Stan-bestabelle ber 1. Div. des 9. A. C., XIII. 16; trägt

auf Restiegung eines Termind jur Einreich. ber Stanbes : u. Diensttabellen an , XIII. 164; beffen Abstimsmung wegen Annahme der 2. Abtheil. der Grundzüge der M. B , XIV. 138; bevollmächt. den Oberftlieut. v. Schreibershofen als Abgeordn. für die 1. Div. des 9. E. in der Militarcommis., XIII. 222; erflart fic über Sieber's Schrift, die Begrundung ber Radicaltur ausgebrochener Bafferichen betr., XIII. 13; über ben neueften Antrag Anhalt-Cothens, in beffen Befchwerbefache gegen Preuffen, KIII. 32; wegen Uebernahme der ftand. Berfaß. v. S. Coburg, XIII. 113; über das Austrägalverfahren, mit Rucficht auf die Bad. Erflär. in der Befdwerbefache ber Rheinpfalg. Staategl. lit. D, XIII. 126. 129. 131; über die Benfionsangelegenheit der Mitglieder u. Diener des D. Ordens, XIII. 234; über die Reichskammergerichts-Guftentation, XIV. 155; über ben Commis. Bortrag, die Befchwerdesache der Rheinpfalz. Staatsglaub. lit. D betr., XIV. 111; über Preuffens Antrage, wegen der Geschäftsführ. in der Eingaben-commis. XIV. 174; entrichtet einen neuen Beitrag in die Matritular : u. Cangleicaffe, XIII. 223; beffen Bevolls macht. bei ber Elbeschifff. Commis. in Oresben (von Bunau), XIII. 134. Siehe auch von Carlowig. Cachfen, Großherzoglich: u. Derzogliche Daufer, beren Abstimmung über ben neuesten Antrag Anhalt-Cothens in der Beschwerdesache gegen Preuffen, XIII. 55; wegen Uebernahme der Garantie der ftandischen Berfassung des Berjogth. G. Coburg, XIII. 113. XIV. 34; entrichten e. neuen Beitrag jur Matritular : u. Cangleicaffe (Weimar u. Gotha), XIII, 223. (Meiningen) XIV. 25. (Coburg) XIV. 65. (Hildburghausen) XIV. 189; erklären sich wegen Annahme ber 5 legten Abicon. ber Grundjuge ber R. B., XIV. 139; wegen der Rheinpfalz. Staatsglaubiger lit. D, XIV. 124; beren Bevollmachtigte in ber Militarcommiß. (v. Rrufe), XIII. 222, u. (v. Schreibershofen) XIII. 276. Siehe auch von Beuft, u. Die folg. 5 Artitel.

Sachfen Coburg, Bergogthum, ertlart fich in Be-Betreff ber Thuringer Raponstreitsache (Bev. Diepe), XIII. 185; u. auf den beffalls erlassenen Befchluß ber B. B. v. 28. gebr., XIII. 229; weitere verwahrende Erflar. gegen die in den Befchl. v. 28. gebr. n. 10. Jun. vorausgesette Streitgenoffenschaft, auch Borichlag der drei oberften Gerichte jur Auswahl als Austragalinftang, XIV.186. — Abstimmung auf G. Coburgs Antrag v. 13. Dec. 1821 wegen Uebernahme ber Garantie der Berfaffung des Berjogthums: v. Defterreich, Preuffen, R. Sachsen, Burtemberg, R. u. G. Beffen, Solftein u. Lauenburg, G. u. D. Sachsen u. ber 16. Stimme, XIII. 112; v. Hannover, Baben, Medlenburg u. ben fr. Städten, XIII. 182; v. Baiern u. ber 13. Stimme, XIII. 184; v. Luremburg u. der 15. Stumme, XIII. 243. v. G. u. B. Sachfen, XIV. 34. Deffallfiger Befchluß, XIV. 60. Siehe auch Sachfen (G. u. D.), und Rayonverband.

Sach fen . Gotha, Herzogth., deffen Uebereinfunft mit ber Rrone Gachfen, wegen Uebernahme der Baganten, XIII. 60. Anzeige über das Ableben des Berjogs Muguft, und neue Bollmacht für den Gesandten am Bundektage, XIV. 15. S. auch Sach sen (G. u. H.).). Sach sen, Hildburghaufen, Herzogth., entrichtet feinen Matrikularbeitrag zu dem Ausschlage v. 19. Jul. v. 3., XIII. 21; erklärt fich auf den Beschluß der B. B.

v. 28. Febr. d. 3. in der Thuringer Rayonstreitigfeit, XIII. 232. Rachträgliche Neufferung hieruber, XIII. 274 ; weitere Erflar. auf ben Beichlug v. 10. Jun. u. Ber-mabrung, auch Borichlage wegen bes Austragalger., XIV. 186. Siebe auch Sach fen (G. u. S.), Diepe, u. Rayonverband.

Sachfen : Lauenburg, f. Solftein.

Sachfen - Meiningen, Bergogthum, neue Bollmacht får beffen Befandten am Bundestage, XIII. 6; erflart fich in Betreff ber Thuringer Ranonstreitigfeit (Bev. Chrmann), XIII. 185; u. auf den beffalls erlaffenen Befchl. ber B. B. v. 28. Febr. d. 3., XIII. 231; ichlagt Die oberften Berichte v. R. Sachsen, Bannover und Rurbeffen als Austrägalgerichte jur Ausmahl vor, XIV. 186. S. auch Sachfen (G. u. S.) und Rayon, verband.

Sachfen : Beimar u. Eifenach, Bergogthum, beffen Uebereintunft mit ber Rrone Gachfen megen Uebers nahme ber Baganten, XIII. 21; ift bereit, ben Borfolag der Bermittl. Commis. in der Thuringer Raponfache anzunehmen (Bev. Schloffer), XIII. 185; erflart fich auf ben beffalls erlaffenen Beichl. ber B. B. vom 28. Febr. d. 3., XIII. 233; mablt von den vorgefchl. 3 oberften Gerichten das zu Celle als Austrägalinft. in diefer Angelegenh., XIV. 18); äussert sich wegen Blaticheck's Pensionszesuch, XIV. 59. 64; wegen des Gesuchs des Hofgerichter. Beister, XIV. 65. S. auch Sachfen (G. u. b.), u. Raponverband.

Sammlung ber in ben Bundesftaaten geltenden Befege. Rachtrag ju bem Olbenburgifden Strafgefegbuch v. 1814, XIII. 21. Holftein: u. Lanenburg. Gejetssamm, Iungen, bann Lübedsche aus ben Jahren 1813 – 1817, XIII. 60; von Burtemberg, nachträglich, XIV. 161; v. Hobenzollern-Bechingen v. 1808 bis 1820, XIV. 189.

- Schaumburg : Lippe, Fürstenthum. Anzeige, bag beffen Contingent mit ber 2. Div. bes 10. Corps vereinigt, XIII. 19, u. der Danifch-Bolftein. Brigabe angeschlossen werde, XIII. 165. Siehe auch Stimme (sechzehnte) u. Militärverhältniffe, R. II. 3.
- Scheidlin, v., ju Bien, Forder. an die ehemal. R. D. Caffe, R. 133. (Bev. Chrmann.)
- Shifffahrt auf der Elbe, f. Elbeschifffahrte: Mcte.
- Schloffer, Dr. ju Frankfurt, Bevollmächt. v. Sachfen: Beimar u. Schwarzburg-Rubolftadt in ber Thuringer Rayonfache, XIII. 185; ber Raffau Gaarbrud. Staats-biener u. Ereditoren, R. 28; ber Pralaten u. Ritterich. bes Berjogth. Solftein, R. 136.

- Schloffer, in Bien, f. v. Duller. Sd) mibt u. Adermann, vormal. Rheinschifff. Detrois beamten, Gesuch um Befoldung ober Anftellung. Bortrag des Ges. v. Level hierauf, XIII. 299.
- Somitt, ju Mains, als Erbe bes ehemal. R. R. G. Gecretars Rofenberg, Gefuch wegen Befoldungerud: ftand bes R. R. G. Cangleipersonals, R. 11.
- Schmitt, ju Michaffenburg, Eurator ber Bintopp'ichen Concursmaffe, Forber. an Die vormal. R. D. Caffe, R. 67.
- Schotten, Amt im Grofh. Deffen, Forberung an bie ebemal. R. D. Caffe, R. 108.
- Schreiben des R. Burtemb, Miniftere ber auswärt. Angelegenh. an ben Gr. p. Baffenbeim, megen ber

Berbaltniffe der Standesberren, XIII. 97. Giebe auch Rote, u. Bufammenftellung.

Schreiben Des Unterprafecten Gomicourt zu Gaars bruden an den das. Einwohner Korn, wegen Raffau-

Saarbr. Landesichulden, XIII. 128.

- des D. A. Gerichts zu Celle an die B. B., wegen der Rheinpfälz. Staatsgl. lit. D, XIV. 28. 36.

- des D. A. Gerichts ju München an die B. B., in

Sachen Des G. heffen u. Raffau, XIV. 189.
chreiberehofen, v., R. Sach. Oberftlieut., Abges ordneter ber 1. Div. bes 9. Corps bei ber Militars commission, XIII. 222; für S. Gotha, Meiningen, Hilbburghausen u. Coburg, XIII. 276; für die Fürsten v. Reuß, XIII. 303. Siehe auch v. Kruse.

Schubert, in Bühl, Borstell. wegen Ausgahl. bes Careniguthabens v. 150 fl., u. eines Penstonstrüft.

von 225 fl. f. verft. Baters, des R. R. & Cangliften Schubert, R. 46. 132.

Souberth, zu Mainz, Forder. an die vormal. R. D. Caffe, D. 91.

Schulin, Dr. in Frankf., Bevollmächt. der Rhein. Beff-

ind. Compagnie ju Elberfeld, R. 56. Schuffenried, vormal. Abtei, f. v. Ballberg. Schwarzburg = Rudolftadt, Fürstenth., ift bereit, ben Borfchlag ber Bermittl. Commis. in der Thuringer Ravonstreitigkeit anzunehmen (Bev. Schloffer), XIII. 185; erflart fich weiter in diefer Sache, XIII. 276; mantt von ben 3 vorgeschlagenen oberften Gerichten bas ju Celle als Austrägalinftang bierüber, XIV. 187. Siebe ouch Stimme (funfzente) u. Raponverband.

Schwarzburg: Sondershaufen, Fürftenth., äuffert fich in der Thuringer Rayonstreitigkeit, u. schlägt die oberften Gerichte v. R. Gachien, Sannover u. Rurheffen als Austragalinftang por, XIII. 233. Siebe auch Stimme (funfiehnte), Diepe u. Raponverband.

Schwarztopf, v., bessen Schrift: Expose du droit public de l'Allemagne, XIII. 222.

Somerin, f. Medlenburg.

Gedjehnte Stimme, f. Stimme (fechzehnte). Sicilien, Ronigr. beiber, Uebereinkunft mit Defterreich , Rufland u. Preuffen , wegen deffen militarischer Befegung, XIII. 202.

Siebenzehnte Stimme, f. Stimme (fiebenzehnte). Sieber, ju Prag. Abstimmung v. R. Sachsen über beffen Schrift, die Begründung der Radicaltur ausgebrochener Bafferichen betr., XIII. 13; v. G. Deffen, XIII. 217.

Sigmaringen, f. Bobenzollern.

Gigungen, vertrauliche, waren die 11. u. 21. v. 21. März u. 20. Jun.

Slawit v. Glawifowa, ju Altgedein in Bohmen, beffen Auffas, die Bertitgung ber Raupen u. ein bies-falls erfundenes bewährtes Mittel betr., R. 135. Smidt. Gefandte der freien Sanseftadt Lubed, neue

gemeinschaftl. Bollmacht für benfelben, XIV. 27.

Solms : Braunfels, gurft, u Golms . Lich, Fürftin-Bormunderin, Dentichrift, beren ftandesherrliche Berhältn. im Großh. Deffen betr., N. 92.

Sondersbausen, s. Schwarzburg. Speper, Die Mitglieder Des ehemal Domcapitels daf., f. v. Sobenfeld u. Sofmann.

Staats Diener, Buldaer, f. Derquet.

Staatsdiener u. Ereditoren, Raffau : Saarbrus difche, erneuertes Gesuch wegen Forderungen an Naffau, R. 28. (Bev. Rarcher, Schloffer.) Siehe auch von

Staatsgläubiger, Rurmainzische, deren Forder. an bie Rente Lohned u. ben Boll Bilgbach. Ernennung bes R. Baier. Bevollmächt. (v. Bertling) jur Berhandl, mit der jur Auseinanderfepung diefes Schuldenwesens bes ftebenben B. T. Commiffion, XIII. 13; deggl. bes R. Burtemb. Bevollmacht. (v. Bangenheim), XIII. 60. Meberweisung der Reclamationen in Bezug der auf ben Orten Caftel u. Roftheim haftenden Penfionerudftande an die wegen der Forder, vorgedachter Staatsgläub, bestellte B. T. Commis., XIV. 11. — Wiederholte Borstell derselben (Bev. Goldschmidt) R. 69; desgl. ber Mainzer Pfandhausgläubiger (Bev. Ebend.) R. 70. Siebe auch Thollaus.

Staatsglaubiger, Raffau-Gaarbrückische, siehe

Staatediener.

Staatsglaubiger, Rheinpfalzische. Schreiben u. Antrage bes D. M. Berichts ju Celle, als Mustragalinftang, an die B. B., wegen Bugiehung der G. heffischen Regierung, XIV. 28. 36. Erflar. v. G. heffen bierauf, XIV. 28. Antrag des prafidir. Gefandten, u. Bahl einer Commig. (Beuft, Dang) ju Erftatt. eines Gutachtens über die Antrage des gedachten Gerichts u. Die G. Def. Erklar., XIV. 31. Bortrag u. Gutachten der Commig., nebit vorläuf. Meuffer. Baierns hierauf, XIV. 65. 67. Beitere Erklär, v. G. Deffen, Umfrage, u. nochmalige Ertiar. v. G. Beffen, XIV. 108. Erffar. v. Baiern, endliche v. G. Beffen, u. befinitiver Befchluß, XIV. 153. 164. Giebe auch Austrägal-Instan; u. Celle.

Staatshandbuch, allgem. gencalog., f. Benner. Stäbte, freie, erklären fich (Frankfurt ausgen.) wegen des Beitritte der Contingente von Schaumb. Lippe, Lippe u. Balbed jur 2. Div. bes 10. Corps , XIII. 20; ber Gefandte behalt fich für hamburg, Lubed u. Bremen wegen der angezeigten Bereinigung des Lippischen Contingentes mit bem Olbenburg., und bes Balbed und Schaumb. Lippischen mit bem holfteinischen, seine Erstlarung vor, XIII. 166. Abstimmung wegen Annahme ber 5 lesten Abichn. ber Grundzüge der R. B., XIV. 140; über ben neueften Antrag v. Anhalt. Cothen in beffen Beschwerde gegen Preuffen, XIII. 57; über bie ftand. Berfaß. v. G. Coburg, XIII. 182; in Betreff ber Rheinpfalg. Staatsgl., XIV. 124; entrichten einen neuen Beitrag jur Matritular und Cangleicaffe, XIII. 223; beren Bevollmächtigte in ber Militarcommission (von Baumbach) XIII. 222 u. (von Saffner) XIV. 8. Giebe auch Bremen, Frankfurt, Samburg, Lubed, und Euriatstimmführung.

Standes berren (fubjicirte ehemalige Reichsftande). Deffauf. Ertlar. Burtemberge wegen Bollgiehung Des 14. Art. der d. B. A., u. Anzeige von dem Standpunct, auf welchem fich biefe Angelegenheit gegenwärtig im Rönigr. befindet, unter Borlage ber betreff. Actenftude, XIII. 63. 70 - 108. Siehe auch v. Erbach, Reich &:

abel'u. v. Solms.

Standes: u. Dien ftabellen des Bundesheeres,

f Militarverhalfniffe, R. II. 2. Startenburg, Dberamt im Großh. Deffen, Forber. an die vormal. R. D. Caffe, R. 48.

Brotof. b. d. Bunbeevers. XIV. Bb.

Steinfeld, Großb. Medlens Schwer. Bevollmacht. bei ber Elbeschifif. Commig. in Dresben, XIII. 134. Stein beim, Amt im Großt, Beffen, Forder. an Die porm. R. D. Caffe, R. 109.

Sternegg, Frbr. v., beffen Roten an den Gr. v. Bernftorff in der Streitsache zw. Anhalt.Cothen u. Dreuffen, XIII. 41. 45. 47. Siehe auch v. Bernstorff.

Steuererbebung von Preuffen auf ber Elbe. Be-ichmerde v. Anhalt Erthen bieruber, fo wie wegen bes Anhaltens e, dem Raufm. Friedheim geborigen Schiffes. Erflar, v. Anhalt-Cothen, mit Antrag auf meitere Bertagung des Termins jur Abstimmung fiber gedachte Streitsache, XIII. 28. Erflarung des Preug. Befandten bierauf, unter Borlage einiger in diefer Angelegenheit gewechselten Roten , u. Abstimmung auf vorermannten Antrag, XIII. 31. 41-48; weitere Abstimmung, XIII. 49. Befchlus wegen bes von Seite Cothens gemachten Anstrags, XIII. 62. Preuffens weitere Erflar., nebft Erwieder. bes Gef. der 15. Stimme für Anhalt : Cothen hierauf, XIII. 114. Anzeige v. Anhalt . Cothen wegen erfolgter Freigebung der Friedheimichen Schiffsladung, ohne Entrichtung ber fruber geforberten Steuer, und Burudnahme ber besfalls unterm 25. Jan. v. 3. am Bundestag erhobenen Befchwerde, XIII. 194.

Stifter zu Mainz, f. Main z.
Stimme, zwölfte, f. Sach fen (G. u. B.).
Stimme, breizehnte, tritt der Hannover. Abstimmung über ben neuesten Antrag Anhalt-Cothens gegen Preuffen bei, XIII. 57; stimmt für die Garantie der ständischen Berfaß. v. G. Coburg, XIII. 184; entrichtet einem-neuen Beitrag jur Matritular: u. Cangleicaffe, XIII. 223; erklärt sich wegen Annahme der 5 letten Abschn. der Grundzüge der R. B. XIV. 139; u. in Betreff der Rheinpfalz. Staatsgl. lit. D. XIV. 124. Giebe auch Eur is atftimmführung, Braunich weig u. Naffau. Gtimme, funfzehnte, tritt bem Rurbes. Boto über den neuesten Antrag Anhalt. Cothens gegen Preuffen bei, XIII. 57; stimmt für Uebernahme der Garantie der Beitrag von Anhalt zur tevernahme ver Satante ber Bandtraglicher Beitrag von Anhalt zu dem Matrifularausichlag vom 19. Jul. v. J., XIII. 21; neuer Beitrag zur Matrifular: u. Canzleicaffe, XIII. 243; erklärt fich in Bestreff der Rheinpfalz. Staatsgläubbiger lit. D., XIV. · 124; wegen Annahme der 5 legten Abichn. der Grund= juge ber R. B., XIV. 139. Siehe auch v. Both, Anshalt, holftein-Oldenburg, u. Schwarz burg. Stimme, fechjehnte, erflart fich uber den neueften Antrag Unhalt-Cothens, in ber Befchwerdefache gegen Breuffen, XIII. 57; wegen Uebernahme der Garantie der ftand. Berfaß. von G. Coburg, XIII. 113; in Betreff ber Pen-fionsangelegenheit ber Mitglieder u. Diener bes D. Dr. dens, XIII. 235; über die Reclamat, des Gr. von Dallberg, XIII. 242; hinsichtlich, der Rheinpfälz. Staatisglaubiger, XIV. 124; wegen Annahme ber 5 letten Abschn. der Grundzüge ber R. B., XIV. 140; entrichtet e. neuen Beitrag zur Matrikulars und Canzleis caffe, XIII. 243. Giebe auch von Leonbardi, Sobengollern, Liechtenftein, Reuß, Chaums

burg-Lippe, Lippe u. Balded. Stimmführung in ber Bundesverfammlung, fiebe

Euriatstim mführung. Stimmführung in b. Militarcommiß. f. Legitimat.

Stohlte u. Brun ju Lauenburg, Entichabigungs. Um ft a bt, Oberamt im G. Deffen, Forberung an bie gefuch für ein ihnen i. 3. 1813 mittelft Requisition weg- pormal. R. D. Caffe, R. 118. genommenes Schiff mit Boblen u. Brettern. - Bortr. Utfc, ju Giegen, Forber. an die vormal. R. D. Caffe, bed Gef. Dang hierauf, XIII. 37. R. 63. (Bev. Goll.)

des Gef. Dang bierauf, XIII. 37. Strablenbeim, Frhr. v., Bevollmächt. fur San-nover bei der Elbeschiff. Commig. in Dreeden, XIII. 134. Streicher, v., Johanniterordens-Commenthur, Gefuch wegen Entschädigungs : u. Vensionsanspruche, R. 43. (Bev. Diepe.)

Strelis, f. Medlenburg

Substitution des R. Gadf. Gefandten v. Carlowig für den R. R. prafidir. Gefandten, XIV. 172.

Suftentation, reichskammergerichtliche, f. Reich 8 :

kammergericht.

Guftentation, transrhenan. Erffar. v. Baiern, XIII. 166. Bortrag bes Gef. von Carlowig, u. Beschluß wegen Beendigung der Sustentationsanstalt im Laufe bes 3, 1822, XIV. 157. Siehe auch Gravelius.

T.

Ta belle über die Formation des Hauptquartiers des Oberfeldherrn, XIV. 152.

Tarif des Elbezolles, XIII. 152.

Thollaus, Bitme, ju Afchaffenburg, Gefuch wegen Auszahlung der Binfen e. vormals Rurmaing. Steuerschuldcapitals von 100 fl. von Seite des G. Beffen, N. 51. (Bev. Hofmann.)

Thüringischer Rapon, s. Raponverband.

Thurn u. Taris, Fürst Mug. v., deffen Legitimation als R. Baier. Abgeordneter bei der Militarcommig., XIX. 174.

Transrhenanische Sustentation, s. Sustens tation.

Trier, Kurfürst v., wiederholte Borftell. der Testaments Erecutoren beffelben, um Ausgahlung bes Pen-fionerudstandes an feine Erben, R. 57. 93. (Bev. Ohlenschlager.) Bortrag des Gef. Frhen. v. Bangen: beim hierauf, XIII. 289. Erflar. v. Rurheffen und Frankfurt, auch Babl einer Commission (Carlowiz, Dammerstein und Blitteredorff), um den Bergleich unter fammtl. an dem Erzkanzl. Rurstaat und dem nachmal; Großh, Frantfurt betheil. Regier. über ge-

bachte Forber. ju Stande ju bringen, XIV. 159. Eurnus ber Stimmführung, fiehe Euriat fimm.

führung.

u.

Nebereinkunfte in den gemischten Corps, f. Milistärverhältniffe, R. III. Nebereinkunft zw. R. Sachsen u. S. Beimar, wegen

Uebernahme der Baganten, XIII. 21; defgl. jm. R. Sachsen u. G. Gotha, XIII. 60.

- im. den Bevollmächtigten der Elbeuferstaaten, wegen

ber Schifffahrt auf berfelben, XIII. 133

- zwischen Defterreich, Rugland u. Preuffen, mit bem Ronigr. beiber Sicilien, in Bezug auf beffen militar. Befegung, XIII. 202.

Milrich ftein, Amt im G. heffen, Forberung an Die pormal. R. D. Caffe, R. 107.

ulm, f. Bundesfestungen.

X.

aganten. Anzeige wegen besfalls abgeschloffener Bebereinkunft zw. S. Beimar u. R. Sachsen, XIII. 21; besgl. zw. S. Gotha u. R. Sachsen, XIII. 60. Baganten.

Berbrauchsteuer auf der Elbe, fiebe Steuerer.

bebung

Berfaffung, landständische, in den deutschen Bundesftaaten. Abkimmung u. Befdlus wegen Uebernabme der Garantie der Berfassung v. Sachsen:Coburg-Saalfeld, f. Sachfen . Coburg. - Befcmerde ber Dras laten u. Ritterschaft bes Bergogthums Solftein, ibre landstandische Berfaffung betr., R. 136. Berfaffungburtunde des Gr. heffen, eingefandt

v. Buchhandl. Beper, XIV: 63.

Berlagnahme, über die Organifat. ber gemischten 21. C. auf 4 Bochen (1. Oct. 1821 bis 14. Febr. d. 3.), XIII. 19; auf weitere 4 Bochen (14. Mar;), XIII. 165; auf weitere 8 Bochen (15. Mai), XIII. 214.

Bermittlung ber Bundesversammlung bei Streitig. Peiten unter Bundesgliedern, fiebe Austrägals Instanz u. Competenz.

Berpflegung des Bundesheeres, f. Militärver.

hältniffe, R. I.

Bertagung der Bundesversammlung. Prafidialantrag, bie Sigungen der B. B. vom 1. Aug. bis Ende Rov. ju vertagen, u. deßfalls. Beschluß, XIV. 163. Siehe auch Ferien.

Bertheidigungsfystem bes D. Bundes, f. Milistärverhältniffe.

Bertrag, f. Uebereinfunft.

Bertrauliche Sitzungen, siehe Sitzungen. Bieregg, Graf, neue Borstellung wegen Wiederherftellung einer ihm entzogenen Korngulte ju Pfeddersheim, N. 25. (Bev. Ehrmann.) Bortrag des Ges. v. Lepel; Neufferung der Ges. v. Baiern u. G. Heffen hierauf, u. Bahl einer Commission zum Bersuch gut-licher Ausgleichung (Carlowiz, Lepel, Cyben), XIII. 295.

Bilgbach, Boll, f. Staatsglaubiger, Rurmaing. Bollmacht, neue, des Gefandten Gr. v. Beuft fur Sachien-Meiningen, I. 1. G. 2; u. fur Sachien-Gotha, XIV. 15.

- des Gesandten der fr. Stadt Lübeck, Dr. Eurtius, XIV. 27.

gemeinschaftl., ber Gefandten Curtius, Dang, Smidt u. Gries fur bie freien Stadte, ebendas.

- Des Gefandten Frhrn. v. Leonhardi, für Reuf jüngerer Linie, XIV. 153.

- bes Baier. Gefandten v. Pfeffel, XIV. 173. Bollmöller, Bitwe, ju Guida, Bitte um Penfion. Bortrag bes Gef. Frhrn. von Bangenheim bierauf,

XIII. 289. Bollziehungs-Ordnung, f. Austrägal-Infanz.

Balded, Fürstenthum. Anzeige, daß deffen Contingent mit ber 2. Div. bes 10. C. vereinigt, XIII. 19,

und ber Danifch : Solfteinischen Brigabe angefchloffen werde, XIII. 165. G. auch Militarverhalt niffe. R. II. 3, u. Stimme (fechzehnte).

Baldullversheim, Gemeinde im G. Beffen, Forder.

an die vormal. R. D. Caffe, R. 84. Bangenheim, Frhr. v., R. Bartemberg. Gefandte, Mitglied ber Commiffion jur Drufung der Gingaben, XIII. 278; jur Bermittlung ber Forderung des hofgerichter. Beisler, XIII. 302. Stellvertr. jur Commig. wegen Begutachtung der über den Rachdruck aufzuftels lenden Berfügungen, XIII. 221. Bevollmächtigter bei der Commif. jur Auseinanderfegung des Schuldenwefens des Mainzer Aurstaates , XIII. 60; deffen Anzeige über ben Bechfel der Stimmführung in der Militarcommission, XIII. 222. - Erstattet Bortrag über die Borftellung des Dauptmanns Auth, XIII. 284; ber Fuldaischen Dof-biener, 285; bes Peter Blatiched, 286; bes Fuldaer Ronnenconvents, 288; ber Bitwe Bollmöller, 289; ber guldaer Staatsdiener, 289; der Testaments . Erecutoren des Rurf. von Trier, 289; des Peter Molinari 291; des Grafen v. Marichall, 292; und ber Graff. Dahn'iden Familie ic., 294; über die Bitte der Ge-meinde Gotthards, XIV. 11; über das Penstonsgesuch bes Reg. Dir. herquet, XIV. 192; deffen Zeusserung auf den Prafidialantrag wegen Aussey. ber Sigungen ber, B. B. v. 5. Dec. bis Febr. 1823, XIV. 194. Siehe auch Würtemberg.

Bafferscheu, Mittel bagegen, f. Gieber.

Beife, in Frankfurt, Bevollmächt. des General-Münz-

marbeine Dieze, R. 40.

Benner, Borftellung deffelben wegen Biederherausgabe bes allgem. genealog. u. Staatshandbuchs, R. 47. — Bortrag bes Gef. Erben. v. Aretin bierauf, XIII. 269. Beft phalen, ehemal. Ronigr., Forderung an daffelbe,

f. Fintenftein u. Comp. Bigand, Frhr. v., Johanniterordens Priefter u. Com-menthur, Reclamation wegen Penstons u. Entschädis

gungeanfpruche, R. 38. (Bev. Diepe.)

Bilbelm, Bitme, in Dienheim, Forder. an die vormal.

R. D. Caffe, R. 87. Bimpfen, Stadt im G. Beffen, Forder. an die vormal. M. D. Caffe, M. 49.

Winkopp'sche Concursmasse, s. Schmitt.

Woll warth, Frhr. v., Commenthur der Deutschordenss-Ballei Niedersachsen, Gesuch um endliche Entscheidung feiner Pensionsangelegenheit, R. 71. (Bev. Guler.)

Burtemberg, Ronigreich, erffart fich nachträgl. wegen des dem ebemal. reichsritterschaftl. Abel im Roniar, bewilligten Rechtejustandes, XIII. 14; giebt Renntnis von bem Stand, auf welchem fich die Angelegenh. ber, ber Krone Burtemberg unterworfenen, vormal. Reichsftande befindet, unter Borlage der betreff. Actenftude, XIII. 63. 70 - 108; beffen Abstimmung über ben neueften Antrag Anhalt Ethens in ber Beschwerbesache gegen Preuffen, XIII. 50; wegen Uebernahme der Garantie ber ftand. Berfaß. v. G. Coburg, XIII. 113; über die Borftell. des Grafen v. Hallberg, XIII. 177; über Preuffens Antrag wegen Inftructions Einhol., XIII. 212. XIV. 175; in Betreff ber Rheinpfalz. Staatsgl. lit. D, XIV. 112. Abstimmung wegen Annahme ber 5 legten Abschn. der Grundzuge der M. B., XIV. 138; entrichtet einen neuen Beitrag jur Matrikular u. Cangleicaffe, XIII. 223; übergiebt nachträgl. die Jahrg. 1811 u. 1812 bes Burtemb. Staats u. Regier. Bl., XIV. 161; ernennt ben Gef. Erhrn. v. Bangenheim jum Bevollmacht. tei ber Commission jur Auseinanderses, bes Mainger Schuldenwefens, XIII. 60, u. den grorn. v. Baumbach jum Abgeordn. und Stimmführer für bas 8. 2. C. bei der Militärcommission, XIII. 222. Siehe auch von Bangenheim.

- Bimmermann u. Groff, ju Cobleng, Forderung an die ebemal. R. D. Caffe, R. 41.
- 3menger, Witme, ju Bulda, Gefuch um Ueberweifung ihrer auf die Landessteuercasse des vertheilten Fürstenth. Fulda radicirten Schuldforderung. Erffar, von Baiern hierauf, XIII. 12.
- Zwingenberg, Amt im G. heffen, Forder. an bie vormal. R. D. Caffe, R. 110.
- Zusammenstellung des den Standesberren einzuräus menden Rechtszustandes und der ihm ertheilten weiteren Bugeftandniffe im R. Burtemberg, XIII. 71. 101.
- Bufammenftellung der weiteren Antrage bes fan, besherrl. Bevollmächt., Gr. v. Baffenheim, XIII. 93.
- Bufammenftellung ber Berhandlungen der Burtemb. Rammer über den Büchernachdruck, von der Meglerschen Buchhandl. eingefandt, XIV. 20.

